

# 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

## 4.1 Grundzüge des Systemwechsels im Baltikum

Im Vorfeld des Systemwechsels waren Volksbewegungen bereits seit Mitte der 1970er Jahre im Gange. Im Jahr 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki, im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, von der Sowjetunion unterzeichnet. Dies nahmen viele Dissidenten der Baltischen Staaten zum Anlass, für mehr Rechte innerhalb der Sowjetunion einzustehen sowie gegen die sowjetische Okkupation der Baltischen Staaten öffentlich vorzugehen. In allen drei Ländern wurden „Helsinki Groups“ geformt, die die Umsetzung der Beschlüsse von Helsinki öffentlich dokumentierten. Die Gruppen teilten Informationen mit ausländischen Journalisten, die im Baltikum akkreditiert waren. Das Ziel der Dissidenten war an erster Stelle die Wiederherstellung der Souveränität der Staaten mit einer gewissen nationalistischen Prämisse im Staatsaufbau. Einige radikale Dissidentengruppen vertraten die Meinung, dass Russen gegenüber den baltischen Nationen des sogenannten „baltischen Genozids“ schuldig geworden waren. Eine Reihe von Büchern, Artikeln und weiteren Publikationen erschien während der 1970er und 1980er Jahre, die das Thema des „russischen“ Verbrechens gegenüber der Baltischen Staaten zum Gegenstand haben<sup>449</sup>

In allen drei baltischen Staaten lief der Systemwechsel in ähnlichen Schritten ab. In Estland sowie in Lettland war die wichtigste Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie der Zerfall der altkommunistischen Partei und die Herausbildung der neuen Regierung aus den ehemaligen Volksfrontorganisationen und den dadurch entstandenen Parteienpluralismus.<sup>450</sup> Den Mitgliedern der oppositionellen Bewegungen wurden, als Gegenleistung für die Kooperation, bestimmte politische Schlüsselpositionen zugesprochen. In Litauen war die Mächtekonstellation etwas anders, dort fiel die ehemalige kommunistische Partei bereits dem beim Regimewechsel auseinander und der nationalkommunistische Flügel unter Führung von Algirdas Brazauskas spaltete sich ab. Dies hatte zur Folge, dass die Konfrontation mit der sowjetischen Regierung schärfer verlief als in Estland und Lettland.<sup>451</sup> Die Übergangsphasen in Lettland und Estland waren

---

<sup>449</sup> Vgl. hierzu: Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 51-53.

<sup>450</sup> Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 361-367.

<sup>451</sup> Ebd. S. 364-365; Tauber, Joachim (2002): Litauen. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 110-138, S.111.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

dadurch charakterisiert, dass die neuen, unabhängigen Herrschaftsstrukturen parallel mit den alten sowjetischen existierten und agierten. So wurden in den Ländern im Jahr 1990 sogenannte baltische Kongresse gewählt, die zwar keine legislative Macht innehatten, aber als erste Repräsentativorgane der titularen Bevölkerung große Unterstützung genossen. Die Kongresse in Estland und Lettland agierten als unterstützende und beratende Gremien zu den damals offiziellen Parlamenten, den Obersten Sowjets.<sup>452</sup> Vorausgegangen war in Estland die Bildung der sogenannten national-radikalen Bürgerkomitees, welche eine inoffizielle Registrierung der Staatsbürger und deren Nachkommen vorgenommen hatten und somit die Idee der Kontinuität der unabhängigen Staaten auf ethnisch-nationaler Basis forcierten. Dementsprechend bei den baltischen Kongressen mehr oder minder radikale Forderungen estnisch- bzw. lettisch-nationaler Natur auf der Tagesordnung, was sich in vielerlei Hinsicht auf die Entscheidungen der Obersten Sowjets auswirkte.

Die Transformation von einem System ins andere verliefen in Lettland und Estland mittels einer Übergangsphase von den Unabhängigkeitsdeklarationen von 1989 bis zur Anerkennung seitens der Sowjetunion 1991.<sup>453</sup> In Litauen geschah dies bereits früher, als die Souveränität Litauens am 11. März 1990 von der neu gewählten Regierung ausgerufen wurde und Litauen seinen Namen veränderte und die Verfassung der SU für nichtig erklärte.<sup>454</sup> Nach blutigen Zwischenfällen in Vilnius und 1991 abgehaltenen Volksabstimmungen über die Unabhängigkeit folgten dann die Erklärungen der Unabhängigkeit am 20. August 1991 in Estland und einen Tag später, am 21. August, in Lettland. Seitens der Sowjetunion wurden die Unabhängigkeiten in Litauen am 19. Juli 1991, in Lettland am 24. August und Estland am 6. September anerkannt. Damit wurde die formale Phase des Zusammenfalls des autokratischen Regimes im Baltikum vollzogen.

Die Verfassungen wurden in den drei Ländern zwar rasch, aber ebenfalls nicht ganz identisch verabschiedet. In Estland wurde die Verfassung von der Estnischen Republik aus dem Jahr 1922 mit den Prinzipien der bundesdeutschen Verfassung von 1949 abgestimmt und so die neue Verfassung durch ein Referendum am 28. Juni 1992 angenommen.<sup>455</sup> In Kraft getreten ist dieses am 3. Juli 1994. Lettland hat die Verfassung von 1922 wiedereingeführt, die die Staatsform jedoch auf eine parlamentarische Demokratie festlegte mit Einschränkungen für das Präsidentenamt.<sup>456</sup> In Litauen wurde die Ausarbeitung einer komplett neuen Verfassung schon seit 1988 fortgeführt, die dann am 25. November 1992 im Volksreferendum ratifiziert wurde.<sup>457</sup> In allen drei Verfassungen waren die Republikprinzipien, sowie Prinzipien der Gewaltenteilung, der Menschen-

---

<sup>452</sup> Smith, David J. (2002): Estonia: independence and European integration. in: Ders. (u.a.): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung] S. 54-56; Henning, Detlef (2002): Lettland. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 86-109, S. 88.

<sup>453</sup> Pabriks, Artis/Purs, Aldis (2002): Latvia: the challenges of change. in: Smith, David J. (u.a.) (Hrsg.): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung] S. 60.

<sup>454</sup> Lane, Thomas (2002): Lithuania Stepping Westward. in: Smith, David J. (u.a.) (Hrsg.): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung] S.111.

<sup>455</sup> Berg, Eiki (2002): Estland. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. 63-86. S. 63-64.

<sup>456</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 212.

<sup>457</sup> Tauber, Joachim (2002): Litauen. S. 113.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

rechte, freier Wahlen und der Rechtsstaatlichkeit gewährleistet.<sup>458</sup> Die ersten freien Parlamentswahlen fanden in Estland am 20. September 1992 statt, in Lettland ist das entsprechende Datum der 5. bis 6. Juni 1993. In Litauen, als einem parlamentarisch-präsidentiellen System, sind in dem Zusammenhang zwei Daten wichtig: erstens die Parlamentswahlen vom 25. Oktober 1992 und zweitens die Präsidentschaftswahlen von Februar 1993, die der Parteivorsitzende der LDDP (Nachfolger der kommunistischen Partei Litauens) Algirdas Brazauskas gewinnen konnte.<sup>459</sup> Was die Minderheitenrechte betrifft, waren diese in den Problemfällen Estland und Lettland zwar formal durch die Verfassung gesichert, konkret wurde die rechtliche Lage der russischsprachigen Bevölkerung aber durch Gesetze geregelt.<sup>460</sup> Diese umfassten die Regelungen zur Staatsbürgerschaft, zur Sprache und zur rechtlichen Stellung der Ausländer, zu denen viele ehemalige russischsprachige Immigranten juristisch wurden. Im Folgenden sollen die entsprechenden Normen und die damit verbundene Problematik am Beispiel von Estland näher erläutert werden.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

### 4.2.1 Staatsgrenze

In Estland war die Frage der Staatsgrenze während des Transformationsprozesses unklar, da die 1920 festgeschriebene Grenze des damals unabhängigen Estlands einige Kilometer weiter östlich lag als die von Stalin 1944 bis 1945 festgelegte Grenze der Estnischen SSR. Die heutige Grenze verläuft entlang der aus Sowjetzeiten gebliebenen Linie. Weitere Grenzprobleme gab es zwischen den Nachbarstaaten Estland und Lettland.<sup>461</sup> Sonst hatten die drei baltischen Staaten untereinander keine ersten territorialen Probleme, was auch maßgeblich zum Erfolg des Transformationsprozesses beigetragen hat.<sup>462</sup>

---

<sup>458</sup> Zusammengestellt aus: Berg, Eiki (2002): Estland. S. 64-65; Henning, Detlef (2002): Lettland. S. 91-92; Tauber, Joachim (2002): Litauen. 113-114. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation.

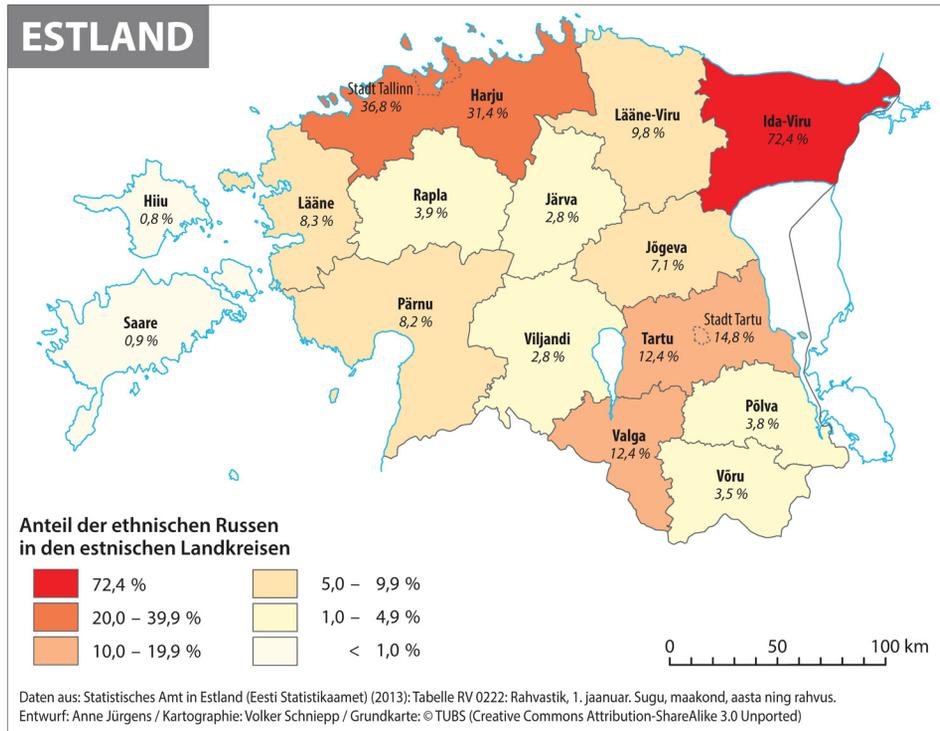
<sup>459</sup> Zusammengestellt aus: Lagespetz, Mikko/Maier, Konrad (2002): Das politische System Estlands. 79-122; Schmidt, Thomas (2002): Das politische System Lettlands. 123-171; Tauber, Joachim (2002): Das politische System Litauens. 171-208. in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske+Budrich.; Lane, Thomas (2002): Lithuania Stepping Westward. S. 142.

<sup>460</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. in: Dawisha, Karen (Hrsg.): The consolidation of democracy in East-Central Europe (Bd. 1). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press. 334-374, S. 342-343.

<sup>461</sup> Berg, Eiki (2002): Estland. S. 63.

<sup>462</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 342-343.

Karte 1. Estland: Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den Landkreisen.<sup>463</sup>



<sup>463</sup> Daten aus: Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2013): Tabelle RV 0222: Rahvastik, 1. jaanuar. Sugu, maakond, aasta ning rahvus. Entwurf: Anne Jürgens / Kartographie: Volker Schniepp / Grundkarte: © TUBS (Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported).

## 4.2. Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

### 4.2.2 Formalia und Chronologie der Ereignisse

Entsprechend der Gewaltenteilung des Sowjetsystems wurde Estland bis zu den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990 von der Kommunistischen Partei Estlands (EKP) mit der zugehörigen Parteileitung, dem Zentralen Komitee (ZK), regiert.<sup>464</sup> Aus den Mitgliedern der EKP wurde alle 4 bis 5 Jahre die Volksversammlung, der sogenannte Oberste Sowjet mit dessen Vorstand, dem Präsidium als dem entscheidungsfindenden Organ, gewählt. Das Präsidium verabschiedete Gesetze und Beschlüsse, die dem Obersten Sowjet zur Abstimmung vorgelegt wurden. Die exekutive Macht wurde durch den Rat der Minister ausgeübt. Damit wurde das Land von der Kommunistischen Partei Estlands regiert, die ihrerseits als territoriale Untereinheit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) agierte. Im März 1990 wurde der letzte Oberste Sowjet, formal der Oberste Sowjet der Republik Estland, gewählt.<sup>465</sup> Mit dem Zusatz „der Republik Estland“ sollte der halbfreie Charakter dieses Gremiums unterstrichen werden. Ebenfalls im März 1990 kam ein anderes Organ hinzu, der bereits erwähnte Estnische Kongress. Zur Wahl stellten sich neu gebildete Parteikräfte, insgesamt 31 Parteien, darunter Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Altertumsgesellschaft (EMS), die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei (ERSP) und andere.<sup>466</sup> Allerdings wurden nur Staatsbürger von Estland, die ihre Staatsbürgerschaft in den Jahren 1918 bis 1940 erhielten und deren Nachkommen sowie diejenigen, die bereits im Vorfeld der Wahlen 1992 die estnische Staatsbürgerschaft beantragt hatten, zur Wahl zugelassen. Der Kongress bildete ein eigenes Regierungsorgan, das Estnische Komitee (Eesti Komitee), welches die Führung des Kongresses übernahm. Bis zu den ersten freien Parlamentswahlen im Sommer 1992 bildete der Oberste Sowjet mit dessen Präsidium und dem Rat der Minister die repräsentative Gewalt und die Regierung in Estland. Die Arbeit des Obersten Sowjet wurde vom Estnischen Kongress beratend unterstützt.

Formal kam es in mehreren Schritten zum Systemwechsel in Estland. Die wichtigsten Ereignisse fanden im Zeitraum von 1988 bis 1991, also innerhalb von 4 Jahren statt.<sup>467</sup>

- Wahlen zum XI. Obersten Sowjet am 24. Februar 1985. Zur Wahl waren Kandidaten der Kommunistischen Partei Estlands zugelassen.
- Im Jahr 1987 bis 1988 fand der „Phosphorkrieg“ statt, bei dem die Bevölkerung Estlands mittels Medien und öffentlichen Kundgebungen gegen die von der zentralen SU-Regierung geplanten neuen Phosphorminen protestierte.
- Am 15. August 1987 wurde die sogenannte „MRP-AEG“ gegründet. Diese Bürgerinitiative engagierte sich für die Veröffentlichung des Geheimprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes und die Beseitigung von dessen Folgen. Am 23. August 1987 fanden Kundgebungen zur Veröffentlichung des Geheimprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes im „Hirvepark“ in Tallinn statt. Dieses Ereignis wird als erste öffentliche oppositionelle Bewegung in Richtung der Unabhängigkeit bezeichnet.
- Am 26. September 1987 hat die Zeitung „Edasi“ das von den Jungpolitikern Siim Kallas, Edgar Savisaar, Tiit Made und Mikko Titma herausgearbeitete Programm zum „Unab-

<sup>464</sup> Estnische Bezeichnung: Eestimaa Kommunistlik Partei (Üb. d. A.).

<sup>465</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu (Üb. d. A.).

<sup>466</sup> Estnische Bezeichnung Eesti Muinsuskaitse Selts; Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei (Üb. d. A.).

<sup>467</sup> Die Zeittafel größtenteils entnommen aus: Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. Tartu: Ilmamaa, Tartu: Greif. S. 374-393.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

- hängig Wirtschaftenden Estland“ (IME = Ise Majandav Eesti) veröffentlicht. Dieses Konzept wurde Grundlage der später formierten oppositionellen „Volksfront“.
- Am 2. Februar 1988 wurde erstmalig der Jahrestag des Friedens von Tartu, als bedeutendes Datum zur Beendigung des Unabhängigkeitskrieges mit Sowjetrußland im Jahr 1920, öffentlich, auch wenn nicht offiziell, gefeiert.
  - Am 1. und 2. April 1988 wurde das gemeinsame Plenum der Kreativen Gewerkschaften abgehalten. Dabei wurden einige ideologischen Meilensteine gelegt, wie der Aufruf zum Schutz der estnischen Kultur und Sprache, der Wiedereinführung der nationalen Symbole und der Bewegung in Richtung der Unabhängigkeit.<sup>468</sup>
  - Am 13. April 1988 hat Edgar Saviisaar die Idee zur Formation der oppositionellen Volksfront öffentlich formuliert. Am 30. April wurde die Deklaration zu deren Formierung in der Zeitung „Edasi“ veröffentlicht. Die Volksfront wurde auf dem Gründungskongress am 1. und 2. Oktober 1988 gegründet. Sie formierte sich aus dem liberalen Flügel der EKP und wurde zur wichtigsten oppositionellen Macht des Systemwechsels.
  - Vom 10. bis 14. Juni 1988 wurden auf dem Tallinner Sängerpark nächtliche Sängerfeste veranstaltet, bei den von den Teilnehmern Volkslieder gesungen und nationale Symbole hochgehalten wurden. Diese Veranstaltungen gingen später unter dem Namen „Singende Revolution“ in die Geschichte ein.
  - Am 16. Juni 1988 wurde der Generalsekretär der Kommunistischen Partei in Estland, Karl Vaino, des Amtes enthoben und an seine Stelle trat der Reformler Vaino Väljas. Unter seiner Führung wurde eine Reihe Gesetze verabschiedet, die den Weg zur Unehängigkeit geebnet haben.
  - Am 23. Juni 1988 hat der Oberste Sowjet die blau-schwarz-weiße Fahne der ersten estnischen Republik zur Nationalfahne erklärt. Die Fahne der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) blieb als offizielle Staatsfahne erhalten.<sup>469</sup>
  - Am 19. Juli 1988 wurde die Gegenbewegung zur Volksfront, die sogenannte „Interfront“ („Interliikumine“) zusammengerufen, die später zu „Interbewegung“ umbenannt wurde.<sup>470</sup> Diese Bewegung formierte sich aus dem pro-sowjetischen konservativen Flügel der EKP und wurde von der zentralen Regierung in Moskau unterstützt. Als Leitfigur der Bewegung galt Evgeni Kogan. Nach dem Sturmversuch des Parlamentsgebäudes in Tallinn am 15. Mai 1990 wurde die Interfront am 25. August 1991 verboten.
  - Am 10. August 1988 wurde das geheime Protokoll des Hitler-Stalin-Paktes, wonach ost- und mitteleuropäische Staaten (darunter das Baltikum) in die Einflussphäre der Sowjetunion gelangen sollten, veröffentlicht. Dadurch wurde die Tatsache der Okkupation der Baltischen Staaten bestätigt.<sup>471</sup> Am 24. Dezember 1989 hat der Volkskongress der KPdSU das Geheimprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes für ungültig erklärt.

---

<sup>468</sup> Vgl. Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 108.

<sup>469</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 379.

<sup>470</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti NSV Tõõtajate Internatsionaalne Liikumine; Russisch: Интердвижение, Интернациональное движение трудящихся Эстонской ССР; Estnische Bezeichnung: Interliikumine (Üb. d. A.).

<sup>471</sup> Besyemski, Lew: „Niemand kann uns überführen“. Der Spiegel 3/1991. S. 104-112.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

- Am 20. August 1988 wurde die Estnische Partei der Nationalen Unabhängigkeit (Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei (ERSP)) gegründet.
- Am 16. November 1988 verabschiedete der Oberste Sowjet in Estland die Souveränitäts-Erklärung. Hiermit erklärte sich Estland zu einer souveränen Republik innerhalb der UdSSR, mit dem Obersten Sowjet als dem höchsten Staatsorgan.
- Am 18. Januar 1989 verabschiedete der Oberste Sowjet das Gesetz zur Staatssprache, mit dem Estnisch zur nationalen Staatssprache der Estnischen SSR erklärt wurde.<sup>472</sup>
- Am 17. Februar 1989 erklärte das Präsidium des Obersten Sowjets Estlands den 24. Februar zum Tag der Unabhängigkeit. Am darauf folgenden 24. Februar 1989 wurde erstmalig die blau-schwarz-weiße Fahne über Tallinn gehisst.
- Am 23. August 1989 fand die „Baltische Kette“ statt. Diese bildete eine Menschenkette durch alle Baltischen Staaten und wird als Symbol des Zusammenhaltes dieser Staaten betrachtet. „Balti Kett“ war eine Aktion von Balten für Balten. Kaum ein Russe bzw. russischsprachiger Bewohner des Baltikums war an der Menschenkette beteiligt, auch weil sie nicht in die oppositionelle Bewegung miteinbezogen wurden. Deswegen bleibt dieses Ereignis im historischen Kulturgut der Esten, Letten und Litauer fest verankert, ohne die russischsprachige baltische Bevölkerung zu betreffen.<sup>473</sup>
- Am 23. Februar 1990 hat der Oberste Sowjet der Estnischen SSR die politische Führungsrolle der Kommunistischen Partei aus der Verfassung gestrichen.
- Vom 24. Februar bis Anfang März 1990 fanden Wahlen zum Estnischen Kongress statt. Als leitende Idee diente die Errichtung eines Gremiums, das von estnischen Bürgern für estnische Bürger gewählt wurde.<sup>474</sup> Erstmals tagte das Gremium am 11. und 12. März 1990.<sup>475</sup> Die Mitgliederzahl betrug 499 Stimmberechtigte estnische Staatsbürger und 43 Antragsteller auf Staatsbürgerschaft, die sich als solche registriert hatten. Das Gremium hatte keine Gesetzgebungskompetenz. Um die Wahl durchführen zu können, waren etwa ab Mitte der 1980er Jahre Bürgerkomitees (EKK) errichtet worden. Die Initiative für die Gründung der EKK wurde von ERSP, EMS und der Christlichen Union geleitet.<sup>476</sup> Zur Wahl des Estnischen Kongresses wurden dementsprechend Bürger der Republik Estland, vom 24. Februar 1918 bis 17. Juni 1940, und deren Nachkommen, zugelassen. Es durften ebenfalls nur diejenigen Kandidaten gewählt werden, die diese Vorgaben erfüllten. Anfang des Jahres 1990 waren so etwa 600 000 Staatsbürger registriert, welche an den Wahlen zum Estnischen Kongress (Eesti Kongress) teilnehmen durften.<sup>477</sup> Es handelte sich um eine Direktwahl, ohne Parteizugehörigkeit oder Fraktionsbildung. Es durften auch diejenigen wählen, die zwar keine entsprechende Ab-

---

<sup>472</sup> Eesti Nõukogude Sotsialistliku Vabariigi Keeleseadus. § 1. ÜVT 89.6.60. Das Gesetz der Estnischen SSR zur Sprache (Üb. d. A.).

<sup>473</sup> ERR Uudised: „Ajaloomuuseum avab homme veebinäituse „Balti kett 25““ 18.08.2014. <http://kultuur.err.ee/v/varia/64bccc5e-a01b-4efe-a76e-e8ab3fb4465a> (Abgerufen am 30.10.2014).

<sup>474</sup> Smith, David J. (2002): Estonia: independence and European integration. S. 54-56.

<sup>475</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. Paper presented at the conference: „Multiculturalism and Democracy in Divided Societies“ March 17-18, 1999 Center for Multiculturalism and Educational Research, University of Haifa, Israel. [Erschienen auch in: Nations and Nationalism 8/4 (Oct. 2002), S. 505-529.] S. 8.

<sup>476</sup> Estnische Bezeichnungen: Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei; Eesti Muinsuskaitse Selts; Eesti Kristlik Liit (Üb. d. A.).

<sup>477</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 6-8. Estnische Bezeichnung für EKK: Eesti kodanike komiteed. (Üb. d. A.).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

stammung vorweisen konnten, aber einen Antrag auf estnische Staatsangehörigkeit gestellt hatten. Die Anträge konnten gleich bei der Registrierung als Wähler gestellt werden. Entsprechend gingen 557 613 Bürger und 34 345 Antragsteller zur Wahl.

- Am 18. März 1990 wurde der XII. Oberste Sowjet gewählt, der am 8. Mai 1990 zum Obersten Sowjet der Republik Estland umbenannt wurde. Die Anzahl der Abgeordneten wurde auf 105 reduziert, statt 285 während der Legislaturperiode 1985 bis 1990. Wahlberechtigt waren alle permanent in Estland lebenden Personen über 18 Jahre, darunter das sowjetische Militärpersonal. Insgesamt waren somit 1 164 603 estnische Sowjetbürger wahlberechtigt. Erstmals durften sich Kandidaten zur Wahl stellen, die nicht der Kommunistischen Partei Estlands angehörten. Als Ergebnis erhielt die Volkfront 45 Sitze und die Mitglieder der KP 27 Sitze. Weitere 4 Sitze waren für sowjetische Militärangehörige reserviert. Nähere Informationen zur genauen Zahl der Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit der Abgeordneten sind heute nicht zugänglich bzw. nicht eindeutig feststellbar.<sup>478</sup>
- Vom 29. März bis zum 3. April 1990 wurde die sowjetische Macht von dem Obersten Sowjet der Republik Estland für ungültig erklärt. Arnold Rüütel wurde als neuer Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets gewählt.
- Am 4. April wurde Edgar Savisaar vom Obersten Sowjet zum Vorsitzenden des Rates der Minister der Estnischen SSR gewählt, der vom 6. Dezember 1989 bis 8. Mai 1990 als Regierung der Estnischen SSR bezeichnet wurde.
- Am 8. Mai 1990 hat der Oberste Sowjet die Bezeichnung „Estnische SSR“ für ungültig erklärt und die Bezeichnung „Republik Estland“ (Eesti Vabariik) eingeführt. Somit war auch der Oberste Sowjet ab sofort der Oberste Sowjet der Republik Estland (Eesti Vabariigi Ülemnõukogu).
- Am 16. Mai 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet die Entscheidung zur Trennung der estnischen Staats- und Justizorgane von der sowjetischen Zentralführung.
- Das Gesetz zu Staatsfahne und Wappen wurde am 7. August 1990 verabschiedet. Gleichzeitig entschied der Oberste Sowjet, dass die Beziehungen zwischen Estland und der Sowjetunion fortan auf der Grundlage des Friedens von Tartu (2. Februar 1940) geregelt werden.
- Am 12. Januar 1991 wurde der „Vertrag über die Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen“ zwischen Russland (Russische Sozialistische Sowjetrepublik (RSFSR)) und Estland unterzeichnet. Ratifiziert wurde dieser von Estland am 15. Januar 1991 und von Russland am 26. Dezember 1991.
- Am 3. März 1991 wurde das Referendum zur Unabhängigkeit abgehalten. Abstimmen durften alle permanent in Estland lebenden Personen über 18 Jahre, außer dem Militärpersonal. Abstimmungsberechtigt waren 1 144 309 Personen, beteiligt haben sich 948 130 Personen (Beteiligung 82,86%). 737 964 Personen (77,83%) haben dafür gestimmt, 203 199 (21,43%) waren dagegen.<sup>479</sup>

---

<sup>478</sup> Die Recherche umfasste sowohl Archivquellen in Estland als auch die entsprechende Literatur. Vgl. Sikk, Allan (2010): Estonia. in: Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe: a data handbook. Baden-Baden: Nomos. 565-592, S. 587.

<sup>479</sup> Toomla, Jaan (1999): Valitud ja valitsenud. Tallinn: Eesti Rahvusraamatukogu. S. 113.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

- Am 20. August 1991 hat der Oberste Sowjet die Unabhängigkeit der Republik Estland mit einer absoluten Mehrheit von 69 Stimmen ausgerufen.<sup>480</sup> Davor haben Militärkräfte der in Estland stationierten Sowjetarmee den Fernsehturm in Tallinn besetzt.
- Am 26. Februar 1992 hat der Oberste Sowjet das Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet. Dieses lehnte sich an das Gesetz aus dem Jahr 1938, wonach nur Bürger der Estnischen Republik zwischen 1918 und 1940 und deren Nachkommen ohne weitere Einschränkungen die Staatsbürgerschaft erlangten. Für alle anderen Bewohner Estlands, die nicht automatisch die Staatsbürgerschaft erlangen konnten, wurden mit dem Gesetz Anforderungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft geregelt.<sup>481</sup> Diejenigen, die sich als Wähler zum Estnischen Kongress registriert hatten, konnten bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft mit Sonderkonditionen rechnen. Noch vor den ersten freien Parlamentswahlen haben ca. 900 Personen von dieser Regelung Gebrauch gemacht.<sup>482</sup>
- Am 20. Juni 1992 löste Estnische Krone (EEK) den Rubel ab.
- Am 28. Juni 1992 wurde die Verfassung per Referendum verabschiedet. Teilnehmen durften Staatsbürger, die gemäß dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 26. Februar 1992 die Staatsangehörigkeit besaßen. Ebenfalls durften diejenigen teilnehmen, die die Staatsbürgerschaft von Estland seit dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes erlangt hatten.<sup>483</sup> Die Verfassung wurde vom gemeinsamen Ausschuss des Kongresses von Estland sowie des Obersten Sowjets ausgearbeitet.<sup>484</sup> Die *Constituante* bestand aus je 30 Mitgliedern.<sup>485</sup> Die Verfassung basierte auf dem entsprechenden Grundgesetz aus dem Jahr 1920 bzw. 1937.<sup>486</sup> In Kraft getreten ist die neue Verfassung am 3. Juli 1992.
- Am 9. Juli 1992 wurden Präsidentschaftswahlen ausgerufen, die zusammen mit den Parlamentswahlen am 20. September stattfinden sollten.<sup>487</sup> Die ersten Legislaturperioden wurden auf 3 Jahre für das Parlament und auf 4 Jahre für den Präsidenten festgelegt. Auch bei der Wahl des Präsidenten durften nur Staatsbürger teilnehmen.
- Am 20. September 1992 fanden erste freie Parlamentswahlen statt. Auch hier konnten nur Staatsbürger von Estland gemäß dem Gesetz vom 26. Februar 1992 teilnehmen. Wahlberechtigt waren 689 241 Personen, die Wahlbeteiligung lag bei 67,84%, was 467 628 Personen bedeutet.

---

<sup>480</sup> Ebd.

<sup>481</sup> Vgl. Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 119.

<sup>482</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 75.

<sup>483</sup> Vgl. Berg, Eiki (2002): Estland. S. 63-64; Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 342-343.

<sup>484</sup> Sikk, Allan (2010): Estonia. S. 566-567.

<sup>485</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 348-349.

<sup>486</sup> Schrader, Klaus/Laaser, Claus-Friedrich (1994): Die baltischen Staaten auf dem Weg nach Europa. Kieler Studien, Tübingen: J.C.B. Mohr. S. 21-22.

<sup>487</sup> RT 1992, 26, 350 Eesti Vabariigi Põhiseaduse rakendamise seadus. Das Gesetz zur Implementierung der Verfassung der Republik Estland (Üb. d. A.)

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

#### 4.3.1 Erste halbfreie Wahlen und das Kräfteverhältnis im Obersten Sowjet der Estnischen SSR

Vier Aspekte können dem im Jahr 1990 gewählten Obersten Sowjet der Republik Estland den Zusatz „halbfrei“ erlauben: erstens fanden die Wahlen in der damaligen Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik statt, die sich *de jure* noch innerhalb der Sowjetunion befand. Zweitens durften auch die Kandidaten der Kommunistischen Partei teilnehmen, obwohl diese als Repräsentation der Okkupationsmacht gelten konnten. Ihre Vorherrschaft wurde im Februar 1990 zwar aufgelöst, was im Grunde die Zulassung der oppositionellen Kräfte bedeutete, doch ihre Teilnahme war dennoch möglich. Drittens waren vier der 105 Sitze für sowjetische Militärangehörige reserviert. Natürlich hatte diese Einschränkung nicht das Ausmaß, dem zum Beispiel die Solidarność in Polen 1989 unterworfen war, die Wahlen können aus diesem Grund dennoch nicht als vollständig frei gelten. Schließlich durften alle permanent in Estland lebenden Personen, inklusive des sowjetischen Militärpersonals, zur Wahl gehen. Diese Tatsache wurde von estnischen Wissenschaftlern als eine Hürde dargestellt, trotz welcher es den oppositionellen Kräften gelang, einen Sieg zu erringen.<sup>488</sup> Entsprechend dieser Auffassung kann die Wahl daher ebenfalls als halbfrei gelten, obwohl es in Anbetracht demokratischer Prinzipien als eine korrekte Vorgehensweise bezeichnet werden kann, da alle Bewohner zum damaligen Zeitpunkt Staatsbürger und entsprechend wahlberechtigt waren.

Historische Beobachtungen verschiedener Autoren sowie statistische Daten zeigen, dass der Anteil der Esten in den Führungsorganen in den 1970er und 1980er Jahren zwischen 70% und 80% lag.<sup>489</sup> Etwa genauso hoch war der von der Kommunistischen Partei zugelassene Anteil der Esten im Obersten Sowjet der Estnischen SSR, und dem Zentralen Komitee. Unter den Mitgliedern des X. Obersten Sowjets (Legislaturperiode 1980-1985) waren 73,3% der Mitglieder estnischer Abstammung, der entsprechende Anteil des XI. Obersten Sowjets (Legislaturperiode 1985 bis 1990) belief sich auf etwa 70%.<sup>490</sup> Nach den ersten halbfreien Wahlen am 18. März 1990 waren 70,6% der Abgeordneten des Obersten Sowjets der Republik Estland ethnische Esten, weitere 22,7% der Kandidaten waren russischer Abstammung und 6,6% hatten eine andere Nationalität. Damit bestand das Gremium aus 81 estnischen Abgeordneten, 20 Russen und 4 Vertreter anderer Nationalitäten.<sup>491</sup> 73 der 105 Sitze erhielten die neu gebildeten oppositionellen

<sup>488</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaated. 29.03.1990–29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 7.

<sup>489</sup> Vgl. Park, Andrus (1994): Ethnicity and Independence. The Case of Estonia in Comparative Perspective. S. 74-75.

<sup>490</sup> Eesti NSV Ülemnõukogu XI koosseis: biograafiline lühiteatmik. Kirjastus „Eesti raamat“, 1985: Mitglieder des XI. Obersten Sowjets in Estland nach der Liste der Abgeordneten (Legislaturperiode 1985-1990). Nicht auszuschließen ist indes, dass einige Abgeordnete heiratsbedingt ihren Nachnamen geändert hatten bzw. aus ethnisch gemischten Familien stammten, so dass die ethnische Zugehörigkeit nicht eindeutig zu bestimmen ist.

<sup>491</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaated. 29.03.1990–29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 9; 74.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Kräfte und 27 Sitze die alten Eliten. 4 Sitze waren, wie bereits erwähnt, für sowjetische Militärangehörige reserviert.<sup>492</sup> Unter den gewählten Mitgliedern des halbfreien Obersten Sowjets waren 44 Mitglieder des Estnischen Kongresses und weitere 22 Mitglieder des Estnischen Komitees.<sup>493</sup>

Im Gegensatz zum Estnischen Kongress, in dem die radikal gestimmten oppositionellen Kräfte mit ERSP die Oberhand behielten, wurde die eher moderat gestimmte Volksfront stärkste Kraft im halbfreien Obersten Sowjet.<sup>494</sup> Die genauen Parteizugehörigkeiten waren unübersichtlich, was die heutige Bestimmung der genauen Kräfteverhältnisse erschwerte.<sup>495</sup> Die neue Opposition war durch die Volksfront mit 45 Sitzen und weiteren Parteien wie der Estnischen Grünen Bewegung, der Union der Arbeitskollektive, der Landunion und Freies Estland (u.a.) repräsentiert.<sup>496</sup> Die EKP hatte 27 Sitze, was auch mit den vier Armeevertretern nicht für eine Mehrheit reichte. Die Opposition bildete in der Zeit zwischen 1990 und 1992 eine Mehrzahl an Abgeordnetengruppen und Fraktionen, die sich zum Teil zusammengeschlossen bzw. umbenannt hatten.<sup>497</sup> Konkret zur Frage der Staatsbürgerschaft und später zur Problematik staatenloser Personen wurden Arbeitsgruppen gegründet, die zur entsprechenden Gesetzgebung beitragen sollten. Zum Beispiel gehörte der Arbeitsgruppe zu Staatenlosen kein russischsprachiger Vertreter an und in der Kommission für Nationalbeziehungen sowie in der Kommission zur Ausarbeitung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft waren je zwei russischsprachige Mitglieder der Abgeordnetengruppe „Für gleiche Rechte“ (u.a.) vertreten.<sup>498</sup>

Entgegen der später in der estnischen Öffentlichkeit verbreiteten Meinung, dass die Anhängerschaft der EKP „ausschließlich“ aus der russischsprachigen Bevölkerung kam, wohingegen die estnischsprachige Bevölkerung „ausschließlich“ die oppositionellen Parteien unterstützte, waren die sprachlich-nationalen Grenzen der parteipolitischen Unterstützung in den Übergangsjahren weitaus diffuser. Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet wurde die Volksfront auch von vielen russischsprachigen Liberalen und Intellektuellen unterstützt.<sup>499</sup> Ebenso gab es unter der estnischsprachigen Bevölkerung Anhänger der „alten Ordnung“.<sup>500</sup> Allerdings waren die Letzteren Ende der 1980er Jahre vermutlich in der Minderheit, während viele russischsprachige Bewohner, vor allem in

<sup>492</sup> Toomla, Jaan (1999): Valitud ja valitsenud. S. 109-113.

<sup>493</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 75.

<sup>494</sup> Vgl. Hint, Mati (2009): Seestpoolt riigiks kasvamise taktika. in: Veetõusme, Ants (koostaja): Riikliku iseseisvuse taastamine parlamentaarsel teel aastatel 1990-1992: rahvusvaheline ajalookonverents 21.-22. august 2008. Tartu: 20. Augusti Klubi, Tartu: Bookmill. S. 265.

<sup>495</sup> Sikk, Allan (2010): Estonia. S. 566; 587.

<sup>496</sup> Estnische Bezeichnung en: Rahvarinne, Eesti Roheline Liikumine, Töökollektiivide Liit, Maaliit, Vaba Eesti (Üb. d. A.).

<sup>497</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 113-114.

<sup>498</sup> Die Abgeordneten gehörten meistens mehreren Abgeordnetengruppen an. Estnische Bezeichnungen: Rahvussuhete komisjon; Saadikugrupp „Võrdsete õiguste eest“. (Üb. d. A.) aus: „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 102-120.

<sup>499</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 381; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 109.

<sup>500</sup> Hint, Mati (2009): Seestpoolt riigiks kasvamise taktika. in: Veetõusme, Ants (Hrsg): Riikliku iseseisvuse taastamine parlamentaarsel teel aastatel 1990-1992: rahvusvaheline ajalookonverents 21.-22. august 2008. Tartu: 20. Augusti Klubi/Bookmill S. 271; Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 381.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

den nordöstlichen Gegenden, auch noch bei den ersten halbfreien Wahlen die EKP unterstützten. Ein Schwarz-Weiß-Bild der Unterstützung nach nationaler Abstammung kann allerdings nicht die wahren Anhängerschaften abbilden, wie später von estnischer Seite häufig behauptet wurde.

In diesen Kontext passt die Aussage von Andrus Park, der behauptet, dass trotz der Mehrheit der Esten im Obersten Sowjet und der Kommunistischen Partei, die Führungspositionen stets von Russen oder russifizierten Esten übernommen wurden.<sup>501</sup> Die Kader-Politik gehörte in allen Sowjetrepubliken in der Tat zu den wichtigsten sowjetischen Strategien zur Loyalitätsgewinnung. So wurden die höheren Posten durch systemtreue Esten besetzt, um der Bevölkerung zu signalisieren, dass die Parteileitung aus den eigenen Reihen kommt.<sup>502</sup> Wenn man sich die vorhandenen Dokumente der Besetzung vom Zentralen Komitee der EKP, des Präsidiums des Obersten Sowjets, des Rates der Minister, sowie die Leitung des Obersten Sowjets ansieht, so fällt auf, dass die Führungspositionen überwiegend von Esten besetzt waren.<sup>503</sup> Auch die meisten Vorsitzenden der EKP waren entweder in Sowjetrussland aufgewachsen, oder hatten längere Zeit dort verbracht bzw. wurden dort geschult.

Ein Beispiel für die Umsetzung der sowjetischen Kader-Politik in Estland ist der Erste Sekretär der EKP (1950 bis 1978) und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets (1978 bis 1983), Johannes Käbin. Er galt gegenüber den Vorschriften aus Moskau bei der estnischen Bevölkerung als moderat und flexibel. Ein Gegenbeispiel dazu ist sein Nachfolger bei der EKP, Karl Vaino, Erster Sekretär der EKP in den Jahren 1978 bis 1988. Er war bei der Bevölkerung extrem unbeliebt, da er als Verfechter des Moskauer Regimes galt und es vermied, Estnisch zu sprechen. Seine Reden hielt er meistens auf Russisch.<sup>504</sup> Ein anderes Beispiel ist Arnold Rüütel, der in den Legislaturperioden 1983 bis 1990 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets agierte und Vorsitzender des Obersten Sowjets von 1990 bis 1992 war. Der seit 1969 in den höchsten Kreisen der EKP agierende Politiker war auch nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in der höchsten Politik vertreten und war von 2001 bis 2006 der Präsident der Estnischen Republik. In diesem Zusammenhang darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Weg zu einer politischen Karriere im Sowjetsystem an der Kommunistischen Partei nicht vorbei führte. Viele der späteren Oppositionspolitiker im Baltikum hatten ihre Karriere in den entsprechenden Strukturen gestartet, was ihnen nach der Unabhängigkeit schnell vorgeworfen wurde.

Die nationale Abstammung der Entscheidungsträger neben ihren politischen Ansichten war somit bereits während der ersten halbfreien Wahlen 1990 von Bedeutung. Zeitgenossen erinnern sich, dass die Nationalität der Kandidaten vor den Wahlen zum

---

<sup>501</sup> Vgl. Park, Andrus (1994): *Ethnicity and Independence. The Case of Estonia in Comparative Perspective*. S. 74-75.

<sup>502</sup> Vgl. Hiden, John/Salmon, Patrick (1995): *The Baltic nations and Europe: Estonia, Latvia and Lithuania in the twentieth century*. London: Longman. S. 139.

<sup>503</sup> Toomla, Jaan (1999): *Valitud ja valitsenud*; Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): *Eesti ajalugu*. VI, *Vabadussõjast taasiseseisvumiseni*. S. 250-257.

<sup>504</sup> Karl Vainoga kaasnenud muutused. 1978. *Histrodamus*. [http://www.histrodamus.ee/?event=Show\\_event&event\\_id=4359&layer=265&lang=est#4358](http://www.histrodamus.ee/?event=Show_event&event_id=4359&layer=265&lang=est#4358) (Abgerufen am 22.01.2014).

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Estnischen Kongress und dem XII. Obersten Sowjet zum Thema gemacht wurde.<sup>505</sup> Die Reduzierung der Kandidatenzahl auf 105 war für viele der damaligen Abgeordneten ein Grund, sich nicht mehr zur Wahl zu stellen. Dies lag nicht bei allen an mangelnder Unterstützung gegenüber der Idee der Unabhängigkeit, sondern an fehlender Unterstützung der eigenen Parteigenossen und der Bevölkerung bzw. der oppositionellen Öffentlichkeit. Dabei stand hinter den Ursprüngen der demokratischen Bewegung in Estland Ende der 1980er Jahre die Vorstellung einer antitotalitären, demokratischen, humanistischen, offenen und pluralistischen Gesellschaft. Diese Prinzipien hatten sich sowohl die alten Eliten der EKP als auch die neuen Kräfte der Volksfront auf die Fahnen geschrieben. Wie auch in anderen Sowjetrepubliken Ende der 1980er Jahre versuchte die Kommunistische Partei mit dem oppositionellen Geist mitzugehen, um an der Macht bleiben zu können.

#### 4.3.2 Erste halbfreie Exekutive und die nationale Frage in der Zeit von 1990 bis 1992

Die Exekutive nach den ersten halbfreien Wahlen bildeten zwei Übergangsregierungen: die Regierung von Edgar Savisaar, dem Vorsitzenden der Volksfront, vom 3. April 1990 bis 30. Januar 1992 und die Regierung von Tiit Vähi, dem Vorsitzenden der Estnischen Koalitionspartei vom 30. Januar 1992 bis 21. Oktober 1992.<sup>506</sup> Von den 22 Mitgliedern waren im Jahr 1990 zwei russischer Abstammung und bekleideten die Posten als Minister für Bau (Gennadi Golubkow) und als Minister für nationale Beziehungen (Artur Kuznetsov). In der zweiten Regierung ab 1992 waren keine russischsprachigen Minister mehr vertreten.<sup>507</sup> Was die russischsprachige Bevölkerung angeht, so beinhaltete das Regierungsprogramm der Volksfrontgeführten Regierung den Schutz der Kultur und Sprache der anderssprachigen Bevölkerung, und garantierte ihr die muttersprachige Bildung, Kulturautonomie und rechtlichen Schutz. Ebenfalls sollte die russischsprachige Bevölkerung in die Wirtschaftsreformen voll einbezogen werden und die Staatsbürgerschaft sollte nach Wunsch vergeben werden können.<sup>508</sup> Die Regierung der Koalitionspartei (Eesti Koondrakond) sprach der russischsprachigen Bevölkerung ebenfalls wirtschaftliche Rechte und Freiheiten zu, ließ aber auch die Möglichkeit der Repatriierung zu. Die Staatsbürgerschaft sollte jedem nach Wunsch und Eignung gewährt werden.<sup>509</sup>

---

<sup>505</sup> Die Details des Arbeitsalltags in Sowjet-Estland aus dem Interview mit Ludmilla Veskinäe, Leiterin der Textilfabriken „Baltika“ und „Lembitu“ in Tallinn in den 1960er und 1970er Jahren, Mitglied des Rates der Gewerkschaften in den 1970 bis 1980er Jahren, sowie Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets 1985-1990. Interview gehalten im März-April 2013.

<sup>506</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Koondrakond. (Üb. d. A.).

<sup>507</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaated. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 239-240.

<sup>508</sup> Vgl. Eesti Vabariigi Valitsus: Valitsuse Programm 1990. S. 8-10 .

<sup>509</sup> Vgl. Eesti Vabariigi Valitsus: Valitsuse Programm, 1992 (2). S. 15-16.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.3.3 Politische Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung zwischen 1990 und 1992

Während der Übergangsjahre 1989 bis 1992 formierten sich einige politische Bewegungen innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung, die entweder gegen die oppositionelle estnische Parteien auftraten oder aber einen Dialog mit ihr suchten. Ihre Repräsentation war relativ schwach, denn es gab nur eine gemischte bzw. geringe Anhängerschaft. Politischen Einfluss konnten nur wenige dieser Bewegungen ausüben.

Im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung unterstützte die Mehrheit der estnischsprachigen Bevölkerung die oppositionellen Parteien jenseits des kommunistischen Blocks. Welche Kräfte die russischsprachige Bevölkerung Ende der 1980er Jahre unterstützt hat, ist umstritten, da verschiedene Autoren die Situation anders bewerten. Ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung, vor allem im Nordosten Estlands, unterstützte demnach die bereits genannte „Interfront“ oder „Interbewegung“, die offensiv die sowjetische Symbolik propagierte und für Estlands Verbleib in der Sowjetunion warb. Unterschiedlichen Angaben zufolge umfasste die Mitgliederzahl der Interfront 20 000 bis 100 000 Personen. Beispielsweise zeigt Dovile Budryte, dass die estnische Interfront-Bewegung ausschließlich von Nicht-Esten unterstützt wurde. Der Anteil der Unterstützer habe sich im Jahr 1989 auf 10,9% der nicht-estnischen Bevölkerung belaufen, so Budryte.<sup>510</sup> Diese Zahl ist irreführend, da selbst wenn 10,9% der Gesamtbevölkerung die Interfront unterstützten, keinesfalls von der Mehrheit der anderssprachigen Bevölkerung die Rede sein kann. Ebenso sind 10,9% der nicht-estnischen Bevölkerung kaum als die Mehrheit derselben zu bezeichnen.<sup>511</sup> Allerdings kann nicht bestritten werden, dass die Interfront die Meinung zumindest eines Teils der russischsprachigen Bevölkerung transportiert hat. Auch wurde die Interfront in erster Linie von ehemaligen konservativen Eliten der EKP, sowie von den Leitern der Industrierwerke im Nordosten Estlands vorangetrieben.<sup>512</sup>

Außer der Interfront behaupteten noch weitere parteiähnliche Vereinigungen von sich, für die russischsprachige Bevölkerung in Estland zu sprechen. Zum Beispiel der konservative Flügel der EKP, die sogenannte EKP-UdSSR oder der Vereinte Rat der Arbeitskollektive (OSTK war das entsprechende Akronym auf Russisch).<sup>513</sup> Der seit 1988 existierende OSTK agierte als Sprachrohr der sowjetischen Ideen und wurde zur Parallelorganisation der Interbewegung. Auch diese genoss allerdings nur die Unterstützung des ehemaligen Parteiapparats der EKP und der Industrievorsitzenden. Die OSTK versuchte Ende der 1980er Jahre an die politische Macht zu gelangen, doch ihre bedeutendste Aktion blieb die Organisation von Streiks in den sowjetischen Industrierwerken im Jahr 1989. Diese vertieften die ethnisch-nationale Zerrissenheit im Land.<sup>514</sup>

---

<sup>510</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 55.

<sup>511</sup> Ebd. S. 55.

<sup>512</sup> Vgl. Smith, Graham (1996): The ethnic democracy thesis and the citizenship question in Estonia and Latvia, Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity 24/2. 199-216, S. 204.

<sup>513</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 111-112.

<sup>514</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPU Kirjastus/Vali Press. 77-100, S. 82.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Im September des Jahres 1988 wurde die Union der Kriegs- und Arbeitsveteranen gegründet, welche die Interessen der zu dieser Kategorie gehörenden meist älteren Mitglieder der russischsprachigen Gemeinschaft vertrat.<sup>515</sup> Weitere Gruppierungen waren der Politklub „Referendum“, gegründet am 14. Oktober 1988, die Demokratische Partei, gegründet am 26. November 1989, die Russische Sozialdemokratische Partei, gegründet am 6. Januar 1990, die Vereinigung der Arbeitenden Frauen, gegründet am 4. März 1990 und die Russische Demokratische Bewegung in Estland (Eestimaa Vene Demokraatlik Liikumine (EVDL)), gegründet am 30. August 1991.<sup>516</sup> Letztere versuchte anschließend als eine Art Repräsentativorgan für die russischsprachige Bevölkerung in Estland zu agieren, welche ihre Interessen vertreten sollte, bis die Frage der Staatsbürgerschaften geklärt war.<sup>517</sup> Im Laufe der Zeit wurde die EVDL zu einer Dachorganisation für diverse russischsprachige politische Gruppierungen.<sup>518</sup>

Dass es auch unter der russischsprachigen Bevölkerung, Ende der 1980er Jahre Unterstützer der Demokratisierung gab, zeigt die Gründung der Estnischen Vereinigung der Nationen (Eestimaa Rahvuste Ühendus (ERÜ), damals noch Estnisches Forum der Nationen) im September 1988.<sup>519</sup> Daran haben 18 Vertreter der in Estland lebenden nationalen Gruppen teilgenommen, welche insgesamt etwa 200 000 Personen ausmachten.<sup>520</sup> Zur Leitidee wurde die freiwillige Unterstützung der estnischen Freiheitsbestrebungen durch Vertreter nationaler Minderheiten. Im Gegenzug sollte die Vereinigung die Interessen der Minderheiten vertreten.<sup>521</sup> In diesem Gremium übernahm die EVDL als Vertreterin der russischsprachigen Bevölkerung die Aufgabe des Dialogs mit der estnischen Seite. Die ERÜ wurde in der Folgezeit zu einer Plattform der politischen Stimme der russischsprachigen Bevölkerung, die neben der EVDL und deren Parteien agierte.<sup>522</sup>

Die EVDL formulierte in den Jahren 1992 bis 1994 programmatische Standpunkte, die zur Grundlage der späteren repräsentativen Parteien der russischsprachigen Bevölkerung, wie Estlands Vereinte Völkerpartei (EÜRP), wurden.<sup>523</sup> So gab die EVDL zu erkennen, dass Estland der einzige Ort sei, wo sich das estnische Volk mitsamt seiner Sprache, Kultur und Staatlichkeit entfalten könne. Die ERÜ fügte im Programm aus dem Jahr 1994 an, dass die Sorge des estnischen Volkes um die eigene Sprache und Kultur angesichts der Migrationspolitik der Sowjetzeit verständlich sei.<sup>524</sup> Die im Jahr 1994 als Nachfolgerin der EVDL formierte EÜRP formulierte ihre Definition des estnischen Nationalstaates ohne dabei ethnische Charakteristika zu verwenden. Alle ethnisch-

<sup>515</sup> Estnische Bezeichnung: ENSV Sõja- ja Tööveteranide Liit (Üb. d. A.).

<sup>516</sup> Estnische Bezeichnungen: Demokraatlik Partei, Vene Sotsiaaldemokraatlik Partei, Eestimaa Vene Demokraatlik Liikumine. (Üb. d. A.) Daten aus: Raitviir, Tiina (1996): Eesti üleminekuperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine. Tallinn: Teaduste Akadeemia Kirjastus. S. 71-74; Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14.

<sup>517</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14.

<sup>518</sup> Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 83.

<sup>519</sup> Estnische Bezeichnungen: Eestimaa Rahvuste Foorum; Eestimaa Rahvuste Ühendus (Üb. d. A.).

<sup>520</sup> Vgl. Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärg, 23-26. aprill 1990). o. S.

<sup>521</sup> Eestimaa Rahvuste Ühendus. Sissejuhatus. <http://www.nationalities.ee/EST/index.html> (Abgerufen am 20.01.2014).

<sup>522</sup> Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 84.

<sup>523</sup> Estnische Bezeichnung: Eestimaa Ühendatud Rahvapartei (Üb. d. A.).

<sup>524</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 85.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

nationalen Gruppen sollten demnach ihre Kultur und Sprache fördern dürfen, so die EÜR. <sup>525</sup> So zielten die programmatischen Grundsätze dieser Partei auf die Schaffung eines auf bürgerlichen Freiheiten basierenden Staates, in dem die ethnische Zugehörigkeit keine Nachteile schafft. Sowohl EVDL als auch ERÜ haben die Auffassung vertreten, die Entstehungsgeschichte der russischsprachigen Bevölkerung in Estland sei vergleichbar mit Wirtschaftsmigration im Europa der Nachkriegszeit. Jegliche Form einer Repatriierung wäre daher rechtswidrig, so die Position dieser Parteien. <sup>526</sup> Entsprechend setzten sich die Kräfte für die sogenannte „Null-Option“ (oder gegen Nachweis der gesellschaftlichen Tauglichkeit, wie die ERÜ es formulierte) bei der Vergabe der Staatsbürgerschaften ein. Die Null-Option wurde erstmals von der Volksfront vorgeschlagen und bezweckte die freiwillige Einbürgerung aller Antragsteller, ohne zusätzliche Anforderungen. <sup>527</sup> Erwartungsgemäß korrelierten nur sehr wenige dieser Punkte mit den Grundsätzen der meisten estnischen politischen Kräfte, die die Zugehörigkeit zur estnischen Nation bzw. die Staatsangehörigkeit als Grundlage des estnischen Staates sahen.

Ende 1992 haben sich die Vertreter der EVDL und einiger anderen Bewegungen zur Repräsentativen Versammlung zusammengetan. Diese Bewegung wollte sich zu einem Repräsentativorgan der russischsprachigen Bevölkerung etablieren, wurde aber später dafür kritisiert, dass sie sich zu sehr der estnischen Sicht auf die Staatsbürgerschaftsfrage hingegeben habe. <sup>528</sup> Diese Kritik kam hauptsächlich von der konservativen Russischen Gemeinde (Vene Kogodus), die sich ebenfalls Ende 1992 bzw. Anfang 1993 formiert hatte. <sup>529</sup> Insgesamt lässt sich aber sagen, dass die Versammlungen und Bewegungen der russischsprachigen Bevölkerung der Übergangszeit von den neuen estnischen Eliten nur wenig bis gar nicht beachtet wurden und deswegen wenig politisches Gewicht entwickelten. <sup>530</sup> Vorschläge zur inklusiven Form der Staatsbürgerschaft wurden allesamt überhört oder als Kollaboration mit Moskau ausgelegt. <sup>531</sup>

### 4.3.4 Die nationale Frage in der parteipolitischen Rhetorik der neuen estnischen Kräfte Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre

Im Laufe des Jahres 1990 haben sich die neuen politischen Kräfte in ihren Grundsätzen gefestigt. Die nationale Frage wurde von den meisten politischen Akteuren zu einer Angelegenheit erklärt, die zwar angegangen werden musste, zunächst jedoch kein bedeutendes gesellschaftliches Problem darstellte. <sup>532</sup>

---

<sup>525</sup> Vgl. Ebd. S. 86.

<sup>526</sup> Vgl. Ebd. S. 86-87.

<sup>527</sup> Ebd. S. 86.

<sup>528</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 145-146.

<sup>529</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 146.

<sup>530</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14.

<sup>531</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 145-147.

<sup>532</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 78-80.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

In der Volksfront mischte sich die Nationalitätenfrage bereits Ende der 1980er Jahre ins Programm. Der Aufruf des Volkskongresses der Volksfront im Jahr 1988 verurteilte die Idee der unkontrollierten Migration und der gezielten Vermischung der Nationalitäten. Die Titularnation dürfe nicht zu einer Minderheit im eigenen Land werden, so der Leitgedanke.<sup>533</sup> Von Bedeutung für die Nationalitätenfrage war auch die 1988 von den Kreativen Gewerkschaften (vgl. Chronik) formulierte Forderung nach dem Schutz der estnischen Kultur. Diese sollte unter anderem durch die Kontrolle der Migration von außen gewährleistet werden.<sup>534</sup> Klara Hallik schreibt, dass die Volksfront bereits im Jahr 1988 an die nicht-estnische Bevölkerung appelliert hat, die Bestrebungen der Esten nach der Eigenstaatlichkeit zu verstehen und zu akzeptieren, da diese für die Esten eine Frage des historischen Daseins seien.<sup>535</sup>

Öffentlich hat allerdings sowohl die Volksfront als auch der mehrheitlich konservative Estnische Kongress etwa bis 1990 ethnische Diskrepanzen gemieden. So hat die Volksfront 1988 erklärt, dass sie in den interkulturellen Beziehungen „humane und demokratische Prinzipien verfolgt, gegenseitiges Entgegenkommen, Respekt für die Muttersprache und kulturelle Besonderheiten fördert, sowie versucht die etwaigen Begegnungsschwierigkeiten zwischen verschiedenen Nationen zu beseitigen“.<sup>536</sup> Der Estnische Kongress verabschiedete am 12. März 1990 die Deklaration über die „auf dem Territorium der Estnischen Republik lebenden Bürger anderer Staaten“,<sup>537</sup> mit der Versprechung die Staatsbürgerschaft nicht von der nationalen Zugehörigkeit abhängig zu machen. Außerdem sollte keinerlei Zwang gegenüber den Bürgern anderer Staaten bei der Formation der Gesellschaft ausgeübt werden. In der Estnischen Republik gäbe es demnach keinen Platz für Diskriminierung auf nationaler Basis.<sup>538</sup>

Die aus der Volksfront heraus entstandene Sozialdemokratische Partei (ESDP) erklärte in ihrem Programm des Jahres 1990, dass zwischen Esten und Russen weder Hass noch soziale, politische oder ökonomische Ungleichheiten bestünden.<sup>539</sup> Die ethnische Lage sei die Folge der imperialistischen Kolonialpolitik und ein demokratisch regiertes Estland würde allen Bewohnern Estlands Sicherheit und Schutz garantieren. Außerdem versprach die Partei sich für die politische und kulturelle Organisation der nicht-estnischen Bevölkerung einzusetzen.<sup>540</sup> Ähnlich waren im Jahr 1990 die Stimmen der anderen gemäßigten politischen Kräfte. So proklamierte die ebenfalls aus der Volksfront entstandene Vereinigung EMKE (Estnische Land-Zentrums-Partei), dass alle in Estland lebenden Volksgruppen das Recht auf Kulturidentität, eigene Sprache und Kultur hätten.<sup>541</sup> Die EKP warnte ihrerseits erwartungsgemäß vor dem gezielten Schutz einer bestimmten ethnischen Gruppe, da

---

<sup>533</sup> Ebd. S. 78-79.

<sup>534</sup> Vgl. Ebd. S. 77-100.

<sup>535</sup> Ebd. S. 77-100.

<sup>536</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 79 (Üb. d. A.).

<sup>537</sup> Eesti Kongress: „Deklaratsioon Eesti Vabariigi maa-alal elavatest teiste riikide kodanikest“ in: Kiin, Sirje (2000): *Eesti Kongress. Nii nagu see oli./ Eesti Kongress siis ja praegu*. Tallinn: Eesti Vabariigi Riigikantselei.

<sup>538</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 80.

<sup>539</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Sotsiaaldemokraatlik Partei (ESDP) (Üb. d. A.).

<sup>540</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 78-80.

<sup>541</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Maa-Keskerakond (ESDP) (Üb. d. A.), aus: Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 78-80.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

sich dies im Gegenzug zu einer nationalistischen Haltung gegenüber anderen ethnischen Gruppen entwickeln könnte.<sup>542</sup> Damit positionierten sich die Kommunisten als Repräsentanten bzw. Beschützer der Interessen der russischsprachigen Bevölkerung, was die auf Nationalität basierende politische Polarisierung der Gesellschaft vorantrieb.

Jedoch haben einige Parteien ihre programmatischen Ziele während der Übergangsperiode 1990 bis 1991 spezifiziert, so dass die zunehmenden Diskrepanzen in der nationalen Frage zum Vorschein kamen. Einerseits wurde die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung als Grundlage der problemfreien Koexistenz angesehen. Andererseits wurden die nationalen Interessen der Esten zum höchsten Gut des estnischen Staates erklärt, was andere Nationen in ihrer gesellschaftlichen Rolle in den Hintergrund stellte. Beispielsweise schrieb EMKE 1991 neben der Unterstützung der Integration der anderssprachigen Bevölkerung auch die Notwendigkeit der strengen Migrationskontrolle als Ziel in ihr Parteiprogramm. Der national-konservative Flügel der Opposition erklärte seinerseits die Nationalität zum höchsten Gut eines Volkes, womit in erster Linie die Esten gemeint waren, wollte aber gleichzeitig die Probleme der anderssprachigen Bevölkerung in Estland im Einklang mit internationalen Grundsätzen lösen.<sup>543</sup> Es schien, als wollten die neuen Kräfte simultan die nationale Grundlage des Unabhängigkeitskampfes betonen und Konflikte auf national-ethnischer Basis vermeiden. Zumindest solange der künftige Status Estlands im Verhältnis zur Sowjetunion unklar war, konnten die Parteien, so schien es, ihre ideologischen Grundsätze in der nationalen Frage nicht in vollem Umfang preisgeben.

Ab Herbst 1991 radikalisierten sich die Positionen der estnischen Parteien zunehmend. Der estnische Staat wurde nun immer öfter als eine ethnische Einheit definiert, der nur mittels einer ethnisch exklusiven Auffassung der Migrations- und Bevölkerungspolitik existieren konnte. Auch die Sprach- und in manchen Fällen auch Sozialpolitik wurden zum Gegenstand des ethnisch-national estnisch definierten Staates.<sup>544</sup> Für die Beschreibung der anderssprachigen Bevölkerung wurden zunehmend Begriffe wie „illegale Immigranten“, „Ausländer“ oder „Kolonisten“ verwendet.

Zu den Parteien, die eine solche Auffassung am stärksten vertreten haben, gehörten die bereits seit 1988 existierende konservative ERSP, die im Jahr 1991 gegründete Vaterland („Isamaa“), die sich aus konservativen und christlichen Kräften formiert hatte sowie die Estnische Koalitionspartei (Eesti Koonderakond).<sup>545</sup> Diese Parteien sahen die russischsprachige Bevölkerung Estlands nicht als eine ethnische Minderheit, sondern als eine Gruppe der „Andersstämmigen“ („muulased“, Üb. d. A.). Im Sprachgebrauch dieser Parteien figurierte oft die sogenannte „Repatriierung“, wonach die Migranten der Sowjetzeit vorzugsweise wieder zurück in ihre Heimatländer ziehen sollten. Diese Forderung der Rück-Migration bildete während der Jahre 1991 bis 1994 einen der Eckpfeiler der nationalen estnischen Interessen für die national gestimmten estnischen Parteien.<sup>546</sup>

---

<sup>542</sup> Ebd. S. 77-100.

<sup>543</sup> Vgl. Ebd. S. 80-81.

<sup>544</sup> Ebd. S. 86.

<sup>545</sup> Estnische Bezeichnung: „Isamaa“ („Vaterland“) (1991) bestehend aus: Eesti Kristlik Demokraatlik Erakond, Eesti Konservatiivne Rahvaerakond, Eesti Kristlik-Demokraatlik Liit, Vabariiklaste Koonderakond. (Üb. d. A.).

<sup>546</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Die Estnische Koalitionspartei bezeichnete die russischsprachige Bevölkerung im Jahr 1993 als Wirtschaftsmigranten. Das neue Parteiprogramm aus dem Jahr 1994 beinhaltete die Feststellung, dass die ethnische Komposition der estnischen Gesellschaft „bedrohlich“ sei. Insofern wurde die Repatriierung als beste Möglichkeit gesehen, die „bedrohlichen“ ethnischen Verhältnisse zu korrigieren. Dafür sollte der Staat finanzielle Mittel bereitstellen, so das Parteiprogramm.<sup>547</sup> Die Partei sprach sich jedoch auch dafür aus, dass durchweg loyalen Ausländern die Integration in die estnische Gesellschaft auf Wunsch erlaubt werden sollte.<sup>548</sup>

Die ERSF hatte im Sommer 1992 in ihrem Parteiprogramm erklärt, den ten“ könnte höchstens eine temporäre Aufenthaltserlaubnis in Estland gewährt werden. „Isamaa“ nahm sich mit seinem Wahlkampfprogramm des Jahres 1992 eine geplante „Rück-Migration und Dekolonisierung“ vor.<sup>549</sup> Für diejenigen, die nicht wegziehen wollten, sollten die Anforderungen für die Staatsbürgerschaft erschwert werden. Außerdem sollte eine jährliche Einbürgerungsquote lediglich bei 0,25% der rechtmäßigen Staatsbürger liegen.<sup>550</sup> Beispielsweise erklärte das Mitglied des „Isamaa“, Kaido Kama, im Jahr 1992: „Derjenige, der die estnische Sprache nicht spricht, kann die estnische Kultur nicht begreifen und lebt außerhalb Estlands Gesellschaft.“<sup>551</sup> Ein anderes Mitglied der Partei, Kalju Pöldvere, schlug vor, „mit der aktuellen Gesetzgebung eine Situation zu erzeugen, bei der die Kolonisten die Erde unter den Füßen zittern fühlen“.<sup>552</sup> Obwohl diese Äußerungen dem äußerst konservativen Flügel der Partei zugeschrieben werden können, geben sie dennoch die radikale Stimmung, die in den Übergangsjahren herrschte, eindrucksvoll wieder.

Während die Positionen der nationalistisch-konservativen estnischen Parteien in der nationalen Frage zunehmend radikaler wurden, blieb das Volksfront-Lager zunächst weiterhin gemäßigt. Allerdings schlichen sich auch hier ethnisch-national aufgeladene Bezeichnungen allmählich in die Rhetorik ein.<sup>553</sup> In ihrem Parteiprogramm aus dem Jahr 1992 orientierten sich die Sozialdemokraten (ESDP) zwar an dem Grundsatz, dass es in einem demokratischen Staat keine Differenzierung der Individuen auf ethnischer Basis geben könne. Bei wichtigen Entscheidungen sollten daher alle Bewohner und nicht nur Staatsbürger ein Mitspracherecht haben. Gleichzeitig wurde bezüglich der „Andersstämmigen“ aber betont, dass man diese Bevölkerungsgruppe zur Partizipation in der estnischen Gesellschaft „erziehen“ könnte.<sup>554</sup> Ähnlich wie die Koalitionspartei, plädierte die ESDP damit ebenfalls dafür, nur „loyalen“ Andersstämmigen das Recht auf Partizipation einzuräumen. Insofern waren die Grundsätze des gemäßigten Lagers in dem Fall zwar weniger auf ethnische Exklusivität bedacht, doch die „Loyalität“ der Andersstämmigen sollte auch in dieser Konzeption erst nachgewiesen werden. Anders als die konservativen Parteien, behandelte die ESDP die Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung allerdings

---

<sup>547</sup> Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 85.

<sup>548</sup> Ebd. S. 87.

<sup>549</sup> Vgl. Isamaa (1992): Valimisprogramm „Vaba Maa“. S. 7.

<sup>550</sup> Vgl. Ebd.

<sup>551</sup> Vgl. Ebd.

<sup>552</sup> Eigene Übersetzung nach: Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 113-114.

<sup>553</sup> Vgl. Ebd. S. 114-115.

<sup>554</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 85-86.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

nicht als beste Lösung für die demographische Lage in Estland. Als einzige Kraft sah sie in dieser die Gefahr einer autokratischen und ethnisch exklusiven Herrschaftsstruktur. Die ESDP plädierte für eine kontrollierte kulturelle und gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung. Konkrete Maßnahmen wurden allerdings nicht genannt.<sup>555</sup> Als weitere Kräfte des Volksfront-Lagers haben die im Oktober 1991 gegründete Estnische Zentrumspartei und die bis 1996 eigenständig existierende Land-Zentrumspartei (EMKE) sich für den Schutz der Kultur und der Rechte der anderssprachigen Bevölkerung ausgesprochen. Die Zentrumspartei forderte außerdem deren Repräsentation durch entsprechende Organisationen.<sup>556</sup>

Konkrete Themen, die in den Diskussionen und den Programmen zum Vorschein kamen, waren hauptsächlich mit Regelungen zur Staatsbürgerschaft und zur Sprache verbunden. Während die Volksfront anfangs noch auf die „Null-Option“ pochte, wurde diese zunehmend zugunsten eines „Loyalitätsnachweises“ in Form einer Staatsbürgerschaftsprüfung aufgegeben, die von allen Parteien gefordert wurde. Was die Regelungen zur Sprache anbelangt, so waren sich alle Parteien mehr oder weniger einig, dass Estnisch im Schulsystem fest verankert werden sollte.<sup>557</sup> Dabei war allen Parteien klar, dass es keinen radikalen sprachlichen Umbau der russischsprachigen Schulen geben konnte. Daher wurde die Möglichkeit der muttersprachlichen Bildung in den meisten Parteiprogrammen nicht abgelehnt. Details wurden nur wenig konkretisiert, so dass dieser Bereich anfangs mehr oder weniger sich selbst überlassen wurde.<sup>558</sup>

Obwohl es scheint, als hätten die national-radikalen und die gemäßigten Kräfte während der Übergangsjahre für den gegenseitigen Ausgleich in der nationalen Frage gesorgt, kippte die Stimmung immer weiter in eine national-radikale Richtung. So hat das Mitglied von „Isamaa“, Kalju Põldvere, im Jahr 1992 formuliert: „interne Feinde sind diejenigen, die es versuchen dem äußeren Feind zu helfen [...] und die Unterstützung der Kolonisten hier in Estland ist eine ihrer Aktivitäten.“<sup>559</sup> Ähnliche Aussagen sorgten für eine gewisse Radikalisierung der Wähler und der Öffentlichkeit, was somit ein „spill-over“ der ethnisch-national begründeten Rhetorik von der politischen auf die gesellschaftliche Ebene erzeugte. Die Radikalisierung der Stimmung überließ die politische Bühne den eher national-konservativen Parteien „Isamaa“, ERSP und „Möödukad“, welche die Volksfront als Mehrheitskraft ablösten. Peet Kask schrieb 1994, dass seit dem Paradigmenwechsel zwischen 1991 und 1992 die liberalen Kräfte, solche wie die Zentrumspartei oder die Sozialdemokraten, beim Aufkommen der „Russischen Frage“ ihre Stimme fortan verdeckt hielten.<sup>560</sup>

Die politische Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung wurde in dem ersten halbfreien Gremium somit zwar schwach von der EKP und der Volksfront übernommen, doch in Wahrheit stand die russischsprachige Bevölkerung ab 1990 ohne echte Re-

---

<sup>555</sup> Ebd. S. 87-88.

<sup>556</sup> Ebd. S. 89-90; Estnische Bezeichnungen: Eesti Keskerakond. Zusammenschluss EMKE und ESDP zur Partei „Möödukad“ („Moderaten“, Üb. d. A.) im Jahr 1996.

<sup>557</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115.

<sup>558</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 89-91.

<sup>559</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 114-115. Estnische Bezeichnung: Eesti Keskerakond (Üb. d. A.).

<sup>560</sup> Vgl. Ebd. S. 115.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

präsentation auf staatlicher Ebene da.<sup>561</sup> Die Stärke der konservativen Kräfte sowie die zunehmende Radikalisierung der nationalen Rhetorik der Parteien, gepaart mit der Abwesenheit einer neuen politischen Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung mündeten schließlich in der entsprechenden Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft, Sprache und den neu entstandenen „Ausländern“. Die politische Stimmung wandelte sich, so die Betrachtung der estnischen Gesellschaft, von einer aus Mitgliedern unterschiedlicher ethnischer Herkunft bestehenden in eine Gesellschaft der berechtigten titularen bzw. „loyalen“ und der unberechtigten „nicht-loyalen“ oder bis zu dem zu erbringenden Loyalitätsnachweis höchstens geduldeten nicht-titularen Gruppe. Die nationale Frage der russischsprachigen Bevölkerung wurde damit zu einer Begleiterscheinung der Übergangszeit und bestimmte auch fortan die soziale und politische Stimmung.<sup>562</sup> Der populäre Ausdruck dafür ist bis heute „eestimeelus“, was so viel wie „estnisch-gestimmt“ bedeutet.<sup>563</sup> Wie Andres Tarand, der Premierminister 1994 bis 1995 und spätere Vorsitzende der Partei „Möödukad“, bezüglich der russischsprachigen Bevölkerung formulierte: „Es ist ihre Pflicht einzusehen, dass sie nicht aus Versehen als unschuldige Lämmer während der letzten 50 Jahre in Estland erschienen sind“.<sup>564</sup>

#### 4.3.5 Das „spill-over“ der ethnisch-national radikalisierten politischen auf die öffentliche Stimmung

Die politische Stimmung kippte endgültig, sobald klar wurde, dass Estland eine Chance auf die Herstellung der vollständigen politischen Unabhängigkeit hatte. Im Vorfeld des August-Putsches in Moskau vom 19. bis 21. August 1991 hatten die neuen politischen Kräfte in Estland ihre Forderungen bezüglich des Systemwechsels konkretisiert, auch was die russischsprachige Bevölkerung anging. Wie bereits erwähnt, pochte nun auch die Mehrheit der Volksfront-Eliten auf ein nationalstaatliches Projekt in Estland, wobei die russischsprachigen Mitglieder des Obersten Sowjets sich nach wie vor für eine zivilgesellschaftliche Demokratie eingesetzt haben.<sup>565</sup> Die ethnisch radikalen Stimmen kamen seitens der ERSP und dem Estnischen Kongress, die das Sowjetregime erstmals als „Okkupation“ bezeichnet haben. Sie forderten keinerlei Loyalität gegenüber der Sowjetunion, dagegen die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, wie sie vor 1940 bestand.<sup>566</sup> Wichtig bei diesen Forderungen war die Grundidee zur Wiederherstellung des Staates in der Vorkriegsfassung, mit allen Gesetzen und der demographischen Komposition der Gesellschaft aus dem Jahr 1938. Dazu gehörte auch die „Entledigung“ der während der Okkupationszeit angesiedelten Fremden, die vom Estnischen Komitee (dem Führungsorgan des Kongresses) zu der Zeit bereits „Kolonisten“ genannt wurden. Diese Bezeich-

---

<sup>561</sup> Vgl. Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärg, 23.-26. aprill 1990). o. S.

<sup>562</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115-116.

<sup>563</sup> Der Ausdruck wurde auch während der Folgejahre oft für diese Art der Loyalität verwendet, Üb. d. A.

<sup>564</sup> Eigene Übersetzung aus: Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115.

<sup>565</sup> Vgl. Ebd. S. 109.

<sup>566</sup> Ebd.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

nung erschien in der Erklärung des Komitees zur Staatsbürgerschaft vom 15. August 1991, in der auch gegen die bereits mehrmals erwähnte „Null-Option“ bei der Vergabe der Staatsbürgerschaften protestiert wurde.<sup>567</sup> Bereits nach der Unabhängigkeitserklärung am 20. August 1991 hat das Komitee ein weiteres Dokument verabschiedet, das die russischsprachige Bevölkerung nunmehr als „illegale Wirtschaftsmigranten“ betitelte. Dementsprechend stünde „eine bedingungslose Einbürgerung im Gegensatz zu nationalen Interessen Estlands und zu internationalen Normen“.<sup>568</sup>

Aleksei Semjonov bezeichnet diese Forderungen als weniger anti-totalitär und mehr anti-russisch. Er führt an, dass der Estnische Kongress die Bezeichnungen „Sowjetisch“ und „Russisch“ stets als Synonyme verwendet hat, was letztlich zu der Verschmelzung der Begriffe geführt habe. „Russisch“ würde demnach öfter als Bezeichnung für das „Sowjet-Imperium“ verwendet und diese Verwechslung sei zum Eckstein der oppositionellen Bewegung in Estland geworden.<sup>569</sup> Die Begriffe werden bis heute in dieser Art als Synonyme im Alltag verwendet: „Während der russischen Zeit“ („vene ajal“ Est.) wird so zu einem Synonym für „sowjetische Zeit“ benutzt. Es ist also durchaus nicht verwunderlich, dass die oppositionelle Unabhängigkeitsbewegung sich gleichzeitig gegen „russisch“ und „sowjetisch“ als Adjektive der imperialen Ordnung gewandt hat, was eine starke gesellschaftliche Spaltung auf ethnisch-nationaler Grundlage zur Folge hatte.

Eine Analyse der Wahlergebnisse aus der Wahl des Obersten Sowjets im Jahr 1990 zeigt, dass die Interfront (damals Interbewegung) 13,3% der Stimmen der russischsprachigen Bevölkerung bekam, die OSTK 9% und die konservativen der EKP-UdSSR lediglich 5,9%.<sup>570</sup> Somit haben insgesamt etwa 28% der russischsprachigen Bevölkerung die Gegner der Unabhängigkeit unterstützt. Aleksei Semjonov gibt aus eigener Untersuchung an, dass die Unterstützung der „pro-Estland“ Kräfte innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung bei etwa 20% lag. Weitere 20% gaben ihre Stimmen an estnische Politiker, so Semjonov.<sup>571</sup> Wenn diesen Berechnungen Glauben geschenkt werden darf, haben etwa 40% der russischsprachigen Bevölkerung politische Kräfte gewählt, die sich die Unabhängigkeit zum Ziel gesetzt haben. Etwas unter 30% der russischsprachigen Bevölkerung stimmten für pro-sowjetische Parteien. Im Vergleich zum beinahe vollständig einheitlich „pro-Unabhängigkeit“ gestimmten estnischsprachigen Teil der Bevölkerung waren die russischsprachigen Bewohner somit zwar mehr polarisiert, aber durchaus nicht geschlossen im „contra-Unabhängigkeit“-Lager. Eine Umfrage aus dem Jahr 1990 zeigt, dass 15% der Nicht-Esten sich für einen unabhängigen estnischen Staat außerhalb des sowjetischen Einflussgebietes ausgesprochen haben. Weitere 35% stimmten für eine souveräne estnische Republik innerhalb einer sowjetischen Konföderation, was zur damaligen Zeit als Option auf der unionsweiten politischen Tagesordnung war. Etwa 42% der russischsprachigen Bevölkerung waren demnach für den *status quo* als Estnische SSR.<sup>572</sup> Wie auch die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums zeigen,

---

<sup>567</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammidest ja valimisplatvormidest. S. 81.

<sup>568</sup> Ebd., Üb. d. A.

<sup>569</sup> Vgl. Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 109.

<sup>570</sup> Ebd. S. 111-112.

<sup>571</sup> Ebd.

<sup>572</sup> Ebd. S. 110-111.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

mussten mindestens 25% der russischsprachigen Bevölkerung für die Unabhängigkeit gestimmt haben.<sup>573</sup> Somit kann auch hierbei nicht von einer „vollständigen Illoyalität“ der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber dem unabhängigen Estland gesprochen werden, wie von einigen Autoren behauptet.<sup>574</sup> Wahrscheinlich kann davon ausgegangen werden, dass etwa ein Drittel der russischsprachigen Bevölkerung die Unabhängigkeit Estlands befürwortete.<sup>575</sup> Ein weiteres Drittel sprach sich für die Möglichkeit einer graduellen Unabhängigkeit aus, die über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden sollte.<sup>576</sup> Am geringsten war die Zustimmung zur Unabhängigkeit im Nordosten Estlands und in den großen Industriezentren, in Kohtla-Järve haben etwa 46% und in Narva nur 25% der Bewohner die Unabhängigkeit unterstützt.<sup>577</sup> Dies belegen auch Daten aus einer Umfrage aus dem Jahr 1991. Sie zeigen, dass die Unterstützung der staatlichen Unabhängigkeit unter der nicht-estnischen Bevölkerung bei etwa 55% lag. Dieselbe Frage nach der vollständigen Unabhängigkeit Estlands wurde im Herbst 1989 von 9% und im Sommer 1990 von 27% (dem erwähnten Drittel) der befragten russischsprachigen Bevölkerung positiv beantwortet.<sup>578</sup>

Am 26. Mai 1990 wurde der sogenannte „Rat der Volksgesandten“ in der nordöstlichen Industriestadt Kohtla-Järve gegründet. Dieser übernahm quasi-staatliche Funktionen in der Region und war in den zentralen sowjetischen Gremien vertreten. Im März 1991 wurde von dem Rat unter der russischsprachigen Bevölkerung in Tallinn, Narva und Kohtla-Järve ein „inoffizielles Referendum“ zum Verbleib Estlands in der Sowjetunion durchgeführt.<sup>579</sup> Dovile Budryte gibt an, dass von den Teilnehmenden über 90% für den Verbleib Estlands in der Sowjetunion gestimmt haben.<sup>580</sup> Obgleich die Anzahl der tatsächlichen Unterstützer unklar war und die Stimmabgabe höchstens als Willensbekundung der „Russen“ wahrgenommen wurde, kam es im Obersten Sowjet zu Diskussionen über diesen Vorfall. Hauptsächlich ging es dabei um die Stimmung in den nordöstlichen estnischen Städten Kohtla-Järve, Narva und Sillamäe. Sowohl der Minister für nationale Fragen, Artur Kuznetsov, als auch der Vorsitzende der Kommission für nationale Beziehungen, Sergei Sowelnikow, hielten die Lage zwar nur für mäßig bedrohlich, dennoch nicht für vernachlässigbar.<sup>581</sup> Im Laufe der Gespräche in Obersten Sowjet am 24. April 1990 kamen drei Problempunkte zum Vorschein, die mit der russischsprachigen Bevölkerung zu tun hatten: erstens die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung, die weder eine Partei noch einen anderen Repräsentativorgan formiert hatte, zweitens die künftigen Ziele der neuen estnischen Eliten, die für die russischsprachige

---

<sup>573</sup> Ebd. S. 110.

<sup>574</sup> Ebd. S. 110-111 und Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 94.

<sup>575</sup> Vgl. Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): *Eesti ajalugu*. VI, *Vabadussõjast taasiseseisvumiseni*. S. 390; Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 95-97.

<sup>576</sup> Ebd. S. 95-97.

<sup>577</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): *Eesti ajalugu*. VI, *Vabadussõjast taasiseseisvumiseni*. S. 390.

<sup>578</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 110-111.

<sup>579</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 82.

<sup>580</sup> Bei diesen Zahlen fehlen allerdings Informationen über die Größe der Grundgesamtheit und Angaben zur prozentualen Teilnahme. Budryte, Dovile (2005): *Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States*. S. 55.

<sup>581</sup> Vgl. Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: *Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärk*, 23.-26. aprill 1990). o. S.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Bevölkerung vieles im Unklaren ließen und drittens das Thema der Bürgerrechte für die russischsprachige Bevölkerung als mögliche künftige Nicht-Staatsbürger.<sup>582</sup> Im Grunde aber, obwohl diese Themen bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt diskutiert wurden, blieb es bei der bis dahin eingeschlagenen ethnisch exklusiven Richtung des Staatsaufbaus.

Obwohl nicht von einer überwältigenden Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung für die Unabhängigkeit gesprochen werden kann, ist Folgendes zu beachten: Die damalige Politik der neuen oppositionellen Eliten war für die meisten zugezogenen russischsprachigen Bewohner Estlands vergleichsweise neu – die Erfahrung einer demokratischen Republik hatten die meisten nicht gemacht. Ebenso waren die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung nicht einheitlich repräsentiert, was ihre Skepsis weiter erhöht haben dürfte. Schließlich konnte das „spill-over“ der zunehmend national radikalisierten oppositionellen Rhetorik an der russischsprachigen Bevölkerung nicht vorbeigegangen sein, was ebenso wenig zur Minderung der Skepsis gegenüber der neuen Elite beigetragen hat. Raivo Vetik zeigt außerdem, dass das Bildungsniveau, das Alter sowie die Wohngegend bei der Entscheidung zur Zustimmung für die Unabhängigkeit eine bedeutende Rolle gespielt haben dürfte.<sup>583</sup> Entsprechend konnten jüngere und gut gebildete Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung eher von der Unabhängigkeit überzeugt werden. Insofern kann gesagt werden, dass eine einheitliche Stigmatisierung der russischsprachigen Bevölkerung als „illoyal“ nicht den Tatsachen entspricht.

Was zukünftige Erwartungen der russischsprachigen Bevölkerung an die wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen der Unabhängigkeit angeht, so dürften diese nicht schlechter gewesen sein als beim Verbleib in der Sowjetunion. Dies sahen die russischsprachigen Gruppen, die pro- bzw. contra-Unabhängigkeit waren, im Jahr 1993 ähnlich.<sup>584</sup> Auch eine Benachteiligung auf ethnisch-nationaler Basis war bis 1992 nur zum Teil absehbar.<sup>585</sup>

### 4.3.6 Der Vertrag zwischen Estland und Russland 1991 und die Frage der Staatsbürgerschaft

Noch bevor sich Estland für unabhängig erklärt hat, wurde ein Abkommen mit Sowjetrussland geschlossen, das unter anderem die künftige Situation der russischsprachigen Bevölkerung zum Gegenstand hatte. Unterzeichnet wurde der entsprechende Vertrag zwischen Estland und der Russischen Sowjetrepublik am 12. Januar 1991 in Tallinn. Damit sollte in erster Linie die Solidarität Russlands (RSFSR) mit den baltischen Staaten demonstriert werden, die Boris Jelzin dem aggressiven Ton der vorherigen sowjetischen Politik entgegengesetzt hat.<sup>586</sup> Im historischen Kontext war die Zeit besonders heikel: Am 13. Januar 1991 wurden in Vilnius am Fernsehturm unbewaffnete Demonstranten

---

<sup>582</sup> Ebd.

<sup>583</sup> Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 92.

<sup>584</sup> Ebd. S. 93-95.

<sup>585</sup> Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 95-97.

<sup>586</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 118.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

von sowjetischen Truppen beschossen.<sup>587</sup> Umso mehr hoffte die estnische Seite auf eine friedliche Lösung, befürchtete aber schwere Verhandlungen. Die russischsprachige Bevölkerung spielte dabei keine untergeordnete Rolle. Ganz im Gegenteil: Es wurde erwartet, dass Russland zum Schutz der „Landsleute“ Maßnahmen ergreift, die in Wahrheit den baltischen Ungehorsam bändigen sollten.

Mit dem Vertrag vom 12. Januar 1991, unter dem Namen „Vertrag über die Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen“, wurden die Staaten Estland und Russland zu souveränen Staaten und Völkerrechtssubjekten anerkannt. Das Dokument umfasste 20 Artikel, die die Gebiete der bilateralen Zusammenarbeit regelten. Unter anderem wurde mit dem Artikel III des Vertrages festgelegt, dass alle zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im jeweiligen Land lebenden Sowjetbürger die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes erhalten sollten. „Konkrete Staatsangehörigkeitsfragen von beidseitigem Interesse“ sollten in einem späteren völkerrechtlichen Vertrag geregelt werden. Dazu ist es aber nie gekommen. Ebenso hat die russischsprachige Bevölkerung in Estland nicht automatisch die Staatsbürgerschaft erlangt.

Obwohl von der estnischen Seite mit einer historischen Kontinuität begründet, wurde diese Tatsache später von Kritikern der estnischen Staatsbürgerschaftsregelung als Vertragsbruch betitelt.<sup>588</sup> Die estnischen politischen Kräfte haben sich wiederum darauf berufen, dass der Vertrag unter Druck unterzeichnet worden sei und die Artikel deswegen ohne weiteres akzeptiert wurden, diese aber im Grunde rechtlich nicht bindend seien.<sup>589</sup> Auch der erste Deutsche Botschafter in Tallinn, Henning von Wistinghausen, führt an, dass die ambivalenten Vertragskonditionen aus dem Grund akzeptiert worden seien, weil der estnische Oberste Sowjet zu dem Zeitpunkt andere Probleme zu lösen hatte.<sup>590</sup> Doch das Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991 zeigt, dass die Frage der Staatsbürgerschaft bei der Ratifizierung des Vertrages lebhaft diskutiert wurde.<sup>591</sup> Diese Problemstellung könnte sogar als eine der wichtigsten im ganzen Vertrag bezeichnet werden, da sie an die Frage der nationalen Sicherheit gekoppelt wurde. Bei der Debatte zeigt sich als Erstes, dass Mitglieder der Verhandlungskommission, die über die Einzelheiten der Verhandlungen berichteten, denselben Vertrag nicht als Druckmittel bezeichnet haben. Marju Lauristin, die spätere Sozialministerin, die die Debatte im Obersten Sowjet geführt hat, nannte das Dokument mehrmals eine konstruktive Kooperationsvereinbarung.<sup>592</sup> Der Vertrag wurde demnach offen und mit Rücksicht auf die gegenseitigen Interessen ausgehandelt.<sup>593</sup> Man könnte meinen, dass auch diese Aussage aufgrund der prekären außenpolitischen Lage relativiert worden war. Doch die Tatsache, dass im Obersten Sowjet auch andere, weitaus bedeutendere Sachlagen, wie die

---

<sup>587</sup> Dieser Tag ist in der litauischen Geschichte als der „Vilniusser Blutsonntag“ bekannt; 14 Menschen kamen dabei ums Leben.

<sup>588</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 118.

<sup>589</sup> Ebd.

<sup>590</sup> Wistinghausen, Henning von (2004): *Im Freien Estland, Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991-1995*. Köln: Böhlau Verlag, S. 57.

<sup>591</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991 (Stenogramm: *Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 27. istungjärk, teine istung 15. jaanuar 1991*).

<sup>592</sup> Ebd.

<sup>593</sup> Ebd.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Ausrufung der Unabhängigkeit, diskutiert wurden, lässt einen relativ freien Charakter des Gremiums vermuten.

Was die Fragen der Staatsbürgerschaft betrifft, so kursierte die Diskussion im Obersten Sowjet relativ ausführlich um die Klauseln 3, 4 und 5 des Vertrages. Diese beinhalteten hauptsächlich eine strittige Frage: müssen die Vertragsparteien den Bewohnern des jeweiligen Landes ohne weitere Anforderungen die Staatsbürgerschaft gewähren oder nicht? Laut Marju Lauristin wurde diese Frage vertraglich so geregelt, dass die Staaten allen Bewohnern die Option auf Staatsbürgerschaft gewähren, doch die Bestimmungen für deren Erlangung per Gesetz geregelt werden würden. Diese Bestimmungen seien dann im Ermessen des jeweiligen gesetzgebenden Organs und dürften nicht von der anderen Vertragspartei diktiert oder in Frage gestellt werden.<sup>594</sup> Die Interpretation der Klauseln ließ folgende drei Optionen zu: die Option auf Erlangung der Staatsbürgerschaft von Estland, die Option auf Erlangung der Staatsbürgerschaft eines anderen Staates oder die Option des Verzichtes auf jegliche Staatsbürgerschaft. Die letzte Option, so Lauristin, sei im Einklang mit internationalen Rechtsnormen, da sie die Entscheidung der Person überließ und diese nicht unter Zwang einer Staatsbürgerschaft stellte.<sup>595</sup> Obwohl sich diese Diskussion auf einem abstrakten Niveau befand, musste sowohl beiden Vertragsparteien als auch den Abgeordneten des Obersten Sowjets klar sein, um welche Staatsbürgerschaft für welche nationalen Gruppen es sich handelte. In Estland war dies die russischsprachige Bevölkerung, bezüglich welcher Russland den Eindruck vermittelte, sich für sie einsetzen zu wollen. Gleichzeitig vertrat die estnische Seite die Interessen derjenigen Esten, die zur damaligen Zeit in Russland wohnhaft waren. Während die russische Seite dabei die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft zuließ, lehnte die estnische Seite diese Option von vornherein ab.

Was in diesem Zusammenhang ebenfalls von Bedeutung ist, war die Unklarheit über den Status der Sowjetunion bzw. der beiden Vertragsparteien in den Folgemonaten bzw. -jahren. Das Fortbestehen der Sowjetunion hätte bedeuten können, dass diejenigen Bewohner Estlands, die keine estnische Staatsbürgerschaft erhalten konnten oder wollten, Bürger der Sowjetunion hätten bleiben können. Für diesen Fall wurde mit dem besagten Abkommen festgelegt, dass auch mögliche Nicht-Staatsbürger international festgelegte politische und bürgerliche Rechte genießen würden. Proteste gegen eine solche Interpretation des Vertrages kamen hauptsächlich von russischsprachigen Vertretern des Obersten Sowjets, z.B. von Valeri Kois und Vladimir Lebedev. Sie monierten in erster Linie die Interpretation der Gewährung der Staatsbürgerschaft und sahen Artikel 3 des Vertrages als die „Null-Option“. Dagegen wurde von den Gegnern der „Null-Option“ erneut die Interpretation über die freie Entscheidung präsentiert, wonach es einer Person selbst überlassen sei, ob sie staatenlos bleiben möchte. Ein anderer russischsprachiger Abgeordneter, Aleksandr Labassov, bat darum, die fragwürdigen Artikel erst in Ausschüssen zu prüfen, um erst danach den Vertrag ratifizieren zu können, was allerdings abgelehnt wurde. Somit verursachte der Vertrag zwar keine Änderung des estnischen *status quo* in der Staatsbürgerschaftsfrage, doch zumindest wurden die Bedenken der russischsprachigen Seite um ihren rechtlichen Status an die Tagesordnung

---

<sup>594</sup> Ebd.

<sup>595</sup> Ebd.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

gebracht. Dazu sagte der spätere estnische Staatspräsident Arnold Rüütel, er glaube, dass zu der Herausarbeitung der entsprechenden Gesetze auch die russischsprachige Bevölkerung künftig entscheidend beitragen würde. Der russischsprachige Abgeordnete Sergei Sovetnikov äußerte anschließend einen Appell an die „Ehrlichkeit und Großzügigkeit“ der estnischen Kollegen bei der Herausarbeitung der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft. Im Lichte dieser Stimmung im Gremium wurde der Vertrag vom Obersten Sowjet mit 70 zu 2 Stimmen und 2 Enthaltungen ratifiziert, nachdem bei der ausführlichen Diskussion geklärt wurde, dass die Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft mittels konkreter Gesetzgebung geregelt würden.<sup>596</sup> Dies ist nachfolgend am 26. Februar 1992 mit dem Gesetz zur Staatsbürgerschaft auch geschehen.

Diese ausführliche Beschreibung der Diskussion in Obersten Sowjet am 15. Januar 1991 soll die allgemeine Stimmung in den Regierungskreisen verdeutlichen. Der Oberste Sowjet der Estnischen Republik war gewissermaßen das letzte Organ, in dem die alten und die neuen Eliten, aber auch estnische und russischsprachige Repräsentanten kooperieren konnten. Die russischsprachigen Vertreter fürchteten dabei um ihren rechtlichen Status, die estnischsprachigen Vertreter wollten nicht, dass die Jahre der Sowjetherrschaft ihnen ihre Gesetzgebung diktierten. Letztendlich erwies sich die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft im Februar 1992 als wegweisend für die estnische Gesellschaft, da sie die Grenzen des ethnisch-nationalen Miteinanders festlegte.

#### 4.3.7 Fazit: Paradigmenwechsel in der ethnisch-nationalen Stimmung zwischen 1989 und 1992

Etwa zwischen dem Frühjahr des Jahres 1990 und dem Spätsommer des Jahres 1991 kehrte somit die erste Wende in der ethnisch-national begründeten Problematik des Systemwechsels ein. Bis dahin hatte der gemeinsame Wille zur Bekämpfung der Sowjetmacht in Estland viele politischen Kräfte vereint, was sowohl die reformbereiten alten als auch die neuen oppositionellen Kräfte umfasste. Nach den Wahlen zum Obersten Sowjet im Jahr 1990 schien eine Umkehr in das alte Regime zwar immer unwahrscheinlicher, etwa bis Sommer 1991 war es jedoch nicht absehbar, ob überhaupt und wenn ja, in welcher Form die Sowjetunion weiter existieren würde. Entsprechend war die Stimmung auf Zusammenarbeit ausgerichtet und auf die Bestrebung, sowohl Souveränität zu erlangen, als auch sich vor der möglichen sowjetischen Aggression zu schützen.<sup>597</sup>

Während der 13 Monate zwischen der Unabhängigkeitserklärung am 20. August 1991 und den Parlamentswahlen am 20. September 1992 fanden wichtige politische Ereignisse statt, die unter anderem die Lage der russischsprachigen Bevölkerung entscheidend beeinflussten. Die „spill-over“ Effekte der nationalen Rhetorik sorgten dafür, dass die russischsprachige Bevölkerung sowohl repräsentativ als auch gesellschaftlich immer mehr an ihrer Position einbüßte.<sup>598</sup> Die Unabhängigkeitserklärung bewirkte, dass

---

<sup>596</sup> Ebd.

<sup>597</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 109.

<sup>598</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 83.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

die alten kommunistischen Eliten im Obersten Sowjet endgültig an Einfluss verloren.<sup>599</sup> Die Volksfront, die anfangs noch eine gemäßigte Richtung der nationalen Politik eingeschlagen hatte, musste sich immer mehr den nationalistischen Tendenzen des Obersten Sowjets und des Estnischen Kongresses fügen.<sup>600</sup> Die neue politische Stimmung bewegte sich in eine zunehmend exklusive Richtung, wenn es um den Umgang mit der Sowjetherrschaft und den russischsprachigen Bewohnern Estlands ging. Ebenso verhielt es sich mit der öffentlichen Meinung und der Stimmung in der estnischen Bevölkerung.

Auf der Seite der russischsprachigen Bevölkerung gab es zwar Versuche, im nordöstlichen Teil Estlands eine Gegenbewegung zur estnischen Opposition aufzubauen, daraus entstand jedoch keine ersthafte politische anti-oppositionelle Bewegung. Zwischen Sommer 1991 und Herbst 1992 hat sich die russischsprachige Bevölkerung Estlands an keinen organisierten Aktionen beteiligt. Sogar die Leitung der Interfront, sowie der OSTK entschieden sich dafür, sich nicht in das Geschehen des Systemübergangs mittels öffentlicher pro-sowjetischer Aktionen einzumischen.<sup>601</sup> Einige Proteste in Narva und Sillamäe und kleineren nordöstlichen Städten blieben zwischen 1992 und 1993 als Initiativen der verbliebenen Interfrontlern und Bolschewiken Einzelfälle. Die Unterstützung der Interfront schwand und die bolschewistischen und imperialistischen Standpunkte wurden marginalisiert.<sup>602</sup> Die unklare politische Einstellung der russischsprachigen Bevölkerung erklärt Aleksei Semjonov damit, dass dieser Bevölkerungsteil sich nicht zwischen den zwei Möglichkeiten des alten oder des neuen Systems entscheiden konnte. Die bekannte Sowjetmacht war wirtschaftlich weitaus weniger attraktiv als der von der anderen Seite angestrebte Westen, wobei die Unabhängigkeit wiederum mit Zweifeln in Hinblick auf die Repräsentation und die künftigen Rechte verbunden war. Unter diesen Umständen kann somit nicht von einer geschlossen negativen Haltung der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber dem Systemwechsel gesprochen werden. Man könnte sich fragen, ob die Situation der russischsprachigen Bevölkerung nach dem Systemwechsel hätte anders sein können, hätte sie sich während des Systemwechsels organisiert und für die eine oder andere Seite stark gemacht.

Zwischen den Jahren 1991 und 1992 wurden einige Schlüsselfragen auf das politische Tapet gebracht, welche die künftige Ausgestaltung des Staates und der Gesellschaft und damit direkt die russischsprachige Bevölkerung betrafen. Im Grunde ging es dabei um eine ethnisch-national (exklusiv) oder eine zivilgesellschaftlich (pluralistisch) begründete Demokratie bzw. um die Frage, ob die künftige estnische Gesellschaft multikulturell, assimiliert oder ethnisch-exklusiv ausgestaltet werden sollte.<sup>603</sup> Dazu gehörte die Forderung nach dem Aufbau eines estnischen Nationalstaates und damit verbunden nach der Rolle derjenigen Bevölkerung, die nicht zur estnischen Nationalität gehörte. Den entscheidenden Baustein bildete dabei die künftige Ausgestaltung der Gesetzge-

---

<sup>599</sup> Ebd. S. 82.

<sup>600</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 113-114.

<sup>601</sup> Ebd. S. 111-112.

<sup>602</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 82.

<sup>603</sup> Vgl. Ebd. S. 78-81; Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 105-106.

#### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

zung zur Staatsbürgerschaft, welche die jeweilige gesellschaftliche und politische Form gestalten sollte.

##### 4.3.8 Die ersten zwei Phasen des Systemwechsels und die Indikatoren der Integration in Estland

Die Schlüsselereignisse der ersten zwei Phasen des Systemwechsels in Estland lassen sich somit durch folgende Schritte charakterisieren: Erste halbfreie Wahlen am 18. März 1990, bei den die Mehrheit der Sitze an die Volksfront ging und die Esten mit ca. 70% ethnisch in der Überzahl waren. Die EKP bekam 27 Sitze und war somit politisch deutlich in der Minderheit. Das Referendum zur Unabhängigkeit am 3. März 1991 zeigte eine Zustimmung von 78% der gesamten Bevölkerung bei einer Wahlbeteiligung von 83%. Schätzungsweise 1/3 der russischsprachigen Bevölkerung hat für die Unabhängigkeit gestimmt. Am 20. August 1991 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung und am 26. Februar 1992 wurde durch das halbfrei gewählte Parlament das erste Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet, das einen ethnisch exklusiven Charakter hatte. Am 28. Juni 1992 fand das Verfassungsreferendum und am 20. September 1992 wurden erste freie Parlamentswahlen abgehalten. Somit war die Repräsentation und die Teilnahme der russischsprachigen Bevölkerung an der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft und der Erarbeitung der Verfassung als sehr gering zu bezeichnen, wobei ihre Vertretung schwach durch die Volksfront übernommen wurde. Während der Übergangsphase eignete sich ein Paradigmenwechsel in der ethnischen bzw. nationalen öffentlichen Rhetorik.

Die Dimensionen und Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen in einigen Bereichen eine Bewegung der russischsprachigen Bevölkerung weg von einer assimilierten hin zu einer segmentierten bzw. einer marginalisierten Position. Vor allem ist dies bei dem Zugang zur politischen Partizipation bzw. Wahlen und zu politischen Ämtern der Fall. Während die russischsprachige Bevölkerung bei den ersten halbfreien Wahlen noch volle Partizipationsfreiheit genoss, wurde diese nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft gekürzt, weshalb die russischsprachigen Nicht-Staatsbürger weder die Verfassung noch das erste frei gewählte Parlament mitbestimmen durften. Die Grundrechte waren dagegen stets gewährleistet. Auch im öffentlichen Sprachgebrauch wandelte sich die Position der russischsprachigen Bevölkerung von assimiliert im sowjetisch-russischsprachigen bis zu segmentiert im vollständig estnischsprachigen Umfeld. Das Bildungssystem – auch bis dahin bereits zwischen russisch- und estnischsprachig segmentiert – vertiefte die sprachlich und ethnisch basierte gesellschaftliche Kluft. Folglich wandelte sich auch die Identifikation der russischsprachigen Bevölkerung mit Estland als Teil der Sowjetunion zu einem unabhängigen Land, in dem sie eine gesellschaftlich und politisch neue, weitaus marginalisierte bzw. segmentierte Rolle spielte. Bei vielen führte dies zu einem identifikativen Bruch zwischen dem alten und dem neuen Staat bzw. System. In den anderen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration erfolgte zunächst keine große Veränderung. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und der selbstständigen Grundversorgung blieb bestehen, auch wenn sprachliche Um-

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

stände sich zum Teil veränderten. Auch russischsprachigen Wohngegenden hatten sich bereits herausgebildet und blieben bestehen. Als Einziges konnte zum Teil eine weitere Entfernung in den sozialen Kontakten zwischen der estnisch- und russischsprachigen Bevölkerung beobachtet werden, was mit der allgemeinen Radikalisierung der öffentlichen Rhetorik einherging.

### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

#### 4.4.1 Erstes Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 und seine Folgen

Unter den Bedingungen einer national aufgeladenen Stimmung in der parteipolitischen Rhetorik und der öffentlichen Meinung wurden im letzten Obersten Sowjet einige wegweisende Entscheidungen getroffen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse der Nachfolgejahre entscheidend prägten. Ein wichtiges Datum der Chronologie ist die Entscheidung im Obersten Sowjet über die Staatsbürgerschaft am 26. Februar 1992. Mit der Verabschiedung noch vor dem Referendum zur Verfassung im Juni 1992 sowie vor den ersten freien Parlamentswahlen im September 1992 wurde die Wählerschaft für beide Abstimmungen festgelegt. Das neue Gesetz stellte eine leicht modifizierte Form des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1938 dar, wonach die Bürger der estnischen Republik (der Jahre 1918 bis 1940) sowie deren Nachkommen Staatsbürger werden konnten.<sup>604</sup> Damit wurde erreicht, dass die Wählerschaft des Jahres 1992 mehrheitlich aus Esten bestand und dass der Großteil der russischsprachigen Bevölkerung von der Abstimmung ausgeschlossen wurde. Das Gesetz zur Staatsbürgerschaft trat ab dem Tag seiner Verabschiedung am 26. Februar 1992 in Kraft.<sup>605</sup>

Bei der Abstimmung im halbfreien Obersten Sowjet bestand erstens die Frage, ob die Republik Estland des Jahres 1991 als rechtliche Nachfolgerin der Republik Estland des Jahres 1940 gelten kann bzw. soll. Dies zielte vor allem auf die Rechtsprechung der ersten Republik ab, speziell auf die rechtliche Nachfolge der Staatsbürgerschaft. Im Falle der Entscheidung zur Nachfollegesetzgebung könnte das Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1938 übernommen werden, so die Überlegung der Gesetzgeber. Obwohl die Entscheidung in der Resolution zur Unabhängigkeit vom 20. August 1991 letztlich zugunsten der Kontinuität aus dem Jahr 1940 gefallen ist, wurde das Gesetz zur Staatsbürgerschaft nicht ohne Änderungen übernommen.<sup>606</sup> Diese Änderungen wurden im Vorfeld lebhaft diskutiert, was Einblicke in die Positionierung der Mitglieder offenbar-

---

<sup>604</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 117-119.

<sup>605</sup> RT 1992, 7, 109 Kodakondsuse Seadus.

<sup>606</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 116-117.

#### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

te.<sup>607</sup> Eine Option zur Auslegung des Gesetzes schrieb dem estnischen Staat beispielsweise keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Folgen der Sowjetherrschaft vor.<sup>608</sup> Als Folge weiterer Abstimmungen übernahm Estland schließlich aber doch die Verantwortung für die in Estland lebende russischsprachige Bevölkerung, die somit als eine solche „Folge der Sowjetherrschaft“ gehandhabt wurde.<sup>609</sup>

Der hier bereits oft genannte und auch in der Literatur häufig erwähnte Streitpunkt war die so genannte „Null-Lösung“ der Staatsbürgerschaft. Diese wurde in Litauen, aber nicht in Estland und Lettland umgesetzt. Demnach hätte die Staatsbürgerschaft auf Antrag ohne zusätzliche Prüfungen gewährt werden können. Dazu schreibt Aleksei Semjonov:

„This option became anathema in political discourse, and by now [1992; Anm. d. A.] even the most liberal politicians admit that defending such an approach would mean political suicide for them.“<sup>610</sup>

Asbjorn Eide schreibt im Laufe seiner Beobachtungen von 1989 bis 1992, dass noch im Jahr 1991 die „Null-Option“ damals durchaus nicht ganz unrealistisch war. Für eine von der damaligen Regierung finanzierte Konferenz über Menschenrechte in Tallinn vom 11. bis 13. Februar 1991 wurde das Dokument „International Human Rights in Estonia“ vorbereitet. Dieses konstatierte: „from the point of view of human rights any attempts to restrict citizenship due to ethnic origin are and will remain totally unacceptable.“<sup>611</sup>

Wie bereits erwähnt, existierten bezüglich der „Null-Option“ im Obersten Sowjet zwei unterschiedliche Interpretationen. Die eine Möglichkeit sah die Vergabe der Staatsbürgerschaft an alle damaligen Bewohner Estlands als „Null-Option“; eine andere betrachtete die Möglichkeit der freien Wahl der Staatsbürgerschaft als „Null-Option“. Im zweiten Fall hätte die Entscheidung für die estnische Staatsbürgerschaft die Einbürgerung der betroffenen Person nach sich gezogen. Im ersten Fall hätte ein Antrag ohne weitere Tests oder Prüfungen ausgereicht. Als es zur Abstimmung über das Gesetz der Staatsbürgerschaft kam, hat das russischsprachige (worauf der Name schließen lässt) Mitglied des Obersten Sowjets Vitali Menschikow am 26. Februar 1992 den Vorschlag für die „Null-Option“ der ersten Variante eingebracht.<sup>612</sup> Diese Option wurde bei der anschließenden Abstimmung jedoch von keinem estnischstämmigen Mitglied des Obersten Sowjets unterstützt.<sup>613</sup> Mehr Versuche zur Durchsetzung der „Null-Option“ wurden nicht unternommen.

Das neue Gesetz zur Staatsbürgerschaft wurde damit unter der Prämisse erarbeitet, dass jeder Bewohner Estlands, der keine Staatsbürgerschaft nach Abstammung beantragen konnte, dem Prozedere der Einbürgerung unterzogen würde. Somit wurde der

---

<sup>607</sup> Vgl. Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust.. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 101-112, S. 101-112.

<sup>608</sup> Ein entsprechender Vorschlag der Mitglieder des Obersten Sowjets, Johannes Kass und Tiit Käbin, wurde am 19. Dezember 1991 abgelehnt. Ebd. S. 103-104.

<sup>609</sup> Ebd.

<sup>610</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 117.

<sup>611</sup> Zitiert in: Ebd.

<sup>612</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 26. Februar 1992 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 65. istungjärg, teine istung 26. veebruar 1992). o. S.

<sup>613</sup> Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust. S. 103-104.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Staatsbürgerschaft das Prinzip des *ius sanguinis* zugrunde gelegt.<sup>614</sup> Die zu erfüllenden Kriterien wurden in vorausgegangenen Diskussionen in den Ausschüssen des Obersten Sowjet bestimmt. So wurde darüber diskutiert, wie lange der Antragsteller auf Staatsbürgerschaft im Land gelebt haben sollte, vor allem, ob die Zeit in der Estnischen SSR mitzählen sollte. Diese Entscheidung wurde am 20. Februar 1992 getroffen und das entsprechende Datum auf den 30. März 1990 gelegt: Ab dann sollten Antragsteller mindestens 2 Jahre in Estland gelebt haben, bevor sie als Antragsteller für die Staatsbürgerschaft in Frage kamen.<sup>615</sup> Generell sollte die Staatsbürgerschaft nur auf Antrag und mittels Einbürgerung erfolgen, es wurden keine Ausnahmen hinzugefügt. Beispielsweise stand im Herbst 1991 zur Debatte, ob diejenigen Antragsteller, die Estnisch sprachen und in Estland geboren waren die Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren erlangen konnten. Dieser Vorschlag wurde im Obersten Sowjet abgewiesen.<sup>616</sup> Letztlich mussten die Antragsteller gemäß dem verabschiedeten Gesetz folgende Punkte erfüllen:

- Volljährigkeit oder die Zustimmung eines Elternteils oder Vormundes
- Aufenthalt seit 30. März 1990, jedoch mindestens 2 Jahre vor und ein Jahr nach dem Antrag
- Ausreichende Kenntnisse der Estnischen Sprache<sup>617</sup>
- Außerdem wurden zu gesetzmäßigen Staatsbürgern:
- Personen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes als Staatsbürger anerkannt oder angenommen wurden
- Personen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes durch auswärtige Verträge als Staatsbürger anerkannt wurden
- Kinder, deren Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt Staatsbürger war (auch im Fall, wenn der Vater des Kindes Staatsbürger war und vor der Geburt verstorben ist)
- In Estland gefundene Kinder, deren Angehörigkeit zu einem anderen Staat nicht belegt werden konnte
- Als Ausländer wurden Angehörige anderer Staaten oder Personen ohne Staatsbürgerschaft behandelt)<sup>618</sup>

Die Bestimmungen zur Sprachkenntnis sollten separat von der Regierung herausgearbeitet und dem Obersten Sowjet binnen eines Monats zur Abstimmung präsentiert werden. Zudem wurde aus dem ursprünglichen Gesetz eine wichtige Klausel gestrichen: In § 4 haben die Punkte 1. und 2. ursprünglich die Einbürgerung ohne weitere Prüfung für weibliche Personen bei Eheschließung mit einem estnischen Staatsbürger erlaubt. Entsprechend durften minderjährige Kinder in diesem Fall ebenfalls die Staatsbürger-

---

<sup>614</sup> Leif, Kalev/Ruutsoo, Rein (2009): Kodakondsus ja mitmik kodakondsus eurooplastuvas eestis. Acta Politica 3. 176-217, S. 187

<sup>615</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 26. Februar 1992 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 65. istungjärg, teine istung 26. veebruar 1992). o. S.

<sup>616</sup> Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust. S. 103-104.

<sup>617</sup> RT 92, 7, 109 Kodakondsuse Seadus, 2. peatükk, 2. jagu, paragrahv 6. [(Kapitel 2, Teil 2, § 6); (Kapitel 2, Teil 2, § 3)] (Üb. d. A.).

<sup>618</sup> RT 92, 7, 109 Eesti Vabariigi Ülemnõukogu otsus Kodakondsuse seaduse rakendamise kohta, paragrahv 3. [(§ 3)] (Üb. d. A.).

#### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

schaft erlangen, wenn sie dauerhaft in Estland wohnen blieben.<sup>619</sup> Diese Klauseln wurden mit der Entscheidung des Obersten Sowjets für ungültig erklärt.<sup>620</sup>

Weitere Ausnahmen gegenüber dem ursprünglichen Gesetz betrafen die Sprachprüfung und die Dauer des Aufenthaltes, welche gelockert werden konnten, wenn die Person trotz keiner direkten Verwandtschaft ihre estnische Abstammung nachweisen konnte, bzw. besondere Verdienste dem Estnischen Staat entgegengebracht hatte. Ebenfalls konnten Personen, die über 10 Jahre in Estland gelebt hatten, einen gesonderten Antrag stellen.<sup>621</sup> Am 23. März 1993 wurde noch eine Änderung eingeführt, wonach die Staatsbürgerschaft von beiden Elternteilen „geerbt“ werden konnte; ursprünglich war dies nur mütterlicherseits möglich. Eine Ausnahmeregelung wurde auch für diejenigen eingeführt, die sich als Antragsteller vor den Wahlen zum Estnischen Kongress gemeldet hatten.<sup>622</sup>

Ein Vorschlag der gemäßigten Kräfte hätte die Repräsentationsproblematik der russischsprachigen Bevölkerung für die Parlamentswahlen am 20. September 1992 lösen können: Es wurde darüber abgestimmt, ob auch Antragsteller für die Staatsbürgerschaft zur Parlamentswahl zugelassen werden könnten, selbst wenn sie noch keine Staatsbürgerschaft besaßen. Dieser Entwurf fand allerdings einen konservativen Gegenvorschlag: Statt im Parlament darüber abzustimmen, sollte die Frage beim Referendum zur Verfassung am 28. Juni 1992 als Ergänzung zur Verfassungsabstimmung gestellt werden. Letztlich fand diese Option die Zustimmung des Gremiums und so haben die Wahlberechtigten Staatsbürger, welche damit nicht die russischsprachige Bevölkerung umfassten, über diese Möglichkeit abgestimmt. Die Option wurde mit 53% zu 46% abgelehnt.<sup>623</sup>

Die Entscheidung über das Gesetz zur Staatsbürgerschaft erwies sich ab dem Zeitpunkt seiner Verabschiedung, wie bereits angedeutet, als wegweisend für die künftige demokratische Entwicklung Estlands. Zwar wurde die Ethnizität der Definition des legalen Personenstatus formal nicht zugrunde gelegt, doch implizierte diese Gesetzgebung eine Spaltung auf der ethnischen Basis der repräsentativen Ebene der politischen Dimension bereits in der ersten Phase der demokratischen Konsolidierung. Die mit dem Gesetz implizit geschaffene Gruppe der Nicht-Staatsbürger durfte in den ersten Jahren der Demokratie weder an Wahlen teilnehmen, noch für öffentliche Ämter kandidieren oder Parteien gründen.<sup>624</sup> Entsprechend konnte die russischsprachige Bevölkerung Estlands in den ersten Jahren der Demokratisierung an der Gesetzgebung zur Bildung, zur Sprache oder zur Ausländergesetzgebung nicht teilnehmen.

---

<sup>619</sup> RT 92, 7, 109 Kodakondsuse Seadus, 2. peatükk, 1. jagu, paragrahv 4. [(§ 4)] (Üb. d. A.).

<sup>620</sup> RT 92, 7, 109 Eesti Vabariigi Ülemnõukogu otsus Kodakondsuse seaduse rakendamise kohta, paragrahv 10. [(§ 10)] (Üb. d. A.).

<sup>621</sup> RT 92, 7, 109 Kodakondsuse Seadus, 2. peatükk, 1. jagu, paragrahv 7. [(§ 7)] (Üb. d. A.).

<sup>622</sup> RT 92, 7, 109 Eesti Vabariigi Ülemnõukogu otsus Kodakondsuse seaduse rakendamise kohta, paragrahv 9. [(§ 3); (§ 9)] (Üb. d. A.).

<sup>623</sup> Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust. S. 103.

<sup>624</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 86-87.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.4.2 Die estnische Verfassung

Die estnische Verfassung mit dem Namen „Põhiseadus“ wurde parallel zu den Debatten um die Staatsbürgerschaft erarbeitet.<sup>625</sup> Entscheidend war dabei die Bildung der verfassungsgebenden Versammlung aus je 30 Mitgliedern des Obersten Sowjets und des Estnischen Kongresses. Diejenigen Repräsentanten, die in beiden Gremien saßen, durften wählen, welche Versammlung sie vertreten wollten. Die Zusammenstellung umfasste etwa 20 Mitglieder der Volksfront, etwa 20 Mitglieder aus den radikal-nationalen Parteien, 13 Moderate und Alt-Kommunisten, darunter 7 Personen russischer Abstammung.<sup>626</sup> Ursprünglich hatten die im Kongress vertretenen Mitglieder der ESDP vor, die Verfassung aus dem Jahr 1937 zu übernehmen. Diese beinhaltete allerdings einige autokratische Züge und die verfassungsgebende Versammlung einigte sich darauf eine Verfassung zu erarbeiten, die sich an die Verfassung aus der Estnischen Republik 1937 lediglich anlehnte. So wurde die Exekutive gestärkt, die Bezeichnung „Präsident“ für das Staatsoberhaupt eingeführt und einige präsidentielle Kompetenzen geändert. Durch die Verhandlungen zur Verfassung hindurch bestand stets die Forderung nach Kontinuität der estnischen Republik. Entsprechend sollte der estnische Staat von 1991 nahtlos an den estnischen Staat von 1940 anknüpfen. Am 28. Juni 1992 wurde die neue Verfassung per Referendum verabschiedet, an dem, wie erwähnt, nur Staatsbürger teilnehmen durften.<sup>627</sup> Die Beteiligung lag bei 66,3% und die Zustimmung bei 91,2%.<sup>628</sup>

Die neue Verfassung garantierte jedem die Gleichheit vor dem Gesetz. Diskriminierungen auf Grundlage von Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Abstammung, Glaubensbekenntnis, politischen und anderen Bekenntnissen, Vermögen, sozialem Status oder aus anderen Gründen waren verboten. Paragraph 9 legte fest, dass die Rechte und Freiheiten der Verfassung sowohl für estnische Staatsbürger, als auch für Ausländer und staatenlose Personen gleichermaßen gelten sollten.<sup>629</sup> Im Vergleich zu der Verfassung aus dem Jahr 1938 wurden einige vergleichsweise liberale Bestimmungen bezüglich der in Estland lebenden Ausländer verworfen in der Verfassung aus dem Jahr 1938 bestanden Klauseln, wonach Personen, die länger als 10 Jahre in Estland gelebt hatten, keine schriftliche Sprachprüfung ablegen mussten. Ebenfalls bekamen gemäß der alten Verfassung die Kinder staatenloser Eltern die Staatsbürgerschaft ohne Antrag. Diese Klauseln fanden keinen Weg in die neue Verfassung.

---

<sup>625</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. (Üb. d. A.).

<sup>626</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 349.

<sup>627</sup> Drechsler, Wolfgang/Annus, Taavi (2002): Die Verfassungsentwicklung in Estland von 1992-2001. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts 2002 (Bd. 50). Tübingen: Mohr/Paul Siebeck.

<sup>628</sup> Entsprechend wurde das Parlament als höchstes gesetzgebendes Organ definiert, dieses sollte den Namen „Riigikogu“ tragen, aus einer Kammer mit 101 Mitgliedern bestehen und eine Legislaturperiode von 4 Jahren haben. Das Parlament sollte den Premierminister berufen, der ein Kabinett zusammenstellen und das Parlament absegnen sollte. Der Präsident sollte vom Parlament mit einer 2/3-Mehrheit auf 5 Jahre und höchstens zwei Legislaturperioden gewählt werden. Dieser schlug einem Premierminister die Kabinettsformation vor, konnte dem Parlament per Veto eine Gesetzesänderung vorschlagen und war Oberbefehlshaber der Armee. Die Judikative in Form des Gerichtshofes sollte unabhängig agieren, doch der Präsident und das Parlament waren bei der Berufung der Obersten Richter miteinbezogen. Die Grundrechte und -freiheiten wurden auf Basis der US-Amerikanischen Verfassung erarbeitet. Das Justizsystem lehnte sich stark an das deutsche und schwedische an. Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 349.

<sup>629</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. [(§ 34 und § 35); (§ 37 und § 40); (§ 44)].

#### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

Die neue Verfassung räumte allen Staatsbürgern die Freiheit bei der Berufswahl, bei der Wahl der Beschäftigung, sowie bei der Wahl des Arbeitsplatzes ein. Derselbe Paragraph (§ 29) räumte diese Freiheiten auch Ausländern und Personen ohne Staatsbürgerschaft ein, jedoch nur wenn diesbezüglich keine anderen gesetzlichen Regelungen galten. Hier war insbesondere die Wohn- und Arbeitsgenehmigung für Ausländer und Staatenlose von Bedeutung, die mit dem Ausländergesetz geregelt wurde. Paragraph 30 regelte die Besetzung der Dienststellen in staatlichen Ämtern und kommunalen Gebietskörperschaften. Diese sollten verfassungsgemäß mit Staatsbürgern besetzt werden, außer in Fällen, wenn ein Gesetz die Einstellung von Ausländern oder staatenlosen Personen erlaubte. Diese Regelungen betrafen in erster Linie Gebietskörperschaften mit großen Anteilen russischsprachiger Bevölkerung. Paragraph 31 erlaubte die berufliche Selbstständigkeit und Vereinsbildung für Staatsbürger, Ausländer und Staatenlose, wenn gesetzlich nichts anderes geregelt ist. Die Wahl des Lebensraumes sowie die Freiheit, das Land zu verlassen, war für jeden garantiert. Ebenfalls hatte jeder das Recht auf Bildung und freie Religionswahl. Wie alle Staatsbürger hatten auch Ausländer und Staatenlose das Recht, Informationen von staatlichen Behörden zu erhalten.

Wichtig für die Repräsentation war der Paragraph (§ 48), der nur Staatsbürgern einräumte die Zugehörigkeit zu Parteien. Gleichwohl durften laut Kapitel III und den Paragraphen 56 und 58 nur Staatsbürger an Parlamentswahlen und Volksentscheiden teilnehmen. Zur Wahl konnten sich ebenfalls nur Staatsbürger stellen. Gleichzeitig wurde in der Verfassung die aktive Teilnahme aller Bewohner an Kommunalwahlen geregelt, wodurch alle dauerhaft in einer Gebietskörperschaft wohnhaften volljährigen Personen wahlberechtigt waren. Damit wurde in Estland, anders als in Lettland, der russischsprachigen Bevölkerung auch ohne Staatsbürgerschaft das aktive Wahlrecht auf kommunale Ebene gewährt. Von diesem konnte erstmals bei den ersten Kommunalwahlen im Oktober 1993 Gebrauch gemacht werden.<sup>630</sup>

Weitere Regelungen betrafen die Kulturautonomie für nationale Minderheiten und den Sprachgebrauch in öffentlichen Ämtern. Die Verfassung besagte, dass jeder das Recht hat, sich an staatliche und kommunale Behörden in estnischer Sprache zu wenden und estnischsprachige Antworten von den Mitarbeitern zu erhalten. Gleichermaßen wurde in Gegenden, in denen mehr als fünfzig Prozent der Bewohner einer nationalen Minderheit angehörten, das Recht eingeführt, Antworten von Behörden in der Minderheitensprache zu erhalten. Damit legte die Verfassung den offiziellen Sprachgebrauch der staatlichen und kommunalen Behörden fest, der in estnischer Sprache zu erfolgen hatte. Die interne Kommunikation durfte hingegen auch in einer Minderheitensprache abgehalten werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die verfassungsrechtliche und sprachliche Unterscheidung zwischen „Este“ (Estnisch: „eestlane“) und „estnischer Staatsbürger“ (Estnisch: „eesti kodanik“). Beispielsweise besagte die Verfassung, dass die angeborne estnische Staatsbürgerschaft keiner Person entzogen werden dürfe. Diese Art der angeborenen Staatsbürgerschaft wurde definitionsgemäß durch einen Elternteil vererbt,

---

<sup>630</sup> Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. in: Daute, Stefan/Fiedler, Adrian (Hrsg.): Slavische nationale Minderheiten im Ostseeraum. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam. 83-89, S. 86; RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. [(§ 60 und § 156)].

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

der selbst angeborener Staatsbürger war. Die so definierten „gebürtigen“ Staatsbürger wurden an manchen anderen Stellen der Verfassung und später in der Gesetzgebung als „Esten“ („eestlased“) bezeichnet, was sich von der Bezeichnung „estnische Staatsbürger“ abhob. Letztere hatten ihre Staatsbürgerschaft per Definition mittels Einbürgerung erhalten und waren somit auch von der Regelung, wonach ihnen die Staatsbürgerschaft nicht entzogen werden durfte, ausgeschlossen. Auch an anderen Stellen wurden diese unterschiedlichen Bezeichnungen verwendet.<sup>631</sup> Zwar mag dies nur eine sprachliche Besonderheit sein, doch sie birgt eine ethnisch-nationale Bedeutung – damit wurden gebürtige Esten von denjenigen abgehoben, die die estnische Staatsbürgerschaft per Einbürgerungsprozedur erlangt haben. Damit war bereits in der Verfassung die nationale Zugehörigkeit der neuen Titularnation von der Staatsangehörigkeit der „nicht-Esten“ abgegrenzt.

In Kraft trat die Verfassung am 03. Juli 1992.<sup>632</sup> Die Parlamentswahlen gemäß der neuen Verfassung wurden am 03. Juli 1992 ausgerufen und sollten, wie vereinbart, am 20. September 1992 stattfinden. Am 9. Juli 1992 wurde auch die Wahl des Präsidenten ausgerufen, die zusammen mit den Parlamentswahlen am 20. September stattfinden sollten.<sup>633</sup> Die ersten Legislaturperioden wurden auf 3 Jahre für das Parlament und auf 4 Jahre für den Präsidenten festgelegt.

### 4.4.3 Fazit: Konstitutionelle und gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung vor den ersten freien Parlamentswahlen

Zum Zeitpunkt der ersten freien Parlamentswahlen nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft am 26. Februar 1992 konnte die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung die estnische Staatsbürgerschaft nicht erhalten, denn für die herkömmliche Prozedur der Einbürgerung war die Zeit zwischen Februar und September 1992 schlicht zu kurz. Lediglich diejenigen, die ihre estnische Abstammung belegen konnten, bzw. sich bereits von den Wahlen zum Estnischen Kongress angemeldet hatten, konnten diese noch vor den Parlamentswahlen erhalten. Entsprechend konnten die neuen Nicht-Staatsbürger weder am Verfassungsreferendum im Juni 1992 noch an den ersten freien Parlamentswahlen im September 1992 teilnehmen. Die verabschiedete Verfassung garantierte jedoch allen permanenten Einwohnern die restlichen Bürgerrechte und -freiheiten, ebenso wie das kommunale Wahlrecht. Der ständige Wohnsitz musste dabei fünf Jahre in der betreffenden Gemeinde liegen. Während sich auf staatlicher Ebene nur Parteien und Einzelkandidaten zur Wahl stellen konnten, waren auf kommunaler Ebene auch Wählervereinigungen zugelassen.<sup>634</sup> Von ihrem Kommunalwahlrecht konnten Ausländer und Staatenlose im Jahr 1993 Gebrauch machen, als die ersten Stadträte und Landkreisverwaltungen gewählt wurden.

---

<sup>631</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. [(§§ 49 bis 52); (§ 8); (§ 36)] (Üb. d. A.).

<sup>632</sup> Ebd.

<sup>633</sup> RT 1992, 26, 350 Eesti Vabariigi Põhiseaduse rakendamise seadus (Üb. d. A.).

<sup>634</sup> Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. S. 86.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Bei der Entscheidung zum Staatsbürgerschaftsgesetz herrschte im Obersten Sowjet die Vorstellung, dass die übrigen Bewohner Estlands im Status der Bürger der Sowjetunion bleiben würden. So wurde das mehrmals in den Gesprächen des Gremiums betont.<sup>635</sup> Dagegen spricht allerdings die Tatsache, dass die Sowjetunion am 31. Dezember 1991 formal aufgehört hat zu existieren.<sup>636</sup> Somit konnte diese Begründung zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung am 26. Februar 1992 nicht mehr als Argument gelten. Auch die denkbare Variante, die staatenlos gewordenen Personen hätten die russische Staatsbürgerschaft erhalten, konnte nur bedingt im Sinne der estnischen Staatsgründer sein, da dieses Vorgehen faktisch eine hohe Anzahl „fremder“ Staatsbürger produziert hätte. Völkerrechtlich ist die Russische Föderation seit dem 25. bis 26. Dezember 1991 zwar die Nachfolgerin der Sowjetunion, eine solche Lösung hätte aber automatisch 30% der Bewohner Estlands zu russischen Staatsbürgern gemacht.<sup>637</sup> Entsprechend wurden andere gesetzliche Regelungen getroffen, die den Status der russischsprachigen Bevölkerung in Estland regelten.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

### 4.5.1 Erste freie Parlamentswahlen am 20. September 1992

Die ersten freien Parlamentswahlen fanden am 20. September 1992 statt.<sup>638</sup> Die Wahlen waren allgemein, gleich, direkt und geheim. Verfassungsgemäß sollte das Parlament für vier Jahre gewählt werden. Das erste Parlament wurde jedoch ausnahmsweise für drei Jahre gewählt (genauer 3 Jahre und 5 Monate), damit die nachfolgenden Wahlen verfassungsgemäß im März stattfinden konnten. Entsprechend der Verfassung und dem Gesetz zur Staatsbürgerschaft vom 26. Februar 1992 durften an den ersten freien Parlamentswahlen nur Staatsbürger teilnehmen. An den Parlamentswahlen vom 20. September 1992 haben 467 628 Personen teilgenommen, was einer Wahlbeteiligung von 67,84% der Wahlberechtigten entspricht. Wahlberechtigt waren 689 241 Personen. Wenn man

---

<sup>635</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 27. istungjärk, teine istung 15. jaanuar 1991). o. S.

<sup>636</sup> Hildermeier, Manfred (2007): Die Sowjetunion 1917-1991. München: R. Oldenbourg Verlag. S. 99.

<sup>637</sup> Kunze, Thomas/Vogel, Thomas (2011): Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. APuZ Nr. 49-50, 35-41.

<sup>638</sup> Zeitgleich zum ersten Parlament wurde auch der Präsident per Volksentscheid gewählt. Diese Wahl bildete eine Ausnahme, da verfassungsrechtlich der Präsident vom Parlament, bzw. einer Wahlversammlung gewählt wird. Kurioserweise waren bei den Präsidentschaftswahlen am 20. September mehr Personen als Wähler registriert als bei den Parlamentswahlen, die gleichzeitig stattfanden. Der zahlenmäßige Unterschied beträgt 367 Personen. Weshalb es diese Abweichung gab, lässt sich heute nicht eindeutig bestimmen. Insgesamt waren 689 608 Personen als Wähler eingetragen, von denen 468 605 abgestimmt haben. Von den Kandidaten hat allerdings keiner der vier Kandidaten über 50% der Stimmen auf sich vereinen können, weswegen die Wahl in die zweite Runde ging. Diesmal sollte das Parlament abstimmen. Am 5. Oktober hat das Riigikogu mit einer Mehrheit von 59 Stimmen (aus 101) Lennart Meri zum Staatsoberhaupt gewählt. Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon) (1992): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Tallinn: Eesti Vabariigi Valimiskomisjon.. S. 125 (Üb. d. A.).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

die gesamte Bevölkerung, inklusive der Nicht-Staatsbürger nimmt, so lag die Wahlbeteiligung bei ca. 32%.<sup>639</sup>

Zur Wahl durften sich sowohl Parteien und Wahlbündnisse als auch Einzelkandidaten stellen. Es haben sich 8 Wahlbündnisse, 5 Parteien, 39 Vereinigungen und 25 Einzelkandidaten zur Wahl gestellt. Während der ersten Legislaturperiode haben es folgende Parteien und Wahlbündnisse in das Riigikogu geschafft:<sup>640</sup>

- „Isamaa“ (22,0% der Stimmen und 29 Mandate)
- Kindel Kodu<sup>641</sup> (13,6% der Stimmen und 17 Mandate)
- Rahvarinne<sup>642</sup> (12,25% der Stimmen und 15 Mandate)
- „Mõõdukad“<sup>643</sup> (9,73% der Stimmen und 12 Mandate)
- ERSP (8,79% der Stimmen und 10 Mandate)
- Sõltumatud Kuningriiklased<sup>644</sup> (7,12% der Stimmen und 8 Mandate)
- Eesti Kodanik<sup>645</sup> (6,89% der Stimmen und 8 Mandate)
- Rohelised<sup>646</sup> (2,62% der Stimmen und 1 Mandat)
- Eesti Ettevõtjate Erakond<sup>647</sup> (2,39% der Stimmen und 1 Mandat)

Nicht in das Riigikogu geschafft haben es unter anderem Eesti Pensionäride Liit (EPL) mit 3,71% und Põllumeeste Kogu mit 2,91%. Obwohl diese beiden Parteien prozentual mehr Stimmen hatten als die zwei letzten im Riigikogu vertretenen Parteien, hatten sie „Pech“ bei der Verteilung der Mandate in den Wahlbezirken. Weitere vier Wahlbündnisse kamen nicht über die 5%-Hürde.<sup>648</sup>

Das national-konservative Wahlbündnis „Isamaa“ positionierte sich vor der ersten Parlamentswahl als Verfechter des estnisch-national geprägten estnischen Staates, ähnlich wie die ERSP. Diese beiden Parteien formierten das national-konservative Lager im Riigikogu. Mittig-konservativ platziert waren „Mõõdukad“, sowie das Bündnis „Kindel Kodu“ und „Eesti Kodanik“. Das Programm der Volksfront war mitte-links-sozial ausgelegt.<sup>649</sup> Die Fraktionsdisziplin war während der ersten Legislaturperiode noch relativ

---

<sup>639</sup> Vgl. Kapitel „Historischer Hintergrund“: Die Wahlbeteiligung wurde hier aus dem Mittelwert der offiziellen Bevölkerungszahlen aus den Volkszählungen in den Jahren 1989 und 2000 errechnet. Demnach betrug die durchschnittliche Bevölkerungszahl zwischen 1989 und 2000 1 467 857 Personen. Da die größte Welle der Auswanderung auf das Jahr 1992 fiel, kann der Mittelwert als etwa entsprechend der tatsächlichen Bevölkerungsgröße im Jahr 1992 gelten.

<sup>640</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon). <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen: März 2014)

<sup>641</sup> Estnische Bezeichnung: „Sicheres Heim“ bestehend aus: Eesti Demokraatlik Õigusliit, Eesti Koorderakond, Eesti Maaliit (Üb. d. A.).

<sup>642</sup> Estnische Bezeichnung: „Volksfront“ bestehend aus: Eesti Naisliit, Eesti Rahva-Keskerakomd, Eestimaa Rahvarinne, Eestimaa Rahvuste Ühendus (Üb. d. A.).

<sup>643</sup> Estnische Bezeichnung: Die „Moderaten“ bestehend aus: Eesti Maa-Keskerakond, Eesti Sotsiaaldemokraatlik Partei (Üb. d. A.).

<sup>644</sup> Estnische Bezeichnung: „Die Unabhängigen Royalisten“ bestehend aus: „Eesti Vabariigi Partei, Noarootsi tervisliku Eluviisi Selts“ (Üb. d. A.).

<sup>645</sup> Estnische Bezeichnung: „Bürger Estlands“ bestehend aus: „Eesti Vabariigi Partei, Noarootsi tervisliku Eluviisi Selts“ (Üb. d. A.).

<sup>646</sup> Estnische Bezeichnung: „Die Grünen“ (Üb. d. A.).

<sup>647</sup> Estnische Bezeichnung: „Partei der Estnischen Unternehmer“ (Üb. d. A.).

<sup>648</sup> Estnische Bezeichnung: „Union der Pensionäre“, „Vereinigung der Bauern“ (Üb. d. A.).

<sup>649</sup> Die Royalisten galten als Spaßpartei, die sich für eine Monarchie in Estland ausgesprochen hat, aber eher für halberne Protestaktionen bekannt war und nach der ersten Legislaturperiode aufgehört hat zu existieren. Von den Personenmandaten ist der Vorsitzende und Gründer der Unternehmerpartei Tiit Made zu nennen, der zwar nicht zu den Radikalen der Nationalfrage gehörte, doch hat er sich in seinen Memoiren aus dem Jahr 2006 vergleichsweise radikal zu den russischen „Mischlingen“ geäußert. Die Partei von

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

schwach, so dass die Kandidaten die Fraktionen häufig wechselten, alte Fraktionen verließen oder neue bildeten. In der Zeit der ersten Legislaturperiode 1992 bis 1995 wurde die Regierung einmal ausgewechselt, die Regierungskoalition blieb aber bestehen.

An den ersten Parlamentswahlen hat sich keine Partei beteiligt, die explizit die russischsprachige Bevölkerung repräsentiert hätte. Tatsächlich findet man unter den 101 Mitgliedern des ersten Riigikogu im Jahr 1992 keinen russischen Namen.<sup>650</sup> Wichtig ist diese Tatsache beispielsweise für die Verabschiedung des zweiten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft (Kodakondsuse seadus) am 19. Januar 1995, welches weitere Restriktionen für Nicht-Staatsbürger beinhaltete.<sup>651</sup> Auch andere Normen, die vom ersten Parlament verabschiedet wurden, waren für die Stellung der russischsprachigen Bevölkerung von Bedeutung. So wurde Das Ausländergesetz (Välismaalaste seadus) am 8. Juli 1993 verabschiedet, womit die Rechte der Nicht-Staatsbürger geregelt wurden.<sup>652</sup> Das Gesetz zur Wahl der kommunalen Selbstverwaltungen (Kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seadus) wurde am 19. Mai 1993 verabschiedet.<sup>653</sup> Das Gesetz zur Kulturautonomie für nationale Minderheiten (Vähemusrahvuse kultuuriautonomoomia seadus) folgte am 26. Oktober 1993.<sup>654</sup> Schließlich wurde das Sprachgesetz (Keeleseadus) am 21. Februar 1995 durch das Parlament gebracht.<sup>655</sup>

### 4.5.2 Erste Regierungskoalition und zwei Regierungen von 1992 bis 1995

Es wurden neun Parteien ins Parlament gewählt, drei haben eine Regierungskoalition gebildet, die zwei Jahre hielt.<sup>656</sup> Die erste Regierung formierte der Vorsitzende des konservativen Wahlbündnisses „Isamaa“ („Vaterland“) Mart Laar, nach dem Anruf durch den Präsidenten Lennart Meri am 8. Oktober 1992. Die Regierungskoalition bildeten demnach die Vaterlandsunion, ERSP und „Möödukad“. Die Minister kamen auch aus der Liberaldemokratischen Partei (Eesti Liberaal-Demokraatlik Partei) und der Estnischen Land-Zentrumspartei (Eesti Maa-Keskerakond). Insgesamt hatte die Regierungskoalition 53 Stimmen im Parlament. Die deutliche oppositionelle Kraft formierten die Volksfront (damals bereits Zentrumsfraktion) und „Bürger Estlands“. Die restlichen Fraktionen im Parlament formierten keine deutliche programmatische Abgrenzung zur Regie-

---

Tiit Made löste sich in der später aus der Volksfront formierten Zentrumsparlei auf. Vgl. hierzu: Made, Tiit (2006): Ükskord niikuinii. Tallinn: Argo; vgl. Maasalu, Sandra (2007): Kadetsev võitja. Arvustus. Tuna 4. 128-131, S. 129.

<sup>650</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Eesti Vabariigi Valimiskomisjon. Tallinn 1992. S. 96-98.

<sup>651</sup> RT I 1995, 12, 122 Kodakondsuse seadus (Üb. d. A.).

<sup>652</sup> RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus (Üb. d. A.).

<sup>653</sup> RT I 1993, 29, 505 Kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seadus (Üb. d. A.).

<sup>654</sup> RT I 1993, 71, 1001 Vähemusrahvuse kultuuriautonomoomia seadus (Üb. d. A.).

<sup>655</sup> RT I 1995, 23, 334 Keeleseadus (Üb. d. A.).

<sup>656</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Eesti Vabariigi Valimiskomisjon. Tallinn 1992; VII Riigikogu 30.09.1992-10.03.1995.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

rung oder der Opposition.<sup>657</sup> Die Regierung hielt noch bis 8. November 1994. Abgelöst hat sie die Regierung unter dem Vorsitzenden der Land-Zentrumspartei Andres Tarand. Die Regierungskoalition im Parlament blieb bestehen, lediglich einige kleinere Parteien verließen die „Vaterlandsunion“. Da die nächsten Parlamentswahlen bereits am 5. März 1995 stattfanden, wurde die neue Regierung hauptsächlich als eine Übergangsregierung gehandhabt. Sie ist seitdem auch als „Weihnachtsfriedensregierung“ („Jõulurahuvalitsus“) bekannt. Insofern wurden während der Regierungszeit von Premierminister Tarand keine größeren Reformen angestrebt und das Regierungsprogramm der Vorgängerregierung wurde weitergeführt.<sup>658</sup>

Die erste und zweite Regierung wurde somit von einer nationalkonservativ-sozialen Koalition geführt. „Isamaa“ und ERSP hielten dabei bezüglich der russischsprachigen Bevölkerung relativ stringent eine national-konservative Linie ein, wonach die neue estnische Republik vorzugsweise estnischsprachig und estnisch-gestimmt sein sollte. Das Regierungsprogramm der Koalition beinhaltet einige Aspekte (im Folgenden aufgelistet), die aus der ethnischen Perspektive interessant sind:<sup>659</sup>

- Die estnische Kultur und Nation muss nachhaltig geschützt werden, bei gleichzeitiger Garantie der Menschen- und Bürgerrechte für alle anderen Bewohner Estlands, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion, Sprache oder Staatsbürgerschaft;
- Die Regierung hält die Formation einer stetigen und loyalen Bürgerschaft, unabhängig von ihrer Nationalität, für äußerst wichtig;
- Die Registrierung der rechtmäßigen Nachfolger der estnischen Staatsbürger soll abgeschlossen werden, damit endgültig die Wählerschaft bestimmt werden kann;
- Den Personen, die vor den Wahlen des Estnischen Kongresses im Februar 1990 einen Antrag auf Staatsbürgerschaft gestellt haben, soll diese vereinfacht (ohne Sprachprüfung) gewährt werden (gemäß § 7.2 des Staatsbürgerschaftsgesetzes);
- Die Gewährung einer doppelten Staatsbürgerschaft für Staatsbürger nach Abstammung (*ius sanguinis*);
- Die Gewährung der Staatsbürgerschaft nach *ius sanguinis* soll sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits weitergegeben werden können;
- Bei Heirat mit einem Staatsbürger vor dem 26. Februar 1992 sollte die Staatsbürgerschaft nach Abstammung väter- und mütterlicherseits vergeben werden können;

---

<sup>657</sup> Während der Regierungszeit wechselte der Premierminister jeweils einmal den Innen-, Außen-, Sozial-, Bildungs- und Justizminister, jeweils zweimal den Finanz- und Wirtschaftsminister und ganze dreimal den Verteidigungsminister aus. Grund waren zahlreiche kleinere Krisen, vor allem mit innerstaatlichen Unruhen, Militärangehörigen, aber auch innerparteilichen Reibereien. Schließlich wurde der gesamten Regierung der sogenannte „Rubel-Deal“ („Rublatching“) zum Verhängnis. In der Zeit des Inkrafttretens der Währungsreform in den Jahren von 1992 bis 1993, als die Estnische Krone den Sowjetischen Rubel abgelöst hat, wurden von der Währungskommission (*Rahareformi Komitee*) 1,46 Milliarden Rubel verdeckt nach Tschetschenien verkauft. Problematisch waren dabei mehrere Tatsachen, beispielsweise war damit die Vereinbarung zwischen Russland und Estland gebrochen, wonach die eingewechselten Rubel nach der Währungsreform an Russland zurückgehen sollten. Weiterhin war Mart Laar als der Vorsitzende der Währungskommission während der Reform für den rechtmäßigen Verlauf dieser verantwortlich. Aufgrund dieser Affäre wurde der Regierung von Mart Laar am 26. September 1994 das Misstrauen ausgesprochen. Vgl. hierzu: Ideon, Argo/Sildam, Toomas: „Skandaalid: Eesti elu deodorant“ Arter 04.12.1999; Entscheidung des Staatsgerichts: Kohtuotsus 3-1-1-130-96 Riigikohus, 3. Dezember 1996.

<sup>658</sup> Toomla, Rein (1997): Vähemusvalitsuse võlu ja valu. Luup 6/37, 8-9.

<sup>659</sup> Vabariigi Valitsus: „Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei, „Isamaa“ ja „Möödukate“ koalitsioonilepe“ (19.10.1992) (Üb. d. A.).

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

- Die Regierung ruft diejenigen Nicht-Staatsbürger, die die Staatsbürgerschaft erlangen wollen, dazu auf, entsprechende Anträge schnellstmöglich zu stellen. Damit soll die Frage nach der Staatsbürgerschaft solcher Personen innerhalb weniger Jahre gelöst werden;
- Die Kinder von Nicht-Staatsbürgern, die in Estland die Schule besucht haben, sollen die Staatsbürgerschaft ein Jahr vor der Volljährigkeit beantragen können, so dass sie die Staatsbürgerschaft ohne Wartezeit erlangen können. In der Schule sollen diese Kinder zusätzlichen Unterricht über die estnische Sprache, Kultur, Geschichte und Gesetzgebung erhalten;
- Die nächsten Stammvölker der Esten (Ingrier, Woten, Wepsen u.a.) sollten den Esten bei der Staatsbürgerschaft gleichgestellt werden;
- Der Status und die Rechte der Nicht-Staatsbürger sollen durch Gesetze gesichert werden. Gleichzeitig sollen diese Personen mit einer permanenten Aufenthaltserlaubnis ausgestattet und registriert werden. Mit den Gesetzen sollen die Rechte wie die Unversehrtheit des Eigentums, das Recht auf Privatisierung, Unternehmertum, Kranken-, Sozial und Arbeitslosenversicherung, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und das Recht auf Vereins- und Unionstätigkeit gesichert werden;
- Die Nicht-Esten, die in Estland wohnhaft bleiben, müssen in die estnische Gesellschaft integriert werden;
- Das Recht auf Kulturautonomie soll bestehen bleiben;
- Die Regierung unterstützt Vorhaben zur Repatriierung nach Russland, diese werden mit finanziellen Mitteln gefördert. Die Regierung möchte mit den Ländern verhandeln, damit die freiwillige Re-Migration möglich wird.
- Die Regierung möchte Abkommen mit Staaten der GUS abschließen, wonach die Personen, die die estnische Staatsbürgerschaft nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht beantragen wollen, bzw. nicht beantragt haben, die Staatsbürgerschaft eines der GUS-Staaten erhalten können.
- Bei Verhandlungen mit Russland möchte die estnische Seite strikt verlangen, dass sie sich unter dem Vorwand des Minderheitenschutzes nicht in estnische interne Angelegenheiten einmischet. Gleichzeitig sollen administrative Barrieren zwischen den zwei Ländern abgeschafft werden, damit der Zugang zu Verwandten, Fernsehsendern und Periodika, aber auch bestimmte Rentenansprüche gewährleistet werden.
- Die Regierung erklärt, dass sie sich für die Rechte der in Russland lebenden Esten einsetzt. Auch die in Russland lebenden Stammvölker der Esten werden von der Regierung unterstützt.
- Die historischen Bewohner sollen in den Nordosten Estlands zurückkehren und deren einstige Heime wieder aufbauen. Die Investitionen und das Unternehmertum in dieser Region sollen angekurbelt werden.

Die Grundsätze der Regierungskoalition sind an dieser Stelle von Bedeutung, da viele von ihnen während der ersten Legislaturperiode in Gesetzesform verabschiedet wurden. Beispielsweise fanden die Regelungen zur Staatsbürgerschaft, mitsamt dem vereinfachten Verfahren für Antragsteller vor den Kongresswahlen ihren Weg in das entsprechende Gesetz im Jahr 1995. Zwar war die Regierung von Mart Laar bis dahin bereits

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

abgesetzt, doch die Regierung von Andres Tarand führte die Koalitionsvereinbarung fort. Die Forderung nach einer loyalen Wählerschaft wurde ebenfalls im Gesetz zur Staatsbürgerschaft verankert, demnach musste ein Treueid abgelegt werden, sowie eine zusätzliche Prüfung zu bestimmten gesetzlichen Regelungen. Bei der entsprechenden Verhandlung im Parlament war dabei immer wieder die Rede von der vollständigen Integration in die estnische Gesellschaft als Voraussetzung zur Einbürgerung.<sup>660</sup> Somit wurde nach dem Prinzip verfahren, dass eine Person ihre Loyalität erst unter Beweis stellen musste, bevor ihr die Staatsbürgerschaft gewährt wurde. Auch die Rechte der Ausländer wurden mit dem Ausländergesetz im Jahr 1993 geregelt, darunter die Teilnahme an Kommunalwahlen.

### 4.5.3 Parlamentswahlen ab 1995 und die politischen Positionen der gewählten politischen Kräfte

#### 4.5.3.1 Parlamentswahlen von 1995 bis 2011

Die Parlamentswahlen ab dem Jahr 1995 fanden verfassungsgemäß alle vier Jahre statt. Der festgelegte Zeitpunkt ist immer der erste Sonntag im März im vierten Jahr nach der letzten Wahl.<sup>661</sup> Die zweite planmäßige Parlamentswahl fand am 5. März 1995 statt. Wahlberechtigt waren 790 392 Personen und die Wahlbeteiligung lag bei 69%. Wenn alle im Land lebenden Personen, inklusive Nicht-Staatsbürger und Bürger anderer Staaten, miteinbezogen werden, so lag die Wahlbeteiligung bei etwa 37,5%.<sup>662</sup> Das bei der ersten Parlamentswahl erfolgreiche Wahlbündnis „Vaterland“ sowie die fünftplatzierte national-konservative Partei ERSP formierten diesmal eine eigene Liste „Isamaa“/ERSP. Das frühere Regierungsbündnis hatte das Vertrauen der Wähler nach nur einer Legislaturperiode verloren, so dass die Parteien diesmal zusammen nur 7,86% der Stimmen und damit 8 Mandate bekommen konnten. Dies entspricht einem Verlust von 14%. Siegreich war bei dieser Wahl die Wahlunion KMÜ – „Koonderakond ja Maarahva Ühendus“ – ein mitte-liberales Bündnis, das für liberale ökonomische Werte und die soziale Marktwirtschaft stand. Dieses bekam ganze 32,23% der Wählerstimmen und damit 41 Mandate im neu gewählten Riigikogu. Platz zwei bei der Wahl erreichte die im Jahr 1994 neu formierte liberale Reformpartei mit 16,19% und 19 Mandaten. Dritte Kraft wurde die aus der Volksfront formierte Zentrumspar- tei mit 14,17% der Stimmen und 16 Mandaten. Die der ersten Regierungskoalition angehörige „Möödukad“ kam diesmal nur knapp über die Fünf-Prozent-Hürde, verlor ebenfalls die Hälfte ihrer früheren Mandate und zog mit 6 Vertretern ins Parlament ein. Weitere 5 Sitze gingen bei der Wahl 1995 an „Parempoolsed“ mit 5% der Stimmen. Die Regierungskoalition bildeten KMÜ und Zentrumspar-

---

<sup>660</sup> Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995 (VII Riigikogu stenogramm, VI instungjark, 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise jätkamine). o. S.

<sup>661</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. § 60 (Üb. d. A.).

<sup>662</sup> Laut dem Estnischen Statistikamt lag die Gesamtbevölkerung im Jahr 1995 bei 1 448 075 Personen. An der Wahlurne waren entsprechend 545 825 Personen.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

tei, die Koalition hat sich während der Legislaturperiode allerdings dreimal geändert, mit ihr auch die zugehörige Regierung.

Als erste Partei, welche explizit die russischsprachige Bevölkerung repräsentierte, kam das Bündnis „Unsere Heimat ist Estland!“ („Meie Kodu on Eestimaa!“ (MKOE)) im Jahr 1995 ins Parlament.<sup>663</sup> Dieses Wahlbündnis hat sich aus den beiden großen Parteien, die sich bis dahin aus der russischsprachigen Wählerschaft herausgebildet haben, formiert: „Estnische Vereinte Völkerpartei“ (Eestimaa Ühendatud Rahvapartei (EÜRP)) und „Russische Partei in Estland“ (Vene erakond Eestis (VEE)).<sup>664</sup> Der Anteil der Wähler, die für dieses Wahlbündnis gestimmt hat, lag bei 5,87% der gesamten Bevölkerung. Dies entsprach in etwa dem Anteil der russischsprachigen Bevölkerung, die bis dahin die estnische Staatsbürgerschaft erlangt hatte.

Bei der planmäßigen Parlamentswahl am 7. März 1999 wiederholte sich die sprunghafte Wechselstimmung der Wähler – die Siegerpartei von 1995 „Koondarakond“ kam mit 7,58% der Stimmen auf 7 Sitze und die abgespaltete EME („Eesti Maarahva Erakond“) mit 7,27% ebenfalls auf 7 Sitze. Diesmal siegte die Zentrumspartei mit 23,41% der Stimmen, was für 28 Sitze reichte. Zweitstärkste Kraft wurde wieder die Reformpartei mit 15,92% und 18 Mandaten, dritte die „Isamaa“ mit ebenso 18 Mandaten und schließlich die „Moderaten“ mit 17 Mandaten von 15,21% der Stimmen. Wichtig für die russischsprachige Bevölkerung war der Einzug der EÜRP ins Parlament mit 6,13% der Stimmen und 6 Sitzen. Die andere Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung VEE kam mit 2,03% der Stimmen nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Die Wahlbeteiligung lag in diesem Wahljahr bei 57,43%, wahlberechtigt waren insgesamt 857 270 Personen.<sup>665</sup> Die erste Regierungskoalition bildeten diesmal „Isamaa“, Reformpartei und „Möödukad“, nach knapp drei Jahren bildeten die Reformpartei und die Zentrumspartei eine neue Koalition.

Bei der nächsten planmäßigen Parlamentswahl am 2. März 2003 wiederholte sich der Wahlerfolg der Zentrumspartei, sie kam auf 23,4% der Stimmen und erneut 28 Mandate. Genau gleich viele Sitze bekam die neue konservative Kraft „Res Publica“ mit 24,6% der Stimmen. Die Reformpartei blieb stabil mit 17,7% und 19 Mandaten, die umbenannte EME, die jetzt „Eestimaa Rahvaliid“ (ERL) hieß, kam auf 13 Sitze mit 13%.<sup>666</sup> Weit abgeschlagen wurde die nationalkonservative „Vaterlandsunion“, die bei dieser Wahl auf nur 7,3% kam, was für 7 Mandate reichte. Als letzte schafften es die „Moderaten“ mit 7% und 6 Sitzen in das Riigikogu. Von den 859 714 Wahlberechtigten haben 58,24% ihre Stimme abgegeben. Die „russischsprachigen“ Parteien schafften es diesmal allerdings nicht über die Fünf-Prozent-Hürde: die EÜRP kam auf 2,2% und die VEE nur auf 0,2% der Stimmen. Die Regierungskoalition bildete die neue „Res Publica“ zusammen mit der Reformpartei und der Volksunion. Nach zwei Jahren wurde eine neue Koalition aus der Reformpartei, der Zentrumspartei und der Volksunion gebildet.

---

<sup>663</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 342-343.

<sup>664</sup> Estnische Bezeichnungen: Eestimaa Ühendatud Rahvapartei; Vene Erakond Eestis; Meie Kodu on Eestimaa! (Üb. d. A.), Kask, Urmas (1998): Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996. Tartu: Tartu Ülikool, S. 9-10.

<sup>665</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimised 1992; 1995; 1999.

<sup>666</sup> Estnische Bezeichnung: Estnische Volksunion (Üb. d. A.).

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Die nachfolgenden zwei Wahltermine, am 4. März 2007 und am 6. März 2011 zeigten mehr Stabilität in den Parteipräferenzen der Wähler. Beide Wahlen gewann die Reformpartei mit entsprechend 27,8% der Stimmen und 31 Sitzen im Jahr 2007 und 28,6% und 33 Sitze im Jahr 2011. Ebenso stabil sah die Verteilung der restlichen Sitze aus, die Zentrumspartei war bei beiden Wahlen die zweitstärkste Kraft mit 26,1% und 29 Sitzen in 2007 und 23,3% und 26 Sitzen in 2011, die neu formierte Union aus „Isamaa“ und „Res Publica“ („Isamaa“ ja „Res Publica“ Liit – IRL) kam auf Rang 3 mit 17,9% der Stimmen und 19 Sitzen im Jahr 2007, sowie 20,5% und 23 Sitzen in 2011. Auf Platz vier kam 2007 und 2011 die Sozialdemokratische Partei (SDE, ehemals „Möödukad“ – die „Moderaten“) mit entsprechend 10,6% (10 Sitze) und 17,1% (19 Sitze). Im Jahr 2007 kamen noch die Grünen, sowie die Volksunion mit jeweils 7,1% und 6 Sitzen ins Parlament. Im Jahr 2011 blieb es erstmals seit dem Systemwechsel bei nur vier Parteien im Riigikogu. Auch die Regierungsbildung blieb stabil: Der Vorsitzende der Reformpartei Andrus Ansip, der bereits die letzte Koalition im Jahr 2005 anführte, blieb Premierminister für die nachfolgenden Legislaturperioden. Der Koalition gehörten außer der Reformpartei von 2007 bis 2011 noch IRPL und SDE und ab der Legislaturperiode 2011 nur IRPL an. Bei der Wahl 2007 waren 897 243 Personen wahlberechtigt, 2011 waren es 913 346 Personen. Die Wahlbeteiligung lag entsprechend bei 61,91% und 63,53%. Es kam nach 2007 keine Partei ins Parlament, die explizit die russischsprachige Bevölkerung repräsentiert hätte.

### 4.5.3.2 Regierungskoalitionen und deren Positionen von 1995 bis 2011

In den Jahren 1995 bis 2007 wechselten die Regierungskoalitionen in Estland im Schnitt alle zwei Jahre. Die meisten Koalitionen hatten in ihren Programmen in unterschiedlichem Umfang Klauseln enthalten, die sich mit der ethnisch-nationalen Situation im Land beschäftigten.

Die erste Regierung unter Premier Tiit Vähi und den Koalitionspartnern KMÜ und Zentrumspartei bestand während der Zeit vom 17. April 1995 bis 6. November 1995. In ihrer Koalitionsvereinbarung stand: „Diejenigen Personen, die während der sowjetischen Okkupation gemäß der geltenden Gesetzgebung nach Estland umgesiedelt und keine Staatsbürger sind, sollen als Ausländer betrachtet werden.“<sup>667</sup> Demnach sollten die Personen, die die estnische Staatsangehörigkeit nicht annehmen wollten oder konnten, eine Aufenthaltserlaubnis beantragen dürfen. Ebenfalls sollten Ausländer mit einem Reisedokument ausgestattet werden, das die Freizügigkeit gewährleistet. Außerdem wurde die Rückkehr in die Heimatländer weiterhin unterstützt und ermutigt. Die Koalitionsvereinbarung der zweiten Regierung folgte dieser Linie.<sup>668</sup> Die dritte Regierung derselben Legislaturperiode bestand aus einer Koalition zwischen KMÜ und der Entwicklungspartei (Arengupartei) und hielt unter dem Premier Mart Siimann bis zum 25. März 1999. Die Koalitionsvereinbarung beinhaltete die Forderung nach der Lösung der

---

<sup>667</sup> Vabariigi Valitsus: Koonderakonna ja Maarahva Ühenduse ning Keskerakonna valitsuskoalitsiooni programmilised seisukohad (31.03.1995) (Üb. d. A.).

<sup>668</sup> Ebd.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

entstandenen gesellschaftlichen Spannungen. Die gesellschaftliche Integration der anderssprachigen Bevölkerung sollte vorangebracht werden. Zwar sollten die Prinzipien der Staatsbürgerschaft und Ausländergesetzgebung gleich bleiben, doch dies vor dem Hintergrund der Erziehung einer neuen national bewussten Generation. Die ethnischen Minderheiten sollten die Kultur und Bildung in eigener Muttersprache erhalten können. Internationale Konventionen zu ethnischen Minderheiten sollten erfüllt werden. Außerdem sollte das Amt des Lehrers der Staatssprache eingeführt werden, um das Niveau der estnischen Sprache bei russischsprachigen Schülern zu verbessern. Die Ausländerpässe sollten auf Antrag ausgehändigt werden.<sup>669</sup> Diese Koalitionsvereinbarung beinhaltete die bis dahin meisten Vorhaben zur gesellschaftlichen Integration. Tatsächlich wurden unter dieser Regierung wichtige Schritte zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung getätigt. Am 31. März 1998 wurde die Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutus – MEIS) gegründet. Diese Stiftung wurde künftig zu einer der wichtigsten Anlaufstellen für Fragen zur Integration für die russischsprachige Bevölkerung. Am 10. Juni 1998 hat das Parlament das Dokument „Die Grundlagen der staatlichen Integrationspolitik zur Integration der Nicht-Esten in die estnische Gesellschaft“ („Eesti riikliku integratsioonipoliitika lähtekohad mitte-eestlaste integreerimiseks Eesti ühiskonda“) verabschiedet.<sup>670</sup> Darüber hinaus verabschiedete die Regierung am 2. März 1999, kurz vor den Wahlen, einen „Handlungsplan der Regierung zur Integration der Nicht-Esten in die estnische Gesellschaft“ („Mitte-eestlaste integratsioon Eesti ühikonda: Vabariigi Valitsuse tegevuskava“).<sup>671</sup> Damit wurden in dieser Regierungskoalition erstmals Schritte eingeleitet, die sich auf der konzeptionellen Ebene mit der nationalen Problematik in Estland beschäftigten.

Die nachfolgende Koalition unter Premier Mart Laar mit „Isamaa“, Reformpartei und „Möödukad“ hielt vom 25. März 1999 bis 28. Januar 2002. Die zugehörige Koalitionsvereinbarung enthielt relativ viele Vorhaben zur gesellschaftlichen Integration. Unter dem separaten Kapitel „Rahvuspoliitika ja Kodakondsuspoliitika“ („Nationale Politik und Staatsangehörigkeitspolitik“) wurde als erstes festgehalten, dass das oberste Prinzip die Bewahrung der estnischen Kultur und Sprache über Jahre hinaus ist. Gleichzeitig sollten die Interessen aller Bewohner Estlands geschützt werden, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion, Sprache oder Staatsangehörigkeit. Die bestehenden Prinzipien der Staatsbürgerschafts- und Ausländergesetzgebung sollten aber nicht geändert werden. Unter dieser Prämisse wurde erklärt, dass eine stabile und loyale Bürgerschaft durch gesellschaftliche Integration der in Estland lebenden Ausländer erreicht werden kann und soll. Die Schulen, deren Unterrichtssprache nicht Estnisch war, sollten dem allgemeinen estnischen Bildungssystem angepasst werden, so dass russischsprachige Schüler das sprachliche Niveau der Staatsbürgerschaftsprüfung erreichen können.<sup>672</sup> Die Gymnasien soll-

<sup>669</sup> RT I 1997, 46, 766 Valitsuse tegevuse põhieasmärkide kinnitamine 1997. ja 1998. aastaks.

<sup>670</sup> RT I 1998, 57, 866.

<sup>671</sup> Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühikonnas 2000-2007“ 14.03.2000. S. 4.

<sup>672</sup> Im estnischen Bildungssystem existieren drei Stufen: Grundschule (Põhikool) (1.-9. Klasse), Mittelschule oder Gymnasium (Keskool / Gümnaasium) (10.-12. Klasse) und Hochschule (Kõrgkool). Die Grundschule bis zur 9. Klasse ist verpflichtend und gilt als erster berufsfähiger Schulabschluss. Im Schuljahr 1997/98 gab es insgesamt 1194 Schulen in Estland (in den Städten und auf dem Land). Davon lehrten 119 mit nur russischer Unterrichtssprache und weitere 33 mit Unterricht auf Russisch und Estnisch. Vgl.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

ten zur vorgesehenen Zeit zur estnischen Unterrichtssprache übergehen, aber dennoch sollte die Möglichkeit erhalten bleiben die eigene Sprache und Kultur im Rahmen des Schulprogramms zu erhalten. Die Ausländer sollten nach Vorstellung der Koalition besser über das Geschehen in der estnischen Politik und Gesellschaft informiert werden, was unter anderem mittel verbesserten Kontaktes bereits im Jugendalter geschehen sollte. Gleichzeitig stand die Regierung für den Erhalt von Estnisch als Staatssprache auf allen Ebenen. Das Amt des Ministers für Bevölkerungsfragen ohne Portfolio sollte ein Büro in Ida-Virumaa –dem Landkreis mit der höchsten Anzahl an Ausländern – erhalten.<sup>673</sup> Viele dieser Vorhaben wurden umgesetzt. Die Schulreform wurde von der nächsten Regierung am 5. August 2005 beschlossen, mit der „Strategie zur Entwicklung der estnischen Sprache 2004 bis 2010“.<sup>674</sup> Ebenfalls wurde von der Regierung unter Mart Laar am 14. März 2000 das staatliche Programm „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“ (Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“) verabschiedet. Dieses Dokument enthielt konkrete Maßnahmen zur Integration der russischsprachigen Bevölkerung für den genannten Zeitraum.<sup>675</sup> Wegen einer Regierungskrise infolge einiger Wirtschaftsskandale (u.a. Privatisierung der Estnischen Eisenbahn) fiel die Regierungskoalition am 28. Januar 2002 auseinander. In der bis zu den Parlamentswahlen verbliebenen Zeit regierte eine neue Koalition aus der Reformpartei und der Zentrumspartei, zum Premierminister wurde der Vorsitzende der Reformisten, Siim Kallas, gewählt. Die Koalitionsvereinbarung enthielt keine Bestimmungen zur ethnischen bzw. nationalen Frage.<sup>676</sup>

Die nächste Regierung wurde von einer neuen konservativen Kraft „Res Publica“ geleitet unter der Führung des Premierministers Juhan Parts. Die Koalitionsvereinbarung von „Res Publica“, der Reformpartei und der Volkunion verpflichtete sich dem Schutz und der Förderung der estnischen Sprache und Kultur als Grundlage des estnischen Staates.<sup>677</sup> Die Prinzipien bei der Vergabe der Staatsbürgerschaften und die Regelungen zur estnischen Sprache sollten bestehen bleiben. Mit der Sozialpolitik sollte die Verbundenheit andersstämmiger Bewohner mit Estland als Heimat gesteigert werden. Die Koalition ging nach zwei Jahren in die Brüche.<sup>678</sup> Unter anderem versetzten die Ereignisse um das „Denkmal von Lihula“ dem Rücktritt den entscheidenden Schub.<sup>679</sup>

---

hierzu: Gries, Jürgen (u.a.) (2005): Bildungssysteme in Europa. Kurzdarstellungen. Berlin: ISIS Berlin. S. 22; Sulg, Ülle (1998): Muulaste integreerimine Eesti ühiskonda läbi hariduspoliitiliste valikute. Tartu: Tartu Ülikool, S. 6.

<sup>673</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Isamaaliidu ja Mõõdukate Koalitsioonilepe (1999).

<sup>674</sup> Haridus- ja Teadusministeerium: Eesti keele arendamise strateegia., keelepoliitika. S. 7.

<sup>675</sup> Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“ 14.03.2000.

<sup>676</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Keskerakonna ja Eesti Reformierakonna Koalitsioonileping (2002).

<sup>677</sup> Vabariigi Valitsus: Ühenduse Vabariigi Eest-Res Publica, Eesti Reformierakonna ja Eestimaa Rahvaliidu koalitsiooni tegutsemise põhimõtted (2003).

<sup>678</sup> Eesti Päevaleht: „Juhan Parts valitsus astus tagasi“ 24.03.2005.

<sup>679</sup> Mit dem Denkmal wurde in einer estnischen Kleinstadt am 20. August 2004 eine Statue für die Soldaten des Zweiten Weltkrieges errichtet, die auf Seite der Deutschen Wehrmacht gegen das Sowjetrußland gekämpft hatten. Wie im Zusammenhang mit der Identität näher erläutert wird, wurde das heftig umstrittene Monument auf Anweisung der Regierung am 2. September 2004 entfernt, was zu kontroversen Meinungen in der Bevölkerung und den Regierungskreisen geführt hat. ERR Uudised: „Lihula sammas võeti valitsuse korraldusel maha“ 02.09.2004. <http://uudised.err.ee/v/5b12c3b5-b146-49d6-8477-67d6af840d5d> (Abgerufen am 11.10.2013).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Die verbliebene Zeit bis zu den Parlamentswahlen am 4. März 2007 übernahm eine Koalition aus der Reformpartei, der Zentrumspartei und der Volksunion. Der Vorsitzende der Reformpartei, Andrus Ansip, sollte für die nächsten drei Legislaturperioden als Premierminister im Amt bleiben. Die erste Koalitionsvereinbarung unter Ansip beinhaltete Regelungen zur Kompensation der Kosten für Estnisch-Sprachkurse bei erfolgreich abgelegter Prüfung, was auch schon in der vorangegangenen Koalitionsvereinbarung stand. Dafür sollte genügend qualifiziertes Lehrpersonal ausgebildet werden. Ferner sollte eine Untereinheit des Bildungsministeriums gebildet werden, die sich mit Fragen der Minderheiten beschäftigen sollte.<sup>680</sup>

Nach den Parlamentswahlen am 4. März 2007 bildete sich die Regierungskoalition aus der Reformpartei, der Union aus „Isamaa“ und „Res Publica“ (IRL), sowie der Sozialdemokratischen Partei. Diese Koalitionsvereinbarung beinhaltete das Gebot, die estnische Sprache zu schützen, und deren Verbreitung voranzutreiben. Die Aneignung der Sprache sollte für alle zugänglich gemacht werden. Das Programm des „Sprachtauchens“ („Keelekümbus“) sollte erweitert werden.<sup>681</sup> Die Sprachinspektion („Keeleinspektion“) sollte in ihrer Arbeit, die korrekte und gesetzesgemäße Nutzung der estnischen Sprache in den öffentlichen Ämtern zu kontrollieren, unterstützt werden. Ungeachtet der Nationalität sollten jedem die gleichen Möglichkeiten und Rechte ermöglicht werden. Entsprechend rief die Koalition alle dauerhaft in Estland lebenden Personen auf, die estnische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Einen derartigen Aufruf hatte keine Regierung zuvor getätigt. Die Vorhaben dieser Koalition stellten den bis dahin ausführlichsten Katalog der Regierungsmaßnahmen zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung dar. Dennoch waren einige konkrete Maßnahmen der Regierung von Andrus Ansip umstritten: So wurde der Posten des Ministers für Bevölkerungsfragen am 21. Mai 2009 gestrichen und die Aufgaben zwischen dem Sozial-, Kultur-, Regional- und Bildungsministerium aufgeteilt. Offizieller Grund waren die unzufrieden stimmenden Ergebnisse der Arbeit.<sup>682</sup> Außerdem erlebte diese Regierung auch die turbulenteste Zeit in den interethnischen Beziehungen in Estland, als der „Bronze-Soldat“ am 27. April 2007 von der Tallinner Innenstadt auf den Kriegsgefallenenfriedhof transportiert wurde. Die unmittelbare Folge waren schwere Krawalle in der Tallinner Innenstadt mit Toten und Verletzten. Langfristige Folgen waren unter anderem die Verschärfung der Beziehungen zu Russland sowie die Erkenntnis, dass die ethnischen Spannungen im Land bis dahin noch weit davon entfernt waren, gelöst zu sein.<sup>683</sup>

Auch das Regierungsprogramm der Koalition aus Reformpartei und der Union „Res Publica“ mit „Vaterland“ beinhaltete zahlreiche Vorhaben zur Integration der Andersstämmigen in Estland. Zum Thema Bildung hat sich die Koalition vorgenommen, die Schulreform mit dem Übergang der russischsprachigen Schulen zum estnischen Unterricht zu Ende zu führen. Ebenfalls sollten Lehrer, die in Ida-Virumaa auf Estnisch Schul-

---

<sup>680</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Eesti Keskerakonna ja Eestimaa Rahvaliidu koalitsioonilepe (2005).

<sup>681</sup> Bei „Keelekümbus“ handelt es sich um die im Jahr 1998 gestartete Strategie der sprachlichen Vorbereitung ausländischer Kinder parallel zum normalen Schulunterricht. Die Unterrichtssprache ist sowohl Estnisch als auch Russisch.

<sup>682</sup> Eesti Päevaleht: „Rahvastikuminister Palo töökohustused jagatakse“ 02.06.2009.

<sup>683</sup> Auch dieser Vorfall wird im Kapitel „Die Rolle der Identität“ näher erläutert.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

unterricht geben, 30% mehr Gehalt bekommen. Ausführlich befasste sich das Programm mit dem neuen Begriff „Lõimumine“, was so viel wie „Verflechtung“ bedeutet. Dieser Begriff wird seitdem in der estnischen Politik und dem öffentlichen Diskurs bedeutungsgleich mit der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung verwendet. Von der vorangegangenen Regierung von Andrus Ansip wurde dazu am 10. April 2008 die institutionelle Strategie „Lõimumiskava 2008-2013“ verabschiedet. Dieses Dokument ist der Nachfolger des staatlichen Programms „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“. Diesmal enthielt die Koalitionsvereinbarung also direkte Maßnahmen zur gesellschaftlichen „Verflechtung“, allen voran die Einsicht, dass die sprachliche und kulturelle Vielfalt in Estland eine Bereicherung für das Land sei. Diese Herangehensweise stellt ein Novum dar. Die staatliche „Verflechtungsstrategie“ sollte demnach folgende Reformen beinhalten: Nachhaltige Aneignung der estnischen Sprache, damit alle Bewohner Estlands auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Der Stellenmarkt sollte mithilfe der Integrationsstiftung und den Kommunalen Verwaltungen zugänglicher gemacht werden, bzw. es sollte ein aktiver Austausch zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt stattfinden. Generell sollten alle, auch Menschen mit Behinderungen oder Senioren an der gesellschaftlichen Integration teilhaben können. Die Kommunikation zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen sollte gestärkt werden, ebenfalls mithilfe von MEIS. Information sollte mehrsprachig zugänglich sein. Diese Grundsätze sind ebenfalls ein Novum. Die Wahl der Staatsbürgerschaft sollte nach wie vor jedem frei überlassen bleiben, doch an den geltenden Normen wurde festgehalten. Gleichzeitig sollte der Informationsgrad der Ausländer über die Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft verbessert werden. Neu war auch, dass den frisch eingebürgerten Personen besondere Aufmerksamkeit und Hilfe geboten werden sollte, um ihre Einfügung in die Gesellschaft zu unterstützen.<sup>684</sup> Bis dahin hatte sich die herrschende Elite am Grundsatz orientiert, dass es in der Verantwortung der russischsprachigen Minderheit liege, sich zu integrieren. Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass die letzte Regierungskoalition die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung am ausführlichsten und konstruktivsten behandelt hat. Vor allem beinhaltete das Programm neue Grundsätze wie den Zugang zum Arbeitsmarkt, Unterstützung nach der Einbürgerung sowie verbesserte Kommunikation zwischen den ethnischen Gruppen.

##### 4.5.3.3 Das Amt des Ministers für Bevölkerungsfragen

In der ersten Regierung nach den freien Parlamentswahlen war der Posten des Ministers für Bevölkerungsfragen bis 8. November 1994 besetzt. In den nachfolgenden Kabinetten von den Premierministern Andres Tarand und Tiit Vähi war der Ministerposten allerdings nicht vorgesehen. Mart Siimann hat den Posten ohne Portfolio am 17. März 1997 wieder in sein Kabinett aufgenommen und er blieb bis zum 21. Mai 2009 bestehen, als

---

<sup>684</sup> Vabariigi Valitsus: Erakonna Isamaa ja Res Publica Liit ning Eesti Reformierakonna Valitsusliidu Programm (04.04.2011)

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

seine Aufgaben zwischen dem Sozial-, Kultur-, Regional- und Bildungsministerium aufgeteilt wurden. Die Hauptaufgaben des Ministers für Bevölkerungsfragen bestanden in der Kommunikation zwischen der Regierung und den größten ethnischen Minderheitengruppen – allen voran der russischsprachigen – sowie die Verhinderung von ethnisch-national basierten Konflikten.

Der erste russischstämmige Minister in diesem Amt, Artur Kuznetsov, sah als wichtigste Maßnahme die Versöhnung der in Estland lebenden Russen und Esten. Er betonte, dass die Russen über die Regierungstätigkeit informiert sein müssten und nicht verunsichert werden sollten. Gleichzeitig betonte er, dass es auch für die Esten wichtig sei, Sicherheit bezüglich der Zukunft ihrer Kultur und Sprache zu haben. Wichtig war seiner Meinung nach, dass der Bevölkerungsminister keine rein politische Figur ist. Seine wichtigste Aufgabe sollte demnach sein, wissenschaftliche Ressourcen zu mobilisieren, um die nationalen Beziehungen analysieren zu können. Die Politisierung der ethnischen Beziehungen sollte seiner Meinung nach aufhören, nur so könnte ein Dialog stattfinden. Viele der ethnischen Probleme waren laut dem Minister Kuznetsov künstlich erschaffen.<sup>685</sup>

Die Nachfolgerin des Ministers Kuznetsov wurde die Sozialwissenschaftlerin Klara Hallik. Auch ihre Position beinhaltete eine Völkerverständigung als wichtigstes Ziel der staatlichen Integrationspolitik. Ihre Ansicht – man solle aufhören die russischsprachige Bevölkerung als unangenehmes Überbleibsel aus der Sowjetzeit zu betrachten – charakterisiert ihre politische Position sehr gut.<sup>686</sup> Die Ministerin Andra Veidemann, von 1997 bis 1999 im Amt, sagte, dass die estnische Nation noch zu klein sei, um eine Assimilation zu ermöglichen. Der einzig mögliche Weg sei es, zusammen zu existieren, gemeinsame Interessen zu finden, und zu lernen sich gegenseitig zu akzeptieren.<sup>687</sup> Die Ministerin Katrin Saks, von 1999 bis 2002 im Amt, betonte stets, dass die gegenseitige Verständigung als Schlüssel für die gesellschaftliche Integration anzusehen sei, weshalb die Ministerin eine Befürworterin des stufenweisen Überganges der russischsprachigen Bildungseinrichtungen zur estnischen Sprache war.<sup>688</sup> Auch Eldar Efendijev, der von 2002 bis 2003 im Amt war, betonte, dass das gegenseitige Vertrauen für die gegenseitige Verständigung maßgeblich sei. Dabei hat er Estland und Narva als die Parteien gesehen, die sich einander nähern müssten.<sup>689</sup> Der Bevölkerungsminister Paul-Erik Rummo, der von 2003 bis 2007 im Amt war, sah seine Aufgaben als Minister nicht nur in der Integration der russischsprachigen Bevölkerung, sondern ebenfalls in der Unterstützung der im Ausland lebenden Esten. Er war großer Verfechter des „Sprachtauchen“-Programms und hat die Herausarbeitung des Folgeprogramms für „Integration in der estnischen Gesellschaft 2002-2007“ unterstützt. Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Regierungstätigkeit für das Jahr 2004 gab Minister Rummo an, dass die Unterstützung der Regierung innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung gestiegen sei. Außerdem seien bei Kin-

<sup>685</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärg, 23.-26. aprill 1990). o. S.

<sup>686</sup> Raudnask, Valve (2005): „Klara Halliku karmid valikud“ Elukiri 1/2005.

<sup>687</sup> Sotsiaaldemokraatlik Erakond: „Andra Veidemannist. Usuga üleminekuperioodil“ 09.05.2013.

<sup>688</sup> Saks, Katrin: „Minister Lukas õhutab rahvusgruppide vahelist vaenu“ <https://katrinsaks.wordpress.com/2008/10/12/minister-lukas-ohutab-rahvusgruppide-vahelist-vaenu/> 12.10.2008 (Abgerufen am 12.10.2013).

<sup>689</sup> Eesti Päevaleht: „Minister Efendijev pooldab mosee ehitamist“ 29.01.2002.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

dern und Jugendlichen dank des „Sprachtauchens“ wesentlich bessere Estnischkenntnisse nachgewiesen worden, so der Minister.<sup>690</sup> Schließlich beschäftigte sich die letzte Ministerin im Amt, Urve Palo, hauptsächlich mit der Beobachtung der ethnischen Situation im Land sowie der Erarbeitung der integrationspolitischen Positionen und Empfehlungen.<sup>691</sup>

Zum Beschäftigungsbereich des Ministeriums gehörte auch die Regionalarbeit, ein Lokalbüro lag im Landkreis Ida-Virumaa. Auch dieses wurde 2009 nach der Auflösung des Ministerpostens geschlossen. Die letzte Vertreterin des Ministers in diesem Büro, Kaja Tokka, war entsprechend enttäuscht, da das Büro ihrer Meinung nach einen wichtigen Beitrag zur Integration geleistet hatte. Nicht nur wurden durch das Büro die Maßnahmen der Regierung und neue Regelungen den Bürgern den Bewohnern nahe gebracht, auch Jugend- und Sozialarbeit wurde durch das Büro betrieben. Die Mitarbeiter des Büros haben zudem die Meinung geäußert, dass die Regierung nur dann sinnvolle Integrationsmaßnahmen ergreife, wenn die „Russen Krawall anfangen“.<sup>692</sup> Als der Posten 2009 aufgelöst wurde, gingen die integrationspolitischen Aufgaben hauptsächlich an das Innenministerium und das Kulturministerium. Obwohl die neue Koalition stets betonte, dass die Aufgaben lediglich verlegt und dennoch erfüllt werden, war öffentlich eine gewisse Unzufriedenheit zu spüren. Auch haben Kritiker der Abschaffung betont, dass der Posten lediglich aus Spargründen abgeschafft worden sei.<sup>693</sup>

Zwar wurden nur wenige Maßnahmen und Vorschläge der Amtsinhaber tatsächlich umgesetzt, dennoch hatte die russischsprachige Bevölkerung mit dem Posten einen Vertreter in der Regierung, der sich ihrer Probleme annahm oder sich zumindest deren Existenz bewusst war. Bis heute ist der Posten nicht erneut besetzt, bzw. geschaffen worden.

### 4.5.3.4 Fazit: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung nach 1992 auf der Regierungsebene

Mit der Wahl des Wahlbündnisses „Unsere Heimat ist Estland!“ (MKOE) im Jahr 1995 waren seitens der russischsprachigen Bevölkerung große Hoffnungen verbunden. Diese Hoffnungen wurden vier Jahre später erneut in die Wahl der EÜRП gesteckt – zur Mitbestimmung bei der Gesetzgebung waren deren Vertreter im Parlament wichtig. Allerdings haben die Vorschläge der Vertreter dieser Parteien keine Auswirkung auf die Gesetzgebung gezeigt. Die Vermutung liegt nahe, dass die EÜRП und VEE aufgrund des Ausbleibens der politischen Erfolge nach 1999 nicht mehr über die Fünf-Prozent-Hürde kamen. Da man außerdem stark davon ausgehen kann, dass diese Parteien ausschließlich von der russischsprachigen Bevölkerung gewählt wurden, zeigen die Ergebnisse der Wahlen, dass diese Wählergruppe ihre Präferenzen auf andere Parteien übertragen hat. Dies geschah

---

<sup>690</sup> Reformierakond: „Rahvatikuminister Paul-Eerik Rummo: rahvusvähemused toetavad valitsust järjest rohkem“. Pressikonverents, Stenboki maja 28.12.2004.

<sup>691</sup> Postimees: „Rahvastikuministri ülesanded jagati nelja ministeeriumi vahel“ 11.06.2009.

<sup>692</sup> Põhjarannik: „Rahvastikuministri büroo kohalik esindus kaob“ 13.06.2009.

<sup>693</sup> Postimees: „Rahvastikuministri ülesanded jagati nelja ministeeriumi vahel“ 11.06.2009.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

sowohl auf der gesamtstaatlichen als auch auf der kommunalen Ebene, wie später näher erläutert wird.

Was die Partei- und Regierungsprogramme angeht, so sind hier einige interessante Ergebnisse zu sehen. Die Koalitionsvereinbarung der Regierung von Tiit Vähi, die nach den zweiten freien Parlamentswahlen am 5. März 1995 an die Macht kam, beinhaltete lediglich die Klausel, dass das bis dahin geltende Recht nicht geändert werden sollte. Dagegen nahm der Premier Mart Siimann die Integration der russischsprachigen Bevölkerung ernster. In dieser Regierung war der Posten des Bevölkerungsministers besetzt, ebenfalls wurde die Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitte-estlaste Integratsiooni Sihtasutus – MEIS) gegründet. Außerdem hat diese Regierung erstmals die Grundlagen der staatlichen Politik gegenüber den ethnischen Minderheiten mit entsprechenden Dokumenten festgelegt. Diese Grundlagen wurden von der Regierung von Mart Laar mit dem staatlichen Programm „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“ fortgeführt. Auch sonst enthielt die Koalitionsvereinbarung der Regierung von Mart Laar überraschend viele Vorhaben zur gesellschaftlichen Integration von Ausländern, angesichts der national-konservativen Ausrichtung seiner Partei. Die 2005 verabschiedete Schulreform kann allerdings wieder als Zeichen einer konservativen Politik gelten: Die Umstellung der russischsprachigen Schulen auf die estnische Unterrichtssprache wurde von Kritikern als Angriff auf die russische Kultur in Estland gesehen. Doch eigentlich steht diese Reform im Einklang mit dem Gebot, die estnische Sprache und Kultur für alle zugänglich zu machen, die von allen bisherigen Koalitionen als wichtiges Ziel definiert wurde. Insofern kann hier von der Fortführung der vorgegebenen *policy* gesprochen werden.

Die Regierungskoalitionen von 2002 bis 2007 haben die gesellschaftliche Integration nicht unter ihren primären Zielen gesehen. Erst die Regierung von Andrus Ansip im Jahr 2007 hat die Problematik wieder in ihre Zielvereinbarung aufgenommen. Vor allem die Sprachkenntnisse wurden in den Vordergrund gehoben, sei es durch das „Sprachtauchen“ oder durch den Aufruf die Staatsbürgerschaft zu beantragen. Als einzige negative Integrationsmaßnahme kann die Abschaffung des Postens des Ministers für Bevölkerungsfragen im Jahr 2009 gesehen werden, auch angesichts der Unruhen in Tallinn im Frühling 2007. Die Krawalle haben zu der damaligen Zeit die ungelösten ethnischen Probleme in Estland auf die Tagesordnung gebracht. Das Vorgehen der Regierung wurde öffentlich ebenso kritisiert wie das Verhalten der Demonstranten. Doch es scheint, als hätten diese Ereignisse dafür gesorgt, dass ein Umdenken im Umgang mit der ethnischen Frage in Estland eingeleitet wurde. Zumindest kann das anhand des Regierungsprogramms der nachfolgenden Regierung von Andrus Ansip aus dem Jahr 2011 behauptet werden. Diese beinhaltet die bisher ausführlichsten Vorhaben zur Integrationspolitik und zur Herstellung einer einheitlichen Gesellschaft in Estland. Als Leitsatz kann hier dienen, dass die ethnische Vielfalt als eine Bereicherung für die estnische Gesellschaft gesehen wird: „Lisaks eestlastele kui põhirahvusele elab siin hulgaliselt muu rahvuslik-kultuurilise taustaga ja erasuhetes teisi keeli kasutavaid inimesi. Valitsusliit näeb mitmekesisuses rikastavat võimalust Eesti eduks ja arenguks.“<sup>694</sup>

---

<sup>694</sup> Vabariigi Valitsus: Erakonna Isamaa ja Res Publica Liit ning Eesti Reformierakonna Valitsusliidu Programm (04.04.2011).

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

(„Außer Esten als Hauptnation lebt hier eine Vielzahl an Menschen, die einen anderen national-kulturellen Hintergrund haben und im Alltag eine andere Sprache verwenden. Die Regierungskoalition sieht die Vielfalt als eine bereichernde Chance für den Erfolg und die Entwicklung von Estland“, Üb. d. A.).

Diese grundsätzliche Entwicklung lässt vermuten, dass ein Umdenken bereits stattgefunden hat bzw. in der jetzigen Zeit stattfindet. Zumindest scheint die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung eine bedeutende Stelle in der *policy* der Entscheidungsträger einzunehmen. Eine Bewegung „von oben“ scheint somit in den Ansätzen aktuell mehr vorhanden zu sein als es seit den Anfängen der Demokratisierung bzw. der demokratischen Konsolidierung der Fall war.

### 4.5.4 Gesetzliche Regelungen zur Staatsbürgerschaft, Sprache, Bildung und zu Ausländern

#### 4.5.4.1 Relevanz der Repräsentation bei der Gesetzgebung

In der Zeit zwischen 1992 und 2011 wurden wichtige Gesetze verabschiedet, die die rechtliche, gesellschaftliche und politische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung maßgeblich beeinflusst haben. Die erste Parlamentszusammensetzung einigte sich auf die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Staatsbürgerschaft, aufgrund des als halb-frei geltenden entscheidungsfindenden Gremiums, welches das „alte“ Gesetz verabschiedet hatte. Ähnlich verhielt es sich mit dem Gesetz zur Sprache, das sogar noch von dem letzten Obersten Sowjet der estnischen SSR, also einer autoritären Versammlung, verabschiedet wurde und damit nicht mit der demokratischen Gesetzgebung des unabhängigen Estland vereinbar war. Die Notwendigkeit der Verabschiedung eines Ausländergesetzes vom 8. Juli 1993 wurde offensichtlich, nachdem das Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahr 1992 eine Vielzahl an Ausländern, bzw. Einwohnern ohne klare Staatsbürgerschaft hervorgebracht hatte. Das aktive Wahlrecht auf Kommunalebene wurde den Ausländern bereits von der Verfassung eingeräumt, das entsprechende Gesetz wurde am 19. Mai 1993 verabschiedet. Die ersten Fassungen all dieser Gesetze wurden von dem ersten frei gewählten Parlament verabschiedet. Das bedeutet, dass die russischsprachige Bevölkerung keine Repräsentanten im Riigikogu hatte, während diese Gesetze verabschiedet wurden und somit keinen Einfluss auf deren Gestaltung ausüben konnte.

### 4.5.4.2 Das neue Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1995 und dessen Ergänzungen

Am 19. Januar 1995 wurde das überarbeitete Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet, das bis heute mit kleineren Änderungen in Kraft ist. Die wichtigsten Änderungen gegenüber dem Gesetz aus dem Jahr 1992 lauten wie folgt:<sup>695</sup>

- Die Dauer des dauernden Aufenthaltes wurde auf fünf Jahre erhöht, wobei der Daueraufenthalt erst nach fünf Jahren temporären Aufenthaltes gewährt werden konnte.<sup>696</sup> Dies betraf allerdings nicht diejenigen, die bereits vor dem Inkrafttreten des ersten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft dauerhaft in Estland wohnhaft waren.
- Zusätzlich zu einem Nachweis über die Kenntnisse der estnischen Sprache mussten Antragsteller von nun an die Prüfung zur Verfassung und zum Gesetz zur Staatsbürgerschaft ablegen. Die Prüfung erfolgte auf Estnisch.
- Ein Treueid musste abgelegt werden.<sup>697</sup>

Das Gesetz wurde in Rekordzeit verabschiedet, nur drei Wochen hat das Parlament für die Lesungen gebraucht. In Kraft ist es am 1. April 1995 getreten. Zwischen 1995 und 1998 haben Abgeordnete des MKOE einige Änderungsvorschläge zum neuen Gesetz ins Parlament gebracht, die allerdings zunächst nicht beachtet wurden. Am 8. Dezember 1998 wurde dennoch eine Reihe von Änderungen verabschiedet, die notwendig wurden, nachdem sich die Situation mit Nicht-Staatsbürger immer weiter zuspitzte. Die wichtigste davon betraf Kinder unter 15 Jahren, die nach dem 26. Februar 1992 geboren wurden und deren Eltern staatenlos waren. Diese Kinder durften nun die Staatsbürgerschaft auf Antrag der Eltern durch Einbürgerung erlangen. Die Eltern des Kindes sollten zum Zeitpunkt des Antrages mindestens fünf Jahre legal in Estland gelebt haben.<sup>698</sup>

Eine Reihe weiterer Änderungen wurde in den Jahren 2000 bis 2006 verabschiedet. So wurden mit der Ergänzung vom 14. Juni 2000 erwachsene berufsunfähige Personen, sowie Personen mit Behinderungen ersten oder zweiten Grades von der Sprach- und Gesetzesprüfung befreit.<sup>699</sup> Die Gesetzesänderung vom 10. Dezember 2003 beinhaltete die Erstattung der Kosten für erfolgreich bestandene Sprachprüfungen zwecks Erlangung der Staatsbürgerschaft in vollem Umfang.<sup>700</sup> Schließlich verkürzte die Änderung vom 11. Februar 2004 die Dauer des erforderlichen Aufenthaltes nach der Antragstellung auf sechs Monate statt wie früher einem Jahr.<sup>701</sup> Innerhalb von 10 Jahren nach dem ersten Gesetz zur Staatsbürgerschaft wurden somit einige Regelungen geschaffen, die den Erwerb der Staatsbürgerschaft erleichtern sollten. Doch es wurden weder die Anforderungen an die Sprachkenntnisse gelockert, noch wurde die Prüfung zur Gesetzgebung abgeschafft, wie von vielen nationalen und internationalen Parteien gefordert.

---

<sup>695</sup> Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 87.

<sup>696</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 120.

<sup>697</sup> Vgl. RT I 1995, 12, 122. Kodakondsuse seadus [(§ 6)] (Üb. d. A.).

<sup>698</sup> Vgl. RT I 1998, 111, 1827. Kodakondsuse seaduse §-de 13, 15, 18, 19, 21, 23, 28, 29 ja 32 muutmise ning §-ga 14<sup>1</sup> täiendamise seadus [(§ 13)] (Üb. d. A.).

<sup>699</sup> Vgl. RT I 2000, 51, 323. Kodakondsuse seaduse §-de 34 ja 35 muutmise seadus [(§ 35)] (Üb. d. A.).

<sup>700</sup> Vgl. RT I 2003, 82, 550. Kodakondsuse seaduse muutmise seadus [(§ 8 und § 36)] (Üb. d. A.).

<sup>701</sup> RT I, 2004, 12, 80. Kodakondsuse seaduse muutmise seadus [(§ 6 und § 19)] (Üb. d. A.).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Aus dem Stenogramm des Riigikogu am Tag der letzten Lesung des Gesetzesentwurfs und seiner Verabschiedung im Januar 1995 ist ersichtlich, dass die Positionen der Abgeordneten hinsichtlich der Regelungen geteilt waren: Die konservativen Fraktionen ERSP und auch „Sõltumatud“ waren der Ansicht, dass die Bestimmungen des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft weiter verschärft werden sollten. Hauptsächlich sollte damit die Situation abgewendet werden, wonach viele sowohl die russische als auch die estnische Staatsbürgerschaft beansprucht hätten.<sup>702</sup> Diese Befürchtung beruhte auf der Tatsache, dass Russland die Listen seiner Staatsbürger nicht an die estnischen Behörden weiterleitete. So konnte eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht überprüft werden. Außerdem wurden während der Debatte die Fragen der Ehegatten angesprochen, die gesetzesgemäß die Staatsbürgerschaft bei Heirat mit einem estnischen Staatsbürger nicht annehmen konnten. Diese Regelung blieb bestehen. Zusätzlich debattierten die Parlamentarier über den verfassungsgemäßen Unterschied zwischen angeborenen Staatsbürgern und eingebürgerten Personen, welche bereits, wie bereits beschrieben, in der Verfassung verankert war. Die Parlamentarier kamen zum Schluss, dass die Staatsbürgerschaft nach Geburt einer Person nicht weggenommen werden kann. Bei einer eingebürgerten Person kann dies dagegen in einer Reihe von Fällen getan werden (geregelt in § 28 des Gesetzes).<sup>703</sup> Normativ betrachtet stellt diese Unterscheidung eingebürgerte Personen somit rechtlich schlechter als eingeborene Staatsbürger. Aus dieser Debatte wird ersichtlich, dass die größte Gefahr für Estland nach Meinung der Gesetzgeber in der Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft bei der russischsprachigen Bevölkerung bestand. Dies wurde, wie bei vielen Debatten, als Gefahr für die estnische Staatlichkeit gesehen. Der Vorsitzende der Gesetzeskommission, Mart Nutt, brachte einen wichtigen Punkt in die Debatte ein: Auf die Frage, warum die russischsprachige Bevölkerung, auch die mit der russischen Staatsbürgerschaft, es nicht eilig habe aus Estland wegzuziehen, antwortete er:<sup>704</sup>

„...Ma arvan, et Eestis on hea elada.“ (Ich glaube, es ist schön/gut, in Estland zu leben, Üb. d. A.)

Zudem betonte er in einer der vielen Stellungnahmen an dem Tag, dass die gesellschaftliche Integration in Estland auf jeden Fall der Staatsbürgerschaft vorausgehen müsse. Das Vorhaben des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft sei es nicht jemanden zu demütigen oder zu schikanieren. Wichtig sei nicht die Staatsbürgerschaft, sondern die Loyalität und Integration, die nicht von der Staatsbürgerschaft abhängen würden. Damit reihte sich die Gesetzeskommission des Jahres 1995 an die vorausgegangenen Debatten zur Staatsbürgerschaft, wonach diese als „Krönung“ der erfolgreichen gesellschaftlichen Integration gelten sollte.

---

<sup>702</sup> VII riigikogu stenogramm. VI istungjark. 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise järkamine. (Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995).

<sup>703</sup> RT I 1995, 12, 122. Kodakondsuse seadus (Üb. d. A.).

<sup>704</sup> Vgl. VII riigikogu stenogramm. VI istungjark. 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise järkamine. (Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995).

### 4.5.4.3 Das Ausländergesetz

Infolge des ersten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 entstanden demokratiertechnisch betrachtet zwei gesellschaftliche Gruppen: die Staatsbürger und die Nicht-Staatsbürger. Im Laufe des ersten Jahres nach dem paradigmatischen Umbruch im Jahr 1992 spaltete sich die zweite, überwiegend russischsprachige Gruppe, nach Status bzw. Anschauung. Einige hatten direkt die estnische Staatsbürgerschaft beantragt, andere entschieden sich für die russische Staatsbürgerschaft, die auf Antrag erhalten werden konnte.<sup>705</sup> Eine weitere Gruppe blieb staatenlos, bis zum Jahr 1993 ohne gültigen Ausweis, da die alten sowjetischen Pässe ungültig geworden waren. Nach den Parlamentswahlen 1992, als „Isamaa“ stärkste Kraft wurde und die Regierungskoalition anführte, wurden alle nicht-rechtmäßigen Staatsbürger sowie Bürger anderer Staaten rechtlich als „Ausländer“ definiert, die eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beantragen mussten.<sup>706</sup> Dies geschah auf Grundlage des am 8. Juli 1993 verabschiedeten Ausländergesetzes. Wie Aleksei Semjonow anmerkte, war die Situation rund um die Gesetzgebung zu Ausländern in den 1990er Jahren sehr kompliziert und verursachte viele Missstimmungen in der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>707</sup> Ebenso hagelte es Kritik seitens der OSZE, weil der Hohe Kommissar für Minderheitenfragen, Max van der Stoel, die neue konzeptionelle Auffassung der Personen, die bereits seit Jahrzehnten in Estland wohnhaft waren, als Ausländer nicht begrüßte.<sup>708</sup> Da die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft eine andere Möglichkeit aber nicht zuließ, musste der Status der großen Gruppe der Nicht-Staatsbürger legalisiert werden, so sah es die estnische Regierung.<sup>709</sup> Hier sollen deswegen nur die wichtigsten Bestimmungen und Änderungen dargelegt werden, die den rechtlichen Status eines großen Teils der russischsprachigen Bevölkerung betrafen.

Die erste Version des Gesetzes hatte bereits für Probleme gesorgt, denn sie widersprach teilweise anderen Gesetzen und der Verfassung, indem sie Ausländern einige Rechte verwehrte.<sup>710</sup> Es kam sogar dazu, dass der estnische Präsident sein Veto gegen die erste Version des Gesetzes einlegte, welche alle Ausländer dazu gezwungen hätte, ohne Garantie auf Annahme Aufenthalt zu beantragen. Die entsprechende Änderung wurde auch nach massiver Kritik seitens des OSZE und anderer Staaten durchgeführt.<sup>711</sup> Danach regelte das Gesetz somit formal den rechtlichen Status der Personen, die nicht estnische Staatsbürger waren, darunter sowohl Bürger anderer Staaten als auch Staatenlose. Im Gesetz wurde aufgeführt, dass Ausländer und Nicht-Staatsbürger die gleichen

---

<sup>705</sup> Hallik, Klara (1996): Ethnopolitical Conflict in Estonia. in: Drobizheva, Leokadia M. (u.a.) (Hrsg.): Ethnic conflict in the post-Soviet world: case studies and analysis. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe. 87-108, S. 105; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 123.

<sup>706</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 88.

<sup>707</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 122-123.

<sup>708</sup> Brief des Hohen Kommissars Max van der Stoel an den Präsidenten der Republik Estland Lennart Meri am 1. Juli 1993. <http://www.osce.org/hcnm/30435> (Abgerufen am 23.03.2013).

<sup>709</sup> Hallik, Klara (1996): Ethnopolitical Conflict in Estonia. S. 105; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 121.

<sup>710</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 121.

<sup>711</sup> Laitin, David D. (1998): Identity in Formation: The Russian-speaking Populations in the Near Abroad. S. 177.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Rechte und Freiheiten genossen wie Staatsbürger.<sup>712</sup> Außerdem wurden international geregelte Rechte und Pflichten mit dem Gesetz garantiert. Die Vergabe der Aufenthaltsgenehmigungen, wonach befristete oder permanente Genehmigungen erteilt wurden, waren notwendig, um den Status der „Ausländer“ in Estland zu legalisieren. Dabei konnten diejenigen, die vor dem 1. Juli 1990 nach Estland gekommen waren und von den letzten fünf Jahren mindestens drei in Estland verbracht haben, sowie ein legales und permanentes Einkommen sowie Wohnsitz vorweisen konnten, eine permanente Genehmigung erhalten. Auch Ehegatten waren in der Regelung miteingeschlossen. Rund um die Verabschiedung dieses Gesetzes gab es einige Unstimmigkeiten mit den alten „propiska“ (Aufenthaltsbelege) der Sowjetzeit, die per Gesetz zwar ihre Gültigkeit verloren hatten, aber nach wie vor als Beleg für die Dauer des Aufenthaltes gelten mussten.<sup>713</sup> Zum Beispiel konnten ursprünglich befristete Aufenthaltserlaubnisse mit einer Gültigkeitsdauer von 5 Jahren beantragt werden, die nach Ablauf der Frist und einem Mindestaufenthalt von 3 Jahren hätten umgetauscht werden können.<sup>714</sup> Diese komplizierte Regelung wurde vom Hohen Kommissar für Minderheitenfragen der OSZE kritisiert, was schließlich zu einer vereinfachten Regelung geführt hat.<sup>715</sup>

Kontrovers gestaltete sich die Vergabe der Arbeitererlaubnisse für die frisch gebakenen Ausländer: Einerseits war die Genehmigung des befristeten Aufenthaltes daran geknüpft, dass die Person ein legales und zum Leben ausreichendes Einkommen vorweisen konnte. Andererseits war die Arbeitererlaubnis daran gekoppelt, dass die Person bereits eine Aufenthaltserlaubnis vorweisen konnte. Auch diese Klauseln sorgten für internationale Kritik. Gelöst wurde diese Situation dadurch, dass Inhaber einer Daueraufenthaltsgenehmigung ohne Arbeitererlaubnis in Estland arbeiten durften. Eine Daueraufenthaltsgenehmigung durften wiederum Ausländer beantragen, die ihre Aufenthaltsgenehmigung vor dem 12. Juli 1995 beantragt hatten. Unter diese Regelung sind zu der Zeit die meisten russischsprachigen Nicht-Staatsbürger gefallen. Personen mit befristetem Aufenthalt mussten dagegen eine Arbeitererlaubnis beantragen.<sup>716</sup>

Eine wichtige Regelung betraf Personalausweise für Ausländer. Solche Ausweise wurden für Personen geschaffen, deren Sowjetpässe an Gültigkeit verloren hatten. Insgesamt wurde die Gültigkeit der alten Sowjetpässe in ihrer Funktion als Ausweise mehrmals verlängert und immer wieder für ungültig erklärt, was nach Meinung von Aleksei Semjonov nicht zwangsläufig zum Vertrauensgefühl der neu formierten ausländischen Bevölkerung gegenüber den estnischen Behörden geführt hat.<sup>717</sup> Dazu wurde ein Paragraph im Ausländergesetz aufgeführt und am 15. Februar 1999 das Gesetz zu

---

<sup>712</sup> RT I 1993, 44, 637. Välismaalaste seadus. [(§ 3); (§ 5 (1)); (§ 5 (2)); (§ 12)] (Üb. d. A.).

<sup>713</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 121-122.

<sup>714</sup> RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus. (§ 12).

<sup>715</sup> Brief des Hohen Kommissars Max van der Stoep an den Außenminister Jüri Luik am 9. März 1994. <http://www.osce.org/hcnm/30440> (Abgerufen am 23.03.2013); Sarv, Margit (2002): Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. Core Working Paper 7. Hamburg: Core. S. 50; Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): Estonia and the Estonians. in: Smith, Graham: The nationalities question in the post-Soviet States. London [u.a.]: Longman. 129-146. S. 142.

<sup>716</sup> RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus. [(§ 12); (§ 13); (§ 13<sup>1</sup> (4))] (Üb. d. A.).

<sup>717</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 122-123.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Personalausweisen verabschiedet.<sup>718</sup> Diejenigen Ausländer, die keine Staatsbürgerschaft hatten, konnten demnach mit einem Ausländerpass ausgestattet werden. Dieser wurde für die Dauer der Aufenthaltsgenehmigung, jedoch nicht für weniger als ein Jahr und nicht für mehr als fünf Jahre erteilt. Der Ausländerpass berechnete zur Ausreise in Vertragsländer und diplomatischen Schutz durch estnische Behörden. Außerdem erfüllte dieser landesweit die Funktion eines internen Personalausweises.<sup>719</sup>

Am 19. April 2006 wurde eine bedeutende Änderung im Gesetz durchgeführt. Eine wichtige Neuerung betraf die ehemalige unbefristete Aufenthaltsgenehmigung: Diese wurde im Wortlaut durch eine „langfristige Aufenthaltsgenehmigung“ ersetzt.<sup>720</sup> Gemäß der neuen Regelung mussten die Antragsteller außer eines vorausgegangenen Aufenthaltes von fünf Jahren und einer Berufstätigkeit auch die sogenannte „Integrationsanforderung“ erfüllen. Innerhalb dieser fünf Jahre durfte die Person nicht länger als 6 Monate am Stück und insgesamt nicht länger als 10 Monate außerhalb von Estland verbracht haben. Zuvor war diese Periode auf insgesamt 2 Jahre begrenzt. Die „Integrationsanforderung“ beinhaltete die Kenntnisse der estnischen Sprache mindestens auf Anfängerniveau, oder B1-Kategorie. Diese Anforderung mussten nicht erfüllen: Personen unter 15 oder über 65 Jahre, sowie Personen mit Behinderungen. Außerdem diejenigen Personen, die einen Abschluss der estnischen Grundschule, des Gymnasiums oder der Hochschule vorweisen konnten. Unter diese Regelung fielen somit alle, die fortan einen Daueraufenthalt in Estland beantragen wollten. Obwohl die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung den Daueraufenthalt bis dahin bereits erhalten hatte, waren dennoch mehrere tausend Personen von der neuen Sprachregelung betroffen. Diese stellte für viele ein Problem dar und zwang auch den Rechtskanzler zu einer Anfrage an die Verfassungskommission. Seine Befürchtung war, dass die neue Regelung im Konflikt mit EU-Normen stehen könnte, da dadurch manche betroffene Personen ungleich behandelt würden. Daraufhin wurde die Frist für die Anträge auf Daueraufenthalt gemäß dem Alten Gesetz um ein weiteres Jahr, bis 1. Juli 2007, verlängert.<sup>721</sup> Bis dahin konnten Ausländer den dauerhaften Aufenthalt nach alten Vorschriften beantragen. Diejenigen, die einen Daueraufenthaltstitel bereits erworben hatten, waren von der Regelung nicht betroffen.

Im Parlament wurde die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2006 dahingehend diskutiert, dass damit die Ausländer in Estland den Ausländern in anderen europäischen Ländern gleichgestellt wären und gleiches EU-Recht genießen würden. Die Änderung wurde von der EU-Richtlinie 2003/109 EG geleitet, die den Begriff des „langfristig Aufenthaltsberechtigten“ prägt und den Staaten erlaubt,<sup>722</sup> Integrationsbedingungen für Angehörige von Drittstaaten festzulegen. Daraus hat die Verfassungskommission die Anforderung über die Kenntnisse der estnischen Sprache abgeleitet. Bei der zweiten Lesung des Entwurfes im Parlament wurden unter anderem die Probleme diskutiert, die

<sup>718</sup> RT I 1999, 25, 365 Isikut tõendavate dokumentide seadus. [(§ 8)] (Üb. d. A.).

<sup>719</sup> IX Riigikogu stenogramm, I istungjark, 16. juuni 1999 (Stenogramm des Riigikogu vom 16. Juni 1999), o. S.

<sup>720</sup> RT I 2006, 21, 159 Välismaalaste seaduse ja sellega seonduvalt teiste seaduste muutmise seadus. [(§ 14); (§ 14<sup>b</sup>); (§ 232)] (Üb. d. A.).

<sup>721</sup> Eesti Päevaleht: „Tuhandeid mittekodanikke tabavad elamisloa asjus rangemad nõuded“ 20.04.2006.

<sup>722</sup> Richtlinie 2003/109 EG des Rates, 25.11.2003. Betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen; Riigikogu pressitalitus: „Põhiseaduskomisjon toetas keeleoskuse nõuet pikaajalise elamisloa taotlemisel“ 03.04.2006.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

für diejenigen Personen entstehen könnten, die von ihrem Recht auf Daueraufenthalt bis dahin noch nicht Gebrauch gemacht hätten. Die Gesetzesänderung würde sie ggf. schlechter stellen, da sie eine Sprachprüfung ablegen müssten. Zudem machte das neue Gesetz den Erwerb eines langfristigen Aufenthaltstitels komplizierter, als er bis dahin gewesen war. Das Mitglied der Verfassungskommission, Mart Nutt, sagte zum ersten Problem, dass die Befürchtungen der Schlechterstellung der Nachzügler nicht gerechtfertigt waren, weil diejenigen, die bereits seit über 5 Jahren in Estland wohnhaft waren, ihren Daueraufenthalt innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens noch gemäß der alten Bestimmungen beantragen konnten. Und diejenigen, die seit weniger als fünf Jahren in Estland wohnten, zu Recht unter die neuen Regelungen fallen würden. Damit implizierte Nutt, dass die meisten russischsprachigen Bewohner durch die Gesetzesänderung nicht benachteiligt seien. Auf die Frage, was mit denjenigen passieren würde, die die entsprechende Frist aus irgendwelchen Gründen „verschlafen“ hätten, sagte Nutt, dass in erster Linie diese Personen die 1-Jahres-Frist nutzen könnten und wenn sie diese „verschlafen“, auch in fünf oder zwanzig Jahren „verschlafen“ würden.<sup>723</sup> Der Vorsprecher der Reform-Fraktion, Sergei Ivanov, ein russischstämmiger Abgeordneter, befürwortete den Entwurf vor dem Riigikogu. Dadurch sei den neuen langfristigen Bewohnern das Recht eingeräumt, innerhalb der EU berufstätig zu sein oder zu reisen. Die Änderung wurde ohne Gegenstimmen angenommen.<sup>724</sup>

Am 9. Januar 2009 wurde ein neues Ausländergesetz verabschiedet.<sup>725</sup> Als Begründung für ein neues Gesetz nannte die Regierungskoalition die Notwendigkeit, das alte Gesetz, das bis dahin 48-mal geändert worden war, in eine einheitliche Form zu bringen.<sup>726</sup> Die Regelungen haben sich im Vergleich zum alten Gesetz nicht verändert, d.h. die Ausländer genossen nach wie vor alle Bürgerrechte und Freiheiten und durften mit einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in Estland wohnen und arbeiten. Ebenfalls blieben die Regelungen aus dem Jahr 2006 zur Sprachprüfung und zum Aufenthalt bestehen. Das Gesetz stellte damit eine erneuerte Fassung des bis dahin geltenden Gesetzes dar. Allerdings wurden einige Regelungen kritisiert: Viele Ausländer, die seit dem neuen Gesetz zum Leben und Arbeiten nach Estland kommen, hatten bei der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis Schwierigkeiten. Auf Kritik reagierte die Regierung mit Angaben des Innenministers Ken-Martti Vaher, wonach die estnische Gesellschaft vor unnötigen Migranten geschützt werden sollte. Eine Flutwelle der Migration könnte demnach die innere Balance der Gesellschaft stören. Ob diese Befürchtungen direkt etwas mit der russischsprachigen Bevölkerung zu tun haben, bleibt an dieser Stelle offen. Öffentlich haben allerdings einige Befragte das Gesetz als „russophob“ bezeichnet.<sup>727</sup>

Die Gesetzgebung zu Ausländern sorgte somit bereits seit der ersten hochgradig kritisierten Version für die größte Spaltung zwischen der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung, welche durch die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft und zur

---

<sup>723</sup> X Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, 12. aprill 2006 (Stenogramm des Riigikogu vom 12. April 2006) (Üb. d. A.).

<sup>724</sup> X Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, kolmapäev, 19. aprill 2006 (Stenogramm des Riigikogu vom 19. April 2006).

<sup>725</sup> RT I 2010, 3,4 Välismaalaste seadus. [(§ 10)] (Üb. d. A.).

<sup>726</sup> Riigikogu pressitalitus: „Välismaalaste seadus jõuab täiskokku“. 28.09.2009.

<sup>727</sup> Eesti Päevaleht: „Elamisloasulide tõttu tõrjub Eesti ka heatahtlikke välismaalasi“ 28.03.2013 (Üb. d. A.).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Sprache komplettiert wurde. Eine von den estnischen Entscheidungsträgern unerwartete Reaktion auf die erste Version des Gesetzes war ein inoffizielles Referendum in Narva zur Autonomie im Juli 1993, was im Grunde einer Sezession gleichgekommen wäre.<sup>728</sup> Es kam zwar zu keinen ernsteren politischen Folgen, doch die Notwendigkeit der milderen Regelung der Ausländerfrage wurde sichtbar. Etwas geholfen bei der Beruhigung der Gemüter hat die Einberufung des Runden Tisches der Minderheiten seitens des estnischen Präsidenten im Juli 1993.<sup>729</sup> Die Jahre 1993 bis 1998 waren durch Änderungen und Konkretisierungen gekennzeichnet, die aus einem offen diskriminierenden einregelndes Gesetz machten. Es wird sogar teilweise behauptet, dass die erste Version des Gesetzes, erarbeitet unter der national-konservativen Regierung von Mart Laar, die russischsprachige Bevölkerung dazu bewegen sollte, das Land zu verlassen – ganz im Sinne der Forderung nach Repatriierung.<sup>730</sup> Das kommunale Wahlrecht wurde allerdings bereits durch die Verfassung garantiert, weshalb die Ausländer von diesem auch im Jahr 1993 Gebrauch machen konnten.<sup>731</sup> Dieses Recht wurde auch durch das entsprechende Gesetz zu kommunalen Wahlen im Mai 1993 konkretisiert, so dass die Verwirrungen um das Ausländergesetz dieses Recht nicht beeinträchtigten.<sup>732</sup> Bereits die ersten Kommunalwahlen brachten den russischsprachigen Parteien im Tallinner Stadtrat signifikante Gewinne ein, wie später näher erläutert wird.<sup>733</sup> Die Gesetzgebung wurde im Laufe der Jahre so optimiert, dass einige der Staatenlosen die Reismöglichkeiten mit dem Ausländerpass gegenüber eines estnischen Passes sogar als besser einschätzten, da Russland für die estnischen „grauen“ Ausländerpässe Visafreiheit für 90 Tage gewährte.<sup>734</sup> Viele russischsprachige Nicht-Staatsbürger schätzen diese Möglichkeit heute höher ein, als das Recht an estnischen Parlamentswahlen teilzunehmen, vor allem in nordöstlichen an Russland grenzenden Regionen.<sup>735</sup> Viel hat diese Einstellung allerdings auch mit den bis dahin geltenden Regelungen und der allgemeinen Einstellung der Gesetzgeber zu den Ausländern sowie der dadurch bedingten fehlenden Loyalität ebendieser zu tun.<sup>736</sup>

---

<sup>728</sup> Hallik, Klara (1996): *Ethnopolitical Conflict in Estonia*. S. 105; Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): *Estonia and the Estonians*. S. 142.

<sup>729</sup> Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): *Estonia and the Estonians*. S. 143-144.

<sup>730</sup> Smith, David J. (2001): *Estonia: independence and European integration* (Bd. 11). London [u.a.]: Routledge. S. 87-89; Linz, Juan J./Stepan, Alfred C. (1996): *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. S. 401-433.

<sup>731</sup> Noffke, Magdalena (2008): *Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland*. S. 86.

<sup>732</sup> Hallik, Klara (1996): *Ethnopolitical Conflict in Estonia*. S. 143.

<sup>733</sup> Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): *Estonia and the Estonians*. S. 143.

<sup>734</sup> Die „grauen“ Pässe wurden so genannt wegen der Farbe des Covers, in Abgrenzung zu „blauen“ Pässen eines estnischen und „roten“ Pässen eines sowjetischen bzw. später russischen Staatsbürgers.

<sup>735</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): *Control mechanisms and minority integration in Estonia*. S. 13; Nimmerfeldt, Gerli/Schulze, Jennie/Taru, Marti (2013): *The Relationship between Integration Dimensions among Second Generation Russians in Estonia*. *Studies of Transition States and Societies* 3/1. 76-91, S. 87; Raun, Alo: „Kitam: Eesti pass polegi nii ahvatlev“ 23.02.2012 <http://www.postimees.ee/749906/kitam-estti-pass-polegi-nii-ahvatlev> (Abgerufen am 02.02.2014).

<sup>736</sup> Raivo Vetik: „Mida teha kodakondsusetusega?“ *Postimees* 23.02.2012 <http://arvamus.postimees.ee/749920/raivo-vetik-mida-teha-kodakondsusetusega> (Abgerufen am 02.02.2014).

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.5.4.4 Das Sprachgesetz

Das erste Gesetz zur Sprache, wurde bereits von dem letzten kommunistisch geführten Obersten Sowjet am 18. Januar 1989 verabschiedet.<sup>737</sup> Dieses Gesetz wies Estnisch den Status der Staatssprache in Estland zu, so dass jedem das Recht eingeräumt wurde im Alltag Estnisch mündlich und schriftlich zu verwenden. Auch Russisch wurde in dem Gesetz erwähnt, als die Sprache, die in der gesamten Sowjetunion als Verständigungsmittel verwendet wurde und als die zweithäufigste Muttersprache in Estland. In öffentlichen Einrichtungen sollte entsprechend dem Gesetz Estnisch gesprochen werden und alle Formulare sollten auf Estnisch zugänglich sein, aber auch Russisch durfte weiterhin verwendet werden.<sup>738</sup> Diese Regelung war für die Übergangszeit gültig (die Übergangszeit betrug vier Jahre und konnte je nach Bedarf verschoben werden). Die Bildung auf Estnisch auf allen Stufen sollte gesichert sein, doch auch die russischsprachigen Bildungseinrichtungen sollten bestehen bleiben. Die Ortsnamen sollten nur auf Estnisch verfasst sein, ebenfalls Personennamen in lateinischem Alphabet. Das Gesetz hat die Nutzung von Estnisch in allen Bereichen des Staates geregelt. Obwohl das Gesetz gegenüber der Nutzung der russischen Sprache sehr liberal war, reagierte die russischsprachige Bevölkerung in Estland anfangs sehr skeptisch. Die Verabschiedung des Gesetzes führte zu zahlreichen kontroversen Diskussionen vor allem im Nordosten Estlands, da die russischsprachige Bevölkerung aufgrund des Gesetzes Einschränkungen ihres alltäglichen Lebens sowie ihres künftigen Status befürchtete.<sup>739</sup>

Am 21. Februar 1995 wurde das neue Sprachgesetz verabschiedet.<sup>740</sup> Die estnische Sprache wurde damit zur einzigen Staatssprache erklärt, Fremdsprachen durften von ethnischen Minderheiten verwendet werden, aber nur so, dass die Nutzung von Estnisch nicht beeinträchtigt wurde. Wichtig bei dem Gesetz waren vor allem die Regelungen, die die Nutzung der Sprache in den öffentlichen Ämtern regelten, sowie die Kontrolle der Sprachkenntnisse bei den Beamten festlegten. In allen öffentlichen Ämtern mussten Beamte demnach Estnisch auf festgelegtem Niveau beherrschen. Falls unzureichende Sprachkenntnisse festgestellt wurden, konnten die betroffenen Beamten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu einer Sprachprüfung beordert werden. Bei Nichterfüllung der Vorschriften konnte dem jeweiligen Mitarbeiter die erforderliche Bescheinigung über das Sprachniveau (Sprachniveaubescheinigung) entzogen werden. Dafür wurde eine spezielle Behörde, die Sprachinspektion („Keeleinspektsioon“), eingerichtet, die das Sprachniveau in öffentlichen Ämtern überprüfen konnte. Die Sprachinspektion war berechtigt, die Sprachnutzung in allen Arbeitsbereichen der Behörden zu kontrollieren, sowie bei Nichterfüllung der Vorschriften entsprechende Empfehlungen an Vorgesetzte auszustellen. Zum Beispiel konnte einem Vorgesetzten die Empfehlung ausgesprochen werden, einem Mitarbeiter mit unzureichenden Sprachkenntnissen die Arbeitsstelle zu kündigen. Bei Nichtbeachtung der Empfehlungen oder Verwarnungen der Sprachinspektion konnten Bußgeldstrafen folgen. Laut dem Gesetzgeber war eine Situation, in der ein Teil der berufstätigen Bevölkerung im

<sup>737</sup> Eesti Nõukogude Sotsialistliku Vabariigi Keeleseadus. § 1. ÜVT 89.6.60 [(§ 2); (§ 3); (§ 7); (§ 8); (§ 12); (§ 19 bis § 22); (§ 27); (§ 29); (§ 36); (§ 37)] (Üb. d. A.).

<sup>738</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 85.

<sup>739</sup> Aus dem Gespräch mit Ludmilla Veskimäe, April 2013

<sup>740</sup> RT I 1995, 23, 334 Keeleseadus [(§ 1 und § 2); (§ 5); (§ 5<sup>2</sup>); (§ 6); (§ 6<sup>2</sup>); (§ 8); (§§ 26)] (Üb. d. A.).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

öffentlichen Dienst nicht ausreichend Estnisch beherrschte unbedingt zu vermeiden. Deswegen wurde die Sprachinspektion als Mittel zum Zweck der korrekten Sprachlichkeit der Bevölkerung dargestellt. Lediglich im Umgang mit Privatpersonen konnten Fremdsprachen in der öffentlichen Verwaltung verwendet werden. Entsprechende Paragraphen (§ 10 und § 11) regelten die Möglichkeit der Nutzung von Minderheitssprachen in Gebietskörperschaften, in denen mindestens die Hälfte der Bewohner einer ethnischen Minderheit angehörte. Außerdem regelte das Gesetz die Angleichung der estnischen Sprachniveauprüfung mit Abschlussprüfungen für Grundschulen und Gymnasien sowie Fachabitur und Fachschulen.

Das Gesetz wurde einige Male geändert. Die wichtigsten Änderungen betrafen die Ungültigkeit der alten Sprachniveaubescheinigungen vom 5. Juni 2002, sowie Änderungen bezüglich der Schulabschlussprüfungen und der Sprachniveauprüfungen vom 8. Februar 2002.<sup>741</sup> Vor allem die erstgenannte Änderung verursachte eine lebhafte Diskussion im Parlament: Der Gesetzesentwurf sah vor, dass die vor dem 1. Juli 1999 ausgestellten Bescheinigungen für ungültig erklärt werden. Als Grund nannte die damalige Bildungsministerin Mailis Rand die unzureichenden Sicherheitsmerkmale der Bescheinigungen sowie ihre fehlende Übereinstimmung mit internationalen Normen.<sup>742</sup> Letzteres betraf nicht nur die Form der Bescheinigungen, sondern auch die entsprechenden Sprachprüfungen. Das hatte zur Folge, dass alle Inhaber der alten Bescheinigungen die Sprachprüfung erneut ablegen mussten, wenn dies berufsbedingt notwendig war. Dies betraf vor allem diejenigen Mitarbeiter der öffentlichen Ämter, die der Kontrolle der Sprachinspektion unterlagen. Mitarbeiter, die vor Ablauf der Frist für die alten Bescheinigungen keine erneute Sprachprüfung abgelegt hatten, liefen Gefahr, ihre Arbeitsstellen zu verlieren. Die Diskussion im Parlament vom 5. Juni 2002 betraf die Verlängerung der alten Bescheinigungen um weitere 6 Monate. Die Fraktion der EÜRP hat sich für die Verlängerung stark gemacht, ebenfalls die Fraktion der Zentrumspartei. Gegen eine Verlängerung haben sich hauptsächlich die Mitglieder der „Vaterland“-Fraktion ausgesprochen, sowie der „Moderaten“. Als Grund für die Ablehnung der Verlängerung wurde hauptsächlich die immer währende Angst geäußert, solche Entscheidungen könnten eine Gefahr der estnischen Staatlichkeit darstellen. Die Befürchtung war, dass die Betroffenen keine Sprachprüfung ablegen würden, sollte der Staat sie nicht dazu zwingen. Die Befürworter kritisierten die Staatliche Behörde der Examen und Qualifikationen (Riiklik Eksami- ja Kvalifikatsioonikeskus), die die Vielzahl der Prüflinge nicht rechtzeitig bedienen konnte. Schließlich wurde der Verlängerung mit 35 zu 23 Stimmen zugestimmt.

Am 23. Februar 2011 wurde abermals ein neues Sprachgesetz verabschiedet. Es beinhaltete einige kleine Änderungen und neue Bestimmungen, die zum Beispiel audiovisuelle Übertragungen und den Übergang der fremdsprachigen Schulen zu 60% estnischsprachigem Unterricht betrafen. Ansonsten blieben die Vorschriften zur Sprachnutzung gleich, darunter die Kompetenzen und Aufgaben der Sprachinspektion. Eine wichtige Neuerung betraf den Rundfunk: Das neue Gesetz stellte keine Einschränkungen der öffentlichen

---

<sup>741</sup> RT I 2002, 53, 337 Keeleseaduse täiendamise ning keeleseaduse ja riigilõivuseaduse § 6 kehtetuks tunnistamise seadus; RT I 2007, 17,82 Keeleseaduse muutmise seadus (Üb. d. A.).

<sup>742</sup> IX Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, 5. juuni 2002. Keeleseaduse täiendamise ning keeleseaduse ja riigilõivuseaduse muutmise seaduse § 6 kehtetuks tunnistamise seaduse eelnõu (1060, 1016, 1017 SE) teine lugemine (Stenogramm des Riigikogu vom 05. Juni 2002).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Ausstrahlung anderssprachiger Sendungen gegenüber der früheren Regelung dar, wonach anderssprachige Sendungen 10% des heimischen Sendungsumfanges ausmachen durften.<sup>743</sup>

Es bedarf keiner tiefergehenden Analyse, um zu erkennen, dass die Sprache bislang das bedeutendste Instrument der estnischen Staatsbildung gewesen ist. In der Tat zielten die meisten gesetzlichen Maßnahmen auf die Stärkung der estnischen Sprache und Kultur, was unweigerlich zu einer Verminderung des Einflusses der russischen Sprache im Alltag und vor allem im offiziellen Diskurs geführt hat. Einen bedeutenden Effekt hatte diese Entwicklung auf die sprachliche und gesellschaftliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung, denn ohne Kenntnis der estnischen Sprache wurde es infolge der gesetzlichen Regelungen der 1990er Jahre sehr schwer, auch nur eine Beschäftigung zu finden. Auch das politische Leben wurde durch die normative Durchsetzung der estnischen Sprache maßgeblich beeinflusst, was beinahe zu einer legalen Diskriminierung Anderssprachiger geführt hätte. Eine Gesetzesänderung im gültigen Sprachgesetz vom Dezember 1998 verpflichtete die Kandidaten bei zentralstaatlichen und lokalen Wahlen, ebenso wie alle Dienstleister im öffentlichen und privaten Sektor, zu einem sehr hohen Niveau des Estnischen. Dies stellte viele Kandidaten im Nordosten sowie die meisten Arbeitgeber und –nehmer – kurzum die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung – vor ernsthafte sprachliche Probleme.<sup>744</sup> Bereits im Jahr 1996 gab es innerstaatliche Auseinandersetzungen in der Frage nach Sprachkenntnissen bzw. deren Kontrolle. Damals sollten Wahlkandidaten schriftliche und mündliche Prüfungen ablegen, was seitens des estnischen Präsidenten Lennart Meri, im Übrigen erneut auf Empfehlung des Hohen Kommissars der OSZE, nicht unterschrieben wurde.<sup>745</sup> Das estnische Parlament war offen irritiert ob der internationalen Einmischung und der Ablehnung ihrer gesetzlichen Bestimmungen, was letztlich zu einer noch restriktiveren Regelung Ende 1998 führte.<sup>746</sup> Diese Regelung löste anschließend erneut scharfe Kritik seitens des Hohen Kommissars für Minderheitenfragen, Max van der Stoel, aus, ebenso wie seitens der OSZE-Mission in Tallinn sowie später von den zuständigen EU-Behörden, die den estnischen Beitrittsprozess überwachten.<sup>747</sup> Während die estnische Seite die Empfehlungen des Hohen Kommissars in dieser Frage ignoriert und sein Einmischen kritisiert hat, wurde die Kritik der EU-Behörden erhört und die Regelungen wurden geändert, allerdings erst im November 2001, als die EU-Kommission mit Konsequenzen drohte.<sup>748</sup> Dabei hat die Kommission sich ungewohnt scharf sowohl über die

---

<sup>743</sup> RT I, 18.03.2011, 1. Keeleseadus (Üb. d. A.).

<sup>744</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 11.

<sup>745</sup> Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. S. 91.

<sup>746</sup> VIII Riigikogu stenogramm, III istungjärg, 14. juuni 1996 (Stenogramm des Riigikogu vom 14. Juni 1996).

<sup>747</sup> Birckenbach, Hanne-Margret (2000): Half full or half empty?: the OSCE mission to Estonia and its balance sheet 1993-1999 (Bd. 6). Flensburg: ECMI. S. 21; OSCE Mission to Estonia, Spot Report on Local Elections Law, 19 April 1996 ; Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. S. 91-94; Zaagman, Rob (1999): Conflict Prevention in the Baltic States: The OSCE High Commissioner on National Minorities in Estonia, Latvia and Lithuania. ECMI Monograph # 1. Flensburg: European Centre for Minority Issues.. S. 30-44.

<sup>748</sup> Brief des Außenministers Toomas-Hendrik Ilves an den Hohen Kommissar für Minderheitenfragen des OSZE Max van der Stoel am 26 April 1999 ; Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

innerpolitischen Streitigkeiten als auch über die Ignoranz der estnischen Regierung gegenüber den OSZE-Empfehlungen geäußert.<sup>749</sup> Hauptsächlicher Kritikpunkt war die Befürchtung, dass durch das Gesetz die russischsprachige Bevölkerung von dem öffentlichen Leben ausgeschlossen würde – eine realistische Einschätzung.<sup>750</sup>

Die besondere Rolle der estnischen Sprache beim Aufbau des Staates und bei der Abgrenzung zu anderen Sprachen wird auch beispielsweise durch die Einführung des Muttersprachen-Tages am 14. März (Geburtstag des Dichters Kristjan Jaak Peterson, eines der Begründer der estnischsprachigen Literatur) deutlich.<sup>751</sup> Obwohl die Bezeichnung „Muttersprache“ normativ betrachtet auch andere Muttersprachen miteinbezieht, stellt sie im Kontext der neuen estnischen Symbolik in erster Linie ein identifikatives Monument der estnischen Muttersprache dar. Damit wurden die estnisch-Muttersprachler symbolisch, im Vergleich zu Personen, die eine andere Sprache als ihre Muttersprache bezeichnen, auf eine andere – höhere – Ebene gestellt. Obwohl der Tag kein Feiertag ist, sondern ein nominierter Kalendertag, wird er in estnischsprachigen Schulen meistens im Estnischunterricht erwähnt und es finden entsprechende Veranstaltungen (Lesungen, Vorträge) statt. Natürlich sind russischsprachige Schulen in dieser Hinsicht in einer misslichen Lage, da ihre Muttersprache nicht in die Konzeption des estnischen Muttersprachen-Tages passt und damit auch nicht gemeint ist. Zumindest verursachte genau dieses Problem auch noch im Jahr 2013 eine lebhafte Diskussion, die den Unterschied zwischen Muttersprache, estnischer und russischer Sprache und der estnisch- bzw. anderssprachigen Bevölkerung erneut auf die Tagesordnung brachte. Während einige Autoren und Politiker der Meinung waren, dass der Muttersprachen-Tag nur für estnisch-Muttersprachler ein Symbol darstellen sollte, damit es erst recht zu keinem „multikulturellen Brei“ kommt, meinten andere, dass damit alle Muttersprachen gemeint sein sollten, auch Russisch als Muttersprache.<sup>752</sup> Wieder andere meinten, dass dieser Tag lieber offiziell als Tag der estnischen Sprache gefeiert werden sollte, was dann alle miteinbeziehen würde, die diese Sprache beherrschen.<sup>753</sup> In jedem Fall zeigt sich, dass sowohl die Gesetzgebung zur Sprache als auch alle Entscheidungen, welche den Status der estnischen bzw. der anderen Sprachen regeln, stets für Kontroversen und Diskussionen gesorgt haben und dies auch künftig tun werden. Die Sprache bleibt nach wie vor das wichtigste Transportmittel der estnischen nationalen

---

Estonia, 1993-2001. S. 91; Regular Report on Estonia's progression towards accession 2002 Commission of the European Communities 9/10/02; RT I 1994, 47, 784. Riigikogu valimise seaduse §-2, 2.1 ja 26 ning kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seaduse §-de 3, 3.1 ja 26 (RT I 1996, 37, 739) muutmise seadus; Eesti Päevaleht: „Rääkigem muulastega eesti keeles“ 04.03.1998 <http://epl.delfi.ee/news/arvamus/raakigem-muulastega-eesti-keeles?id=50752175> (Abgerufen am 10.02.2014).

<sup>749</sup> Regular Report on Accession Estonia, 1999 Commission of the European Communities 13/10/99 (First Draft 06/10/99); Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. S. 93.

<sup>750</sup> Regular Report on Accession Estonia, 1999 Commission of the European Communities 13/10/99 (First Draft 06/10/99).

<sup>751</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 10.

<sup>752</sup> Jüri Valge: „Kelle emakeelepäev?“ Sirp 2008/43. 16.11.2008 (Üb. d. A.). <http://www.sirp.ee/s1-artiklid/c9-sotsiaalia/kelle-emakeelepaev> (Abgerufen am 23.04.2014).

<sup>753</sup> Murumets, Vaike (2013): „Kas emakeelepäev või eesti keele päev?“ Õiguskeel 2013/1. [https://www.just.ee/sites/www.just.ee/files/vaike\\_murumets\\_kas\\_emakeelepaev\\_voi\\_eesti\\_keelee\\_paev.pdf](https://www.just.ee/sites/www.just.ee/files/vaike_murumets_kas_emakeelepaev_voi_eesti_keelee_paev.pdf) (Abgerufen am 12.05.2014)

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Staatlichkeit, woran die Stellung und vor allem auch die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung gemessen werden.<sup>754</sup>

### 4.5.4.5 Reaktionen auf die Gesetzgebung und ihre Folgen für die russischsprachige Bevölkerung

Die Entwicklung der Situation rund um die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft, Sprache und den Ausländerstatus stellte die russischsprachige Bevölkerung Estlands vor wichtige Entscheidungen. Die meisten standen nach dem 26. Februar 1992 vor der Wahl des Bürgerstatus mit drei Optionen zur Auswahl: die estnische Staatsbürgerschaft mit den dazugehörigen Tests und entsprechendem Zeit- und Mittelaufwand, die russische Staatsbürgerschaft mit dem Status des Ausländers im Wohnland oder keine Staatsbürgerschaft und entsprechend Verlust des Rechtes zu wählen und gewählt zu werden, mitsamt der Staatsbürgerschaft als Status. Viele russischsprachige Bewohner des Baltikums wurden relativ überraschend mit dem Verlust ihres Bürgerstatus konfrontiert und entwickelten daher eine Trotzreaktion, zumal die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft mit der Forderung nach Estnischkenntnissen viele vor eine gefühlt unüberwindbare Hürde stellte.<sup>755</sup> Diese Stimmung wird oft von den Vertretern der national-konservativen estnischen Parteien als Beweis dafür genutzt, dass die wenigen Anträge auf die estnische Staatsbürgerschaft nach dem 26. Februar 1992 von einer grundsätzlichen Ablehnung der Estnischen Republik seitens der gesamten russischsprachigen Bevölkerung zeugten.<sup>756</sup> Doch dem widersprechen sowohl persönliche Positionen innerhalb der russischsprachigen Gruppe als auch Umfragewerte, neben der Tatsache, dass für viele das plötzliche Dasein ohne Staatsangehörigkeit nach dem ersten Gesetz zur Staatsbürgerschaft ein Schock war.<sup>757</sup> Gleichzeitig blieb, nicht nur bei der russischsprachigen Bevölkerung, die Sorge nach dem rechtlichen Status vorerst im Hintergrund – nach dem Niedergang des alten politischen Systems sind auch die wirtschaftlichen Strukturen schnell zerfallen und die sozioökonomische Existenz musste als Erstes gesichert werden. Unter anderem setzte der Zerfall der sowjetischen Industriestruktur den nordöstlichen Regionen zu, wodurch die Arbeitslosigkeit in dieser mehrheitlich russischsprachigen Gegend rasant stieg.<sup>758</sup> In allen Wirtschaftszweigen fanden Anfang der 1990er Jahre Veränderungen statt und neu gegründete Unternehmen und Einrichtungen folgten häufig den neuen ethnischen Mustern der Gesellschaft, wonach die Staatsbürgerschaft und Kenntnisse des Estnischen schnell zu ausschlaggebenden Kriterien wurden. Diese Entwicklung bewegte viele zum Antrag der estnischen Staatsbürgerschaft, worauf allerdings unter anderem maßgeblich die Wohngegend Einfluss nahm.

---

<sup>754</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 10-11.

<sup>755</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 91.

<sup>756</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 123.

<sup>757</sup> Ebd. S. 120.

<sup>758</sup> Hallik, Klara (1998): Eestimaa muulased: ajaloolone ja demograafiline taust. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 13-28, S. 23.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft im Februar 1992 waren etwa 480 000 bis 500 000 Personen ohne Staatsbürgerschaft. Diese Zahl ist abgeleitet von der gesamten Bevölkerungszahl im Jahr 1992, die ca. 1 550 000 betrug und der Schätzung, wonach 32% der Bevölkerung im Jahr 1992 ohne Staatsbürgerschaft waren.<sup>759</sup> Bis Juni 1993 hatten nur ca. 12 000 Personen die Staatsbürgerschaft beantragt.<sup>760</sup> Insgesamt haben zwischen den Jahren 1993 und 1996, basierend auf dem Gesetz vom 26. Februar 1993, 87 712 in Estland lebende Personen die estnische Staatsbürgerschaft via Einbürgerung erhalten (vgl. Tabelle 3). Davon haben etwa 41% (36 121 Personen) das komplette Verfahren mit Sprachtest absolviert. Weitere 29% (25 252 Personen) konnten die Staatsbürgerschaft nach einem vereinfachten Verfahren erhalten, da sie nachgewiesen ethnische Esten waren. Weitere 27% (23 342 Personen) erhielten die Staatsbürgerschaft ebenfalls nach einem vereinfachten Verfahren, da sie noch vor den Wahlen zum Estnischen Kongress Anträge auf die Staatsbürgerschaft gestellt hatten. Etwa 0,7% (651 Personen) erhielten die Staatsbürgerschaft zu Sonderkonditionen, z.B. für „besondere Verdienste“ gegenüber dem Estnischen Staat oder aufgrund von Behinderungen (vgl. Tabelle 4).<sup>761</sup> In den Folgejahren, 1998 bis 2012, kamen noch einmal etwas über 59 000 eingebürgerte Personen hinzu (vgl. Tabelle 3). Die meisten Staatsbürgerschaften wurden dabei während der Jahre 1993 und 1996 erworben – noch auf Grundlage des alten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992.

Ab dem Jahr 1997 ist die Zahl der Staatsbürgerschaften pro Jahr drastisch gesunken – obwohl im Jahr 2000 noch 170 349 Personen „ohne Staatsbürgerschaft“ in Estland wohnhaft waren.<sup>762</sup> Der zahlenmäßige Unterschied zeigt, dass nach dem neuen Gesetz zur Staatsbürgerschaft die jährliche Anzahl der erfolgreichen Anträge um mehr als die Hälfte eingebrochen ist. Von denjenigen, die in den Jahren 2000 bis 2012 eingebürgert wurden, hatten 42 315 Personen vorher keine Staatsangehörigkeit, weitere 2 114 Personen waren Staatsbürger der Russischen Föderation, 146 Personen waren Bürger der Ukraine und 32 Personen Bürger von Weißrussland.<sup>763</sup> Nach Angaben der Botschaft der Russischen Föderation in Estland hatten bis August 1997 zusätzlich 124 070 Personen die russische Staatsbürgerschaft erlangt, in den Folgejahren wurden es mehr (vgl. Tabelle 5).<sup>764</sup>

---

<sup>759</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 126-141.

<sup>760</sup> Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 88.

<sup>761</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 120.

<sup>762</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): *2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages*. Tallinn: Statistikaamet. S. 13.

<sup>763</sup> Eigene Berechnung auf Grundlage von Daten des Statistikamtes.

<sup>764</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 123.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Tabelle 3. Anzahl der estnischen Staatsbürgerschaften durch Einbürgerung (Jahr – Personenzahl)<sup>765</sup>

Jahr – Anzahl der eingebürgerten Personen	
1992 – 5 421	2003 – 3 706
1993 – 20 370	2004 – 6 523
1994 – 22 474	2005 – 7 072
1995 – 16 674	2006 – 4 753
1996 – 22 773	2007 – 4 230
1997 – 8 124	2008 – 2 124
1998 – 9 969	2009 – 1 670
1999 – 4 534	2010 – 1 189
2000 – 3 425	2011 – 1 518
2001 – 3 090	2012 – 1 332
2002 – 4 091	

Im Jahr 2000 gehörten 133 346 Personen oder 78,3% der Staatenlosen russischer Nationalität an. Weitere 31 554 Personen oder 18,5% gehörten einer anderen Nationalität an. Lediglich 4 896 der staatenlosen Personen, oder 2,9% haben sich als ethnische Esten bezeichnet.<sup>766</sup> Bis 2009 bzw. 2011 hat sich an diesen Anteilen wenig geändert, nach wie vor gehörten die meisten Staatenlosen der russischsprachigen Bevölkerung Estlands an.<sup>767</sup> Hypothetisch könnte man ausrechnen, dass wenn das Tempo der erfolgreichen Anträge auf dem Niveau der Jahre 1993 bis 1996 verblieben wäre, die Anzahl der Personen ohne Staatsbürgerschaft bis Ende 2004 nahe Null gewesen wäre. Doch laut den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 2011, hatten bis Ende des Jahres 2011 noch 85 961 in Estland registrierte Personen keine Staatsbürgerschaft, was etwa 6,6% der gesamten Bevölkerung ausmachte.<sup>768</sup> Ebenso waren etwa 6,9% der Bewohner Staatsbürger Russlands. Entsprechend waren 85% der Gesamtbevölkerung Estlands auch estnische Staatsbürger.<sup>769</sup> Während im Jahr 2009 etwa 19% der estnischen Staatsbürger anderer Abstammung (als estnischer) waren, ist dieser Anteil bis zum Jahr 2011 auf etwa 18% zurückgegangen. Von den estnischen Bürgern anderer Abstammung waren wiederum

<sup>765</sup> Berechnung auf Grundlage der Daten des Estnischen Staatsbürgerschafts- und Migrationsamtes, (Kodakondus- ja Migratsooniamet) bis 2012, des Estnischen Statistikamtes (Eesti Statistikaamet [www.stat.ee](http://www.stat.ee)) und Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>) ab 1998. Ebenso: Statistisches Amt in Estland: Ergebnisse der Volkszählungen aus dem Jahr 2001 und 2011: [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2000/15Rahvus\\_Emakeel\\_Veerkeelte\\_oskus.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2000/15Rahvus_Emakeel_Veerkeelte_oskus/15Rahvus_Emakeel_Veerkeelte_oskus.asp); [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/09Rahvastiku\\_demograafilised\\_ja\\_etno\\_kultuurilised\\_naitajad/08Rahvus\\_Emakeel\\_ja\\_keeleteoskus\\_Murded/08Rahvus\\_Emakeel\\_ja\\_keeleteoskus\\_Murded.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/09Rahvastiku_paiknemine/02Eestis_ajutine_viibimine/02Eestis_ajutine_viibimine.asp) (Jeweils abgerufen am 12.03.2014); Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 127.

<sup>766</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): 2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages. S.13.

<sup>767</sup> Studie der Stadt Tallinn aus dem Jahr 2009: Tallinna Linn (2009): Kodakondsus. S. 396 <http://www.tallinn.ee/est/g7172s46359> (Abgerufen am 15.10.2013).

<sup>768</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0428: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Rahvus, Elukoht ning Sugu. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).

<sup>769</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0424: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Rahvus, Kodakondsus, Sugu ning Vanuserühm. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

87% ethnische Russen.<sup>770</sup> Somit waren in den vergangenen Jahren knapp ein Fünftel der Staatsbürger anderer Abstammung und überwiegend russischsprachiger Bevölkerung angehörig. Die Volkszählung aus dem Jahr 2011 zeigte ebenfalls, dass im Jahr 2011 etwa 24% der russischsprachigen Bevölkerung Staatsbürger Russlands waren.<sup>771</sup> Die Staatenlosen machten etwa 23% der russischsprachigen Bevölkerung aus.<sup>772</sup> Damit waren die Anteile der Staatenlosen und der Staatsbürger Russlands unter der russischsprachigen Bevölkerung etwa gleich, so wie die Anteile der Staatenlosen und der russischen Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung. Etwa die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung war im Jahr 2011 der estnischen Staatsbürgerschaft angehörig (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 4. Estnische Staatsbürgerschaften gemäß gesetzlicher Grundlage (Personenzahl)<sup>773</sup>

Jahr	Registriert vor 1.03.1990 <sup>774</sup>	Eingebürgert	Ethnische Esten	Minderjährige unter 15 J. <sup>775</sup>	Sonderkonditionen <sup>776</sup>	Gesamt
1992	965	--	3 991	--	465	5 421
1993	9 264	3 013	7 952	--	141	20 370
1994	7 975	5 679	8 813	--	7	22 474
1995	1 710	10 689	4 260	--	15	16 674
1996	3 428	16 740	236	2 346	23	22 773
1997	354	2 099	26	5 627	18	8 124
1998	180	3 250	14	6 512	13	9 969
1999	164	1 910	1	2 445	14	4 534
2000	1	1 297	0	2 030	97	2 425
2001	61	1 107	0	1 698	224	3 090
2002	0	1 738	0	1 671	682	4 091
2003	0	1 633	0	1 895	178	3 706
Gesamt	24 102	49 155	25 293	22 224	1 877	124 651

Insgesamt wurde während der Zeit von 1992 bis 2008 an 151 806 Personen die Staatsbürgerschaft via Einbürgerung vergeben.<sup>777</sup>

<sup>770</sup> Studie der Stadt Tallinn aus dem Jahr 2009: Tallinna Linn (2009): Kodakondsus. S. 396 <https://www.tallinn.ee/est/g7172s46359> (Abgerufen am 13.03.2013); Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0424: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Rahvus, Kodakondsus, Sugu ning Vanuserühm. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).

<sup>771</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0428: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Rahvus, Elukoht ning Sugu. (Abgerufen am 29.04.2013).

<sup>772</sup> Ebd.

<sup>773</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 75.

<sup>774</sup> Personen, die vor den Wahlen zum Estnischen Kongress einen Antrag auf Staatsbürgerschaft gestellt hatten.

<sup>775</sup> Diese Regelung wurde mit dem Gesetz vom 19.01.1995 eingeführt.

<sup>776</sup> Behinderungen 1. oder 2. Grades, besondere Verdienste oder wiederholte Einbürgerung.

<sup>777</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 127.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Tabelle 5. Russischsprachige Bevölkerung in Estland nach Staatsbürgerschaft  
(in % der russischsprachigen Bevölkerung)<sup>778</sup>

Jahr	Estnische Staatsbürgerschaft	Russische Staatsbürgerschaft
1992	2%	--
1993	16%	10%
1994	35%	8%
1995	30%	12%
1996	29%	18%
2000	40,4%	20,9%
2011 <sup>779</sup>	53%	23%

An diesen Zahlen ist erkennbar, dass die Problematik rund um die Staatsbürgerschaft der russischsprachigen Bevölkerung bis heute nicht gelöst ist. Nach wie vor existiert eine verhältnismäßig große Anzahl an Personen, die keine estnischen Staatsbürger sind. Auch noch bis zum Jahr 2007 waren über 90% der eingebürgerten Personen zuvor ohne Staatsbürgerschaft gewesen. Etwas gestiegen war auch der Anteil der ehemaligen russischen Staatsbürger, welche sich für die estnische Staatsbürgerschaft entschieden haben. Im Jahr 2008 haben auch nur etwa 50% der russischsprachigen Staatenlosen angegeben, die estnische Staatsbürgerschaft zu wollen. Die andere Hälfte bevorzugte es, staatenlos zu bleiben oder die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates zu erhalten.<sup>780</sup> Dieser Anteil ist bis 2011 zwar auf 64% gestiegen, doch nach wie vor bevorzugte es ein verhältnismäßig großer Teil der Staatenlosen, in demselben Status zu bleiben.<sup>781</sup> Somit kann resümiert werden, dass die estnische Staatsbürgerschaft durchaus nicht von allen erwünscht war, wofür es eine Reihe von Gründen und Erklärungen gibt.

Die genannten Gründe für das mangelnde Interesse an der estnischen Staatsbürgerschaft sind im Zuge der Untersuchungen des Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011 grundsätzlich in drei Gruppen gefallen: Erstens waren es eher persönliche und/oder emotionale Gründe, welche den Erwerb der Staatsbürgerschaft behinderten. Zweitens sind praktische und strukturelle Gründe genannt worden, wonach es einfacher ist, nach Russland oder in andere GUS-Staaten zu reisen. Drittens wurde das Prozedere der Staatsbürgerschaftsprüfungen genannt, welches maßgeblich zur Ablehnung der estnischen Staatsbürgerschaft beigetragen hat.<sup>782</sup> Zu der ersten Gruppe gehörten Erklärungen von Personen, wonach die estnische Staatsbürgerschaft für unbedeutend im

<sup>778</sup> Dovile Budryte verwendet die Bezeichnung „Russians“, was somit nicht eindeutig auf die russischsprachige Bevölkerung bzw. ethnische Russen schließen lässt. Die Anteile für die Jahre 1992 bis 2000 aus: Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 74. Der Übergang vom Jahr 1996 auf das Jahr 2000 wurde übernommen. Der Anteil für das Jahr 2000 entspricht den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 2000 unter <http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/databasetree.asp> (Abgerufen am 12.01.2012)

<sup>779</sup> Die Berechnungen für 2011 basieren auf den Daten der Volkszählung 2011: Vgl. Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2012): Rahva ja eluruumide loendus - Rahva ja eluruumide loendus 2011. <http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/databasetree.asp> (Abgerufen am 12.01.2012)

<sup>780</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 128-130.

<sup>781</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. in: Integratsiooni monitoring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 9-51, S. 14.

<sup>782</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 130-131; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 14.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

globalen Sinne gehalten wurde, ebenfalls aus Desinteresse gegenüber dem estnischen politischen und sozialen Leben und aus Mangel an Zugehörigkeitsgefühl. Zu der zweiten Gruppe der Begründungen zählte die Erkenntnis, dass man auch ohne Staatsbürgerschaft in Estland leben könnte, ebenso wie die vereinfachte Reisemöglichkeiten nach Russland und in die GUS-Staaten sowie die Wahl einer anderen Staatsbürgerschaft. Die dritte Gruppe beinhaltete schließlich die Vorwürfe an die estnische Gesetzgebung und die Bestimmungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft, die als ungerecht und erniedrigend empfunden wurden. Allen voran wurden die Sprachkenntnisse als Hindernis genannt.<sup>783</sup> Die dritte Gruppe der Begründungen wurde am häufigsten genannt, gefolgt von der zweiten und der ersten Gruppe. Demnach wurde eindeutig die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft als das bedeutendste Hindernis für den Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft empfunden. Positiv auf den Wunsch auf Staatsbürgerschaft wirkten sich demnach der entsprechende Status der Familienmitglieder sowie die Wohngegend und der Wunsch nach einem höheren sozialen Status aus.<sup>784</sup>

Die Meinungen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung über die Motive der Entscheidung für oder gegen die Staatsbürgerschaft gingen dabei teilweise weit auseinander. Während russischsprachige Bewohner die Gesetzgebung als wichtigste Hürde sahen, glaubten viele Esten, dass die Bedingungen für die Ausländer zu bequem seien, gepaart mit der Unfähigkeit der Nicht-Staatsbürger bzw. der russischen Staatsbürger die estnische Sprache zu lernen.<sup>785</sup> Ähnlich sahen es 2011 die Russischsprachler, als es um die Frage nach der Entscheidung für die Staatsbürgerschaft Russlands ging: Als Erstes wurde die Schwierigkeit der estnischen Staatsbürgerschaftsprüfung genannt. Die Esten glaubten dagegen, dass die Staatsbürgerschaft Russlands in erster Linie aufgrund der Verbundenheit mit Russland angenommen wurde – was für die russischsprachige Bevölkerung wiederum nichts mit der Staatsbürgerschaft zu tun hatte.<sup>786</sup> An diesen Ergebnissen erkennt man die unterschiedliche Perzeption des Effektes, welchen die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft auf die Bevölkerung hat. Während die russischsprachige Bevölkerung diese stets für ungerecht und zu streng empfunden hat, fand die Mehrheit der estnischen Bevölkerung, dass die Standards den internationalen Normen entsprechen. Dabei ist die Unterstützung der Staatsbürgerschaftspolitik innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung, egal ob Staatsbürger oder nicht, nicht immer gleich gewesen: während diese bis zum Jahr 2005 immer gewachsen ist, fiel sie im Jahr 2008 unter das Niveau der 1990er Jahre, was den niedrigsten bisherigen Wert kennzeichnete.<sup>787</sup> Einen Bruch hat es somit zwischen den Jahren 2005 und 2008 gegeben, was höchstwahrscheinlich mit den Ereignissen rund um den Bronze-Soldaten (im Kapitel „Die Rolle der Identität“ in dieser Arbeit ausführlich beschrieben) im April 2007 zu tun hat. Tatsächlich wurden 2011 gewisse Unterschiede in der Wahrnehmung der Folgen der Krise sichtbar: Die russischsprachige Bevölkerung sah die Ereignisse als unnötig an

---

<sup>783</sup> Ebd.

<sup>784</sup> Vgl. im Folgenden: Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“ S. 129-130; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamiküühiskond ja rahvussuhted. S. 15-16.

<sup>785</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“ S. 133-136; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamiküühiskond ja rahvussuhted. S. 14-16.

<sup>786</sup> Ebd. S. 16.

<sup>787</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“ S. 137-138.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

und fand, dass sie vor allem den Zusammenhalt der estnischen Bevölkerung stärkten. Wiederum sahen die Esten in den Ereignissen einen Nutzen für Russland und den Zwang für die estnische Gesellschaft sich stärker mit der Integration der russischsprachigen Bevölkerung zu beschäftigen, was die russischsprachige Bevölkerung dagegen nicht erkannte. Zumindest waren sich beide Gruppen einig, dass die Ereignisse das ethnisch-nationale Konfliktpotential verdeutlichten, was künftig vermieden werden sollte.<sup>788</sup>

Die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft erzeugte damit bereits seit Anfang der 1990er Jahre mehr oder weniger deutliche Gegensätze in der estnischen Gesellschaft, die sich bis heute hinziehen. Die Entwicklung rund um die Beantragung und die Gewährung der estnischen Staatsbürgerschaften in den 1990er Jahren zeigt, dass das erste Gesetz zur Staatsbürgerschaft deutlich mehr Staatenlose und Ausländer dazu bewegte, die estnische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Das strengere Folgegesetz aus dem Jahr 1995 ließ die Zahl der Anträge deutlich zurückgehen. Einerseits kann dies ein Indiz dafür sein, dass diejenigen, die sich von Anfang an mit dem unabhängigen estnischen Staat identifizierten, seine Staatsbürgerschaft auch gleich beantragt haben. Schließlich war die Regelung zur Sprache auch in dem ersten Gesetz vorhanden. Andererseits zeigt die verbliebene Zahl der Staatenlosen sowie die steigende Zahl der russischen Staatsbürgerschaften, dass nach 1995 nicht nur die Anforderungen zu hoch wurden, sondern sich auch eine Deprivation gegenüber der Gesetzgebung und damit dem neuen estnischen Staat in der russischsprachigen Bevölkerung ausgebreitet hat. Das belegen auch die Ergebnisse der Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011, wonach etwa die Hälfte der Nicht-Staatsbürger aus verschiedenen Gründen kein Interesse an dem Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft gezeigt hat.<sup>789</sup> Dafür gibt auch die Regelung zum Reisen nach Russland und in die GUS-Staaten Grund genug, welcher offenbar höher bewertet wird als die Möglichkeit an dem demokratischen Prozess der Parlamentswahlen in Estland teilzunehmen. Als wichtigster Grund gegen die estnische Staatsbürgerschaft werden aber nach wie vor die gesetzlichen Bestimmungen genannt, was sich auch künftig wahrscheinlich nicht ändern wird. In den Jahren 2000 bis 2011 haben sich Esten grundsätzlich gegen eine vereinfachte Vergabe der Staatsbürgerschaften ausgesprochen.<sup>790</sup> Angesichts ihrer Überrepräsentation in den gesetzgebenden Organen wird sich also an der Staatsbürgerschaftsfrage auch in den kommenden Jahren vermutlich nichts ändern.

---

<sup>788</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 20.

<sup>789</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 129; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 14.

<sup>790</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 139.

### 4.5.5 Politische Repräsentation und Partizipation der russischsprachigen Bevölkerung während der Konsolidierungsphase

#### 4.5.5.1 Parteien und Bündnisse

Etwa ab Mitte der 1990er Jahre war die Zahl der russischsprachigen Staatsbürger hoch genug, um eine starke Vertretung auf staatlicher und kommunaler Ebene herausbilden zu können. Noch besser waren die Repräsentationsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene, da hier auch die Nicht-Staatsbürger und Ausländer wählen durften. Bis zum Jahr 1997 hatten über 95 000 Personen aus dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung die Staatsbürgerschaft auf dem Weg der Einbürgerung erhalten. Dennoch gingen die politische Interessenartikulation und die Parteiengründung nur schleppend voran. Die verbreitete Meinung, dass es der russischsprachigen Bevölkerung am Interesse sowie dem kollektiven Zusammenhalt gemangelt hat, wird in der Literatur als Hauptgrund für das Fehlen einer gemeinsamen politischen Stimme genannt.<sup>791</sup> In jedem Fall kann die relativ schwache Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung auf zentralstaatlicher Ebene nicht allein mit der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft erklärt werden.<sup>792</sup>

Obwohl sich einige politische Bewegungen herausgebildet haben, die sich der Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung gewidmet haben, solche wie die bereits erwähnten EÜRП oder EVDL, konnten diese bekanntlich nur bei zwei aufeinander folgenden Parlamentswahlen Mitte der 1990er Jahre die Fünf-Prozent-Hürde für das Parlament überqueren. Dadurch wurde die Tatsache deutlich, dass es innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung an Geschlossenheit hinsichtlich ihres politischen Auftritts mangelte. Die Anfang der 1990er Jahre gegründete Russische Partei in Estland (VEE), die Teil des im Jahr 1995 bei den Parlamentswahlen erfolgreichen Bündnisses MKOE war, vertrat etwa 14,6% der russischsprachigen Wähler.<sup>793</sup> Ihr Vorsitzender Nikolai Maspanov sagte in einem Interview Anfang 1998, dass seine Partei in der Einführung von Russisch als zweite Amtssprache die Voraussetzung für die Stabilität der estnischen Gesellschaft sieht.<sup>794</sup> Diese Forderung hob sie von der moderaten EÜRП ab und ließ sie zu dem radikalen Flügel des Wahlbündnisses werden.<sup>795</sup> Die EÜRП galt als weniger resolut und eher kompromissbereit, wenn es um Fragen der Sprache und der Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland ging. Zu den zentralen Forderungen beider Parteien gehörten die Lösung der Staatenlosen-Frage sowie der Problematik der Sprachen in Estland.<sup>796</sup>

---

<sup>791</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76.

<sup>792</sup> Kolsto, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 621.

<sup>793</sup> Estnische Bezeichnung: Vene Erakond Eestis (Üb. d. A.).

<sup>794</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76.

<sup>795</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 146.

<sup>796</sup> Tartu Ülikool/Akadeemiline Balti ja Vene Uuringute Keskus (2011): Vene parteid Eestis. 1998.

[http://www.ut.ee/ABVKeskus/?leht=publikatsioonid&aasta=1998&dok=vene\\_parteid\\_Eestis](http://www.ut.ee/ABVKeskus/?leht=publikatsioonid&aasta=1998&dok=vene_parteid_Eestis) (Abgerufen am 20.02.2013).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Als Grund für die Trennung und die separate Kandidatur der beiden Parteien EÜRП und VEE bei den Parlamentswahlen 1999 wurden hauptsächlich die Unterschiede in der Ausrichtung der Minderheitenpolitik gesehen, wobei sich die EÜRП weiterhin liberaler und kooperativer gegenüber den „estnischsprachigen“ Parteien, also den Parteien, die von dem estnischsprachigen Teil der Bevölkerung gewählt wurden, positionierte als die zunehmend radikal-nationale VEE.<sup>797</sup> Die erste propagierte eine gesellschaftliche Integration ohne Diskriminierung auf nationaler bzw. ethnischer Basis sowie die Achtung der Rechte auf Sprache und Bildung. Die zweite forcierte eine bi-nationale Gesellschaft in Estland mit Esten und Russen gleichberechtigte Teilgesellschaften, was implizit auch Russisch als offizielle Sprache beinhaltet hätte. Die VEE kritisierte das geltende Staatsbürgerschaftsrecht als diskriminierend.<sup>798</sup> Der Wahlerfolg der EÜRП gegenüber VEE im Jahr 1999 zeigt, dass radikale Positionen zumindest weniger Anhänger hatten als kooperative.

Die jeweils 6 Sitze in den Parlamentszusammensetzungen der Jahre 1995 und 1999 blieben bekanntlich die bisher einzigen Erfolge der explizit russischsprachigen Repräsentationsparteien in Estland. Zu den nachfolgenden Wahlen im Jahr 2007 haben sich die VEE sowie die neu gegründete „Konstitutionspartei“ als Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung aufgestellt. Die Konstitutionspartei trat als Nachfolgerin der EÜRП auf.<sup>799</sup> Beide Parteien schafften es jedoch nicht über die Fünf-Prozent-Hürde – die Konstitutionspartei bekam 1% und VEE nur 0,2% der Stimmen. Vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2011 hat sich die Konstitutionspartei im Jahr 2008 mit der Estnischen Linkspartei (EVP) unter dem Namen Estnische Vereinte Linkspartei (EÜVP) vereinigt.<sup>800</sup> Zur Wahl gestellt hat sich dieses Bündnis aber nicht, so dass 2011 nur eine Partei die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung estlandweit vertreten hat, nämlich die VEE. Diese bekam allerdings nur 0,9% der Stimmen und keine Mandate im Riigikogu.<sup>801</sup>

Neben den zwei großen Parteien wurden im Laufe der Jahre weitere kleinere Repräsentationen und Parteien gegründet, die sich ebenfalls die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung zum Ziel gesetzt hatten. Solche waren zum Beispiel die Russische Einigungspartei (VÜP), die Russische Baltische Partei in Estland (VBEE), die Russische Christliche Union (VKL) oder die Partei Estnische Einigung (EÜ).<sup>802</sup> Diese Parteien gingen schließlich alle in der VEE auf, die ihrerseits im Jahr 2012 Teil der Sozialdemokratischen Partei (SDE) wurde.<sup>803</sup> Die ehemalige EÜRП hörte im Jahr 2009 formal auf zu existieren.

Die russischsprachigen politischen Kräfte, die es Mitte und Ende der 1990er Jahre ins Parlament geschafft hatten, versuchten trotz ihrer geringen Personenzahl im Parlament

---

<sup>797</sup> Hallik, Klara/Petta, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 15

<sup>798</sup> Ebd. S. 15; Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. S. 87-88.

<sup>799</sup> Estnische Bezeichnung: Konstitutsioonierakond (Üb. d. A.).

<sup>800</sup> Estnische Bezeichnungen: Eesti Vasakpartei; Eestimaa Ühendatud Vasakpartei (Üb. d. A.).

<sup>801</sup> Heinsalu, Alo/Koitmäe, Arne (u.a.) (2011): Valimised Eestis 1992-2011. Statistika ja Selgitusi. Tallinn: Vabariigi Valimiskomisjon. S. 34-74.

<sup>802</sup> Estnische Bezeichnungen: Vene Ühtsuspartei, Vene Balti Erakond Eestis, Vene Kristlik Liit, Erakond Eestimaa Ühtsus (Üb. d. A.).

<sup>803</sup> Estnische Bezeichnung: Sotsiaaldemokraatlik Erakond (Üb. d. A.).

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Einfluss auf die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft zu nehmen.<sup>804</sup> Nach dem geänderten Gesetz zur Staatsbürgerschaft vom 19. Januar 1995 gab es massive Proteste seitens der russischsprachigen Bevölkerung, was sicherlich zum Wahlerfolg der EÜRП im Jahr 1999 beigetragen hat. Bereits im Jahr 1993 hat die Russische Demokratische Bewegung (EVDL) den Vorschlag gemacht, das Verfahren für Einwohner zu vereinfachen, die über zehn Jahre in Estland wohnhaft gewesen waren. Dieser Vorschlag basierte auf der UNO-Konvention zur Reduzierung von Staatenlosen aus dem Jahr 1961.<sup>805</sup> Die bei den Parlamentswahlen 1995 gewählten russischsprachigen Abgeordneten haben drei Mal Gesetzesänderungen zur Staatsbürgerschaft vorgeschlagen:

- Im April 1996: (1) Die Staatsbürgerschaft sollte automatisch gewährt werden für Ehegatten von Staatsbürgern, Kinder (auch volljährige) von Staatsbürgern und ethnische Esten. (2) Die Sprachtests sollten vereinfacht werden für Menschen mit Behinderungen ersten und zweiten Grades, und für Individuen über 55 Jahre. (3) Für diejenigen, die nach dem 1. Juli 1990 nach Estland kamen, sollte die Anforderung entfallen, wonach sie Anträge, Vollmacht und Erklärungen auf Estnisch verfassen können mussten.
- Im Dezember 1997: Die Staatsbürgerschaft sollte ohne weitere Anforderungen gewährt werden an Minderjährige, die in Estland geboren wurden und wohnhaft waren, an Menschen mit Behinderungen ersten und zweiten Grades, an Personen über 60 Jahre, Personen, die seit 10 Jahren in Estland wohnhaft und unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen besaßen, sowie an Ehegatten von Staatsbürgern
- Im März 1998 wurden ähnliche Forderungen gestellt: Die Sprachprüfung sollte entfallen für Individuen über 60 und unter 18 Jahre, für Inhaber einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, die seit 10 Jahren in Estland wohnhaft waren, für Menschen mit Behinderungen ersten oder zweiten Grades, sowie für Ehegatten von Staatsbürgern.<sup>806</sup>

Alle diese Vorschläge wurden durch das Parlament nicht berücksichtigt bzw. nicht angenommen. Entsprechend verschlechterte sich die Einbürgerungssituation: Bis Mitte 1998 hatten lediglich 3 939 Personen die komplette Prozedur der Einbürgerung bestanden und erhielten die Staatsbürgerschaft. Ebenfalls konnten die etwa 11 000 Kinder von bis dahin eingebürgerten Eltern die Staatsbürgerschaft erlangen. Als im Jahr 1997 Änderungen vorgenommen wurden, z.B. die Gewährung der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung für Kinder von Nicht-Staatsbürgern, schien die Regierung sich etwas intensiver mit dem Problem der Staatenlosen zu befassen. Doch diese Änderungen sorgten zu der Zeit nur für mäßigen Zuspruch in der russischsprachigen Bevölkerung.

Einerseits angesichts der schwachen Vertretung durch „eigene“ Parteien und andererseits zum Zwecke der Vergrößerung der Wählerschaft versuchten auch estnische Parteien und Bündnisse, die russischsprachige Wählerschaft für sich zu gewinnen. Bereits Anfang der 1990er Jahre war die spätere Zentrumspartei (Keskerakond) mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Volksfront, Edgar Savisaar, in der russischsprachigen Bevölkerung erfolgreich.<sup>807</sup> Diese warb in den nachfolgenden Jahren auch immer mehr

<sup>804</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 15.

<sup>805</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 87.

<sup>806</sup> Vgl. Ebd. S. 89

<sup>807</sup> Kask, Urmas (1998): Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 8.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Wähler, was maßgeblich zum Untergang der „eigentlichen“ russischsprachigen Parteien beigetragen haben dürfte. Neben der Zentrumspartei versuchten auch andere „estnische“ Parteien die russischsprachigen Wähler zu mobilisieren. So starteten die Reformpartei und eigentlich national-konservative „Res Publica“ diverse Aktionen mit Wahlversprechen zur Lösung der Staatenlosen- und der Sprachen-Problematik.<sup>808</sup> Die Koalitionsvereinbarung der 41. Regierung aus dem Jahr 1999, bestehend aus der Reformpartei, der Vaterlandsunion und den „Moderaten“, griff die Politik gegenüber der anderssprachigen Bevölkerung mit einem Sonderkapitel auf. Darin wurde zwar explizit darauf hingewiesen, dass das Gesetz zur Staatsbürgerschaft nicht geändert würde, doch sollte der Anspruch auf Erhalt der eigenen Kultur bestehen bleiben und die „objektive Informiertheit der Andersstämmigen über die Ereignisse in estnischer Politik und Gesellschaft“ verbessert werden.<sup>809</sup> Ähnliche Maßnahmen und Pläne beinhalteten auch die Programme anderer estnischer Parteien. Ihr Erfolg in der russischsprachigen Wählerschaft blieb allerdings mäßig.

An den geplanten und ergriffenen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung in den Regierungskoalitionen und den Parteiprogrammen kann man den politischen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik etwa ab Mitte der Nuller-Jahre ablesen. Dennoch bleibt die politische Bühne in Estland nach wie vor stark estnischsprachig und estnisch-kulturell orientiert. In den Jahren seit den Parlamentswahlen 2011 hat sich eine gewisse Volatilität der russischsprachigen Wähler abgezeichnet, vor allem in Tallinn, die sich nun etwas stärker an anderen Parteien als der Zentrumspartei orientieren. Vor allem die Sozialdemokratische Partei (SDE) hat sich bei den jüngsten Wahlen im Jahr 2015 zur neuen potentiellen Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung gemauert. Der Vorteil wurde von vielen russischsprachigen Wählern in der Koalitions- und Regierungsfähigkeit dieser Partei gesehen, die auch den ersten russischstämmigen Minister, Jewgeni Ossinowski, in der Übergangsregierung von 2014 bis 2015 gestellt hat.<sup>810</sup>

Dies belegen auch die Ergebnisse des Integrations-Monitorings aus dem Jahr 2011, in dem die parteipolitischen Präferenzen sowie die Gründe für den Misserfolg russischsprachiger Parteien erfragt wurden. Es hat sich herausgestellt, dass lediglich 2% der anderssprachigen Befragten ihre Stimme einer „russischsprachigen“ Partei gegeben hätten. Zur Begründung wurde am häufigsten der pragmatische Grund genannt, die gewählte Partei sollte die Fähigkeit aufweisen, in die Regierung zu kommen.<sup>811</sup> Interessant ist indes auch, dass die Mehrheit der russischsprachigen Befragten die Idee einer national bzw. ethnisch begründeten Partei 2011 offenbar nicht unterstützte, was als zweithäufigster Grund für den mangelnden Stimmzuwachs solcher Parteien genannt wurde.<sup>812</sup> Somit kann man sagen, dass der ausbleibende Erfolg „russischsprachiger“ Parteien sowohl mit deren schlechten Koalitions- und Regierungsfähigkeit in einem

---

<sup>808</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Reformierakond (Üb. d. A.). Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76-78.

<sup>809</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Isamaaliidu ja Mõõdukate Koalitsioonilepe (1999).

<sup>810</sup> Sergei Metlev: „Eesti pärast Savisaart“ 27.01.2015 <http://www.delfi.ee/news/riigikogu2015/arvamus/sergei-metlev-estni-parast-savisaart?id=70652941> (Abgerufen am 27.01.2015).

<sup>811</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 22-23.

<sup>812</sup> Ebd. S. 23.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

estnisch geprägten Parteiensystem als auch mit der allgemeinen Ablehnung der ethnisch-nationalen parteipolitischen Polarisierung zusammenhängt. Hinzu kommt, dass russischsprachige Bewohner dem estnischen Staat und seinen Regierungsorganen nach wie vor wenig Vertrauen schenken: Im Jahr 2011 waren die Vertrauenswerte für das Parlament, die Regierung und den Präsidenten durchweg negativ. Insbesondere zeigte sich dabei der Unterschied zu ethnischen Esten, welche den genannten Institutionen weitaus mehr vertrauten. Beim estnischen Präsidenten gingen die Antworten dabei sogar in die umgekehrte Richtung, wobei sich ein tiefes Misstrauen der russischsprachigen Bürger gegenüber dem Staatsoberhaupt zeigte. Noch negativer als russischsprachige Staatsbürger bewerteten die Nicht-Staatsbürger bzw. Staatsbürger anderer Staaten die estnischen Institutionen. Tatsächlich war der Präsident Toomas-Hendrik Ilves bei der russischsprachigen Bevölkerung unbeliebt, hauptsächlich aufgrund seiner wiederholten national begründeten Rhetorik, in der sich teilweise eine ablehnende Haltung gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung ablesen lässt – zumindest kritisierte Ilves in der Vergangenheit häufiger die schlechten Sprachkenntnisse der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>813</sup> Insofern fühlen sich die russischsprachigen Bewohner Estlands durch den Präsidenten schlecht repräsentiert.

### 4.5.5.2 Russischsprachige Bevölkerung in Estland als Wählerschaft – Analyse des Wahlverhaltens

#### 4.5.5.2.1 Parlamentswahlen

Die geringe Anzahl der Sitze für „russischsprachige“ Parteien im Parlament wird von den meisten Studien damit erklärt, dass die existierenden Parteien nicht die Interessen der gesamten russischsprachigen Wählerschaft auf sich vereinen konnten.<sup>814</sup> Während die russischsprachige Wählerschaft in den ersten Jahren der Unabhängigkeit wenig Stimmen für die „estnischsprachigen“ Parteien übrig hatte, schwand diese Ablehnung mit der Zeit. Während der Jahre zwischen 1992 und 1995 haben etwa 30 bis 40% der befragten Personen innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung angegeben, keine Parteipräferenz zu haben und folglich keine Partei wählen zu wollen.<sup>815</sup> Mit der Zeit verursachte der Wandel der Wahlpräferenzen der russischsprachigen Bevölkerung zwischen 1992 und 2011 allerdings teilweise bedeutenden Einfluss dieser Wählerschaft auf die estnische Parteien- und Regierungslandschaft auf zentralstaatlicher Ebene.

---

<sup>813</sup> Delfi.ee: „Avalik kiri president Ilvesele: Teie järjekordne venekeelse elanikkonna räägitava emakeele vastu suunatud avaldus on kohatu ja solvav“ 24.10.2013 (Abgerufen am 12.03.2014); Delfi.ee: „President, räägi meiega!“ 29.02.2008 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/arvamus/delfi-president-raagi-meiega?id=18316213> (Abgerufen am 12.03.2014); Christian Neef/Jan Puhl: „Widerwärtige Vorwürfe“ Spiegel Online 25.06.2007 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-52032633.html> (Abgerufen am 12.03.2014).

<sup>814</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76; Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 13-15; Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. S. 87; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 145-146.

<sup>815</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): Mitte-eeestlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 8-11.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Die größten „russischsprachigen“ Zentren Estlands liegen bis heute in Tallinn (russischsprachig waren im Jahr 1992 etwa 48% der gesamten Stadtbevölkerung und im Jahr 2003 etwa 42%) und im Landkreis Ida-Virumaa mit der Hauptstadt Narva (1992 sprachen etwa 95% der Stadtbevölkerung Russisch als Muttersprache, 2003 immerhin noch 76%). Repräsentativ für landesweite Bevölkerungsverhältnisse, aber auch als Beispiel für eine eher „estnischsprachige“ Stadt kann Tartu genommen werden. Dort waren im Jahr 2000, also zwischen den Parlamentswahlen 1992 und 2003 ca. 18% der Einwohnerschaft russischsprachig, was etwas weniger ist als der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.<sup>816</sup> Somit wären mit Tallinn, Narva und Tartu drei unterschiedliche Konstellationen der Vermischung der russisch- und estnischsprachigen Bevölkerung repräsentiert. Wenn man die Ergebnisse der Parlamentswahlen in diesen Gegenden miteinander und mit den landesweiten Ergebnissen vergleicht, kann man in etwa die Präferenzen der nicht-estnischen Bevölkerung abschätzen. Nämlich es ist höchst unwahrscheinlich, dass Esten bzw. die estnischsprachige Bevölkerung für Parteien gestimmt haben, die die russischsprachige Bevölkerung repräsentierten.<sup>817</sup> Beispielsweise waren vor den Parlamentswahlen 1992 nur sehr wenige Personen eingebürgert worden, dennoch unterscheiden sich die Ergebnisse in Ida-Virumaa von den landesweiten Resultaten. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen 1995 bis 2011 war die Anzahl der nicht-estnischen Staatsbürger stets gestiegen, was die Ergebnisse in den besagten Körperschaften noch repräsentativer macht.

In Tallinn sorgten bei der Parlamentswahl 1992 Wahlbezirke mit einer stärkeren russischsprachigen Wählerschaft, wie im Norden und im Osten der Stadt für mehr Parteikonkurrenz mit stärkerem Ergebnis für die Volksfront. Insgesamt hat die Volksfront in diesen Wahlbezirken von Tallinn das zweitstärkste Ergebnis, hinter „Vaterland“ erhalten. Da die Wählerschaft überwiegend estnisch war, erhielten „estnisch-national“ gestimmte Parteien wie „Vaterland“ und ERSP in den Tallinner Bezirken überwiegend die Führungspositionen, doch die russischsprachige Wählerschaft schien verstärkt ihre Stimmen auch den Einzelkandidaten aus der Volksfront zu geben.<sup>818</sup> Bei den Parlamentswahlen 1995 kam das „russischsprachige“ Wahlbündnis „Unsere Heimat ist Estland!“ (MKOE) hinzu, welche sich aus den zwei neuen „russischen“ Parteien VEE und EÜRP formierte. Die Wahlbezirke in Tallinn waren bei den Parlamentswahlen 1995 bis 2011 so gemischt, dass überwiegend „estnische“ (z.B. Nõmme, Pirita) und „russische“ (z.B. Lasnamäe, Põhja-Tallinn) Stadtteile zu jeweiligen Wahlbezirken zusammengefasst waren. Dabei lebten in den Bezirken 1 und 2 die meisten Nicht-Esten. Bei der Wahl 1995 war das Ergebnis für das neue „russische“ Bündnis in den Tallinner Wahlbezirken 1 und 2 jeweils 12% und 16,2%, im dritten Wahlbezirk mit relativ weniger russischsprachigen Wählern (überwiegend im Stadtteil Mustamäe) erhielt MKOE 9,5% der Stimmen.<sup>819</sup> Auf Landesebene bekam MKOE bekanntlich 5,87% der Stimmen und 6 Sitze

---

<sup>816</sup> Informationen zu den Parlamentswahlen 1992 bis 2011 von der Staatlichen Wahlkommission in Estland (Vabariigi Valimiskomisjon) und dem Statistischen Amt (Statistikaamet) in Estland zu der Zusammensetzung der Bevölkerung landesweit und in Städten. Zugänglich unter: <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen: März 2014) und <https://www.stat.ee/en> (Abgerufen: März 2014)

<sup>817</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 18.

<sup>818</sup> Vgl. Ebd. S. 6.

<sup>819</sup> Vgl. Ebd. S. 10.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

im Parlament. Dieses Ergebnis ließ vermuten, dass die Position der „russischsprachigen Parteien“ sich mit der Zeit verstärken könnte. Wenn man aber die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1999 bis 2011 in den Tallinner Wahlbezirken vergleicht, fällt auf, dass „russische“ Parteien im Gegenteil immer weniger Stimmen bekamen. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1999, als die Parteien VEE und EÜRП separate Listen aufstellten, bekam EÜRП in den stärker „russischsprachigen“ Wahlbezirken Tallinn 1 und 2 jeweils 6,6% und 16,0%, VEE in denselben Bezirken jeweils 7,7% und 3,3%. In diesem Jahr kam EÜRП mit 6,13% und 6 Sitzen ins Riigikogu. Doch ab den Parlamentswahlen 2003 sind die Wahlergebnisse eingebrochen: EÜRП fiel in den Bezirken Tallinn 1 bzw. 2 von 2,7% bzw. 3,8% im Jahr 2003 auf 1,5% bzw. 2,3% im Jahr 2007, als die Partei sich in „Konstitutionspartei“ (KP) umbenannt hatte.<sup>820</sup> Bei den letzten Parlamentswahlen 2011 hat sie sich gar nicht zur Wahl gestellt. VEE bekam in denselben Bezirken 2003 nur noch 0,4% bzw. 0,3% und jeweils um 0,1 Prozentpunkte weniger bei der Wahl 2007. Schließlich fielen jeweils 1,3% bzw. 1,9% der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2011 in den Tallinner Wahlbezirken 1 und 2 an VEE.<sup>821</sup> Dieser leichte Anstieg im Jahr 2011 in Tallinn kann darauf zurückgeführt werden, dass die Konkurrenzpartei EÜRП bzw. die Konstitutionspartei bzw. Estnische Vereinte Linkspartei, mit der die Konstitutionspartei im Juni 2008 fusionierte, sich nicht zur Wahl gestellt hat und die Wählerschaft so zu VEE abgewandert ist.

Noch mehr hat allerdings die Zentrumspartei von den Stimmen russischsprachiger Wähler profitiert. Während bei den Parlamentswahlen 1992 und 1995 die Zentrumspartei, damals als die Volksfront, noch stark mit den national gestimmten Parteien ERSP und „Isamaa“ konkurrierte, festigte sich ihre Stellung als stimmstärkste Partei spätestens ab 2003. Die Wahlergebnisse für die Zentrumspartei lagen zwischen 2003 und 2011 in den Tallinner Wahlbezirken 1 und 2 stets um 30% und im Jahr 2011 waren es sogar 40% im Bezirk 2, mit dem stark „russischsprachigen“ Stadtteil Lasnamäe. Somit kann hier die Präferenz des russischsprachigen Teils der Tallinner Bevölkerung abgelesen werden: Die Popularität der Zentrumspartei ging verstärkt auf Kosten der „russischsprachigen“ Parteien.

Die Ergebnisse aus dem dritten Tallinner Wahlbezirk bestätigen die Vermutung, wonach die Zentrumspartei von den meisten Russischsprachlern bevorzugt wurde. Hier ist der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung kleiner als in den anderen Bezirken – was sich im Wahlergebnis widerspiegelt. Die Zentrumspartei hatte hier noch kein einziges Mal die Spitzenposition, denn diese hielten immer „estnische“ Parteien, allen voran die Reformpartei. Diese bekam während der Wahljahre 2003 bis 2011 zwischen 24% und 32% der Stimmen. Das beste Ergebnis der „russischsprachigen“ Parteien (EÜRП, VEE bzw. das entsprechende Wahlbündnis) in diesem Bezirk waren 9,5% in 1995 und 7,07% in 1999, was von einer Mobilisierung des hiesigen russischsprachigen Teils der Bevölkerung zeugt. Danach kamen die „russischsprachigen“ Parteien hier aber nicht über 3% der Stimmen, was dafür spricht, dass die Stimmen an die Zentrumspartei gegangen sind.

---

<sup>820</sup> Estnische Bezeichnung: Kostitutsioonierakond (Üb. d. A.).

<sup>821</sup> Estnische Bezeichnung: Eestimaa Ühendatud Vasakpartei (EÜVP) (Üb. d. A.); Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Parlamentswahlen 1992 bis 2011 unter <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014)

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Im Landkreis Ida-Virumaa konnte bei den Parlamentswahlen 1992 nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung an den Wahlen teilnehmen, in den größten Städten Narva und Kohtla-Järve waren es lediglich 6,3% bzw. 11,5% der Bevölkerung (in Narva lebten 1992 insgesamt 75 909 Personen und in Kohtla-Järve 87 472 Personen. Wahlberechtigt waren entsprechend 4 793 und 10 060 Personen). Noch drastischer war die Lage in Sillamäe, wo von den dort lebenden 16 157 Personen nur 463 ihre Stimme abgegeben haben, was 2,8% der Stadtbevölkerung entspricht.<sup>822</sup> Dieser verschwindend kleine Anteil der Bevölkerung bevorzugte klar die Volksfront mit insgesamt 20,87% der Stimmen im gesamten Landkreis. Auf Platz 2 kamen dabei die „Moderaten“ mit 13,24% und den dritten Platz sicherte sich, immerhin, die national gestimmte Vaterlandsunion. Bei der Parlamentswahl 1995 war das Wahlbündnis MKOE auch in Ida-Virumaa erfolgreich – insgesamt wurde hier das drittbeste Ergebnis mit 14% der Stimmen erreicht, hinter der Zentrums- partei (25%) und der Estnischen Koalitions- und Landesvolks- partei (24,3%).<sup>823</sup> Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen im Jahr 1999 war die Popularität der EÜRP in Ida-Virumaa beinahe so groß wie die der Zentrums- partei: Entsprechend bekam die EÜRP 26,73% der Stimmen und das zweitbeste Ergebnis hinter der Zentrums- partei mit 33,34%. Die zweite „russischsprachige“ Partei VEE, die bei der vorausgegangenen Wahl in dem Bündnis „Unsere Heimat ist Estland!“ war, kam in diesem Wahljahr auf 2,05% der Stimmen. Die Zahl der Wähler in Ida-Virumaa war in diesem Jahr mit ca. 37 000 Wählern auf dem bis dahin höchsten Niveau. Jedoch konnte dieses Ergebnis von den „russischsprachigen“ Parteien in den Folgejahren weder ausgebaut noch gehalten werden. Bei der Parlamentswahl im Jahr 2003 rutschte die EÜRP sogar auf Platz 4 in Ida-Virumaa mit lediglich 9,9% der Stimmen, was einen Platz hinter der neuen national gestimmten Kraft „Res Publica“ (16,9% der Stimmen) bedeutete. Dies ist bemerkenswert, da die sonst konservativ gestimmte „Res Publica“ es offensichtlich schaffte, mit Wahlversprechen zur Abschaffung von Sprachtests bei der Einbürgerung mehr Vertrauen in der russischsprachigen Wählerschaft zu wecken als die EÜRP oder auch die VEE, welche nur 0,2% der Stimmen erhielt. Da die Wahlversprechen von „Res Publica“ bis zur nächsten Wahl 2007 nicht erfüllt worden waren, kam diese (bis dahin mit der Vaterlandsunion zu IRL fusioniert) dann auch nur auf 8,9% der Stimmen. Doch auch „russischsprachige“ Parteien konnten 2007 nicht punkten: Die Koalitionspartei (bis Februar 2006 noch EÜRP) kam auf 2,2% und die VEE auf 0,9% der Stimmen. Im Jahr 2011 kam VEE auf 4,0% der Stimmen, doch wahrscheinlich auch weil die Konstitutionspartei (bis dahin fusioniert mit EÜVP) sich nicht zur Wahl gestellt hatte. Die Stimmen der Wähler in Ida-Virumaa gingen, wie auch in Tallinn, fast nahtlos an die Zentrums- partei. Diese verdoppelte ihr Wahlergebnis zwischen den Wahljahren 1995 und 2007 von 25% auf 52,2% der Stimmen und baute ihren Vorsprung im Jahr 2011 sogar auf 54,5% aus. Die Reformpartei blieb 2007 und 2011 stabil die zweitstärkste Kraft, mit entsprechend 15,4% und 12,5% der Stimmen, nachdem

---

<sup>822</sup> In Narva lebten 1992 insgesamt 75 909 Personen und in Kohtla-Järve 87 472 Personen. Wahlberechtigt waren entsprechend 4 793 und 10 060 Personen.

<sup>823</sup> Vgl. Kask, Urmast (1998): *Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 10; Estnische Bezeichnung: Koonderakonna- ja Maarahva Ühendus (KMÜ) (Üb. d. A.).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

im Jahr 1999 EÜRП und im Jahr 2003 „Res Publica“ diese Position eingenommen hatten.<sup>824</sup>

Interessante Wahlergebnisse zeigt bisweilen die Stadt Tartu. Bereits bei den ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1992 haben die nationalen Kräfte „Isamaa“ und ERSP hier bessere Ergebnisse bekommen als die Volksfront, entsprechend 33,06% für „Isamaa“ neben lediglich 8,45% für die Volksfront. Dieser Trend setzte sich fort: Im Jahr 1995 lagen die stärksten drei Kräfte KMÜ, Reformpartei und „Isamaa“/ERSP mit geringen Abständen (entsprechend 18,82%; 18,41% und 15,69%) vor der Zentrumsparlei mit 9,93%. Das Bündnis MKOE kam auf 5,54%. Zum Vergleich: In Tallinn und Ida-Virumaa kam die Volksfront bzw. die Zentrumsparlei stets auf zweistellige Prozentsätze (mit Ausnahme von Tallinn 3 im Jahr 1992) und „Unsere Heimat ist Estland!“ war im Jahr 1995 die viertstärkste Partei in den Tallinner Bezirken 1 und 2 und drittstärkste Kraft in Ida-Virumaa. Während im nachfolgenden Wahljahr 1999 die EÜRП in Tallinn und Ida-Virumaa noch stärker wurde, lag sie in Tartu mit 2,11% sogar hinter der VEE mit 2,12%. Die Zentrumsparlei blieb in diesem Jahr in Tartu drittstärkste Kraft mit 17,62%. Als Siegerin präsentierte sich im Jahr 1999 die Reformpartei mit 26,36% der Tartuer Stimmen. Die Reformpartei blieb auch fortan stärkste Kraft in Tartu, in den Jahren 2007 und 2011 bekam sie in Tartu über 34% der Stimmen. Die Zentrumsparlei kam in dieser Zeit nicht über 17% hinweg und blieb dritte oder vierte Kraft. Was die „russischen“ Parteien EÜRП (bzw. KP bzw. EÜVP) und VEE zwischen 2003 und 2011 in Tartu angeht, so war ihr bestes Ergebnis 1,4% für die EÜRП im Jahr 2003. Ansonsten lagen die Ergebnisse stets unter 1% der Stimmen.

Dass sich die Präferenzen der russischsprachigen Bevölkerung im Laufe der Zeit geändert haben, bestätigen auch Umfragen der Firma EMOR im Jahr 1992 und 1995, durchgeführt unter anderem in Ida-Virumaa. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ida-Virumaa aus dem Jahr 1992 zeigen, dass die „Volksfront“ damals die populärste Partei bei der eingebürgerten russischsprachigen Bevölkerung war. Ab dem Jahr 1995 wurden seitens der russischsprachigen Bevölkerung in den Städten Narva, Kohtla-Järve und Sillamäe zunehmend die „russischsprachigen“ Parteien EVDL, VEE, EÜRП und EVR bevorzugt. An erster Stelle lag im Jahr 1995 EVDL mit rund 20%, gefolgt von der Zentrumsparlei mit etwa 10% und EDP mit rund 7%.<sup>825</sup> Die EVDL war Anfang und Mitte der 1990er Jahre in dem russischsprachigen Teil Estlands also durchaus konkurrenzfähig. Die Volksfront, später Zentrumsparlei, teilte die Unterstützung des nicht-estnischen Teils der Bevölkerung.<sup>826</sup> Diese Präferenzen hielten bis zum Jahr 2000, als die Zentrumsparlei zum größten Favorit der nicht-estnischen Bevölkerung mit 75% des Zuspruches im Jahr 2012 wurde.<sup>827</sup> Zum Vergleich: Im selben Jahr war die Reformpartei die populärste unter der estnischsprachigen Bevölkerung, mit 40% der Befragten, welche diese

---

<sup>824</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Parlamentswahlen 1992 bis 2011 unter <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014).

<sup>825</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 7.

<sup>826</sup> Umfragen TNS EMOR 1990-1997 „EMORi uurimused poliitilistest hoiakutest“ 1990-1997. Eesti Sotsiaalteaduslik Arhiiv uter <http://www.psych.ut.ee/esta/> (Abgerufen am 20.03.2014).

<sup>827</sup> Kook, Urmet: „Eestlaste esimene eelistus on Reform, mitte-estlastel Kesk“. ERR Uudised 20.10.2012 <http://www.err.ee/354287/eestlaste-esimene-eelistus-on-reform-mitte-estlastel-kesk> (Abgerufen am 13.03.2014).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Partei gewählt hätten. Gefolgt wurde die Reformpartei von den Sozialdemokraten (SDE) mit 25% der potentiellen Wählerstimmen.<sup>828</sup>

In Gegenden mit einer stärker durchmischten Wählerschaft lag die Wahlbeteiligung bislang stets höher. Beispielsweise gingen bei den Parlamentswahlen 1995 in Tallinn, wo damals ca. 45% der Bevölkerung russischsprachig waren, etwa 73% der Bevölkerung an die Wahlurnen. Im Vergleich dazu gingen in Tartu nur 65% der Bevölkerung wählen.<sup>829</sup> Dies zeugt von höherer politischer Aktivität bei einer stärkeren ethnischen Konkurrenz. Der Trend setzte sich bis zur Wahl 2011 fort: Tallinn, mit einer ethnisch stark durchmischten Wählerschaft kam stets auf über 60% Wahlbeteiligung (sogar 69,8% in 2011), wohingegen die Beteiligung in Ida-Virumaa zeitgleich bei zwischen 50% und 60% blieb. In Tartu schwankte die Wahlbeteiligung in den Jahren 1999 und 2011 zwischen 57 und 63%.<sup>830</sup> Somit kann festgehalten werden, dass eine stärker durchmischte Wählerschaft für eine größere (aktive) Partizipation bei Parlamentswahlen gesorgt hat.

Es kann dabei ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Wählerverhalten und dem Erfolg der „russischsprachigen“ Parteien zur Frage der Einbürgerung festgestellt werden. Während der Parlamentswahlen 1995 und 1999 haben die „russischsprachigen“ Parteien erfolgreich jeweils 6 Mandate für Riigikogu gestellt, die Wahlen ab 2003 waren für die „russischsprachigen“ Parteien jedoch nicht erfolgreich. Gleichzeitig fiel die Anzahl der erfolgreichen Einbürgerungen ab 1996 dramatisch – hauptsächlich aufgrund des neuen Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1995, welches allerdings noch von dem ersten Parlament (Wahljahr 1992) verabschiedet wurde. Wie bereits erwähnt, haben die gewählten Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung zwischen den Jahren 1995 und 1999 erfolglos versucht, Gesetzesänderungen zur Staatsbürgerschaft durch das Parlament zu bringen. Das diesbezügliche Scheitern der Repräsentanten konnte bei den Wählern das Vertrauen dermaßen schmälern, dass diese ihre Stimme Parteien gaben, von denen sie sich diesbezüglich mehr Erfolg erhofften, wie zum Beispiel die Zentrumspartei. Nach erfolgreichem Einzug ins Parlament haben die „russischsprachigen“ Repräsentanten sich häufig mit „estnischen“ Fraktionen zusammengeschlossen, was für die Wähler wiederum ein Signal dafür war, bei den nächsten Wahlen eher die estnischen Parteien zu bevorzugen.<sup>831</sup> Dies zeigt, dass aktuelle Sachfragen und die Erfolgsaussichten bei der Regierungsbeteiligung für die russischsprachige Bevölkerung bedeutender waren als der ethnische Charakter der Parteien bei gleichzeitiger Behandlung der relevanten Fragen. Dies belegen auch die bereits erwähnten Ergebnisse des Integrations-Monitorings aus dem Jahr 2011, wonach die Regierungsfähigkeit und nicht die nationale Ausrichtung der Parteien klar als erster Wahlgrund genannt wurde.<sup>832</sup>

Nicht überraschend besteht schließlich ein weiterer Zusammenhang zwischen dem Versagen der „russischsprachigen“ Parteien und der Einbürgerungsquote. Bis zum Jahr

---

<sup>828</sup> Ebd.

<sup>829</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 11.

<sup>830</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): *Parlamentswahlen 1992 bis 2011* unter <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014)

<sup>831</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): *Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States*. S. 76.

<sup>832</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): *Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted*. S. 23.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

1999 wurden etwa 110 000 Personen eingebürgert, das machte bis dahin etwa 7% der Gesamtbevölkerung aus.<sup>833</sup> Dies entspricht beinahe der Quote, die die EÜRП bei den Parlamentswahlen erhalten hat, nämlich 6,1%, was wiederum dem prozentualen Anteil der Sitze im 101-köpfigen Parlament entspricht, nämlich 5,9%. Damit war die russischsprachige Bevölkerung im Jahr 1999 durchaus entsprechend den Staatsbürgerschaftsverhältnissen repräsentiert. Bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen im Jahr 1995 hatte „Unsere Heimat...“ (MKOE) auch etwa 6% der Stimmen erhalten, obwohl bis dahin weniger Personen eingebürgert gewesen waren. Das bedeutet, dass auch 1995 der repräsentative Anteil der russischsprachigen Staatsbürger durch die „russischsprachige“ Partei gegeben war. Bis zu den Parlamentswahlen 2003 dürfte die Gesamtzahl der russischsprachiger Staatsbürger bei fast 125 000 gelegen haben, was allerdings nicht mehr anhand der Stimmen für „russischsprachige“ Parteien abgelesen werden kann.

### 4.5.5.2.2 Kommunalwahlen

Die Wahlergebnisse der Kommunalebene in Estland verdeutlichen die politische Stimmung der russischsprachigen Bevölkerung noch deutlicher, da hier auch Nicht-Staatsbürger zur Wahl berechtigt waren bzw. sind. Gesetzesgemäß konnte bereits im Jahr 1993 jeder, der volljährig war, zum 1. Januar des Wahljahres an dem jeweiligen Ort registriert war und fünf Jahre Wohnsitz vorweisen konnte, an Kommunalwahlen teilnehmen. Sich zur Wahl stellen konnten aber nur Staatsbürger, so die gesetzliche Regelung.<sup>834</sup> Entsprechend konnte auf kommunaler Ebene zum Teil ein abweichendes Wählerverhalten im Vergleich zu den Parlamentswahlen beobachtet werden, allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Zahl der Wahlberechtigten höher war, aber auch, weil die ethnische Zusammensetzung der Wählerschaft eine andere war.

An der ethnisch-nationalen Verteilung, wonach die Gebietskörperschaften mit dem größten Anteil der russischsprachigen Bevölkerung Tallinn und der Landkreis Ida-Virumaa mit der Hauptstadt Narva sind, hat sich seit den ersten Kommunalwahlen im Jahr 1993 nicht viel geändert.<sup>835</sup> Daher eignen sich diese Körperschaften gut für die Analyse des kommunalen Wahlverhaltens der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Als Beispiel für eine Stadt mit einer größeren estnischsprachigen Bevölkerung kann erneut Tartu dienen. Insgesamt haben zwischen 1993 und 2009 sechs Kommunalwahlen stattgefunden, im ganzen Land wurde dabei gleichzeitig gewählt.

Wie bereits aus den Ausführungen zu den Parlamentswahlen bekannt, konzentriert sich die russischsprachige Bevölkerung Tallinns in den Stadtteilen Lasnamäe und Nord-Tallinn (Põhja-Tallinn). Auch im Stadtteil Mustamäe ist der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung relativ hoch. Diese Stadtteile bildeten bei den bisherigen Kommunalwahlen eigenständige Wahlbezirke, wobei die Verteilung der Mandate im Stadtrat gemäß der Wahlergebnisse und der Bevölkerungszahl im jeweiligen Stadtteil festgelegt

---

<sup>833</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 7.

<sup>834</sup> Vgl. Ebd. S. 14.

<sup>835</sup> Vgl. Raitviir, Tiina (1996): *Eesti üleminekuperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine*. Tallinn: Teaduste Akadeemia Kirjastus. S. 451-452.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

wurde. Der Stadtteil Lasnamäe stellt mit ca. 30% der gesamten Tallinner Bevölkerung den größten Stadtteil Tallinns. Gleichzeitig ist es der Stadtteil mit dem höchsten Anteil an russischsprachiger Bevölkerung. Im Jahr 2008 waren 57,8% der Bewohner Lasnamäes russischsprachig und 28,6% sprachen als Muttersprache Estnisch. Interessant ist hierbei, dass insgesamt 65% der Bevölkerung von Lasnamäe im Jahr 2008 estnische Staatsbürger waren und 13% Bürger der Russischen Föderation. Weitere 20% der Bevölkerung von Lasnamäe waren im Jahr 2008 ohne Staatsbürgerschaft.<sup>836</sup> Während die letzteren beiden Gruppen bei den Parlamentswahlen nicht abstimmen durften, war ihnen der Weg zur Wahlurne bei den Kommunalwahlen frei. Im drittgrößten Tallinner Stadtteil Põhja-Tallinn zählten im Jahr 2006 48% der Bewohner zur russischsprachigen Bevölkerung, bis 2011 war dieser Anteil auf 46% zurückgegangen. Der Anteil der Esten war hingegen zwischen 2006 und 2011 leicht gestiegen, von 41,1% auf 43,7%. Diese zwei Stadtteile bildeten auch die hauptsächliche russischsprachige Wählerschaft in Tallinn. In Mustamäe, dem zweitgrößten Stadtteil Tallinns waren im Jahr 2011 39% der Bevölkerung russischsprachig, Esten waren hier in der Mehrheit, mit 58% der Bevölkerung.<sup>837</sup> So sind die drei größten Stadtteile in Tallinn bis heute doch relativ dicht russischsprachig besiedelt.

Zum regionalen Vergleich wird hier die Hauptstadt von Ida-Virumaa, Narva, genommen, von deren gesamten Bevölkerung im Jahr 1989 etwa 4,0% und im Jahr 2000 etwa 4,9% ethnische Esten waren. Die restliche Bevölkerung der Stadt (also ca. 95%) war russischsprachig.<sup>838</sup> Im Vergleich dazu zählten in Tartu im Jahr 1989 noch 21% der Bevölkerung zu der Russischsprachlern. Bis zum Jahr 2010 hat sich dieser Anteil auf 16% reduziert.<sup>839</sup> Damit repräsentiert Tallinn eine Körperschaft mit einer relativ ausgeglichenen ethnischen bzw. sprachlichen Verteilung zwischen der russischsprachigen und der estnischen Bevölkerung (entsprechend ca. 40% zu 60%), Narva eine überwiegend russischsprachig geprägte Stadt (ca. 95% russischsprachig) und Tartu eine überwiegend estnische Stadt (ca. 85% ethnische Esten).

Bereits die erste Kommunalwahl in Tallinn am 17. Oktober 1993 verdeutlichte das politische Gewicht des russischsprachigen Anteils der Tallinner Bevölkerung, damals 48,6%.<sup>840</sup> Denn die EVDL, die damalige Hauptrepräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung, hat die meisten Prozentpunkte in Tallinn erzielt, insgesamt 21% der Stimmen. Ihr folgten mit 18,2% die Estnische Koalitionspartei (Koonderakond) und das Wahlbündnis „Revel“ mit 13,3% der Stimmen auf Platz drei. Das unter dem vollständigen Namen „Russische Liste „Revel“ (KVL Vene nimekiri „Revel“) geführte Bündnis repräsentierte ebenfalls die russischsprachige Bevölkerung. Da es auch auf Kommunalebene, wie schon auf Parlamentsebene, sehr unwahrscheinlich war, dass Esten für „russischsprachige“ Wahllisten stimmten, kann dieser Wahlerfolg fast ausschließlich der rus-

---

<sup>836</sup> Lasnamäe Linnaosa Valitsus (2008): Tallinna Lasnamäe Linnaosa Arengukava. Strateegia 2021 ja tegevuskava 2008-2013. Tallinn: Tallinna Linnavolikogu. S. 10-11.

<sup>837</sup> Kuulpak, Peeter (u.a.) (2011): Statistical Yearbook Tallinn. Tallinn: Tallinn City Government/Tallinna Linnakantselei. S. 10.

<sup>838</sup> Eesti Entsüklopeedia (2002), XX sajandi kroonika, I osa, EE 12. „Narva“. Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus. S. 355

<sup>839</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2013): Tabelle RV 0222: Rahvastik, 1. jaanuar. Sugu, maakond, aasta ning rahvus (1. märts 2013).

<sup>840</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 14.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

sichsprachigen Bevölkerung in Tallinn zugeschrieben werden. Dennoch bekam die EVDL nicht die meisten Sitze im Stadtrat, aufgrund der Verteilung der Stimmen in den Wahlbezirken. So kam die Estnische Koalitionspartei auf 18 Sitze, die EVDL auf 17 Sitze, das Bündnis „Revel“ auf 10 Sitze und die Zentrumsparterie auf 5 Sitze mit 9% der Stimmen. Demnach hatten Parteien und Bündnisse, die die russischsprachige Bevölkerung repräsentierten, während der ersten Legislaturperiode im Tallinner Stadtrat 27 von insgesamt 64 Sitzen.<sup>841</sup> Interessant bei den Wahlen 1993 war die Tatsache, dass keine Ausländer als Wähler registriert waren, sondern nur Staatsbürger.<sup>842</sup> Entweder wurde zwischen Staatsbürgern und Ausländern nicht differenziert oder es kam tatsächlich kein einziger registrierter Ausländer zur Wahl. Letztere Option ist angesichts der kurzen Zeit nach der Verabschiedung des Ausländergesetzes zwar wahrscheinlich, doch würde es bedeuten, dass an der ersten freien Kommunalwahl weder Nicht-Staatsbürger noch Ausländer teilgenommen haben, was ihre Stimme und die gesetzlich zugelassene Wahlmöglichkeit somit zunichte macht.

Anders verhielt es sich bei der nächsten Wahl am 20. Oktober 1996 in Tallinn, bei der sowohl die Anzahl der Staatsbürger als auch die Anzahl der Ausländer registriert wurden. Zu den Ausländern zählte dabei größtenteils die russischsprachige Bevölkerung ohne Staatsbürgerschaft, die sich im Vorfeld der Wahl als Wähler eintragen musste. Daher ist es auch interessant, die Wahlbeteiligungen zu vergleichen: Insgesamt waren 234 243 Personen als Wähler eingetragen, davon 205 644 Staatsbürger und 28 599 Ausländer. Von den Staatsbürgern waren anschließend 97 522 Personen an der Wahlurne, was eine Beteiligung von 47,4% bedeutet, bei den Ausländern waren es 25 018 Personen, also eine Wahlbeteiligung von 87,5%. Die gesamte Wahlbeteiligung lag bei 52,2%.<sup>843</sup> Diesmal hat die Reformpartei die meisten Sitze in Tallinn erhalten, obwohl sie prozentual nicht die meisten Stimmen erhielt. „Schuld“ war wieder die Verteilung der Mandate in den Wahlbezirken. So hat die Reformpartei 14 Sitze mit 17% der Stimmen erhalten, obwohl das Wahlbündnis der Zentrumsparterie 18% der Stimmen, dafür aber nur 12 Sitze erhielt. Genauso viele Sitze bekam das Wahlbündnis „KVL Tallinn“, das teilweise nicht-estnische Staatsbürger repräsentierte (16,3% der Stimmen), weiter kam die VEE (ebenfalls eine russischsprachige Partei) mit 15% auf 11 Sitze, die „Moderaten“ („Möödukad“) mit 13,2% auf 10 Sitze und die EÜRP (wieder eine russischsprachige Partei) mit 11,9% auf 5 Sitze.<sup>844</sup> Zwei weitere „russischsprachige“ Bündnisse „KVL Vene Üldine Valimisliit“ mit 1,4% der Stimmen und „KVL Öiglus-Spravedlivost“ mit 1,6% der Stimmen kamen nicht in den Stadtrat. Somit war das Wahljahr 1996 wieder einigermaßen erfolgreich für die russischsprachigen Bewohner Tallinns: Ihre Repräsentanten kamen auf insgesamt 28 Sitze im Stadtrat. Dabei war „KVL Tallinn“ ein ethnisch „gemischtes“ Bündnis, mit 2/3

<sup>841</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktoober 1993.

<sup>842</sup> Explizit ist diese statistische Besonderheit in den Wählerlisten der Staatlichen Wahlkommission zu den Wahlen am 17. Oktober 1993 zu sehen, unter <http://vvk.ee/varasemad/?v=k93> (Abgerufen am 12.02.2012). In den bisherigen Studien zur Wahlbeteiligung wurde diese Tatsache nicht explizit erwähnt. Vgl. z.B. Kask, Urmas (1998): Mitte-eeestlased ja valimised Eestis 1992-1996.

<sup>843</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 20. oktoober 1996.

<sup>844</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): Mitte-eeestlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 18.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

estnischen Mitgliedern. Somit waren die VEE und die EÜRП als hauptsächliche Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung, mit insgesamt 16 Sitzen im Stadtrat. Interessant ist hierbei, dass die VEE die meisten Sitze (3 an der Zahl) aus dem Wahlbezirk 8, also aus Nord-Tallinn (Põhja-Tallinn), bekam. Ein weiterer „russischsprachiger“ Wahlbezirk 4, mit dem Stadtteil Lasnamäe, gab der EÜRП genug Stimmen (7509) für 4 Sitze und damit mehr als jede andere Partei in diesem Bezirk. Auch die VEE bekam hier 4901 Stimmen, was die Gesamtzahl an Stimmen für die „russischsprachigen“ Parteien auf 12 410 im Bezirk 4 summiert. Laut der Wahlstatistik waren 9 911 Ausländer in diesem Wahlbezirk registriert, was bedeutet, dass die restlichen Stimmen für diese Parteien in diesem Bezirk von russischsprachigen Staatsbürgern kamen (wenn man davon ausgeht, dass die Ausländer mehrheitlich russischsprachige Nicht-Staatsbürger waren). In jedem Fall kann man davon ausgehen, dass der Erfolg der „russischsprachigen“ Wahlbündnisse und Parteien stark von dieser Wählerschaft abhängig war.

Dieser Wahlerfolg der „russischsprachigen“ Parteien und Bündnisse änderte sich allerdings ab dem Jahr 1999 in Tallinn, obwohl das Wahlbündnis von VEE und EÜRП, mit dem Namen „Wahl des Volkes“ (EVL Rahva Valik) auch dann mit 13,8% der Stimmen 9 Sitze im Stadtrat bekam. Im Vergleich zum Jahr 1996 waren es 7 Sitze weniger. Wieder kamen die meisten Mandate (4) für das „russischsprachige“ Bündnis aus dem Wahlbezirk 4 mit dem Stadtteil Lasnamäe. Genauso viele Sitze bekam aus diesem Bezirk allerdings auch die Zentrumsparterie, die mit 23,7% der Stimmen und 21 Sitzen im Stadtrat auch insgesamt die Siegerin war. So kam die Hälfte der Sitze für die Zentrumsparterie im Wahljahr 1999 aus Stadtteilen, die eine große russischsprachige Bevölkerung aufwiesen. Knapp verpasst hat den Einzug in den Stadtrat das Wahlbündnis „Russische Vereinte Liste“ (KVL Vene Üldine Nimekirii), das mit 4,5% der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Die restlichen Sitze im Tallinner Stadtrat teilten sich „Vaterland“, Reformparterie, die „Moderaten“, die Estnische Koalitionspartertie und das Wahlbündnis „Volksvertrauen“ (KVL Rahva Usaldus).<sup>845</sup>

In den Wahljahren 2002 und 2005 bekam die Zentrumsparterie jeweils 32 Sitze (von insgesamt 64) mit rund 40% der Stimmen. Bei der Wahl im Jahr 2009 waren es sogar 53,5% der Stimmen und 44 Sitze. Im Jahr 2002 kamen für die Zentrumsparterie ganze 9 Mandate aus dem „russischsprachigen“ Wahlbezirk 4 in Tallinn, was die meisten Sitze aus einem Wahlbezirk für eine Einzelpartertie bedeutete. Auch aus dem Bezirk 8 mit dem überwiegend russischsprachigen Stadtteil Nord-Tallinn bekam die Zentrumsparterie in diesem Jahr (2002) 7 Mandate. Bei den Wahlen 2005 und 2009 erhielt die Zentrumsparterie entsprechend 10 und 15 Sitze aus dem besagten Stadtteil Lasnamäe (Bezirk 4), weitere 6 Sitze in 2005 und 7 Sitze in 2009 kamen aus Nord-Tallinn. Die Zahl der Mandate aus Lasnamäe war in beiden besagten Wahljahren die Rekordzahl für eine Parterie in einem Wahlbezirk. Der Stimmzuwachs für die Zentrumsparterie ging, wie auch schon bei den Parlamentswahlen, auf Kosten der „russischsprachigen“ Parterien: EÜRП kam im Jahr 2002 auf 3 Mandate, was nicht mehr übertroffen werden konnte, weil es seitdem kein „russischsprachiges“ Bündnis mehr in den Stadtrat in Tallinn geschafft hat. Die 2005

---

<sup>845</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktober 1999.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

formierte „Klenskis Liste“ erhielt 2005 1,8% und 2009 1,2% der Stimmen, die meisten aus dem Bezirk 4, was aber nicht für Sitze im Stadtrat reichte.

Ida-Virumaa wird in der Literatur häufig als russische „Enklave“ in Estland bezeichnet, hauptsächlich wegen des großen Anteils der russischsprachigen Bevölkerung in diesem Landkreis.<sup>846</sup> Tatsächlich zeigt die kommunalpolitische Landschaft in Ida-Virumaa deutliche Unterschiede in den kommunalpolitischen Trends im Vergleich zum Rest des Landes. Anfang der 1990er Jahre waren hier die teilweise sowjetisch-radikal gestimmten Parteien populär, doch bei weitem nicht bei der gesamten russischsprachigen Bevölkerung. Wie bereits bei der Analyse des Systemwechsels beschrieben, waren in diesem Teil des Landes einige große Unternehmen der Sowjetzeit angesiedelt, z.B. in den Städten Sillamäe und in Narva. Nach dem Zerfall des Sowjetsystems drohte den Fabriken die Schließung, weswegen die Wirtschafts- und Parteifunktionäre mit Streiks den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen versuchten. Obwohl die meisten Unternehmen der Sowjetzeit nach dem Systemwechsel tatsächlich geschlossen wurden und die Arbeitslosigkeit hier Anfang der 1990er Jahre besonders hoch war, sind innerhalb der Bevölkerung keine ernsthaften Aufstände entstanden. Ein möglicher Grund ist die kommunalpolitische Freiheit in Ida-Virumaa und dessen Hauptstadt Narva aufgrund des Partizipationsrechts für Nicht-Staatsbürger. Es wäre dennoch, oder genau deswegen, falsch zu behaupten, dass der überwiegend russischsprachige östliche Teil Estlands an einer Separation interessiert war.

Estlands drittgrößte Stadt Narva gilt aufgrund ihrer beinahe ausschließlich russischsprachigen bzw. ethnisch russischen Bevölkerung häufig als Stimmungsbarometer der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>847</sup> Anfang der 1990er Jahre haben die Narvaer links angesiedelte Parteien in die Stadtregierung gewählt, die allerdings nicht radikal separatistisch waren.<sup>848</sup> Bei den Kommunalwahlen im Jahr 1993 wurden zwei Wahlbündnisse und eine Partei in die Stadtverwaltung gewählt – der Narvaer Gewerkschaftsbund mit 44,7% der Stimmen und 12 Sitzen, die Estnische Demokratische Arbeiterpartei mit einer eigenen Wahlliste, die 32,9% der Stimmen und ebenfalls 12 Sitze bekam.<sup>849</sup> Schließlich die Narvaer Estnische Gesellschaft mit 18,1% der Stimmen und den restlichen 7 der 31 Sitze im Narvaer Stadtrat.<sup>850</sup> Wenn man sich die Kandidatenlisten der Wahlbündnisse anschaut, so fallen gemischt estnische und russische Namen auf, doch russische Namen überwiegen leicht. Lediglich bei der Narvaer Estnischen Gesellschaft waren im Jahr 1993 mehr Esten aufgelistet als bei anderen Parteien.

Bei den nachfolgenden Kommunalwahlen 1996 sah das Wahlergebnis in Narva ähnlich aus – der Narvaer Gewerkschaftsbund bekam 31,3% der Stimmen und 12 Sitze im Stadtrat. Die Estnische Demokratische Arbeiterpartei kam auf Platz zwei mit 23,4% der Stimmen und 8 Sitze. Neue Kräfte in der Stadtverwaltung bildeten die EÜRП mit 18,8%

---

<sup>846</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 74.

<sup>847</sup> Vgl. Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): 2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages. S. 8.

<sup>848</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 77.

<sup>849</sup> Estnische Bezeichnung: KVL Narva Ametiühingute Keskus; Estnische Bezeichnung: Narva Eesti Selts (Üb. d. A.).

<sup>850</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Demokraatlik Tööpartei (Üb. d. A.).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

und 6 Sitzen, sowie die Zentrumsparterie mit 12,6% und 3 Sitzen. Als Letztes kam das Wahlbündnis „Mein Zuhause ist die Stadt Narva“ mit 10,1% der Stimmen und 2 Sitzen.<sup>851</sup>

Erneut zeigten die Wahllisten überwiegend russische Namen, die meisten estnischen Kandidaten wurden von der Reformpartei aufgestellt, die aber keine Sitze im Stadtrat bekam. Auch die Zentrumsparterie stellte gemischte estnisch-russische Wahllisten auf, ebenso wie die Arbeiterpartei. Die restlichen Wahllisten waren erneut überwiegend mit russischen Namen besetzt, obwohl hier und da mal ein estnischer Name vorkam. Die EÜRП und das Bündnis „Mein Zuhause ist die Stadt Narva“ stellten rein „russische“ Kandidatenlisten auf. Interessant ist, dass bei der Wahl 1996 81,7% der registrierten Ausländer an der Wahlurne waren, von den Staatsbürgern waren es 60%. Die gesamte Wahlbeteiligung lag bei 69%.

Der Trend, wonach die Popularität der „russischsprachigen“ Parteien Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre landesweit zurückgegangen ist, setzte sich auch auf der kommunalen Ebene in Narva fort. Im Jahr 1999 bekam die Zentrumsparterie bereits die meisten Sitze in der Narvaer Stadtverwaltung, nämlich 14 an der Zahl und 33,9% der Wählerstimmen, gefolgt vom Wahlbündnis EÜRП/VEE mit 21,7% und 7 Sitzen. Die restlichen Sitze wurden zwischen weiteren kleineren Wahlbündnissen (KVL „Narva“ 4 Sitze, KVL „Rahva Usaldus“ 2 Sitze, KVL „Arukus“ 1 Sitz) und der Sozialdemokratischen Partei mit 3 Sitzen aufgeteilt. Die Wahlbeteiligung lag bei 36,5% bei den Ausländern und bei 49,5% bei den Staatsbürgern, insgesamt bei 69%. Man muss aber dazusagen, dass im Jahr 1999 viel mehr Ausländer zur Wahl registriert waren als bei den vorigen Wahlen, nämlich fast 34 000 Personen, im Vergleich zu 10 700 im Jahr 1996. Deswegen haben trotz der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Ausländern insgesamt mehr Personen abgestimmt als bei der vorausgegangenen Wahl. Die Anzahl der registrierten Staatsbürger in Narva hat sich zwischen den Wahlen 1996 und 1999 um ca. 4 000 Personen erhöht.<sup>852</sup>

Spätestens ab der Kommunalwahl im Jahr 2002 hat die Zentrumsparterie ihre Position bei der russischsprachigen Wählerschaft gefestigt, wie die kommunalen Wahlergebnisse in Narva zeigen. Bei den Kommunalwahlen 2002, 2005 und 2009 hat die Partei nicht nur die meisten Sitze erhalten, sondern ihren Vorsprung kontinuierlich ausgebaut. Von 18 Sitzen in 2002, auf 22 in 2005 und weiter auf 26 von insgesamt 31 Sitzen in 2009. Entsprechend haben im Jahr 2002 50,5% der Wähler für die Zentrumsparterie gestimmt, im Jahr 2005 waren es schon 59,4% und im Jahr 2009 ganze 76,6%. Bemerkenswert ist dabei, dass in den Jahren 2002 und 2005 auch andere estnische Parteien erfolgreich waren. Die Reformpartei hat entsprechend 3 und 4 Sitze erhalten und sogar „Res Publica“, die als ethnisch eher konservative Partei bekannt war, bekam 2 Sitze im Jahr 2002 und 4 Sitze im Jahr 2005.<sup>853</sup> Dabei profitierte sie wahrscheinlich auch in Narva erneut von dem Wahlversprechen von 2002, wonach die Sprachtests bei der Einbürgerung durch einen

---

<sup>851</sup> Estnische Bezeichnung: KVL Minu Kodu Narva Linn (Üb. d. A.).

<sup>852</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 (Abgerufen am 12.-14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktoober 1999.

<sup>853</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Sprachkurs ohne Prüfung ersetzt werden sollten.<sup>854</sup> Dieses Vorhaben wurde bekanntlich nicht umgesetzt und „Res Publica“ bekam in den folgenden Wahlen im Jahr 2009 auch keine Sitze mehr. Kontrovers ist hierbei die Tatsache, dass die eigentlichen „russischsprachigen“ Parteien 2002 gar keine Sitze im Narvaer Stadtrat bekamen und sich ab 2005 auch gar nicht mehr zur Wahl gestellt haben.<sup>855</sup> Die Reformpartei konnte in den Jahren 2002 und 2005 entsprechend 3 und 1 Sitz erhalten, im Jahr 2009 hat sie nicht kandidiert. Auch die Volkunion (Rahvaliit) kam in diesen beiden Jahren mit entsprechend 1 und 3 Sitzen in den Stadtrat. Weiterhin waren unterschiedliche kleinere Wahlbündnisse erfolgreich, beispielsweise „VL Vääriline Elu“ mit 2 Sitzen und „VL Elujõud“ mit 5 Sitzen im Jahr 2002 und „VL Linnakodanik“ mit 1 Sitz im Jahr 2005.

2009 war ein interessantes Wahljahr in Narva: Neben dem überwältigenden Ergebnis der Zentrumspartei konnten nur 3 weitere Wahlbündnisse Sitze im Stadtrat ergattern. Dazu gehörten „Valimisliit Uus Narva“ („Neues Narva“) mit 7,7% und 2 Sitzen, „Valimisliit Peetri plats“ („Petersplatz“) mit 5,9% und ebenfalls 2 Sitzen sowie „Valimisliit Juri Misini plokk – Meie Kodu Narva“ („Wahlblock von Juri Misin - Unser Zuhause Narva“, Üb. d. A.) mit 4,6% und einem Sitz. Die Sozialdemokraten (SDE) bekamen zwar 4,8% der Stimmen, aber keine Sitze im Stadtrat aufgrund der Mandatsverteilung in den einzelnen Wahlkreisen. Die Wahllisten der Bündnisse und der Parteien des Wahljahres 2009 zeigen nach wie vor überwiegend russische Namen mit einigen estnischen dazwischen. Die Verteilung könnte etwa 85% zu 15% betragen.<sup>856</sup> Ab dem Jahr 2002 erfolgte bei der Registrierung der Wähler keine Unterscheidung zwischen Staatsbürgern und Ausländern, so dass nicht nachvollziehbar ist, welche Gruppe zu welchem Anteil an den Wahlen teilgenommen hat.

Bei den ersten Kommunalwahlen der Stadt Tartu im Jahr 1993 waren die Führungspositionen noch relativ ausgeglichen zwischen zwei neu formierten Wahlbündnissen „KVL „Valimisliit Tartu“ und „KVL Eesti Pensionäride Liit“, mit entsprechend 26,1% und 23,8% der Stimmen. Dies entsprach jeweils 19 und 17 Sitzen im 49-köpfigen Stadtrat. Weitere 7 Sitze gingen an „Vaterland“ (RKE „Isamaa“) mit 12,6% der Stimmen, 3 Sitze an die ERSP (9,4%) und jeweils 1 Sitz an die ESDP (6,9%), an die KVL „Kuningriiklaste nimekiri“ (6,6%) und an die Zentrumspartei (5,5%). Bei dieser Wahl hat keine „russischsprachige“ Partei in Tartu ihre Wahlliste aufgestellt. Im Jahr 1996 hat die Reformpartei die meisten Sitze im Tartuer Stadtrat bekommen, mit 21,6% der Stimmen reichte dies für 14 Mandate. Weitere 11 Sitze hatte das Wahlbündnis KVL „Tartu 2000“ (17,4%), 12 Sitze gingen an „Vaterland“, 7 Sitze an die „Moderaten“ („Möödukad“) und 5 Sitze an die Zentrumspartei (9,5%). Diesmal hatten sich auch die „russischsprachigen“ Parteien „Unsere Heimat ist Estland!“ (EVL „Meie Kodu on Eestimaa/Vasakvõimalus“) sowie die VEE mit Listen aufgestellt. Das erstgenannte Bündnis kam auf 4,6% der Stimmen, die

---

<sup>854</sup> Vgl. Virumaa Nädalaleht: „Riik algab kodanikest“ 20.02.2004.

<sup>855</sup> So wie die Russische Baltische Partei in Estland (Vene Balti Erakond Eestis), die sich zwischen den Jahren 2000 und 2002 aus einem Teil der ehemaligen Mitglieder der EÜRP formierte, bei der Wahl 2002 als einzige Partei aber keinen Sitz bekam. Nur 0,4% der Wähler haben für diese Partei gestimmt.

<sup>856</sup> Eigene Einschätzung auf Grundlage der Kandidatenlisten der Kommunalwahlen in Narva am 18. Oktober 2009. Die Listen sind erhältlich bei der Staatlichen Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 18. oktoober 2009.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

VEE auf 3,4% und damit beide nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Interessant hierbei ist, dass bei dieser Wahl 79,1% der registrierten Ausländer ihre Stimme abgegeben haben, bei den Staatsbürgern lag dieser Anteil bei 39,8%. Allerdings müssen dabei auch die absoluten Zahlen beachtet werden: Von den Staatsbürgern waren 65 422 Personen wahlberechtigt, von den Ausländern haben sich lediglich 1 056 Personen zur Wahl registriert. Daher war die allgemeine Wahlbeteiligung in Tartu mit 40,4% sehr niedrig, vor allem im Vergleich zu Narva mit 69,0% im Jahr 1996.<sup>857</sup> Angesichts der geringen Zahl der registrierten Ausländer verwundert es also nicht, dass es für die „russischsprachigen“ Parteien nicht gereicht hat.

Bei der Kommunalwahl 1999 in Tartu war das Verhältnis bei den Wahlbeteiligungen anders: Von 69 227 Staatsbürgern waren 29 901 an der Wahlurne, was eine Wahlbeteiligung von 43,2% bedeutet. Die Anzahl der registrierten Ausländer belief sich auf 5 767 Personen, von denen 1 891, also 32,8%, die Stimme abgegeben haben. Die allgemeine Wahlbeteiligung lag bei 43,3%, was aber diesmal im Vergleich zu Narva (mit 41,3%) höher war. Die Führungsposition der Reformpartei in Tartu blieb bei allen nachfolgenden Kommunalwahlen erhalten, was sie zur stärksten Kraft im Stadtrat erhob. Insbesondere demonstrierte die Reformpartei ihre Dominanz bei der Kommunalwahl 2002, als sie 39,4% der Stimmen um 23 Sitze erhalten hat. Im Wahljahr zuvor (1999) waren es 32% (20 Sitze), in den Wahljahren danach (2005 und 2009) jeweils 34,9% (19 Sitze) und 30,9% (17 Sitze). Den zweiten Rang in Tartu hielt seit 1999 stabil „Vaterland“ („Isamaa“) bzw. ab 2009 die IRL. Im Jahr 1999 hat „Isamaa“ 23,5% der Stimmen und 14 Mandate erhalten, in 2002 und 2009 waren es dann jeweils 9 Sitze mit 17,4% und 19,0% der Stimmen. Die Partei „Res Publica“ hat im Vergleich dazu eine Berg- und Talfahrt erlebt: Im Jahr 1999 war sie noch nicht existent, im Wahljahr 2002 kam sie mit 15,3% auf 8 Sitze und drei Jahre später mit nur 6,6% auf 3 Sitze im Stadtrat. Im Jahr 2009 war sie dann mit „Isamaa“ in einer gemeinsamen Liste aufgestellt. Die Zentrumspartei hat in Tartu während der Jahre 1999 bis 2009 eine relativ stabile Position mit 6 bis 9 Mandaten im Stadtrat gehalten. Prozentual sahen die Ergebnisse wie folgt aus: 16,4% (9 Sitze) im Jahr 1999, 12,3% (6 Sitze) im Jahr 2002, 15,7% (8 Sitze) im Jahr 2005 und 17,5% (9 Sitze) im Jahr 2009.<sup>858</sup> Die restlichen Sitze wurden zwischen 1999 und 2009 von „Möödukad“ („Moderarten“), SDE (Sozialdemokraten), ERL (Volksunion) und im Jahr 1999 „KVL Tartu 2000+“ geteilt. Was die „russischsprachigen“ Repräsentanten angeht, so erzielten sie 1999 bis 2009 folgende Ergebnisse in Tartu: Im Jahr 1999 5,2% der Stimmen und 1 Sitz im Stadtrat für das Wahlbündnis „EVL Hea Tahe/Vasakvõimalus“ mit der EÜRP, der VEE und der ESDTP (Sozialdemokratische Arbeitspartei); 2,6% der Stimmen für EÜRP im Jahr 2002; 0,89% der Stimmen für das Wahlbündnis „INITSIATIVA“ und 0,51% der Stimmen für das Bündnis „Zentr Soglasija“ im Jahr 2009. Damit haben es „russischsprachige“ Parteien in Tartu nur einmal geschafft, in den Stadtrat zu kommen, nämlich im Jahr 1999 mit einem Sitz. Auch die Zentrumspartei erzielte hier zwar eine stabile, aber eine deutlich schwächere Position als in Tallinn und Narva. In Tartu blieben die konservativen und liberalen Kräfte stets vorne mit einer Mehrheit im Stadtrat. Wenn man sich die

<sup>857</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktober 1993; 20. oktober 1996.

<sup>858</sup> Ebd.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Wahllisten der Parteien in Tartu bei der Kommunalwahl 2009 anschaut, so fällt auf, dass außer in den Listen der EÜRП, VEE und anderen „russischsprachigen“ Listen, russische Namen überwiegend bei der Zentrumspartei auftauchen. Allein 2009 haben „NITSIA-TIVA“ und „Zentr Soglasija“ überwiegend russische Kandidaten in ihren Listen aufgestellt, doch die Fünf-Prozent-Hürde weit verfehlt.<sup>859</sup> Ebenfalls gab es einzelne russische Namen bei der Reformpartei und SDE.

### 4.5.5.2.3 Fazit: Wahlverhalten der russischsprachigen Bevölkerung in Estland

Als Fazit zum Wahlverhalten der russischsprachigen Bevölkerung bleibt festzuhalten, dass die russischsprachige Bevölkerung durchaus aktiv an den Wahlen teilgenommen hat. Dabei unterscheiden sich die Ergebnisse sowohl nach Parlaments- oder Kommunalwahlen, als auch nach Gegend und Wahlbeteiligung. Deutlich zeigt sich die gestiegene Wahlaktivität Mitte der 1990er Jahre sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf kommunalen Ebene – in dieser Zeit haben die Parteien und Bündnisse, die die russischsprachige Bevölkerung repräsentierten, die besten Ergebnisse erzielt. Daher kann man sagen, dass bei vorhandenen Alternativen die russischsprachige Bevölkerung in erster Linie für die „russischsprachigen“ Parteien und Bündnisse gestimmt hat. Diese Einstellung war allerdings auch stark an die politischen Ergebnisse gekoppelt, vor allem auf gesamtstaatlicher Ebene. Als die erhofften politischen Resultate der „russischsprachigen“ Parteien im Parlament ausgeblieben sind, hat sich die russischsprachige Wählerschaft an größeren Parteien orientiert, die eine höhere Wahrscheinlichkeit der Regierungsbeteiligung aufwiesen. Diese Wahrscheinlichkeit bot die Zentrumspartei mit dem Vorsitzenden Edgar Savisaar, welcher der russischsprachigen Bevölkerung bereits aus der Zeit in der Volksfront und somit als Repräsentant der russischsprachigen Wählerschaft bekannt war. Offenkundig erschien der politische Einfluss dieser Partei den meisten russischsprachigen Bewohnern größer als der der „russischsprachigen“ Parteien. Positiv auf die Wahlbeteiligung scheint sowohl bei Parlaments- als auch bei Kommunalwahlen die ethnisch-nationale Durchmischung der Wohngegend sowie das Vorhandensein der estnischen Staatsbürgerschaft auszuwirken.

Obwohl die ethnische bzw. sprachliche Zusammensetzung der Bevölkerung auf kommunaler Ebene deutliche Unterschiede zu der zentralstaatlichen Ebene aufweist, sind deutliche Gemeinsamkeiten in den Wahlpräferenzen der russischsprachigen Bevölkerung zu erkennen. Die Ergebnisse in Tallinn und Narva zeigten Anfang der 1990er Jahre relativ starke Ergebnisse für russischsprachige Parteien und Bündnisse. Ab der Kommunalwahl 1999 übernahm zunehmend die Zentrumspartei die repräsentative Rolle der russischsprachigen Bevölkerung. In beiden Städten hat sich die Zentrumspartei seit dem Jahr 2002 derart stark gesteigert, dass sie bis 2009 die absolute Mehrheit der Sitze in den jeweiligen Stadträten erzielt hat. Diese Stellung in Narva zeigt das Vertrauen, das

---

<sup>859</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööpartei (Üb. d. A.); Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

die russischsprachige Wählerschaft in Estland der Zentrumsparterie entgegenbringt. Dies belegen auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in den einzelnen Tallinner Stadtteilen mit überwiegend russischsprachiger Bevölkerung, Lasnamäe und Põhja-Tallinn. Dort erzielte die Zentrumsparterie bei den Wahlen 2002, 2005 und 2009 stets die Rekordzahl an Mandaten für den Stadtrat. Dagegen hat sich die Position der eigentlichen „russischsprachigen“ Parteien spätestens ab 2002 rapide verschlechtert, weder die EÜRП noch die VEE noch die formierten „russischsprachigen“ Wahlbündnisse konnten in Tallinn und Narva nennenswerte Ergebnisse erzielen. Dieses Muster wiederholt die Ergebnisse der gesamtstaatlichen Parlamentswahlen

Generell zeigten Studien des Wählerverhaltens im Osten Estlands während der 1990er Jahre, dass die Bevölkerung eher an praktischen Wahlversprechen orientiert war und weniger die ideologische oder programmatische Richtung des jeweiligen Kandidaten betrachtete.<sup>860</sup> Gleichzeitig spielt auch hier die Regierungstätigkeit der Parteien auf zentralstaatlicher Ebene eine Rolle, auch hier haben Ergebnisse aus Tallinn und Idavirumaa gezeigt, dass die Zentrumsparterie das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung genießt. Die Wahlergebnisse in Tartu sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene zeigen, dass die überwiegend estnischsprachige Bevölkerung künftig vermutlich an dem liberalen Kurs der Parteien festhalten wird. Die Zentrumsparterie, obwohl stabil, konnte in Tartu nie an die Spitze kommen. Die „russischsprachigen“ Parteien waren in Tartu fast in keiner einzigen Zusammensetzung des Stadtrates vertreten, mit Ausnahme der EÜRП mit einem Sitz im Jahr 1999.

Interessant ist auch die Verteilung der Wahlbeteiligung zwischen Staatsbürgern und Ausländern in den verschiedenen Gebietskörperschaften bei Kommunalwahlen. Während im Jahr 1993 keine Ausländer separat registriert waren, zeigten sich die Ausländer im Jahr 1996 besonders aktiv: In allen drei Städten lag die Wahlbeteiligung der Ausländer bei über 80% (79,1% in Tartu). Obwohl nicht explizit belegt werden kann, dass wirklich alle registrierten Ausländer in Wahrheit russischsprachige Bewohner Estlands ohne Staatsbürgerschaft bzw. russischsprachige Ausländer waren, so ist es dennoch wahrscheinlich. Zum Beispiel kamen in Tallinn über 64% der registrierten Ausländer aus den drei Tallinner Bezirken mit dem größten russischsprachigen Anteil. Die eigentliche Anzahl der Wähler war in den drei Städten sehr unterschiedlich (Tallinn: 28 599; Narva: 10 700; Tartu: 1 056), aber dennoch war das Wahljahr 1996 von der Wahlaktivität der Ausländer her herausragend. Die nachfolgenden Wahlen zeigten keine so hohen Beteiligungen mehr, obwohl in Narva im Jahr 1999 fast doppelt so viele Ausländer wie Staatsbürger zur Wahl registriert waren (33 930 Ausländer und 19 482 Staatsbürger). Hierbei zeigte sich zunehmend die Verdrossenheit der Wähler. Ab der Wahl 2002 wurden Ausländer nicht mehr separat registriert, weshalb ein derartiger Vergleich nicht mehr möglich ist. Hierzu muss präzisiert werden, dass die Wahlstatistik leider keine Unterscheidung zwischen Staatenlosen und Bürgern anderer Staaten vorgenommen hat, so dass noch differenziertere Präferenzen nicht dargelegt werden können. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die relative Mehrheit der „Ausländer“ in Wahrheit Staatenlose waren und somit zur russischsprachigen Bevölkerung gezählt werden können.

---

<sup>860</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 77-78.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Was sich nur langsam ändert, sind die Haltungen der estnischen politischen Führer gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung. Umfragen zeigen, dass auch das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung in einigen Institutionen zu wünschen übrig lässt. Solange sich solche Haltungen in der Staatsführung nicht ändern, wird es auch in Zukunft schwierig, das Vertrauen der russischsprachigen Wählerschaft zu mobilisieren. Zumindest hat das Integrations-Monitoring 2011 gezeigt, dass Esten seit etwa Mitte der Nuller-Jahre – erneut ein Hinweis auf den Paradigmenwechsel – weitaus offener gegenüber der Partizipation der russischsprachigen Bevölkerung geworden sind: Die Mehrheit war mit der Aussage einverstanden, dass es nützlich sei, die russischsprachige Bevölkerung in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. Eine solche Unterstützung wäre davor nicht da gewesen.<sup>861</sup>

Im Allgemeinen scheint die russischsprachige Bevölkerung auf zentralstaatlicher Ebene eher estnische Parteien zu bevorzugen, welche ihre Interessen repräsentieren und „regierungsfähig“ sind. Insofern kann man sagen, dass die parteipolitischen Präferenzen der russischsprachigen Bevölkerung Estlands wandlungsfähig sind, doch wahrscheinlich wird eine rein-russischsprachige Partei in der mittelfristigen Perspektive keinen nennenswerten Erfolg haben.

### 4.5.6 Staatliche Programme und Einrichtungen für Integration in Estland – Messung der gesellschaftlichen Integration

#### 4.5.6.1 Hintergründe und Inhalte

Die Besonderheit der estnischen Integrationspolitik besteht darin, dass die bisherigen staatlichen Integrationsprogramme von einer einseitigen Anpassung ausgegangen sind, und zwar seitens der russischsprachigen Minderheit in die estnischsprachige Gesellschaft.<sup>862</sup> Einerseits wird erwartet, dass die Anderssprachigen die estnische Sprache lernen und sich so gleichberechtigt an dem sozialen und kulturellen Leben in Estland beteiligen können. Andererseits sollen die kulturellen Besonderheiten der Minderheit erhalten bleiben.<sup>863</sup> Diese Vorstellung spricht theoretisch für die Mehrfachintegration als formales Ziel, welches dennoch von der Besonderheit der empirischen Situation in Estland, stellvertretend für das Baltikum, geprägt wird. Maßgeblich sind dafür zwei Faktoren: die historische Situierung als ehemalige Sowjetbürger sowie die dadurch bedingte Tatsache, dass die meisten das Baltikum als permanentes Zuhause und nicht als Land eines temporären Aufenthaltes betrachten, wie es bei Arbeitsmigranten der Fall

---

<sup>861</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 21-22.

<sup>862</sup> Reek, Hanna (2012): Miks valiti eesti õppekeelega kool?. in: Pulver, Aleksander (Hrsg.): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 16; 33-45, S. 33.

<sup>863</sup> Ebd. S. 33; vgl. Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 9-17.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

ist.<sup>864</sup> Insofern unterscheiden sich die Ansprüche der Mehrheit und der Minderheit im estnischen Fall, indem die Mehrheit eine einseitige und die Minderheit eine zweiseitige Integration erwartet, bei der sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit beteiligt ist. Tatsächlich kann eine Mehrfachintegration mit Schwierigkeiten verbunden sein, wenn der Zugang zur Mehrheitsgesellschaft versperrt ist.<sup>865</sup>

Im Jahr 1992 wurde der sogenannte Migrationsfonds (Sihtasutus Eesti Migratsioonifond) gegründet, der hauptsächlich zur Finanzierung der Migration nach und aus Estland eingesetzt wurde.<sup>866</sup> Unter anderem konnte dadurch Personen zur Repatriierung verholfen werden. Per Definition gehörten auch solche Personen dazu, die „sich nicht in die estnische Gesellschaft integrieren konnten“.<sup>867</sup> Ebenfalls diejenigen Personen, die ihren Status nicht legalisiert hatten, also beispielsweise nicht als „Ausländer“ registriert waren.<sup>868</sup> Während der Periode 1992 bis 2009 hatte der Fonds so etwa 25 500 Personen unterstützt, die „aufgrund der Unabhängigkeit Estlands im Jahr 1991 und der Etablierung der neuen Staatsordnung das Bedürfnis verspürten, zurück in ihre ethnische Heimat zu kehren“.<sup>869</sup> Die meisten solcher „Rückkehrer“ sind während der ersten 10 Jahre der Unabhängigkeit emigriert. Laut der Untersuchung des Fonds sind Emigrationen der Folgejahre vormals von älteren Menschen vorgenommen worden, die zurück in ihre Heimat zu Verwandten wollten.<sup>870</sup> Insgesamt sind bis 2008 immer weniger Anträge gestellt worden. Die meisten Rückkehrer der Folgejahre hatten die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation.<sup>871</sup> Über den Erfolg der Rückkehrer vor Ort hatte die estnische Seite aber keinerlei Statistik oder Angaben, wie eine entsprechende Studie aus dem Jahr 2009 belegt.<sup>872</sup>

Die bereits erwähnte Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitteestlaste Integratsioonifond Sihtasutus – MEIS) wurde zur Förderung der gesellschaftlichen Integration der Nicht-Esten – hauptsächlich der russischsprachigen Bevölkerung – am 31. März 1998 gegründet.<sup>873</sup> Im Jahr 2008 wurde der Name in „Einrichtung für Integration“ („Integratsioonifond Sihtasutus“) geändert und am 1. Januar 2010 mit dem Migrationsfonds zusammengelegt, wobei der Name der neuen Einrichtung in „Einrichtung für Integration und Migration Unsere Menschen“ (Integratsioonifond ja Migratsioonifond Sihtasutus Meie Inimesed (MISA)) geändert wurde. Die Namensänderungen sprechen durchaus für einen Wandel der politischen Richtung der estnischen Integrationspolitik. Anfangs noch explizit für Nicht-Esten eingerichtet, wurde mit der Bezeichnung „Unsere Men-

---

<sup>864</sup> Reek, Hanna (2012): Miks valiti eesti õppekeeleka kool? S. 33; vgl. Kymlicka, Will (2000): The Rights of Minority Cultures.

<sup>865</sup> Alternative Quellen mit Ergebnissen zur Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland siehe z.B.: Polshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014.

<sup>866</sup> SA eesti migratsioonifond/Euroopa rändevõrgustik (2009): Toetatud Tagasipöördumine ja reintegratsioon Kolmandatesse riikidesse – Euroopa Liidu programmi ja strateegiad. Tallinn: SA Eesti Migratsioonifond. S. 5.

<sup>867</sup> Eigene Übersetzung aus: SA eesti migratsioonifond/Euroopa rändevõrgustik (2009): Toetatud tagasipöördumine ja re-integratsioon Kolmandatesse riikidesse – Euroopa Liidu programmi ja strateegiad. S. 10.

<sup>868</sup> Ebd.

<sup>869</sup> Eigene Übersetzung aus: Ebd. S. 11-12.

<sup>870</sup> Ebd. S. 12.

<sup>871</sup> Ebd. S. 13.

<sup>872</sup> Ebd. S. 50.

<sup>873</sup> RT I 1998, 33, 471. Mitte-eestlaste Integratsioonifond Sihtasutuse asutamine. Vastu võetud 31.03.1998 nr 263.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

schen“ dieselbe Zielgruppe nun als Teil der estnischen Gesellschaft betrachtet. Entsprechend der offiziellen Erklärung wurden mit dem neuen Namen sowohl eingewanderte Personen als auch Esten und Nicht-Esten angesprochen, die alle zu einem Teil der Gesellschaft werden sollten.<sup>874</sup>

Zu den Aufgaben der Einrichtung gehören bis heute Tätigkeiten zur Förderung der gesellschaftlichen Integration, Erstellung entsprechender Datensammlungen und Herausgabe von Informations- und Lehrmaterial. Ebenfalls werden Studien in Auftrag gegeben, die die gesellschaftliche Integration der nicht-estnischen Bevölkerung zum Gegenstand haben. Kooperation mit staatlichen Behörden ist maßgeblich für die Arbeit der Einrichtung, wofür hauptsächlich die drei bisher verabschiedeten Integrationsprogramme die Grundlage bilden: das erste Programm „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“ (Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007), das anknüpfende Programm „Integrationsprogramm 2008-2013“ (Lõimumiskava 2008-2013) sowie das neueste Programm „Integriertes Estland 2020“ (Lõimuv Eesti 2020).<sup>875</sup> Die Programme wurden allesamt von den jeweiligen amtierenden Regierungen verabschiedet und fungierten als Aktionspläne für Regierungsorgane sowie andere Institutionen, die sich mit der gesellschaftlichen Integration in Estland beschäftigten. Dazu gehört beispielsweise auch MEIS bzw. MISA.

Die gesellschaftliche Integration und Chancengleichheit sollte demnach als übergeordnetes Ziel bei allen bisherigen Programmen dienen. Zur Herausarbeitung des ersten Programms wurde eine Expertenkommission eingesetzt, beim zweiten Programm wurden auch verstärkt zivilgesellschaftliche Vertretungen miteinbezogen.<sup>876</sup> Zur Konzeption des letzten Aktionsplans fanden schließlich Seminare, Studien und Sitzungen unter Beteiligung „tausender Menschen in Estland“ statt, wie das Kulturministerium es formulierte.<sup>877</sup> Zum Hauptziel des ersten Programms für die Jahre 2000 bis 2007 wurde die gesellschaftliche Vereinheitlichung bei gleichzeitiger Erhaltung ethnischer Besonderheiten erklärt. An diesem Prozess sollten sowohl Esten als auch Nicht-Esten teilnehmen und der Zielsetzung wurden internationale sowie nationale Normen und Gesetze zugrunde gelegt. Die Integration sollte auf sprachlich-kultureller, rechtlich-politischer und sozioökonomischer Ebene stattfinden, wobei die erste Ebene mit der estnischen Sprache als Indikator als wichtigste dargestellt wurde.<sup>878</sup> Dazu gehörten Maßnahmen im Bereich der Bildung sowie der gesellschaftlichen Einstellung von Esten gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung. Auf der zweiten Ebene sollte die Vergabe der Staatsbürgerschaften erfolgreicher gestaltet werden, so dass Nicht-Esten sich besser in den politischen Prozess hineinfinden und dem estnischen Staat gegenüber loyaler eingestellt sind.

---

<sup>874</sup> MEIS: Migratsioonifond liidetakse integratsiooni sihtasutusega [http://www.meis.ee/uudised?news\\_id=370](http://www.meis.ee/uudised?news_id=370) am 29.10.2009 (Abgerufen am 12.03.2014).

<sup>875</sup> Kulturiministeerium: Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007 ([http://www.kul.ee/sites/default/files/integratsioon\\_eesti\\_uhiskonnas\\_2000-2007.pdf](http://www.kul.ee/sites/default/files/integratsioon_eesti_uhiskonnas_2000-2007.pdf)); Lõimumiskava 2008-2013 ([http://www.kul.ee/sites/default/files/loimumiskava\\_2008\\_2013.pdf](http://www.kul.ee/sites/default/files/loimumiskava_2008_2013.pdf)) (Abgerufen am 01.10.2013); Lõimuv Eesti 2020 (<http://www.kul.ee/et/valdkondlik-arengukava-loimuv-eesti-2020>) (Abgerufen am 01.04.2015).

<sup>876</sup> Kulturiministeerium: „Eesti lõimumiskava 2008-2013: Lühikokkuvõte“ 2008. Tallinn: Kulturiministeerium. S. 5-6.

<sup>877</sup> Der Wortlaut findet sich bei der Beschreibung des Programms auf der Webseite des estnischen Ministeriums für Kultur: <http://www.kul.ee/et/valdkondlik-arengukava-loimuv-eesti-2020> (Abgerufen am 05.03.2015).

<sup>878</sup> Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“ 14.03.2000. S. 4-14.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Schließlich sollten auf der sozioökonomischen Ebene die Teilnahme am Arbeitsmarkt verbessert sowie die regionale Isolation der Nicht-Esten vermindert werden. Lokale und zentralstaatliche Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und sonstige Institutionen sollten für die Erreichung der Ziele eingesetzt werden, die im Programm relativ detailliert auf normativer Ebene beschrieben wurden. Ähnlich waren auch die Nachfolgeprogramme aufgebaut, wobei 2008 der Schwerpunkt etwas stärker auf die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gruppen gelegt wurde. Zu den neu gesetzten Akzenten gehörten die verstärkte Annäherung der relevanten Gruppen sowie die Erhöhung der sozialen Kontakte und die dadurch bedingte Verstärkung der Identität mit dem Staat.<sup>879</sup> Auch gehörte die Verminderung der sozioökonomischen Ungleichheiten zu den nunmehr neu gesetzten Integrationszielen. Nach wie vor blieb die Vermittlung der estnischen Sprache als zentrales Element der gesellschaftlichen Annäherung. Wie im ersten Programm wurden drei Bereiche determiniert, in welchen die Integration stattfinden sollte und für jeden Bereich wurden normative Ziele festgelegt, die diesmal mit Vergleichswerten aus der ersten Periode versehen wurden. Beispielsweise sollten bis zum Jahr 2013 90% der Absolventen russischsprachiger Gymnasien über 60 (von möglichen 100) Punkte bei der Estnischprüfung erreichen. Zum Vergleich hatten im Jahr 2007 75% der Absolventen diese Vorgabe erfüllt.<sup>880</sup> Außerdem sollte sich die Anzahl der Personen, die ein Sprachkurs besucht hat, bis 2013 vervierfachen, und auch die Anzahl der jährlichen Einbürgerungen sollte sich erhöhen.<sup>881</sup>

Das im Jahr 2014 verabschiedete aktuelle Programm zeichnet sich durch eine größere Differenzierung der gesellschaftlich relevanten Gruppen aus.<sup>882</sup> So werden nicht nur estnischsprachige Personen als die Mehrheit und russischsprachige Personen als die Minderheit definiert, sondern diesmal wurde die Gesamtheit der estnischen russischsprachigen Bevölkerung nach dem Ausmaß ihres Integrationsgrades in drei Dimensionen (Estnische Sprache, Identität und Bürgerbeteiligung) in fünf Gruppen aufgeteilt. Entsprechend der Ergebnisse des Integrations-Monitorings 2011 und einer Studie der Universität Tallinn aus dem Jahr 2013 konnten so unter der russischsprachigen Bevölkerung fünf Personengruppen identifiziert werden, die sich bis dahin unterschiedlich integriert hatten. Entsprechend konnte die Gruppe a.) in allen drei Dimensionen als integriert gelten, die Gruppe b.) als stark politisch-identifikativ aber schwach sprachlich integriert, die Gruppe c.) als sprachlich und politisch-sozial gut integriert aber mit einer niedrigen Bürgeridentität gelten. Die Gruppe d.) wies eine gute sprachliche und identifikative Integration, aber eine niedrige Bürgerbeteiligung auf, und schließlich zeigte die Gruppe e.), die größtenteils aus Bürgern der Russischen Föderation im fortgeschrittenen Alter bestand, eine schwache Integration in allen Dimensionen.<sup>883</sup> Entsprechend hat sich das Programm das Erreichen des Integrationsniveaus der Gruppe a.) für alle anderen zum Ziel gesetzt, was entsprechend der theoretischen Basis dieser Arbeit eine Mehrfachintegration bedeuten würde. Dennoch sind die gesellschaftlichen Probleme der

---

<sup>879</sup> Kultuuriministeerium: „Eesti lõimumiskava 2008–2013: Lühikokkuvõte“ 2008. S. 2.

<sup>880</sup> Ebd. S. 3.

<sup>881</sup> Ebd. S. 3-4.

<sup>882</sup> Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. Tallinn: Kultuuriministeerium. S. 3-9.

<sup>883</sup> Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. S. 7-9; Rikman, Erle/Nimmerfeldt, Gerli (Hrsg.) (2013): Lõimumisvaldkonna sotsiaalse te gruppide uuring. Uuringu raport. Tallinn: TLÜ RASI. S. 16-19.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

vorangegangenen Programme nach wie vor in ihrem Kern erhalten geblieben. So hatten etwa 6% der Gesamtbevölkerung keine Staatsbürgerschaft, geringe Sprachkenntnisse und dadurch bedingt eine schlechtere Vernetzung auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialleben. Zur Lösung dieser Probleme hat sich das Programm vorgenommen, mittels struktureller Instrumente im Bereich der Bildung und der Vermittlung der Sprache auch die gesellschaftlichen Akzeptanz und Zusammenarbeit zu fördern.<sup>884</sup> Entsprechend sind mit dem Programm kleinere Projekte in konkreten Bereichen verbunden, solche wie das „Entwicklungsprogramm im Bereich der Jugend 2014-2020“ (Noortevaldkonna arengukava 2014-2020) oder das „Entwicklungsprogramm der estnischen Sprache 2011-2017“ (Eesti keele arengukava 2011-2017).<sup>885</sup>

Es lässt sich sagen, dass sich das aktuelle, im Jahr 2014 verabschiedete Programm am stärksten an den gesellschaftlichen Umständen, die aktuell in Estland herrschen, orientiert. Während es bei den zwei ersten Programmen primär um die Heranführung der russischsprachigen Bevölkerung an die estnischsprachige Gesellschaft ging, wobei auch stets auf die mangelnde Aufnahmebereitschaft Letzterer hingewiesen wurde, hat das dritte Programm die Unterschiede innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung erkannt und erfasst. Die gesellschaftlich relevanten Bereiche der Integration, die von allen drei Programmen als Grundlage genommen wurden, entsprechen den theoretischen Dimensionen, die in dieser Arbeit verwendet werden. Die unterschiedlichen Integrationsstufen der russischsprachigen Bevölkerung aus dem aktuellen Programm können indes als Abbild der verschiedenen Möglichkeiten der Integration, die ebenfalls in dieser Arbeit verwendet werden, aufgefasst werden. Daher können die Integrationsprogramme als empirische Beispiele der konzeptionellen gesellschaftlichen Integration gelten, die durch ihre Implementierung operationalisiert werden. Entsprechend können Ergebnisse dieser Implementierung zur Messung der Integration verwendet werden, für welche sich die Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011 am besten eignen.

### 4.5.6.2 Ergebnisse der Integrations-Monitorings in Estland 2008 und 2011 – soziale Kontakte und sozioökonomische Faktoren

Die Ergebnisse der Integrations-Monitorings 2008 und 2011 wiesen eine Reihe von Faktoren auf, die auf gewisse Unterschiede in der sozioökonomischen Stellung der titularen und der russischsprachigen Bevölkerung in Estland hindeuten. Zu unterscheiden sind hierbei objektive und subjektive Angaben, die einerseits aus den Zahlen zum Einkommen bzw. zur Arbeitslosigkeit und andererseits aus den persönlichen Empfindungen zur Gleichstellung gewonnen werden können. Insgesamt können drei Indikatoren definiert werden, die zu Unterschieden zwischen den ethnischen Gruppen und auch innerhalb der russischsprachigen Gruppe beigetragen haben: die estnische Staatsbürgerschaft, das Bildungsniveau und die Wohngegend. Hinzu kommen Kenntnisse der estnischen Sprache, wobei diese bei den genannten Indikatoren die zentrale Rolle spielen. Die Bedeutung der estnischen Sprache im sozioökonomischen Kontext nahm ihren Anfang in

---

<sup>884</sup> Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. S. 10-11.

<sup>885</sup> Ebd. S. 11.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

der „Platz sauber!“ („plats puhtaks“) Politik Anfang der 1990er Jahre. Dieser Ausdruck wurde seitens der Opposition (hauptsächlich unter der national-konservativen „Isamaa“) für einen „Kahlschlag“ in den politischen Führungsetagen verwendet, mit dem alle „alten“ Sowjet-Eliten gegen „neue“ oppositionelle ausgetauscht werden sollten. Zwar war diese nicht explizit gegen die russischsprachige Bevölkerung gerichtet, obwohl die Forderung nach estnischer Sprache viele russischsprachige Führungskräfte dazu zwang, ihre Posten zu räumen, so Klara Hallik und Vello Pettai, allerdings implizierte die „Estifizierung“ des öffentlichen Lebens natürlich auch, dass die russischsprachige Bevölkerung zunächst an den Rand der Gesellschaft gedrückt wurde.<sup>886</sup>

Die Integrations-Monitoring der Jahre 2008 und 2011 sowie Untersuchungen aus dem Jahr 2012 haben gezeigt, dass die Kontakte zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung relativ begrenzt waren.<sup>887</sup> Dabei offenbarte sich, dass Esten generell sozial verschlossener waren als die russischsprachige Bevölkerung.<sup>888</sup> Etwa 20 bis 30% der Esten und 40 bis 50% der Russischsprachler hatten 2008 und 2011 gegenseitigen täglichen Kontakt, in den meisten Fällen berufsbedingt, in der Schule oder im öffentlichen Raum.<sup>889</sup> Andere soziale Kontakte waren selten, im eigenen sozialen Umfeld bevorzugten die jeweiligen nationalen Gruppen das eigene sprachlich-kulturelle Milieu.<sup>890</sup> Im Jahr 2011 hatten lediglich 18% der Esten angegeben, Russischsprachige im eigenen sozialen Umfeld zu haben. Bei der russischsprachigen Bevölkerung lag dieser Prozentsatz bei 40%, wenn nach privatem Kontakt zu Esten gefragt wurde.<sup>891</sup> Die Häufigkeit der Kontakte hing erwartungsgemäß von der Wohngegend ab – je gemischter die ethnisch-nationale Zusammensetzung, umso mehr gegenseitigen Kontakt wurde gepflegt. Allerdings hielten im Jahr 2011 in Tallinn etwa die Hälfte der Esten und ein Drittel der Russischsprachler den Kontakt zur jeweils anderen Gruppe für minimal.<sup>892</sup> Tatsächlich zeigten sich positive Einstellungen gegenüber der jeweils anderen Gruppe bei denjenigen Personen, die mehr Kontakt zu dieser pflegten.<sup>893</sup> Dies äußerte sich bereits im Schulalter und zog sich bis in das Arbeitsleben hinein.<sup>894</sup> Auch der höhere Bildungsgrad, das Alter (zwischen 30 und 60 im Schnitt) sowie das Geschlecht (Frauen kontaktfreudi-

---

<sup>886</sup> Aus: Pettai, Vello/Hallik, Klara (2002): Understanding processes of ethnic control: segmentation, dependency and co-optation in post-communist Estonia. *Nations and Nationalism* 8/4, 505-529; zitiert in: Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitoring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 24-50, S. 27.

<sup>887</sup> Korts, Külliki/Vihalemm, Triin (2008): Rahvustevahelised suhted, kontaktid ja meie-tunne. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitoring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 107-116; Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. in: in: Pulver, Aleksander (Hrsg.): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 23; 146-169, S. 149.

<sup>888</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 41.  
<sup>889</sup> Ebd. S. 43-44.

<sup>890</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 40-48; Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. S. 149.

<sup>891</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 44.  
<sup>892</sup> Ebd. S. 42.

<sup>893</sup> Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. S. 149.

<sup>894</sup> Ebd. S. 149.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

ger) hatten positive Auswirkungen auf soziale inter-ethnische Kontakte.<sup>895</sup> Allen voran gingen natürlich auch Sprachkenntnisse der jeweils anderen Sprache, welche soziale Kontakte begünstigten.<sup>896</sup>

Aus der Analyse der Einkommensniveaus der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung während der Jahre 1994 bis 2006 zeigte sich, dass die russischsprachige Bevölkerung im Schnitt etwa 83% des Durchschnittseinkommens der Esten bekam.<sup>897</sup> Insgesamt ist das Durchschnittseinkommen der Bewohner Estlands in dieser Periode stetig gewachsen, wobei sich die Unterschiede auf ethnischer Basis in der Periode von 1994 bis 2003 erhöht und von 2004 bis 2005 vermindert haben.<sup>898</sup> Eine Analyse der Einkommenssegmente offenbarte dabei, dass im höchsten Einkommenssegment zwischen 2003 und 2006 die Esten deutlich überrepräsentiert waren, während es in anderen Segmenten zu keinen nennenswerten Abweichungen kam. Dies zeigt auch die explizite Analyse der Repräsentation der Esten und der russischsprachigen Bevölkerung bei Besetzung der Führungs- und Spezialistenstellen während der Jahre 2001 bis 2007. Es zeigte sich, dass Esten zwischen 1,6 und 2,2 Mal öfter als Russisch-Muttersprachler bei der Besetzung dieser Positionen vertreten waren.<sup>899</sup> Dadurch wäre zum Teil das allgemein niedrigere Durchschnittseinkommen der anderssprachigen Bevölkerung zu erklären.<sup>900</sup> Sowohl bei russischsprachigen als auch bei estnischsprachigen Staatsbürgern waren Personen im oberen Drittel der vorgegebenen Einkommensstabelle in der relativen Mehrheit, während bei russischsprachigen Personen ohne oder mit russischer Staatsbürgerschaft das mittlere bzw. das niedrigste Einkommensdrittel in der Mehrheit war.<sup>901</sup> Ebenfalls bedeutsam war hierbei die Branche, wobei in der freien Wirtschaft Personen mit Estnisch- und Russischkenntnissen auch ohne Vorhandensein der Staatsbürgerschaft beinahe genauso gefragt waren wie Esten, zum Teil sogar mehr gefragt als Esten ohne Russischkenntnisse.<sup>902</sup> Der Trend hat sich bis 2011 verstärkt und es ist zu erwarten, dass Russischkenntnisse im privaten und öffentlichen Sektor in Estland in den kommenden Jahrzehnten immer wichtiger werden.<sup>903</sup>

Die Zahlen zur Arbeitslosigkeit zeigten in den Jahren 2001 und 2007 deutliche Unterschiede zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung. Insgesamt zeigte die russischsprachige Gruppe der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren stets höhere Arbeitslosenquoten als die estnischsprachige, wobei der Unterschied von 1,6 Mal im Jahr 2001 bis zum Jahr 2006 auf ganze 2,4 Mal (1,9 Mal im Jahr 2007)

---

<sup>895</sup> Lauristin Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 42.

<sup>896</sup> Ebd.

<sup>897</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo.7-23, S. 7; Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs., Tartu: Institute of Baltic Studies . S. 29.

<sup>898</sup> Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs. S. 29.

<sup>899</sup> Helemäe, Jelena (2008): Töölalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 25-26.

<sup>900</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 7-8.

<sup>901</sup> Dabei wurde das unterste Drittel mit einem Einkommen bis 3.000 EEK (etwa 200 €) und das oberste Drittel mit einem Einkommen ab 5.000 EEK (etwa 333 €) definiert. Ebd. S. 9.

<sup>902</sup> Helemäe, Jelena (2008): Töölalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 32.

<sup>903</sup> Vgl. Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 85-112, S. 109.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

anstieg. Bei den 25- bis 39-Jährigen betrug dieser Unterschied im Jahr 2006 sogar 3,3 Mal (2,5 Mal im Jahr 2007), was bedeutet, dass in diesem Jahr Russisch-Muttersprachler dreimal so häufig arbeitslos waren wie ihre estnischsprachigen Mitbürger.<sup>904</sup> Die Krisenjahre 2008 bis 2010 zeigten die größere Anfälligkeit der russischsprachigen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt gegenüber der estnischsprachigen.<sup>905</sup> Während sich die Unterschiede in der Beschäftigungsquote bis 2008 fast angeglichen hatten, zeigte das Jahr 2010 die höchste Kluft seit 2006 von etwa 6% zwischen den estnisch- und russischsprachigen Beschäftigten, zugunsten der ersteren.<sup>906</sup> Bis 2011 hatten sich die Unterschiede in der Beschäftigungsquote zwar wieder auf das Vorkrisen-Niveau bewegt, die Arbeitslosenquote zeigte aber weiterhin deutliche Abweichungen zwischen den ethnischen Gruppen. Während der Zeit 2008 bis 2011 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in der gesamten Bevölkerung, wobei die russischsprachige Bevölkerung im Jahr 2010 mit etwa 27% deutlich mehr Arbeitslose zu verzeichnen hatte als die estnischsprachige mit etwa 15%.<sup>907</sup> Bis 2011 blieb dieser Unterschied erhalten, wobei die Arbeitslosenquote der estnischsprachigen Bevölkerung bei etwa 8% und die der russischsprachigen Bevölkerung bei etwa 15% blieben.<sup>908</sup> Zwei Faktoren waren für die größere Krisenanfälligkeit der russischsprachigen Bevölkerung von besonderer Bedeutung: zum einen das mangelnde bzw. Nicht-Vorhandensein der Estnisch-Sprachkenntnisse und zum anderen eine hohe Konzentration der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe in denjenigen Branchen und Tätigkeitsfeldern, die während der Krise große Umsatz- und Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen hatten.

Der Mangel an Estnisch-Kenntnissen bei Russischsprachlern erhöhte die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden. Dass die Sprache bei der Arbeitslosigkeit die zentrale Rolle spielte, zeigt die Statistik, wonach die Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit bei Russisch-Muttersprachlern mit guten Estnisch-Kenntnissen praktisch gleich hoch war wie bei Esten.<sup>909</sup> Die Beschäftigungsstatistik offenbarte eine hohe Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung in der Baubranche sowie im verarbeitenden Gewerbe. In diesen Branchen waren im Jahr 2007 etwa 40% der anderssprachigen Bevölkerung beschäftigt. Ebenfalls ungünstig für die russischsprachigen Beschäftigten war die Beschäftigungsstruktur: Der Anteil der Russischsprachigen, die als gelernte und ungelernete Fachkräfte oder im Verkauf tätig waren lag im Jahr 2007 bei etwa 65%. Sowohl die genannten Branchen als auch die Tätigkeitsfelder erlitten in den Krisenjahren hohe Kapazitätsverluste. Das bedeutet, dass die russischsprachigen Beschäftigten von den Entlassungen oder Lohnkürzungen in diesen Bereichen besonders betroffen waren.<sup>910</sup> Speziell traf es russischsprachige Männer: auf dem Höhepunkt der Krise machten männliche

---

<sup>904</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 25-26.

<sup>905</sup> Die Krisenjahre beziehen sich auf die Finanz- und Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2007 und 2008, bis hin zur Eurokrise im Jahr 2009, unter der vor allem osteuropäische Ökonomien innerhalb und außerhalb der Europäischen Union gelitten haben. In Estland ist die Wirtschaft (gemessen am BIP) im Jahr 2008 um 3,7% und im Jahr 2009 um 14,3% geschrumpft, die Arbeitslosigkeit erreichte im Jahr 2010 16%. Vgl. Eesti Pank (Bank of Estonia): Aastaaruanne 2008; 2009 2010 (Full Report 2008; 2009; 2010). Tallinn 2009/2010/2011. EESC (2013): Majandus- ja sotsiaalsed arengud Balti riikides: Eesti. Brüssel EESC. S. 3

<sup>906</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. S. 88.

<sup>907</sup> Ebd. S. 88-89.

<sup>908</sup> Ebd.

<sup>909</sup> Ebd. S. 88.

<sup>910</sup> Ebd. S. 88-89.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

russischsprachige Arbeitslose ganze 35% der auf dem Arbeitsmarkt aktiven männlichen Bevölkerung aus.<sup>911</sup> Russischsprachige Frauen traf es nicht ganz so hart, jedoch wurden sie während der Krise doppelt so häufig mit Entlassungen konfrontiert wie estnischsprachige Frauen.<sup>912</sup> Russischsprachige Männer erfuhren auch häufiger Lohnkürzungen als estnischsprachige Männer, was schließlich auf eine doppelte Belastung der russischsprachigen männlichen Bevölkerung während der Krisenjahre schließen lässt.<sup>913</sup>

Die Wohngegend spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Einkommensverteilung: Während in Tallinn etwa die Hälfte der Russischsprachigen und 60% der Estnischsprachigen zum oberen Einkommensdrittel gehörten, waren dies im Nordosten (Ida-Virumaa) entsprechend nur 30% der estnischsprachigen und 20% der russischsprachigen Bevölkerung. Kurioserweise gehörten in den restlichen Gegenden die Esten nur zu einem Drittel zum entsprechend höchsten Einkommensdrittel, während es bei den Russisch-Muttersprachlern etwa die Hälfte war.<sup>914</sup> Diese Ergebnisse zeigen einerseits, dass es je nach Wohngegend zu deutlichen Einkommensschwankungen gekommen ist. Dabei verdienten Esten in Tallinn und dem Nordosten zwar mehr als ihre russischsprachigen Mitbürger, die ethnisch bedingten Einkommensunterschiede innerhalb dieser Gebiete befanden sich aber nur bei etwa 10%. Andererseits scheinen die geographisch begründeten Einkommensunterschiede innerhalb der estnischsprachigen Gruppe sogar wesentlich größer zu sein, wie der regionale Vergleich zeigt, als die entsprechenden Unterschiede innerhalb der russischsprachigen Gruppe.<sup>915</sup> Dies deutet darauf hin, dass das Beschäftigungsfeld der russischsprachigen Bevölkerung in Estland viel enger gefasst ist und die Einkommensunterschiede in verschiedenen Gegenden deswegen näher beieinander liegen, weil in den ähnlichen Branchen und Beschäftigungsfeldern landesweit ähnliche Einkommen herrschen. Die Esten sind dagegen in allen vorhandenen Branchen und Tätigkeitsfeldern vertreten, weshalb ihr Einkommen innerhalb der ethnischen Gruppe auch stärker variiert.

Im Schnitt gab es im Zeitverlauf bis zum Jahr 2002 etwas mehr von der Armut bedrohte Familien in der russischsprachigen Gruppe als in der estnischsprachigen. Davon waren pensionierte Personen mit russischer Staatsbürgerschaft oder jüngere Personen ohne Staatsbürgerschaft mit niedrigem Bildungsniveau besonders betroffen.<sup>916</sup> Generell zeigte sich eine positive Korrelation zwischen Einkommen und höherer Bildung sowohl bei Esten als auch bei der russischsprachigen Bevölkerung, wobei Esten mit Hochschulbildung im höchsten Einkommensdrittel 2008 mit etwa 10 Prozentpunkten überrepräsentiert waren.<sup>917</sup> Einerseits zeugt dies von einem positiven Effekt höherer Bildung auf das Einkommen, ungeachtet der Nationalität bzw. der Muttersprache. Andererseits ist es

---

<sup>911</sup> Die Formulierung in der Studie ist irreführend, denn es bleibt unklar, ob russischsprachige Männer 35% der gesamten männlichen auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung ausmachten oder aber 35% der russischsprachigen Männer arbeitslos waren. Die hier gewählte Formulierung dürfte der tatsächlichen Situation entsprechen. Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Töötgurg. S. 89.

<sup>912</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Töötgurg. S. 93.

<sup>913</sup> Ebd. S. 94.

<sup>914</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolu ja eluga rahulolu. S. 10.

<sup>915</sup> Ebd. S. 10-11.

<sup>916</sup> Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs. S. 29.

<sup>917</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolu ja eluga rahulolu. S. 9-10.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

aufgrund dieser Ungleichverteilung auf Grundlage der Bildung im höchsten Einkommenssegment verständlich, dass Russisch-Muttersprachler mit Hochschulbildung ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihre allgemeine sozioökonomische Lage als schlechter gegenüber Esten einschätzten.<sup>918</sup> Allgemein könnte hier von einem erschwerten Zugang zu gutbezahlten Jobs für russischsprachige Hochschulabsolventen ausgegangen werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie der MEIS aus dem Jahr 2008.<sup>919</sup> Demnach war die Zugehörigkeit zur „falschen“ Nationalität einer der Hauptgründe für den erschwerten Zugang zu Jobs in Führungspositionen: Für russischsprachige Nicht-Esten mit estnischer Staatsbürgerschaft und guten Estnisch-Kenntnissen war es 2008 im Vergleich zu Esten etwa 1,7 Mal so schwer an solche Jobs zu kommen – bei gleicher Bildung und vergleichbaren Qualifikationen.<sup>920</sup> Grundsätzlich zeigte sich bei der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber der estnischsprachigen eine niedrigere Ausschöpfung des Bildungspotentials.<sup>921</sup>

Insgesamt haben etwa 60% der Personen in der russischsprachigen Gruppe im Jahr 2004 angegeben, es wirtschaftlich schwer oder sehr schwer zu haben. In der estnischsprachigen Gruppe waren es 40%.<sup>922</sup> Dieses Ergebnis deckt sich mit dem Unterschied bei der allgemeinen Zufriedenheit zwischen der estnisch- und russischsprachigen Gruppe: am größten war dieser bei der Einschätzung der eigenen ökonomischen Lage.<sup>923</sup> Dabei waren russischsprachige estnische Staatsbürger im Jahr 2008 von der gesamten russischsprachigen Bevölkerung in allen Einkommens- und Bildungsschichten mit ihrer Einkommenslage am zufriedensten.<sup>924</sup> Russische Staatsbürger und Staatenlose waren mit ihrer Einkommenslage im Vergleich um Einiges unzufriedener.<sup>925</sup> Dieselbe Kluft gilt bei der Frage nach dem Verzicht auf bestimmte Güter und Leistungen, obwohl hierbei die gesamte russischsprachige Bevölkerung (inklusive Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger) angegeben hat, auf mehr verzichten zu müssen als die estnischsprachige Bevölkerung.<sup>926</sup>

Entsprechend den Ergebnissen des Monitorings 2008 wurden die Einstellungen der russischsprachigen und estnischen Bevölkerung bezüglich der gefühlten sozialen Abweisung gemessen. Diese wurde definiert als die Abwesenheit einer sozialen Integration, indem ein Gesellschaftsmitglied es als unmöglich verspürt, sich an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen.<sup>927</sup> Dabei können sowohl objektive als auch subjektive Faktoren eine Rolle spielen, wie sich im Falle der russischsprachigen Bevölkerung auch zeigte. Am meisten spielten bei der gefühlten Abweisung materielle Faktoren eine Rolle, und zwar bei der gesamten Bevölkerung in Estland. Hierbei unterschieden sich die Antworten der Esten von den Antworten der russischsprachigen estni-

---

<sup>918</sup> Ebd. S. 13; Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 42.

<sup>919</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 22.

<sup>920</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 30; 48.

<sup>921</sup> Ebd. S. 32.

<sup>922</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 12

<sup>923</sup> Ebd. S. 114.

<sup>924</sup> Ebd. S. 12; 15-16.

<sup>925</sup> Ebd. S. 12.

<sup>926</sup> Ebd. S. 15.

<sup>927</sup> Ebd. S. 18.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

schen Staatsbürger nur wenig, und zwar bei den meisten objektiven und subjektiven Faktoren.<sup>928</sup> Dagegen spielte in der Gruppe, die sich abgewiesen fühlte, die Staatsbürgerschaft eine untergeordnete Rolle, was darauf schließen lässt, dass sich hier eher subjektive Faktoren durchsetzten.<sup>929</sup> Insgesamt lässt sich aber sagen, dass sich diejenigen Personen mit estnischer Staatsbürgerschaft weniger sozial abgewiesen fühlen.

Interessant waren die Ergebnisse der Befragung nach der grundsätzlichen Bereitschaft in einem überwiegend oder ausschließlich anderssprachigen Kollektiv zu arbeiten. In der Zeit zwischen 2000 und 2008 hat sich dabei der Anteil der radikalen Verneiner sowohl in der estnischsprachigen als auch in der russischsprachigen Gruppe stetig verringert, von 22% auf 13% bei den Esten und von 13% auf 1% bei der russischsprachigen Zielgruppe. Dabei stellte sich heraus, dass etwa 45% der estnischsprachigen Kollektive ethnisch homogen waren.<sup>930</sup> Von der russischsprachigen Bevölkerung gab etwa jeder siebte an, in einem rein russischsprachigen Betrieb zu arbeiten, was darauf schließen lässt, dass der Rest der russischsprachigen Arbeitnehmer in sprachlich und national gemischten Kollektiven tätig war.<sup>931</sup> Tatsächlich haben beide Gruppen die sprachliche Homogenität zu etwa 60% als „eher wichtig“ eingestuft, die meisten wären aber auch bereit gewesen, in einem sprachlich gemischten Umfeld zu arbeiten.<sup>932</sup> Diese Bereitschaft zeigte sich verstärkt im Jahr 2011, indem nur noch 4% der Esten ein gemischtes Kollektiv kategorisch und weitere 25% dieses „eher“ ablehnten.<sup>933</sup> Obwohl sich diese Prozentsätze gegenüber dem Jahr 2008 verringert hatten, zeigten sich Esten nach wie vor negativer gegenüber potentiellen russischsprachigen Kollegen als umgekehrt die russischsprachigen Arbeitnehmer. Hierbei hielten insbesondere die jüngeren estnischsprachigen Arbeitnehmer ein estnischsprachiges Kollektiv für besonders wichtig. Dasselbe gilt für Russisch bei älteren russischsprachigen Arbeitnehmern, was sich in beiden Gruppen in erster Linie mit mangelnden Sprachkenntnissen erklären lässt.<sup>934</sup> Dabei zeigte der Arbeitsmarkt der Krisenjahre 2009 bis 2010, dass sich die Erwartungen der Arbeitgeber gegenüber sprachlicher Mobilität deutlich gewandelt haben. Besonders zweisprachige Arbeitnehmer wurden nun verstärkt gesucht und eingestellt um auf Bedürfnisse russischsprachiger Kunden und Bürger bei Ämtern eingehen zu können.<sup>935</sup> Womöglich aufgrund dieser Entwicklung, aber auch aufgrund einer wachsenden Anzahl sprachlich gemischter Kollektive, zeigten sich in den Folgejahren der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 auch einige positive Einstellungen der Esten gegenüber russischsprachigen Kollegen. So wurde in vielen Fällen die Möglichkeit gesehen, die eigenen Russischkenntnisse zu verbessern. Ebenfalls spielte die Wohngegend und dadurch der Kontakt zwischen den ethnischen Gruppen bei der gegenseitigen Toleranz eine Rolle.<sup>936</sup> Zu bedenken ist ferner, dass bei der Befragung im Jahr 2008 erst ein Jahr seit den Ereignissen um den „Bronze-Soldat“ vergangen war, was das gegenseitige Misstrauen entfacht

---

<sup>928</sup> Ebd. S. 18-20.

<sup>929</sup> Ebd. S. 20.

<sup>930</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 38-39.

<sup>931</sup> Ebd. S. 38.

<sup>932</sup> Ebd. S. 39.

<sup>933</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. S. 99.

<sup>934</sup> Ebd. S. 97.

<sup>935</sup> Ebd. S. 98-100.

<sup>936</sup> Ebd. S. 98.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

haben dürfte. Die krisenbedingten Anforderungen nach erhöhter interkultureller und sprachlicher Mobilität dürften demnach einen positiven Effekt verstärkt haben, was sich in den Ergebnissen des Jahres 2011 zeigte.<sup>937</sup>

In den Jahren 2000 bis 2008 hat sich die russischsprachige Bevölkerung immer positiver in Bezug auf ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt geäußert, und zwar sowohl in Estland als auch im Ausland.<sup>938</sup> Die positive Einstellung erfuhr infolge der Krise 2009 bis 2010 einen Dämpfer: Nur noch 52% der russischsprachigen Bevölkerung erwarteten, dass sie bei Bedarf in Estland Arbeit finden würden – im Vergleich zu 69% der estnischsprachigen Bevölkerung. Im Jahr 2008 lag dieser Prozentsatz bei der russischsprachigen Bevölkerung noch bei 73%. Infolge der Wirtschaftskrise blieb auch die gefühlte Diskriminierung der Russischsprachigen mit Hochschulabschluss hoch, von denen sich 2011 nur 63% Jobchancen in Estland ausrechneten. Bei den Esten lag der entsprechende Anteil immerhin bei 80%. Insgesamt wurden die Chancen der estnischsprachigen Bevölkerung sowohl 2008 als auch 2011 höher eingeschätzt.<sup>939</sup> Auch die Zufriedenheit im Job war bei Esten insgesamt höher.<sup>940</sup> Während der Jahre 2000 bis 2011 wurde das Ausland für die Bewohner Estlands bei der Jobsuche immer wichtiger. Dabei war Russland bei etwa 45 bis 48% der Russischsprachigen ein nennenswertes Auslandsziel bei der Arbeitssuche, was sich auch nach der Krise nicht veränderte. Dagegen wurde das europäische Ausland bei den Esten, wie auch bei der russischsprachigen Bevölkerung, erst im Zuge der Krise immer attraktiver, wobei die estnischsprachige Bevölkerung hier ihre Chancen etwas höher einschätzte als die russischsprachige Bevölkerung.<sup>941</sup>

Was sich bei der Analyse der Ergebnisse aus dem Jahr 2008 zeigte, waren große Unterschiede bei der Einschätzung der allgemeinen sozioökonomischen Position der Esten und der Russisch-Muttersprachler. Während nur ein Viertel der Esten sich selbst eine bessere Stellung zuschrieb als es real der Fall war, taten dies für die estnischsprachige Bevölkerung im Jahr 2008 ganze drei Viertel der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>942</sup> Diese Ansichten änderten sich nur wenig mit dem Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft: Anders als in den meisten anderen Fällen, bei den die Staatsbürgerschaft einen positiven Effekt auf die gesellschaftliche Integration zeigte, sahen sich auch russischsprachige estnische Staatsbürger gesellschaftlich schlechter gestellt als Esten, wenn es um die Sicherung des sozialen und materiellen Wohlstandes ging.<sup>943</sup> Diese Entwicklung relativierte sich bis 2011 zwar ein wenig, doch nach wie vor war die ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit der Hauptgrund, weshalb den Esten seitens ihrer russischsprachigen Kollegen bessere Chancen zum beruflichen Aufstieg zugeschrieben wurden.<sup>944</sup> Tatsächlich gaben interviewte Mitarbeiter in Personalabteilungen 2011 an, dass in manchen Bereichen der berufliche Zugang selbst für Russischsprachige mit guten Sprach-

---

<sup>937</sup> Ebd. S. 97.

<sup>938</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 34; Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 92.

<sup>939</sup> Ebd. S. 33-34; Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 105.

<sup>940</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 33; 40.

<sup>941</sup> Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 94.

<sup>942</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 20.

<sup>943</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 21; Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 35-37.

<sup>944</sup> Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 105.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

kenntnissen versperrt blieb, da hier fast ausnahmslos Esten bevorzugt wurden.<sup>945</sup> Diese Entwicklung wurde vor allem für mittlere und höhere Führungspositionen beobachtet, wodurch sich die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten der russischsprachigen Bevölkerung bestätigt.<sup>946</sup>

Die Analyse aus dem Jahr 2011 zeigte einige arbeitsmarkttechnische und sozioökonomische Probleme, die speziell auf die russischsprachige Bevölkerung Estlands im Zuge der Krise, aber auch schon zuvor und danach zutrafen. Grob können diese unter den Stichwörtern „Sprachkenntnisse“ und „Struktur“ zusammengefasst werden. Das nach wie vor wichtigste Problem – die Sprachkenntnisse – verzweigte sich demnach in eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, die den Arbeitsmarktzugang für Russischsprachler erschwerten. Bis Ende 2011 konnten etwa 37% der registrierten russischsprachigen Arbeitslosen gar kein oder nur im geringen Maße Estnisch.<sup>947</sup> Daraus entstand das Problem der Informiertheit solcher Personen über die Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung, da die meisten verfügbaren amtlichen Informationen auf Estnisch zugänglich waren. Daher wurden informelle russischsprachige Kanäle verwendet, deren Info über Beihilfen, Vermittlung usw. nicht immer korrekt war.<sup>948</sup> Durch den Informationsmangel konnten russischsprachige Arbeitnehmer ohne Estnisch-Kenntnisse auch leichter ausgenutzt werden, indem sie über ihren Anspruch auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag und Versicherungen bzw. andere Bedingungen nicht informiert wurden oder sich nicht trauten diesen geltend zu machen.<sup>949</sup> Eine der Folgen mangelnder Sprachkenntnisse war auch, dass diese an sich als Ausrede verwendet wurden, um die Sprache gar nicht zu lernen. Somit konnte der Vorwand der sozialen Abweisung verwendet werden, da es „sowieso sinnlos“ sei – man würde als Russe ja „eh“ abgewiesen.<sup>950</sup> Strukturell entstand über die Krisenjahre verstärkt das Problem der mangelnden Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, und zwar nicht nur bei der russischsprachigen Bevölkerung, sondern auch bei den estnischsprachigen Arbeitnehmern. Damit ist sowohl die räumliche als auch die berufliche Mobilität gemeint: Hier zeigte sich 2011, dass russischsprachige Arbeitnehmer eher bereit waren, für den Job umzuziehen bzw. einen längeren Arbeitsweg auf sich zu nehmen als estnischsprachige Arbeitnehmer.<sup>951</sup> Vielmehr mangelhaft war die berufliche Mobilität: So hatten diejenigen Beschäftigten, die jahrzehntelang in einem Betrieb bzw. in demselben Beschäftigungsverhältnis verbracht hatten, gewisse Schwierigkeiten mit der Forderung nach einer Umschulung bei Arbeitslosigkeit umzugehen. Davon betroffen waren hauptsächlich Beschäftigte der älteren Bevölkerungsgruppe, die ihre Ausbildung noch unter Sowjetbedingungen absolviert hatten. Dabei waren estnischsprachige Arbeitnehmer im Schnitt öfter als russischsprachige bereit, sich auch während des Beschäftigungsverhältnisses weiterbilden zu lassen. Bei russischsprachigen Vertretern dieser Zielgruppe konnte zusätzlich die oben beschriebene Problematik der mangelnden Sprachkenntnisse sowie der schlechten Informiertheit auftreten, was ihre

---

<sup>945</sup> Ebd. S. 104.

<sup>946</sup> Ebd. S. 104-105.

<sup>947</sup> Ebd. S. 101.

<sup>948</sup> Ebd.

<sup>949</sup> Ebd.

<sup>950</sup> Ebd.

<sup>951</sup> Ebd. S. 97.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Chancen auf Wiedereinstellung gegenüber Esten oder Russisch-Muttersprachlern mit guten Estnischkenntnissen weiter schmälerte.<sup>952</sup> Denn es wurden auch nur sehr wenige oder gar keine Weiterbildungsmöglichkeiten auf Russisch angeboten.<sup>953</sup> Ebenso strukturell betroffen waren Personen ohne berufliche Ausbildung oder mit abgebrochenem Schulweg, von denen ebenfalls Russischsprachige ohne Estnischkenntnisse noch schlechter gestellt waren als Estnischsprachige.<sup>954</sup> Dabei erschwerte sich die Lage noch, wenn sich solche Personen weigerten, sich helfen zu lassen, was wiederum auf eine gefühlte Selbst-Stigmatisierung und gesellschaftliche Deprivation zurückzuführen ist.<sup>955</sup>

### 4.5.6.3 Fazit: Sozioökonomische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland

Grundsätzlich zeigte die Analyse aus dem Jahr 2008, dass die russischsprachige Bevölkerung zwar weniger verdiente als die estnischsprachige und auch öfter von Armut bedroht war, ihre Lage aber im Wesentlichen von Sprachkenntnissen, Bildung, der Wohngegend und der Staatsbürgerschaft abhing. Die russischsprachige Gruppe der Staatenlosen erwies sich als die sozioökonomisch benachteiligte, gefolgt von russischen Staatsbürgern. Die Studie kam demnach zum Schluss, dass weniger die unterschiedlichen Nationalitäten, sondern mehr die genannten Faktoren nebst subjektiver Einschätzung der gesellschaftlichen Lage für sozioökonomische Unterschiede verantwortlich waren.<sup>956</sup> Bis 2011 hatten sich weitere Probleme herauskristallisiert, die konkret auf die russischsprachige Bevölkerung und ihre sozioökonomische Lage zutrafen. So waren Russisch-Muttersprachler nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, indem ihre Beschäftigungsquote niedriger und ihre Arbeitslosenquote höher lag als bei estnischsprachigen Arbeitnehmern. Verstärkt wurde diese Benachteiligung durch den fortwährenden Mangel an Estnischkenntnissen, was sowohl schlechtere Informiertheit als auch die soziale Deprivation zur Folge hatte. Allerdings konnten diejenigen Russisch-Muttersprachler mit guten Estnisch-Kenntnissen ihre Position gegenüber denjenigen Esten verbessern, die kein Russisch konnten. Dies aber weniger in Führungspositionen – hier waren nach wie vor Esten deutlich überrepräsentiert. Im Zuge der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 erfuhren russischsprachige Arbeitnehmer häufiger Lohnkürzungen und Entlassungen aufgrund von Einsparungen als ihre estnischsprachigen Kollegen. Gleichzeitig zeigten sich Russischsprachler weniger bereit, an Schulungen und Fortbildungen teilzunehmen als estnische Arbeitnehmer. Auch das Ausland hat als potentieller Arbeitsmarkt an Bedeutung gewonnen, sowohl bei Esten als auch bei Russischsprachigen. Dabei wurde Russland bei Russisch-Muttersprachlern fast genauso hoch geschätzt wie das europäische Ausland.<sup>957</sup> Wie die Analyse aus dem Jahr 2008 resümierte, wird sich an

---

<sup>952</sup> Ebd. S. 102.

<sup>953</sup> Ebd. S. 107-108.

<sup>954</sup> Ebd. S. 102.

<sup>955</sup> Ebd. S. 102-103.

<sup>956</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 11; 22; Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 42-43.

<sup>957</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. S. 96.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

dem sozioökonomischen Unterschied zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung vermutlich wenig ändern, solange sich ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung für „temporär“ hält. Bei weiterer Benachteiligung russischsprachiger Hochschulabsolventen gegenüber gleich qualifizierten Esten wird sich auch die allgemeine Motivation der russischsprachigen Jugend, ihre Zukunft mit Estland zu verbinden, nicht steigern lassen.<sup>958</sup> Auch die Studie des Legal Information Centre for Human Rights aus dem Jahr 2014 kam zu ähnlichen Ergebnissen, was die sozioökonomische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland angeht. So zeigte die Analyse, dass die russischsprachigen Arbeitnehmer weniger verdienten als ihre estnischsprachigen Kollegen, zudem häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht waren. Grundsätzlich zeigte sich auch hier die strukturelle Benachteiligung der russischsprachigen Bevölkerung, indem ihr der Zugang beispielsweise zu Stellen im öffentlichen Dienst häufig verschlossen war, auch trotz Estnischkenntnissen und der ständigen Prüfung durch die Sprachinspektion. Wie auch die Ergebnisse der Integrations-Monitorings zeigte die Studie, dass russischsprachige Führungskräfte gegenüber estnischsprachigen in einer deutlichen Minderheit waren, was unabhängig vom Bildungsstand auftrat. Neue Erkenntnisse lieferte die Studie mit der Feststellung, dass der russischsprachigen Bevölkerung im Verhältnis eine kleinere Wohnfläche und schlechtere ärztliche Versorgung zur Verfügung stand. Die Studie kam zum Ergebnis, dass die ethnisch basierte sozioökonomische Ungleichheit sich zwischen den Jahren 2000 und 2010 vergrößert hat.<sup>959</sup>

### 4.5.6.4 Weitere Ergebnisse der Integrations-Monitorings 2008 und 2011

#### 4.5.6.4.1 Zivilgesellschaftliche Beteiligung

Grundsätzlich ist die zivilgesellschaftliche Teilnahme der gesamten Bevölkerung in Estland niedrig, was sich mit der vergleichbaren Aktivität im postsowjetischen Raum deckt. Insgesamt hat sich im Jahr 2011 etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Estlands politisch gar nicht beteiligt. Ebenfalls gehörten ganze drei Viertel der Gesamtbevölkerung keinem Verein an.<sup>960</sup> Dennoch zeigte das Integrations-Monitoring des Jahres 2011 interessante Ergebnisse in Bezug auf die russischsprachigen estnischen Staatsbürger: Diese zeichneten sich teilweise durch eine höhere Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aktionen aus als ihre estnischsprachigen Mitbürger. Dazu gehörten öffentliche Versammlungen, Protestaktionen oder Diskussionsrunden, aber auch die Verweigerung der Wahlteilnahme aus Protestgründen.<sup>961</sup> Im Schnitt gehörten die Bewohner der „russischsprachigen“ Tallinner Stadtteile am häufigsten Vereinen bzw. sonstigen Vereinigungen

---

<sup>958</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine.S. 49.

<sup>959</sup> Vgl. Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 67-72.

<sup>960</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 29-30.

<sup>961</sup> Ebd. S. 27-29.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

an.<sup>962</sup> Dasselbe gilt für die Freiwilligenarbeit. Die russischsprachige Bevölkerung ohne Staatsbürgerschaft bzw. mit russischer Staatsbürgerschaft zeigte durchweg eine niedrige zivilgesellschaftliche Beteiligung.<sup>963</sup> Am höchsten war die politische Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung in den „russischsprachigen“ Tallinner Vierteln und am niedrigsten in den Städten des Nordostens.<sup>964</sup> Insgesamt wurde sichtbar, dass sich diejenigen am häufigsten beteiligten, die an die Wirksamkeit ihrer Stimme glaubten. Im Nordosten war diese Überzeugung am geringsten. In Ida-Virumaa gab es 2011 im Landesvergleich auch den höchsten Anteil derjenigen, die sich zwischen 2009 und 2011 nicht an Wahlen beteiligt haben. Der Anteil lag bei etwa 50%.<sup>965</sup> Nicht überraschend ist, dass sich der gleiche Anteil nicht der estnischen Nation angehörig fühlte, obwohl nicht mit Sicherheit behauptet werden kann, dass die genannten Mengen deckungsgleich sind.

Auch Sprachkenntnisse zeigten sich als eine Barriere bei der Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung in Vereinen – ganze 45% gaben an, sich für ihre geringen Estnischkenntnisse zu schämen. Obwohl estnischsprachige Vereine eigenen Angaben nach gegenüber anderssprachigen Mitgliedern offen sind, sehen sie sich selbst nicht als Integrationsmotoren. Daher wird auch grundsätzlich wenig Wert auf die Erweiterung russischsprachiger Mitgliedschaften bzw. der Informiertheit der russischsprachigen Bevölkerung über die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Beteiligung gelegt.<sup>966</sup> Es zeigte sich aber auch grundsätzlich die Bereitschaft zur gegenseitigen Kooperation seitens estnisch- und russischsprachiger zivilgesellschaftlicher Organisationen, was auf die Erweiterung ihrer integrativen Wirkung hoffen lässt.<sup>967</sup>

##### 4.5.6.4.2 Regionalvergleich im Schnitt verschiedener Integrationsfaktoren im Jahr 2011

Das Integrations-Monitoring des Jahres 2011 hat einen regionalen Vergleich geboten, der die größten Ballungsräume der russischsprachigen Bevölkerung im Schnitt aller Untersuchungsbereiche miteinander und mit dem Rest des Landes verglichen hat. Die Gegenden im Landkreis Ida-Virumaa mit 63% russischsprachiger Bevölkerung sowie die hauptsächlich russischsprachigen Stadtteile Tallinns mit 46% russischsprachiger Bevölkerung (hier: Lasnamäe und die angrenzende Kleinstadt Maardu) bilden dabei die Vergleichsgrößen.<sup>968</sup>

Die meisten anderssprachigen Bewohner Estlands fühlten sich im Jahr 2011 der estnischen Nation angehörig. Dabei war dieser Prozentsatz am niedrigsten in Ida-Virumaa, in der sich etwa 50% der Bewohner der estnischen Nation angehörig und die andere

---

<sup>962</sup> Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 175-193, S. 178-179.

<sup>963</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 28.

<sup>964</sup> Ebd. S. 29.

<sup>965</sup> Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. S. 178.

<sup>966</sup> Ebd. S. 33-39.

<sup>967</sup> Ebd. S. 39

<sup>968</sup> Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. S. 176.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Hälfte nicht angehörig fühlte. Die Zugehörigkeit wurde dabei nicht von der Staatsbürgerschaft beeinflusst. In Tallinn war der Anteil derjenigen, die sich „estnisch“ gefühlt haben, sogar höher als der vergleichbare Anteil im Landesdurchschnitt. Ebenfalls waren die Tallinner im Schnitt besser gebildet und hatten einen höheren sozialen Status, was auch deren positive Einstellung gegenüber den estnischen Institutionen erklärt. Dennoch zeigten auch hier die „russischsprachigen“ Stadtteile die niedrigsten Ergebnisse beim Vertrauen und der Zufriedenheit.<sup>969</sup>

Im Bereich der Bildung haben sich die Bewohner von Ida-Virumaa dadurch ausgezeichnet, dass sie stärker als die restlichen Gegenden russischsprachige Bildung in der mittleren Stufe und im Gymnasium nachgefragt haben. Dennoch haben sich, etwas überraschend, im Landesvergleich die meisten Eltern (82%) in Ida-Virumaa für estnischsprachige oder sprachlich gemischte Kindergärten und Grundschulen ausgesprochen.<sup>970</sup>

Was den Arbeitsmarkt angeht, so wurden russischsprachige Arbeitnehmer in Ida-Virumaa öfter entlassen als die russischsprachigen Arbeitnehmer in Tallinn. Ebenso war für die russischsprachigen Arbeitnehmer der Weg zurück in die Erwerbstätigkeit mit höheren Hürden verbunden als für estnischsprachige Arbeitnehmer. Dies kann aber auch damit zu tun haben, dass in Ida-Virumaa im Vergleich zu Tallinn oder anderen Gegenden die meisten Arbeitnehmer ein russischsprachiges Umfeld bevorzugten. Ebenso waren hier die meisten Personen in den Jahren 2009 bis 2011 aus erwerbstechnischen Gründen ausgewandert, obgleich auch in Tallinn die Auswanderungsbereitschaft relativ hoch war.<sup>971</sup>

Die anderssprachigen Bewohner von Ida-Virumaa und vor allem der dortigen Städte haben ihre Estnischkenntnisse selbst am niedrigsten eingeschätzt. Etwa zwischen 30% und 45% haben angegeben gar kein Estnisch zu sprechen oder zu verstehen. Weit besser war die sprachliche Integration in Tallinn, wo etwa 70% der russischsprachigen Bewohner angegeben haben, wenigstens ein bisschen Estnisch zu können.<sup>972</sup> Dabei spielte auch die erfolgreich abgelegte Staatsbürgerschaftsprüfung nur zum Teil eine Rolle: In Tallinn hatten bis 2011 etwa 50% der Befragten die Prüfung abgelegt. Wie erwartet waren die Kontakte zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung in Tallinn häufiger als in Ida-Virumaa, was bedeutend für die Kenntnis und die Nutzung der Sprache ist.<sup>973</sup>

In Ida-Virumaa wohnten auch die meisten Nutzer russischsprachiger bzw. russischer Medien, was unter anderem mit schlechten Estnischkenntnissen zusammenhängt. Ebenfalls haben die Bewohner des Nordostens, vor allem in Narva, sich mehr für die Politik Russlands interessiert.<sup>974</sup> Gleichzeitig waren die Nutzung und das Vertrauen in estnischsprachige Medien in den russischsprachigen Gegenden Tallinns relativ am höchsten. Zwar gab es auch hier einen vergleichsweise großen Anteil „passiver“ Mediennutzer, doch dieser war nur etwas höher als der entsprechende Anteil in anderen Gegenden

---

<sup>969</sup> Ebd. S. 177.

<sup>970</sup> Ebd. S. 179-180.

<sup>971</sup> Ebd. S. 183-184.

<sup>972</sup> Ebd. S. 185.

<sup>973</sup> Ebd. S. 186.

<sup>974</sup> Ebd. S. 178.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Estlands, exklusive der russischsprachigen. Insgesamt stachen die Städte Ida-Virumaas mit ihrer weitaus höheren Nutzung russischer und russischsprachiger Medien hervor.<sup>975</sup>

### 4.5.6.4.3 Fazit: Bürgerbeteiligung und regionale Unterschiede

Insgesamt zeigte sich die russischsprachige Bevölkerung in Tallinn und dessen Umgebung besser integriert als die russischsprachige Bevölkerung in den Städten des Nordostens. Die Tallinner beteiligen sich aktiver an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Wahlen, was mit ihren besseren Estnischkenntnissen zusammenhängen kann. Daran anknüpfend fühlen sich die Tallinner auch mehr zur estnischen Nation gehörig, was sich in dem allgemeinen Interesse gegenüber Estland und dessen Medien niederschlägt. Dagegen zeigen die russischsprachigen Gegenden im Nordosten sehr niedrige Werte in Bezug auf die Zugehörigkeit zum Land, konsumieren mehr russische Medien und interessieren sich folglich auch mehr für die Ereignisse in Russland. Interessanterweise fragen hier dennoch vergleichsweise viele Eltern estnischsprachige Bildung nach, was Hoffnung auf die Verbesserung der allgemein schlechten Estnischkenntnisse wecken kann. Ergo zeigt eine mehrheitlich russischsprachige Gegend bzw. ein mehrheitlich russischsprachiges Umfeld schlechtere Auswirkungen auf die Zugehörigkeit bzw. die Integration als eine gemischte bzw. gar überwiegend estnischsprachige Gegend.

### 4.5.7 Indikatoren gesellschaftlicher Integration während der Konsolidierungsphase

Während der Phase der Konsolidierung des neuen demokratischen Systems dominierten Parlaments- und Kommunalwahlen das politische Geschehen rund um die russischsprachige Bevölkerung. Dabei wurde sowohl die parteipolitische Repräsentation als auch die Gesetzgebung rund um die Staatsbürgerschaft, die Sprache und die neu entstandene Gruppe der „Ausländer“ zu den bedeutendsten Faktoren der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung. Aufgrund des ersten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 waren keine Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung im ersten freien Parlament vertreten. Diese Parlamentszusammensetzung verabschiedete anschließend sowohl das neue – noch restriktivere – Gesetz zur Staatsbürgerschaft im Jahr 1995 als auch die nicht weniger restriktiven und national sowie international umstrittenen Gesetze zur Sprache und zu Rechten der Ausländer. Der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die Verabschiedung dieser Gesetze war faktisch nicht vorhanden. Zwar wurden die Repräsentationsumstände in den Folgejahren verbessert, indem „russischsprachige“ Parteien in das zweite und das dritte Parlament gewählt wurden. Doch mangels Koalitionspartner und aufgrund der doch relativ kleinen Anzahl an Repräsentanten blieben Versuche dieser Parteien Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen oder politisches Gewicht zu entwickeln bei-

---

<sup>975</sup> Ebd. S. 189-190.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

nahe wirkungslos. Dies hatte zur Folge, dass die russischsprachige Bevölkerung als Wählerschaft auf der gesamtstaatlichen Ebene verstärkt die Zentrumsparterie als Vertreterin ihrer Interessen bevorzugt hat. Dieses Muster wiederholte sich auch auf kommunaler Ebene, wobei hier rein „russischsprachige“ Parteien größeren und länger anhaltenden Erfolg innehatten. Insgesamt blieb das politische Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung, was politische Entscheidungen angeht, gering. Ihre Stimmen verhalfen der Zentrumsparterie jedoch dazu, eine der größten politischen Kräfte Estlands zu werden. Insgesamt lässt sich daran ablesen, dass die russischsprachige Bevölkerung die Regierungsfähigkeit der gewählten Partei über Bekenntnisse zu ethnisch-nationalen Parolen stellt. Zwar fanden Regierungskoalitionen nicht zuletzt aufgrund der „russischsprachigen“ Wählerschaft der Zentrumsparterie lange Zeit ohne diese statt – die estnischsprachige Bevölkerung hat die russischsprachige damit politisch meistens überstimmt. Aber als Wählerschaft hat die russischsprachige Gruppe durchaus Gewicht. Seit dem Wahljahr 2015 ist auch zu beobachten, dass die russischsprachige Bevölkerung stärker zwischen Parteien differenziert und auch andere Parteien wählt – beispielsweise hat sich die sozialdemokratische SDE mit dem ersten russischsprachigen Minister in der Übergangsregierung 2014/2015 zur neuen potentiellen Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung herauskristallisiert. Dennoch ist der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung sowohl auf die Gesetzgebung als auch auf den politischen Prozess in der Konsolidierungsphase insgesamt als schwach zu bezeichnen.

Die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen in einigen Dimensionen einen bedeutenden Wandel in der Position der russischsprachigen Bevölkerung. In der politischen Dimension war die russischsprachige Bevölkerung bereits während der Demokratisierung durch die Verfassung mit Grundrechten geschützt und somit auch assimiliert. Allein der Zugang zu Wahlen auf zentralstaatlicher Ebene bzw. zu politischen Ämtern auf allen Ebenen wurde durch die Staatsbürgerschaft begründet. Die Staatsbürgerschaft erlaubte der russischsprachigen Bevölkerung erstmals bei den Parlamentswahlen im Jahr 1995 sowohl zu wählen als auch gewählt zu werden, was, wie beschrieben, zu einem deutlichen Zuwachs, wenngleich politisch zunächst unbedeutend, der politischen Partizipation geführt hat. Auch wenn „russischsprachige“ Parteien nach zwei Legislaturperioden aus dem Parlament verschwanden, brachte die Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung der Zentrumsparterie deutliche Stimmzuwächse. Deswegen kann die russischsprachige Bevölkerung beim Indikator „Zugang zu Wahlen“ als mehrfachintegriert bezeichnet werden. Politische Ämter auf zentralstaatlicher Ebene werden noch von sehr wenigen Vertretern der russischsprachigen Bevölkerung bekleidet, weshalb sie hier nach wie vor als segmentiert gelten kann. Auf der kommunalen Ebene sind auch Nicht-Staatsbürger als Wähler zugelassen und damit in das Wahlsystem mehrfachintegriert. Hierbei sind kommunal sowohl rein „russischsprachige“ Wahlbündnisse als auch die Zentrumsparterie neben anderen nicht explizit ethnisch begründeten Parteien (z.B. IRL) bei den russischsprachigen Wählern gefragt. Zur Wahl stellen dürfen sich die Nicht-Staatsbürger allerdings auch auf kommunaler Ebene nicht und sind deshalb beim Zugang zu politischen Ämtern marginalisiert. Beim wichtigsten Indikator „Sprache“ ist die russischsprachige Bevölkerung deutlich segmentiert, da im öffentlichen Leben so gut wie kein Russisch mehr vorhanden ist. Eine Bewegung in

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Richtung einer Mehrfachintegration ist bei denjenigen Russischsprachigen zu beobachten, die Estnisch perfektioniert haben. Dennoch wird ein gleichberechtigter Zugang zur gesellschaftlichen Teilnahme durch eine nach wie vor abweisende Haltung der estnischsprachigen Bevölkerung verhindert. Ähnlich ist es bei der Akzeptanz der kulturellen Besonderheiten zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung. Hier ist die Entstehung einer „baltisch-russischen“ Kultur zu vernehmen, was in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert wird. Auch wird die nach wie vor vorhandene deutliche Segmentierung im Bereich der Bildung im Folgenden tiefergehend analysiert. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch Estnisch-Kenntnisse: sind diese vorhanden bzw. gut, dann sind russischsprachige Arbeitnehmer mehrfachintegriert. Bei fehlenden bzw. schlechten Estnisch-Kenntnissen sind Arbeitsplätze begrenzt und der Zugang erschwert. Hinzu kommt, dass russischsprachige Arbeitnehmer, vor allem Männer, schwerer von Krisen betroffen sein scheinen, weil sie öfter entlassen werden bzw. Lohnkürzungen erfahren als ihre estnischsprachige Kollegen. Durch die hohe Konzentration russischsprachiger Arbeitnehmer in bestimmten Branchen sind diese bei Betroffenheit dieser Branchen (z.B. Baugewerbe) anfälliger in Krisenzeiten. Es existieren jedoch keine Hürden bei der selbstständigen Sicherung der Grundversorgung bei der russischsprachigen Bevölkerung. Ebenso sind keine Hürden bei der Wahl der Wohngegend gesetzt, obwohl in einigen Gegenden im Land (Nordosten) und in der Hauptstadt (Lasnamäe) die Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung höher ist. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten der russischsprachigen Bevölkerung sind allgemein schwach, jedoch stärker in der Hauptstadt. Aus Gründen einer sprachlichen, beruflichen und Wohngegend-bedingten „teilweisen“ Segmentierung finden auch soziale Kontakte eher im „eigenen“ sprachlichen und kulturellen Umfeld statt. Es gibt zwar eine leichte Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration, doch eine soziale Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung ist nach wie vor stark. Die Segmentierung in den meisten Bereichen führt einerseits zu der Herausbildung einer „baltisch-russischen“ Identität und andererseits zu einer identifikativen Entfremdung der russischsprachigen Bevölkerung von dem „estnischsprachigen“ Land und den „estnischsprachigen“ Menschen und führt zu einer Wahrnehmung „wir“ und „andere“. Diese Entwicklung wird in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert.

#### 4.6 Zusammenfassung

Die Grundzüge des ethnischen Charakters im Systemwechsel sind im Baltikum, bereits Ende der 1980er Jahre, im Zuge der Perestroika und der Herausbildung der antisowjetischen Opposition entstanden. Sowohl die Begründung für die Wiederherstellung der baltischen Demokratien als auch der nationale Leitgedanke auf der Hand – ab 1940 waren die Baltischen Staaten von der Sowjetmacht okkupiert gewesen und die baltischen Titularnationen sind während der Sowjetzeit im Verhältnis zu der russischsprachigen Bevölkerung zahlenmäßig deutlich zurückgegangen. Aus diesen Gründen waren die Mitte der 1980er Jahre gegründeten und Ende der 1980er Jahre aktiven Bürgerkomi-

tees (EKK) in Estland auf die Idee der Wiederherstellung der estnischen Nation mittels Ermittlung der ehemaligen Staatsbürger und deren Nachkommen fixiert – die Okkupationsmacht und deren Instrumentalisierung durch die eingewanderten „Russen“ sollte zunächst abgegrenzt werden. Die Option einer Einbürgerung wurde die russischsprachige Bevölkerung im Zuge der Wahlen in den Estnischen Kongress gewährt, was in dem Zusammenhang von einer *a priori* Loyalität gegenüber dem unabhängigen estnischen Staat zeugen sollte, jedoch nur von sehr wenigen in Anspruch genommen wurde.

Das hauptsächliche Gegengewicht zu den alten Eliten bildete eine andere oppositionelle Gruppierung – die Volksfront. Diese war durchaus milder gegenüber den ethnischen bzw. nationalen Fragen eingestellt und wurde Ende der 1980er Jahre auch von Teilen der russischsprachigen Bevölkerung unterstützt. Die Gruppe der Hardliner auf beiden Seiten bildeten die Kommunisten und oppositionelle Bewegungen, solche wie die Interfront, welche ebenfalls von vielen in der russischsprachigen Bevölkerung unterstützt wurde. Somit teilte sich die Bevölkerung in den Umbruchsjahren 1990 bis 1991 in etwa zwischen der estnischsprachigen Bevölkerung, deren Unterstützung die Volksfront oder radikalen Kräfte wie die ERSP genossen und der russischsprachigen Bevölkerung, welche teils die Volksfront und teils die Kommunisten bzw. die Interfront unterstützten. Die Ergebnisse der ersten halbfreien Wahlen im Frühling 1990 sowie des Unabhängigkeitsreferendums ein Jahr später zeigten keine saubere Trennung zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Gruppe, was die Unterstützung der oppositionellen oder der sowjetischen Eliten angeht. Ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung hat sowohl die Volksfront gewählt als auch für die Unabhängigkeit gestimmt – eine Tatsache, die bei der begleitenden und späteren politischen und öffentlichen Rhetorik wenig Aufmerksamkeit erfahren hat.

Erste Entscheidungen in Richtung Unabhängigkeit wurden bereits vom letzten Obersten Sowjet der ESSR getroffen, welcher im Grunde noch komplett kommunistisch besetzt war. Dennoch zeigt die ethnische bzw. -nationale Zusammensetzung des Gremiums, dass hier die überwiegende Mehrheit estnischsprachig war – abgesehen davon, dass die Mehrheit des Gremiums zur Durchsetzung der Entscheidungen zur Souveränität, Sprache und Symbolik ohnehin oppositionell gestimmt sein musste. Die „nationale Frage“ im Kontext der möglichen Unabhängigkeit wurde allerdings bis 1990 noch nicht radikal thematisiert, eher war der Schwerpunkt der Stimmung von der Schlichtung der Beziehungen zu Moskau bei gleichzeitiger gradueller Verselbstständigung bestimmt. Die änderte sich etwa zwischen den Jahren 1991 und 1992, als die neu formierten radikal gestimmten estnischen Parteien immer mehr auf die Wiederherstellung der verlorenen estnischen Demokratie unter der Prämisse der estnischen Nation und Sprache eingingen. Dies ging mit der Ausgrenzung der während der Sowjetzeit eingewanderten russischsprachigen Bevölkerung einher, welche im Grunde mittels Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft erreicht werden sollte. Hier konnte auch die Volksfront mit dem Vorschlag der „Null-Option“ nicht punkten, was das in sie gesteckte Wählervertrauen der russischsprachigen Bevölkerung im Grunde zunichte machte. Alternative Repräsentationsmöglichkeiten für die russischsprachige Bevölkerung gab es zwar, doch hatten diese weder eine ernstzunehmende politische Stimme noch konnten sie die Interessen der Mehrheit der Russischsprachler auf sich vereinen. Aufgrund der Radikalisierung der

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

politischen und öffentlichen Rhetorik und des stärkeren Einflusses der alten Eliten kam es im stark russischsprachigen Nordosten von Estland zu Protesten, die allerdings nicht in einer ernststen Sezession mündeten. Denn auch hier war die Stimmung gegenüber der alten Sowjetmacht gespalten, wie auch die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums zeigten. Die politische Rhetorik war bis 1992 allerdings endgültig radikalisiert, wobei auch die Aktionen der Interfront im Frühling 1990 beitrugen.<sup>976</sup> Die Politisierung der ethnisch-nationalen Verhältnisse im Lichte der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der damit verbundenen Kontinuität der Demokratie und der Nation mündeten schließlich in der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft im Februar 1992. Damit wurde die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung, die während der Sowjetzeit nach Estland gekommen war, von dem Verfassungsreferendum und den ersten freien Parlamentswahlen ausgeschlossen. Auch die Verfassung enthielt sprachliche und juristische Besonderheiten, womit zwischen den „echten“ Staatsbürgern und den „Eingebürgerten“ unterschieden werden konnte. Die nationalen Verhältnisse in der Gesellschaft wurden damit auf die politische Ebene übertragen, denn die russischsprachige Bevölkerung stellte quasi keine direkte Repräsentation im ersten Parlament auf.

Die Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft führten dazu, dass es im ersten frei gewählten Parlament keine Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung gab – außer der schwachen Vertretung durch die Volksfront, die sich später in die Zentrumsparterie umwandelte. Diese avancierte später zu der beliebtesten und größten Vertreterin der russischsprachigen Bevölkerung. Zwar haben es auch „russischsprachige“ Parteien in den 1990er Jahren ins Parlament geschafft – mit je 6 Sitzen in den Jahren 1995 und 1999 –, doch deren geringer politischer Einfluss ließ keine weiteren Wahlerfolge zu. Grundsätzlich wurden beinahe alle bisherigen Regierungskoalitionen, so wie die erste national-konservative Regierungskoalition im Jahr 1992, von liberalen bzw. konservativen Parteien angeführt, was sich auch deutlich in der Gesetzgebung bemerkbar machte. Teilweise umstrittene und international von der OSZE und der EU kritisierte Regelungen zur Sprache und den Ausländern sorgten für Unmut sowohl bei der estnischen als auch bei der russischsprachigen Bevölkerung, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen. Die einen sahen ihre neu gewonnene Unabhängigkeit durch Einmischungen von außen sowie den verbliebenen „Störfaktor“ von innen beeinträchtigt, die anderen fühlten sich durch die Gesetzgebung diskriminiert und als „Bürger zweiter Klasse“ abgestempelt.<sup>977</sup> Dabei hat auch das zweite Gesetz zur Staatsbürgerschaft wenig geholfen – faktisch haben sich die Einbürgerungszahlen danach halbiert und sind schließlich eingebrochen, was das wesentliche Problem der Staatenlosen bis heute nach sich zieht. Ebenso hat die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft für eine Flut von in Estland wohnhaften Staatsbürgern der Russischen Föderation geführt, welche sich in den Folgejahren erwartungsgemäß am wenigsten in die estnische Gesellschaft integriert haben. Somit lässt

---

<sup>976</sup> Eine Versammlung der Interfront attackierte am 15. Mai 1990 das Parlamentsgebäude in Tallinn (Toompea). Der damalige Vorsitzende der Volksfront und spätere Ministerpräsident Edgar Savisaar rief das Volk über Rundfunk zum Schutz auf, mit den später berühmt gewordenen Worten „Toompead rünnatakse! Kordan, Toompead rünnatakse!“ („Toompea wird angegriffen! Ich wiederhole, Toompea wird angegriffen!“ Üb. d. A.).

<sup>977</sup> Diesen Ausdruck bezutten Juan Linz und Alfred Stepan in Bezug auf die Staatenlosen in Estland und Lettland. in: Linz, Juan, J./Stepan, Alfred. C. (1996): Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe. S. 401-434.

sich sagen, dass die Gesetzgebung der 1990er Jahre statt Impulse zur Integration – denn die Staatsbürgerschaft sollte als quasi-Belohnung für erfolgreich integrierte Nicht-Bürger dienen – eher Anlässe zur Segmentierung und Marginalisierung geliefert hat. Die Folgen sind bis heute zu spüren, sowohl im Bereich der Bildung als auch in der Sozioökonomie, wo die russischsprachige Bevölkerung teilweise mit deutlichen Nachteilen gegenüber der estnischsprachigen zu kämpfen hat. Höhere Arbeitslosigkeit und Gefahr beim Jobverlust unter anderem durch Branchen-Konzentration, aber auch niedrigeres Einkommen und schlechtere Bildungschancen bilden die zentralen Unterscheidungskriterien bei der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung. Entscheidend ist dabei die Problematik der estnischen Sprache, die für viele nach wie vor als die größte Integrationshürde gilt. Dabei zeigen sich beide Seiten stur: Die estnischsprachige Bevölkerung akzeptiert russischsprachige Kollegen am Arbeitsplatz nur zum Teil und das Teil der russischsprachigen Bevölkerung, welches die estnische Sprache nur schlecht spricht, versteckt sich hinter der Ausrede, man würde „sowieso“ nicht akzeptiert. Ein Teufelskreis.

Während die 1990er Jahre eine überwiegend konservative Richtung der regierenden Koalitionen sahen, zeichnete sich etwa ab Mitte der 2000er Jahre eine Entspannung in der ethnisch-nationalen *policy* und den innerstaatlichen gesellschaftlichen Beziehungen ab. Staatliche Integrationsprogramme wurden verabschiedet und deren Implementierung überwacht. Es wurde nun mehr auf die Notwendigkeit einer Integrationspolitik eingegangen, ebenfalls minderten sich die öffentlichen gegenseitigen Anschuldigungen. Einen bedeutenden Anteil daran hatten mit Sicherheit die Ereignisse um die zwei Denkmäler – Lihula und Bronzesoldat – zwischen den Jahren 2004 und 2007, auf die an einer anderen Stelle (im Kapitel „Die Rolle der Identität“) näher eingegangen wird. Die Unruhen in Tallinn im Frühling 2007 zeigten sowohl den Entscheidungsträgern als auch der Gesellschaft, dass eine tiefe Spaltung der Gesellschaft existierte und diese ohne weitgreifende Maßnahmen oder gar Ignoranz der Problematik nicht verschwinden würde. Ferner wurde das Gefahrenpotential sichtbar, welches sich in einer ernsthaften Konfrontation zwischen der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung im ganzen Baltikum entfalten könnte.

Was die politische Aktivität der russischsprachigen Bevölkerung angeht, so zeigte diese sich spätestens ab Mitte der 1990er Jahre als durchaus ernstzunehmende Wählerschaft sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Trotz des zwischenzeitigen Wahlerfolgs der „russischsprachigen“ Parteien EÜRП bzw. VEE und deren Nachfolger (auf der Kommunalebene hat sich der Erfolg etwas länger gehalten als auf der zentralstaatlichen Ebene) etablierte sich die Zentrumsparterie zur größten Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung. Die russischsprachige Wählerschaft hat der Zentrumsparterie unter anderem in Tallinn seit 2005 mit der Mehrheit der Stimmen den Vorsitz des Stadtrates gesichert – ganz zu schweigen von den Städten im Nordosten Estlands, in denen die Zentrumsparterie seit Ende der 1990er Jahre die Mehrheit der Sitze in den Stadträten hält. Auch bei den Parlamentswahlen profitierte die Zentrumsparterie stets von den russischsprachigen Wählern, was auch die Vergleichswerte in Tartu belegen. Diese zeigen auch, dass estnischsprachige Wähler eher die liberalen bzw. konservativen Parteien bevorzugen, wobei es auch unter der estnischen Bevölkerung viele Wähler der

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Zentrumspartei gibt. Über die Jahre haben sich die politische Beteiligung und die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung vermehrt, zumindest unter den russischsprachigen Staatsbürgern Estlands. Die Übergangsregierung im Jahr 2014 stellte sogar den ersten russischsprachigen Minister – der allerdings vom estnischsprachigen Teil der Bevölkerung für seine vermeintlich „russisch-freundliche“ Bildungspolitik kritisiert wurde. Demnach lässt sich sagen, dass der Weg zu einer repräsentativen Demokratie in Estland, bei der alle Bewohner gleichermaßen repräsentiert sind, noch ein weiter ist. Vor allem müssen Vertrauensgrundlagen von beiden Seiten geschaffen werden, welche für mehr gegenseitigen Kontakt und Annäherung sorgen würden. Entgegen der Darstellung einiger Beobachter bzw. der häufig verbreiteten öffentlichen Meinung, sind die russischsprachigen Staatsbürger Estlands allerdings gleichermaßen an den politischen und gesellschaftlichen Ereignissen im Land interessiert, auch wenn sie viele Informationen über russischsprachige Kanäle beziehen. Das lässt hoffen, dass ein vermehrtes beidseitiges Entgegenkommen wesentlich zur Lösung der ethnisch-national begründeten Problematik in Estland, wie auch in Lettland, beitragen wird.